



Geschichte ist alles andere als die ewige Wiederkehr des immer Gleichen. Geschichte ist Veränderung. Sie lebt davon, dass jeder Tag etwas Neues bringen kann, dass unser Heute anders ist als gestern oder vorgestern. Oftmals passiert dieser Wandel schleichend, so dass man ihn kaum bemerkt und erst viel später seine Tragweite erkennt. Manchmal aber geschieht Geschichte mit aller Wucht, und von heute auf morgen scheint nichts mehr so zu sein, wie es mal war. In solchen Umbrüchen verändern sich die Bedingungen des Denkens und Handelns der Menschen grundlegend und plötzlich. Zugleich aber werden sie ‚gemacht‘, weil wir Geschichte oft in Umbrüchen erinnern und dazu neigen, ihnen mehr und anderes zuzuschreiben, als ihnen zukommt. Wir müssen also Distanz nehmen und diese Zuschreibungen kritisch hinterfragen.

Der Band ermöglicht dies und bietet eine Vielzahl an Lehrstücken zu historischen Umbrüchen in Politik, Gesellschaft und Kultur. Er dokumentiert das 6. *Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte* und eine Vielzahl der Veranstaltungen, die das internationale Geschichtsfestival vom 7. bis 9. November 2014 unter dem Motto „Umbrüche“ aufbot. Im Banne der Jahrestage der Umbrüche von 1914 und 1989/90 fügen sich Vorträge, Podien und Gespräche mit Zeitzeugen über viele weitere Umbrüche zu einem bunten Mosaik zusammen. Jeder einzelne Text trägt auf seine Weise dazu bei, unser Verständnis dafür zu schärfen, welche Bedeutung Umbrüche für die Geschichte und unsere Erinnerung haben.

Andreas Braune, Michael Dreyer, Susanne Rau,
Franka Günther, Elke Deparade (Hrsg.)

Umbrüche. Festivalband zum 6. Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte



Andreas Braune, Michael Dreyer, Susanne Rau,
Franka Günther, Elke Deparade (Hrsg.)

Umbrüche.

Festivalband zum 6. Weimarer
Rendez-vous mit der Geschichte

Forum 16

Die Reihe »Forum« wird vom Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport verlegt, sie stellt jedoch keine verbindliche, amtliche Verlautbarung des Ministeriums dar.

Sie verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich auf Personen beiderlei Geschlechts. Den genannten Institutionen sind alle Rechte der Veröffentlichung, Verbreitung, Übersetzung und auch die Einspeicherung und Ausgabe in Datenbanken vorbehalten. Die Herstellung von Kopien und Auszügen zur Verwendung an Bildungseinrichtungen, insbesondere für Unterrichtszwecke, ist gestattet. Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der genannten Institutionen dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

ISSN 0944-8683
ISBN 978-3-9816900-2-6

1. Auflage 2015

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung,
Lehrplanentwicklung und Medien (Thillm)
Heinrich-Heine-Allee 2–4, 99438 Bad Berka
E-Mail: institut@thillm.de
www.thillm.de

Redaktion:

Dr. Andreas Braune, Rigobert Möllers

Grafik: Susanne Heine

Herstellung:

SDC SATZ+DRUCK Centrum Saalfeld GmbH

**Projektleitung des Rendez-vous mit der
Geschichte:** Franka Günther

Wissenschaftliche Koordination:

Dr. Andreas Braune

Projektassistent: Susanne Heine

Logistik: Isabell Maaß

Öffentlichkeitsarbeit:

Ilka Zinkel, Franziska Klinnert

Pressekontakt: Fritz von Klinggräff

Newsletter: Annette Böger

Technik: Alexander Lanver, Eckhard Baugatz,
Marco „Emkey“ Kenzler

Fahrer: Tobias Reher, Maik Müller

www.weimarer-rendezvous.de,
info@weimarer-rendezvous.de

**Partner und Sponsoren des Weimarer
Rendez-vous mit der Geschichte 2014**

Partner:

Ville de Blois
Les Rendez-vous de l'histoire de Blois

Kooperationspartner:

Institut français d'histoire en Allemagne
Polnisches Institut Berlin, Filiale Leipzig
Konfuzius-Institut
Instant 3D
Mission du Centenaire

Förderer:

Institut français
Ambassade de France
Deutsch-Französische Hochschule
Freistaat Thüringen
Sparkasse Mittelthüringen
Weimarer Wohnstätte
F.C. Flick-Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit,
Rassismus und Intoleranz
U.S. Consulate General Leipzig

Medienpartner:

GGeschichte
taz.die tageszeitung
Thüringische Landeszeitung
Thüringer Allgemeine
Salve tv
Radio Lotte

in Zusammenarbeit mit:

Grand Hotel Russischer Hof
Verein Weimarer Dreieck e.V.
Verein Weimarer Republik e.V.
Internationale Martin-Luther-Stiftung
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Verband der Historiker und Historikerinnen
Deutschlands

Inhaltsverzeichnis

Andreas Braune, Michael Dreyer, Susanne Rau, Franka Günther

Zur Einführung: Die Verschriftlichung eines Festivals, oder:
Lehrstücke über Umbrüche in der Geschichte 6

1. REVOLUTION, ZÄSUR, WENDE

Podium: Revolution, Zäsur, Wende – Was ist eigentlich ein Umbruch?

Andres Braune, André Brodocz

Große und kleine Umbrüche zwischen Struktur und Ereignis..... 13

Martin Sabrow

Der Begriff Zäsur..... 19

Podium: „Auf Wiedersehen gestern“ – Umbrüche und Erinnerung

Thomas Serrier

Auf Wiedersehen Gestern: Zur Einführung 25

Etienne François

Umbrüche, Erinnerungskulturen und Zukunftsvisionen..... 28

Jutta Scherrer

Umbrüche und Erinnerung: das postsowjetische Russland 30

2. UMBRUCH ZWISCHEN DEN EPOCHEN

Podium: Von einer Epoche zur nächsten: Wann begann die Neuzeit?

Susanne Rau

Wann begann die Neuzeit? Zur Problematik und Geschichte
von Epochenumbrüchen..... 34

Veit Rosenberger

Vermeintliche Umbrüche: War Francesco Petrarca der erste Alpinist? 40

Sabine Schmolinsky

Übergänge aus dem Mittelalter – drei Perspektiven 44

Sebastian Dorsch

1492 – die Geburt einer neuen Welt? 50

3. REVOLUTION UND POLITIK

Vortrag

Michael Dreyer

Die Amerikanische Revolution: Geburtsstunde des modernen Staates 58

Vortrag

Alexander Gallus

Am Beginn der Demokratie stand die inzwischen vergessene
Revolution von 1918/19..... 66

Podium: 1989: „Macht es wie die Polen“

Claudia Kraft

Zur Einführung: „Macht es wie die Polen“ 70

Ehrhart Neubert

Elemente deutsch-polnischer Beziehungen 72

Tytus Jaskułowski

1989: „Macht es wie die Polen“ – eine polnische Perspektive 78

Zeitzeugenerinnerung: Augenzeugenbericht vom Fall der Mauer des Gesandten der US-Botschaft in der DDR

James D. Bindenagel

Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut, Angst zu überwinden 83

Zeitzeugengespräch: Die letzte Botschafterin Frankreichs in der DDR und der Fall der Mauer

Joëlle Timsit im Gespräch mit Fritz von Klinggräff..... 91

Zeitzeugenerinnerung: Der französische Kulturattaché in der DDR 1983-88

Jean-Louis Leprêtre

Frankreich und die DDR: Ein Rückblick auf die Öffnung
durch kulturellen Austausch..... 97

4. KRIEG UND WIDERSTAND

Vortrag

Justus H. Ulbricht

Doppelperspektiven im Blick zurück:
Zur Eröffnung der Ausstellung „Aus Schlamm und Tränen...“ 102

Podium: Das Weimarer Dreieck 1944: Befreiung, Widerstand, Aufstand

Barbara Lambauer

1944: Ein langwieriger Umbruch in Frankreich 108

Sven Keller

Das Jahr 1944 in Deutschland – Geschichte und Erinnerung 70 Jahre danach 114

Marcin Chorązki

Der Kampf um Freiheit – Der Polnische Untergrundstaat
gegen das Dritte Reich und die Sowjetunion..... 119

Zeitzeugengespräch: „Von Brüchen und der Brüchigkeit des Lebens“

Éva Pusztai im Gespräch mit Philipp Neumann-Thein und
Raphael Utz am 8. November 2014 im Stadtmuseum Weimar..... 124

Podium: Erst Protest, dann Umbruch, dann Krieg? Die Ukraine 2014

Andreas Braune

Zur Einführung: Der Umbruch in der Ukraine 2014 135

Kirill Levinson

Perestroika in Russland – Umbruch ohne Folgen? 139

Maksym Yakovlyev

Umbruch in der Ukraine: vier Geschichten und drei Thesen zum Nachdenken..... 147

Rafael Biermann

Sezession und Völkerrecht im Ukraine-Konflikt. Droht ein neuer Kalter Krieg? 151

5. UMBRÜCHE DER GESELLSCHAFT

Vortrag

Jens Riederer

Umstürzende Männerwelten. Anstöße aus Weimar zur
bürgerlichen Frauenbildungsbewegung 1872 bis 1919 159

Vortrag

Michael Siebenbrodt

„Warum Albert Einstein das Bauhaus förderte“.
Das Bauhaus in Weimar – die erste Hochschule des Erfindens 168

Historischer Stadtrundgang

Axel Stefek

Sieben Orte des Widerstandes gegen die SED-Bevormundung:
Ein Stadtrundgang durch Weimar 174

Zeitzeugengespräch: Kann Kunst Mauern einreißen?

Ralf Finke

Zur Einführung: Motzki & Co. – Theater um Deutschland..... 180

Kann Kunst Mauern einreißen?

Ein Gespräch mit Nino Sandow und Steffen Mensching..... 182

6. UNTERRICHTSPRAKTISCHER TRANSFER

Gastbeitrag

Elke Deparade

Wozu brauchen wir Erinnerung? Wie erreichen wir Schülerinnen und Schüler
heute und fördern deren Nachdenken über Geschichte?
Ein Beispiel aus der Arbeit in der gymnasialen Oberstufe 191

Zur Einführung: Die Verschriftlichung eines Festivals, oder: Lehrstücke über Umbrüche in der Geschichte

Seit 2009 findet an einem meist sonnigen Novemberwochenende das internationale Geschichtsfestival „Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte“ statt. An einem ohnehin schon geschichtsträchtigen Ort durchströmt die Historie die Straßen Weimars und die verschiedenen Spielstätten des Festivals an diesen drei Tagen in besonderer Weise. Vorträge, Podien, Lesungen, Schülerprojekte, Ausstellungen, Konzerte und ein Kinoprogramm laden die Bürger der Stadt und der Region, die Kulturtouristen Weimars, angereiste Schüler- und Studierendengruppen, Geschichtslehrer und andere Interessierte dazu ein, untereinander und mit Wissenschaftlern und Zeitzeugen über Geschichte ins Gespräch zu kommen. Es ist also ein Publikumsfestival mit akademischem Anspruch: Die beteiligten Historiker und Historikerinnen, aber auch Sozial-, Politik- und Medienwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen erhalten die Gelegenheit, ihre Erkenntnisse dem interessierten Publikum zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen, während die Besucher des Festivals ihre historischen Kenntnisse und Ansichten dank der Expertise ausgewiesener Fachwissenschaftler und Fachwissenschaftlerinnen vertiefen und reflektieren können. Ein kulturelles (und manchmal auch ein kulinarisches) Rahmenprogramm und ein Festivalcafé sorgen für die nötige Abwechslung und das echte Festivalflair. Wie es sich zudem für die europäische Kul-

turhauptstadt des Jahres 1999 gehört, ist das Festival europäisch ausgerichtet, mit einem starken Fokus auf die Länder des Weimarer Dreiecks: Frankreich, Deutschland und Polen. Wir wollen Geschichte und die reflexive Arbeit am Erinnern in einem europäischen Maßstab betreiben, um die Fallstricke nationaler Selbstbespiegelung zu vermeiden. Nichts hilft gegen die Reproduktion nationaler Geschichtsbilder und -mythen besser, als die Perspektive der Anderen auf dem gleichen Podium präsent zu haben. Daher ist der wissenschaftliche Beirat des Festivals, der in jedem Jahr für die Gestaltung des Hauptprogramms verantwortlich ist, auch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus allen drei Ländern des Weimarer Dreiecks besetzt. Die enge Anbindung an Frankreich hat noch einen zweiten Grund: Der große Bruder unseres Festivals, das Rendez-vous de l'Histoire de Blois, findet in der französischen Partnerstadt Weimars bereits seit 1997 mit enormen Erfolg statt. In jedem Jahr freuen wir uns über eine enge Kooperation mit Blois. Und das Modell macht Schule: In Italien (Gorizia) gibt es auch schon ein Geschichtsfest und in England (London) ist eines im Entstehen: gemeinsam starten wir den Versuch, in der Zukunft ein echtes europäisches Netzwerk der Rendez-vous aufzubauen.

Wie in Blois steht das Weimarer Festival jedes Jahr unter einem Motto, das eine thematische Klammer um alle Veranstal-

tungen bildet. Nach Demokratie, Reisen, Gewalt, Nachbarschaften und Essen & Trinken stand im Jahr 2014 das Festival unter dem Motto ‚Umbrüche‘. Warum diese Wahl?

In der Geschichte, der Gesellschaft und der Kultur gibt es immer wieder Momente, die eine Zäsur bilden. Was auch immer in diesen Augenblicken geschieht, die Welt ist nach ihnen eine andere, als sie es zuvor war. Im Gegensatz zu langsamen, schleichen Veränderungen in der Ordnung der Welt und dem Denken der Menschen ist den zeitgenössischen Beobachtern und Akteuren klar, dass sie sich an einer Wasserscheide der Geschichte befinden, dass das ‚Alte‘ unwiederbringlich verloren ist und etwas ‚Neues‘ kommen wird. Die „Welt von gestern“ (Stefan Zweig) ist dahin, aber die „kommenden Dinge“ (Walther Rathenau) lassen sich zunächst nur erahnen.¹ Denn was genau dieses Neue ist, ist in jenen Momenten offen, sodass sich historische Umbrüche den an ihnen teilhabenden Menschen nicht nur als Momente der Hoffnung und Zuversicht, sondern auch als Phasen der Unsicherheit und Furcht darstellen können. Auch das Alte kann je nach Sichtweise als glücklicherweise überwunden oder auch als bedauernswerterweise für immer verloren betrachtet werden.

Worin genau die Qualität eines historischen Umbruchs besteht, kann daher auch in der Regel immer erst in der Rückschau festgestellt werden. Was genau ging mit ihm verloren, was endete? Wie lange dauerte der Umbruch und was waren wichtige Wegmarken, nach denen es kein Zurück mehr gab? Was war das spezifisch Neue, das sich etablierte? Diese und andere Fra-

gen können oft erst Jahre oder Jahrzehnte nach den Umbrüchen beantwortet oder wenigstens sinnvoll diskutiert werden, weil sich erst dann zeigt, was genau in jenen Augenblicken geschah. Umgekehrt gibt es aber auch Ereignisse, bei denen auch den Zeitgenossen sofort klar ist, dass sie einen historischen Moment erlebt haben. Der Beginn der Reformation in Wittenberg 1517 ist ein Beispiel für den Umbruch des ersten Typus, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung am 4. Juli 1776 ein Beispiel für das zweite Modell. Das Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte nutzte 2014 die Gelegenheit, auf ausgewählte historische Umbrüche zu blicken.

1914 begann ein Umbruch der alten europäischen und globalen Ordnung, der je nach Einschätzung der Historiker drei, vier oder einunddreißig Jahre dauerte. Er beseitigte nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Hegemonie der alten europäischen Mächte zugunsten einer globalen Ordnung der amerikanischen und sowjetischen Supermächte, die sich schon 1917 mit dem Kriegseintritt der USA und der Oktoberrevolution abzeichnete. Das Jahr 1914 eröffnete das Zeitalter des industrialisierten Krieges, der Ideologien und des Totalitarismus. Zugleich sorgten der Erste Weltkrieg und sein Ausgang aber auch für die Delegitimation von Monarchie, Militarismus und Obrigkeitsstaat und legten unter anderem den Grundstein für allgemeines Wahlrecht von Männern und Frauen, moderne Sozialstaatlichkeit und eine internationale Völkerrechtsordnung. Der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg lehrten, dass ein solcher Umbruch fragil und stets gefährdet ist.

1989/90 kollabierte dann mit der Sowjetunion jener globale Ordnungsentwurf, der

¹Stefan Zweig, *Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers*, Stockholm 1942; Walther Rathenau, *Von kommenden Dingen*, Berlin 1917.

1917 entstanden war. Die sogenannte „friedliche Revolution“ in der DDR bildete einen wichtigen, wenn nicht den zentralen Baustein in diesem historischen Umbruch. Auch hier zeigt sich, dass ihr Ergebnis am Beginn der Ereignisse alles andere als feststand, dass die offene und auch gefährliche Situation den Beteiligten allen Mut abverlangte. Er war von der Hoffnung und Zuversicht auf Veränderungen gespeist, das Alte zu überwinden und etwas Neues zu schaffen. Als am 3. Oktober 1990 die heiße Phase des Umbruchs mit der deutschen Wiedervereinigung beendet wurde, waren viele Hoffnungen erfüllt, aber auch zahlreiche Wünsche und Vorstellungen enttäuscht worden.

1914 und 1989 bilden Umbrüche, die sich 2014 zum einhundertsten bzw. fünfundzwanzigsten Mal jäherten und es daher verdienten, in der Rückschau von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen sowie dem Publikum neu betrachtet und diskutiert zu werden. Die zahlreichen Veranstaltungen des Weimarer Rendez-vous beschränkten sich jedoch nicht auf diese beiden so gewichtigen Umbrüche. Denn es sind oftmals die kleinen, versteckten oder auch die langgezogenen und unbewussten Umbrüche, die das Salz in der Suppe der Geschichte sind. Wir wollten Umbrüche betrachten, die die Welt im Kleinen und im Großen, die die Kultur, die Wissenschaft, die Wirtschaft, die Medien und auch den Alltag der Menschen revolutionierten, umwarfen, vom Kopf auf die Füße oder wieder andersherum stellten.

Dieser Band ist ein Experiment. Im sechsten Jahr des Festivals haben wir uns dazu entschlossen, etwas Bleibendes zu hinterlassen. Bisher endete jedes Festival mit einem letzten kulturellen Abend am Schlußtag. Die Plakate und Programmhinweise

in der Stadt wurden abgebaut, die Spielstätten wieder in ihren ursprünglichen Zustand versetzt und die Referenten reisten ab. Was blieb, waren lehrreiche Erinnerungen und das archivierte Programmheft auf der Website. Aber der wichtigste Teil des Festivals, das gesprochene Wort und mit ihm alle Inhalte, waren verhallt. Hier also der erste Versuch, sie festzuhalten.

Eine solche Dokumentation fordert immer ihren Preis. Der höchste besteht in einem Authentizitätsverlust. Das geschriebene Wort kann den persönlichen Eindruck und das Erlebnis des Zuhörens und Mitdiskutierens, des Anschauens, Genießens und Streitens, des Flanierens durch das herbstliche Weimar und die individuelle Auswahl der Veranstaltungen nicht ersetzen. Kurz: die Lektüre eines Buches ist etwas anderes als das tatsächliche Festivalerlebnis. Als zweites droht ein Vollständigkeitsverlust. Auch auf einem Festival kann man nicht jede Veranstaltung besuchen. Aber umso schöner wäre es ja gerade, all jene Veranstaltungen dokumentiert zu wissen, die man leider auslassen musste. Es ist aber ein Ding der Unmöglichkeit, jede Referentin und jeden Referenten für einen schriftlichen Beitrag zu gewinnen. Umso erfreuter und dankbarer sind die Herausgeber und Herausgeberinnen, einen Großteil der Beteiligten des Festivals von 2014 hier vertreten zu wissen.

Auch im Stil und in der Komposition ist dieser Band ein Experiment. Wissenschaftler sind es gewohnt, dass ihre Beiträge im Nachgang von wissenschaftlichen Fachtagungen verschriftlicht und in einem Konferenzband publiziert werden. Sowenig jedoch das Weimarer Rendez-vous eine wissenschaftliche Fachkonferenz sein möchte, sowenig kann dieser Band ein wissenschaftlicher Sammelband

sein. Wir möchten Beiträge auf hohem wissenschaftlichem Niveau bieten, aber in einer Sprache, einem Stil und einer Aufbereitung, die eine gute Zugänglichkeit gewährleisten. Denn wie auf dem Festival sind die Adressaten nicht primär die eigenen Fachkollegen, sondern Multiplikatoren der Geschichtsbildung und historisch interessierte Leserinnen und Leser. Es geht aber wiederum auch nicht um bloße Geschichtspopularisierung oder gar -verklärung, sondern um die Unterstützung eines eigenen kritischen historischen Reflexionsvermögens, so dass ein gewisser Grad der Komplexität notwendig ist. Eine Besonderheit des Bandes liegt darin, dass neben zahlreichen Podien und Einzelvorträgen auch Beiträge und Gesprächstranskripte einer Reihe von Zeitzeugen vertreten sind. Neben den Erinnerungen des letzten US-Botschafters und der letzten Botschafterin Frankreichs in der DDR sowie ihres damaligen Kulturattachés und einem Gespräch zweier Kulturschaffenden der ‚Wendejahre‘ sind wir besonders glücklich, das Gespräch mit der Holocaust-Überlebenden Éva Puztai hier wiedergeben zu können. Es ist ein Juwel des Bandes, schon allein weil in Zeiten des Ablebens der Überlebenden jede Zeile zählt, aber auch, weil es in diesem Fall gelang, den Zauber des ‚echten‘ Gesprächs zu einem guten Teil in der gedruckten Version zu bewahren.

Der Band ist thematisch geordnet. In einem ersten Abschnitt sind zwei Podien vertreten, von denen das erste hinführende Überlegungen aus Perspektive der Geschichts- und der Politikwissenschaft dazu anstellt, was ein historischer Umbruch überhaupt ist. Das zweite Podium stellt dagegen den Zusammenhang zwischen Umbrüchen und Erinnerung in den Mittelpunkt und fragt unter anderem, warum wir

Geschichte so oft gerade anhand dieser ‚Umbrüche‘ erinnern. Es schließt sich der zweite Abschnitt des Buches an, in dem ein Podium vertreten ist, das sich einem frühen Epochenumbruch widmet. Wann genau das Mittelalter endete und die Neuzeit begann, ist sehr umstritten (ebenso wie die Frage, auf welcher Basis diese Unterscheidung überhaupt Sinn ergibt). Verschiedene Autoren stellen verschiedene Umbrüche vor, die in diesen Narrationen als Epochenumbrüche betrachtet werden. Es folgt ein dritter Abschnitt, der sich genau politischen Umbrüchen widmet, also den politischen Revolutionen. Die Amerikanische Revolution, die Novemberrevolution am Beginn der Weimarer Republik und natürlich die ‚Friedliche Revolution‘ 1989/90 sind vertreten. Dabei ist es gelungen, im Doppeljubiläumsjahr 2014/15 die deutsche Selbstbespiegelung aufzubrechen, wie sie medial dominierte. Wir thematisieren das Beispiel Polens, das in vielerlei Hinsicht den Entwicklungen in der DDR in den 1980er Jahren voraus war. Und die drei eben genannten diplomatischen Zeitzeugen und Akteure bringen ihre Perspektive ein. Der vierte Abschnitt enthält Reflexionen über Umbrüche in Krieg und Widerstand mit einem Fokus auf 1944, das ‚Umbruchsjahr‘ des Zweiten Weltkrieges. Denn auch die Befreiung Frankreichs und der Warschauer Aufstand in Polen waren Ereignisse, denen 2014 gedacht wurde und die auf diesem Podium beleuchtet wurden. Neben dem genannten Interview mit Éva Puztai, das ihren gesamten von Brüchen gezeichneten Lebensweg nachvollzieht, wird in diesem Abschnitt der wohl aktuellste Umbruch zum Thema gemacht, nämlich der Umbruch in der Ukraine, der 2014 die Nachrichten dominierte und sich dann in einen echten Konflikt zwischen dem ‚Wes-

ten' und Moskau auswuchs. Es ist im Übrigen ein Umbruch, der ohne den Umbruch 1989/90 und die dort gelösten und neu eröffneten Probleme kaum nachzuvollziehen ist. Es folgt der fünfte Abschnitt, der sich gesellschaftlichen und kulturellen Umbrüchen widmet. Der Umbruch in den Geschlechterbeziehungen wird am Beispiel der bürgerlichen Frauenbildungsbe-
wegung in Weimar besprochen, ebenso wie der Umbruch in Kunst, Design und künstlerischer (Aus-)Bildung, der durch das Bauhaus eingeleitet wurde. Mit einem historischen Stadtrundgang an die Weimarer Stätten des Widerstands gegen das SED-Regime wird eine weitere festivaltypische Veranstaltungsform dokumentiert. Ein Gespräch über die Rolle von Kunst, Theater und Literatur bei der Verarbeitung der ‚Wendejahre‘ und im wiedervereinten Deutschland rundet den fünften Abschnitt ab. Den Abschluss des Bandes bildet der Gastbeitrag von Elke Deparade, die als Verantwortliche für das Fach Geschichte beim Thillm einen unterrichtspraktischen Transfer bezüglich des Themas ‚Umbrüche und Erinnerung‘ leistet.

So unterschiedlich diese einzelnen Themen auch sein mögen, so verbindet sie doch, dass in jedem von ihnen ein gro-

ßer oder ein kleiner Umbruch eine Rolle spielt. Und weil die Umbrüche das Salz in der Suppe der Geschichte sind, ist jeder Text ein kleines Lehrstück in dem, was Geschichte spannend und lehrreich macht.

Die Herausgeber danken allen Helfern und Helferinnen, allen Unterstützern und Unterstützerinnen, die das Festival möglich gemacht haben, allen voran der Stadt Weimar, vertreten durch den Oberbürgermeister Stefan Wolf und die Kulturdirektorin Julia Miehe. Die Herausgeber danken auch den Mitarbeitern und vielen fleißigen Helfern und Helferinnen, deren unermüdliche Arbeit im Vorfeld und am Wochenende das vom Streik der Bahn bedrohte Festival überhaupt stattfinden ließ. Sie danken insbesondere allen Autoren und Autorinnen, die durch ihre Beiträge den Band bereichert haben. Dem ThILLM, vertreten durch Rigobert Möllers, sei dafür gedankt, dass es den Band in seine Schriftenreihe aufgenommen und dadurch die Publikation erst möglich gemacht hat. Bei der technischen Bearbeitung der Beiträge haben Gesa Lienhop und Tim Kappelt unverzichtbare Hilfe geleistet.

Die Herausgeber

Weimar /Jena /Erfurt im August 2015

1. REVOLUTION, ZÄSUR, WENDE

Podium: Revolution, Zäsur, Wende – Was ist eigentlich ein Umbruch?



Abb. 1: André Brodacz, Andreas Braune und Martin Sabrow auf dem Podium, ©Thomas Müller, Weimar

Große und kleine Umbrüche zwischen Struktur und Ereignis

1. Was ist eigentlich ein Umbruch?

Gibt man – wie eben geschehen – das Wort ‚Umbruch‘ in ein konventionelles Textverarbeitungsprogramm ein und bittet dieses um Vorschläge für Synonyme, so listet es auf: Veränderung, Revolution, Markstein, Meilenstein, Umschwung, Wandel, Wandlung. Hinzuzufügen sind natürlich die Begriffe ‚Zäsur‘ und ‚Wende‘, wie sie in der Überschrift dieses Podiums vertreten sind. Auch Gegenbegriffe sind schnell zur Hand: Kontinuität, Stetigkeit, Dauer, Bestehen, Verharren, Bleiben. Stellt man sich Geschichte oder menschliches Tun als eine Fläche vor, als Kontinuität, als die ewige Wiederkehr des immer gleichen, dann ist ein Umbruch etwas, das in dieses Fortdauern einbricht, es ändert, umlenkt. Umbrüche sorgen für Diskontinuität. Die politische und soziale ‚Struktur‘ wird in der Geschichte durch das ‚Ereignis‘ erschüttert und modifiziert (Vgl. Suter/Hettling 2001). Weil die Ereignisse herausstechen, wird Geschichte oft auf ihre Abfolge reduziert und die ‚Fläche‘ gerät in Vergessenheit. Wenn wir uns mit ‚Umbrüchen‘ beschäftigen, sollten wir daher wenigstens drei Fragen stellen:

1. Was ist der status quo, dieses Fortdauernde?
2. Was bricht in es hinein?
3. In welche Richtung ändert es das Fortdauernde?

Das ‚Hineinbrechen‘ in und das ‚Umlenken‘ der bestehenden Ordnung fällt natürlich

nicht vom Himmel und muss erklärt werden können. Geschichtswissenschaftliche, soziologische und politikwissenschaftliche Forschung versuchen, dies zu leisten. Bevor wir etwas genauer betrachten, was ‚Umbrüche‘ in der Politikwissenschaft bedeuten, soll jedoch noch der folgende, grundlegendere Gedanke zu den Umbrüchen mit auf den Weg gegeben werden:

Moderne Sozialwissenschaften operieren im Rahmen des Kausalitätsparadigmas. Das heißt, man versucht, das Verhalten von Menschen auf Faktoren zurückzuführen, die es verursachen. Übertragen auf das Wechselspiel von Struktur und Ereignis bedeutet dies, dass der Umbruch nur aus Faktoren erklärt werden kann, die in der Struktur selbst liegen. Es mag soziale Systeme geben, die sich selbst reproduzieren und dann einen ‚Impuls‘ von außen erhalten, der einen ‚Umbruch‘ des Systems auslöst. Man könnte dann gewissermaßen von importierten, oder äußerlich ausgelösten Umbrüchen sprechen. Interessanter sind aber die autogenen Umbrüche, die von einem System selbst hervorgebracht werden. Das bekannteste Beispiel eines solchen autogenen Umbruchs ist wohl die Idee der sozialistischen Revolution im klassischen Marxismus: Die dem kapitalistischen System inne wohnenden Widersprüche werden auf die Spitze getrieben, bis das Proletariat den Umbruch hin zum Sozialismus einleitet.

In diesem und anderen Beispielen tritt wie-

der die Annahme hervor, dass in dem Bestehenden, in der Struktur die Bedingungen des Umbruchs verborgen liegen. Es ist dann Aufgabe geschichts- und sozialwissenschaftlicher Analyse, diese Faktoren zu identifizieren, vergangene Umbrüche zu erklären und vielleicht sogar kommende Umbrüche zu prognostizieren. Allerdings stößt diese Untersuchung von Umbrüchen im Rahmen des Kausalitätsparadigmas durchaus an ihre Grenzen. Nimmt man an, dass bestehende Strukturen nicht als solche existieren, sondern durch das Denken, Handeln und Deuten der Menschen, die sie konstituieren, aufrechterhalten und reproduziert werden, dann liegt an der Wurzel des Umbruchs der Umstand, dass wir als Einzelne wie als Gruppe heute anders denken, handeln und deuten können, als wir das gestern getan haben. Was aber sollte uns dazu veranlassen? Es rückt hier eine Fähigkeit des Menschen in den Vordergrund, der der politischen Theoretikerin Hannah Arendt sehr am Herzen lag, nämlich die Fähigkeit des Menschen, Neues zu beginnen. Jeder Mensch hat im Bereich des Politischen und Sozialen¹ demnach die Fähigkeit, die Imperative kausaler Notwendigkeit zurückzuweisen, sich von ihnen frei zu machen und zu sagen: Ich denke dies anders als alle anderen zuvor, ich tue jenes anders als ihr anderen und ich deute dies anders. Das ist für Arendt die Freiheit des Menschen: Etwas Neues zu beginnen und neue Kausalketten anzufangen (Arendt 1958; 1959). Und wenn der Einzelne andere findet, die mit ihm im Sinne dieses Neuen handeln, ist der Umbruch da. Und er kommt häufig unerwartet, weil es keine Faktoren gibt, die ihn verursachen

¹ Das Soziale würde Hannah Arendt hier selbst jedoch ausklammern.

und erwartbar werden ließen. Der Zauber manches Umbruchs liegt darin, dass er in der Freiheit handelnder Menschen wurzelt, nicht in der Notwendigkeit der Umstände.

2. Umbrüche in der Politikwissenschaft

„Umbruch“ ist keine politikwissenschaftliche Zentralkategorie. Es gab lange Zeit eine politikwissenschaftliche Revolutionsforschung, die angesichts der Ereignisse des Arabischen Frühlings zuletzt wieder etwas an Fahrt gewann. Und es gab und gibt eine politikwissenschaftliche Transformationsforschung, die sich den sozialen und politischen Wandlungsprozessen in Mittel- und Osteuropa nach dem epochalen Umbruch 1989/90 widmet. Der Begriff des „Umbruchs“ ist für die Politikwissenschaft bislang zu offen und zu diffus, als dass er ein wirklicher Arbeitsbegriff wäre. Trotzdem lassen sich die unterschiedlichen Umbrüche auch aus politikwissenschaftlicher Perspektive systematisieren.

2.1. „Große“ Umbrüche: Umbruch der Struktur

Beginnen wir mit den *großen Umbrüchen* im Bereich des Politischen. Zunächst haben wir da grundlegende *Veränderungen in der Herrschaft*: Die Machthaber werden aus dem Amt gejagt und durch neue ersetzt. Es handelt sich um teils eruptive Ereignisse, die durch die Akteure mit Absicht herbeigeführt werden und die recht klar an historischen Ereignissen datier- und identifizierbar sind („Sturm auf die Bastille“ bis zur Hinrichtung Louis XVI). Weil im modernen Staat die Herrschenden auch die Inhaber des Gewaltmonopols sind, gehen solche eruptiven Herrschaftsumbrüche in aller Regel mit Gewalt einher. Nur wenn die Macht des Regimes schon soweit erodiert ist, dass es zur gewaltsamen Gegenwehr

nicht mehr fähig oder willens ist, können solche Umbrüche auch ohne die tatsächliche Ausübung von Gewalt vonstatten gehen.

Der Putsch ist genauso ein Umbruch in den Herrschaftsverhältnissen wie die Revolution. Aber nur die Revolution zählt zu den großen, strukturverändernden Umbrüchen, weil mit ihr nicht nur ein Wechsel des Herrschaftspersonals, sondern auch ein Wechsel des Herrschaftssystems und damit eine *Veränderung der Staatlichkeit* einhergeht. Der Übergang von feudaler zu demokratischer Herrschaft und die mit ihr verbundene Transformation der Staatlichkeit hin zu demokratischer parlamentarischer Repräsentation, wie sie in der Französischen und Amerikanischen Revolution vorgenommen wurden, illustrieren dies. Das englische Beispiel zeigt zugleich, dass solch ein Wandel der Staatlichkeit schleichender vonstatten gehen kann. Stück für Stück traten an die Stelle persönlicher Loyalitäts- und Herrschaftsverhältnisse Elemente einer institutionellen Ordnung, gestützt auf Legitimität durch Verfahren. Max Weber spricht hier von einem Übergang von charismatischer und traditionaler Herrschaft zu rationaler Herrschaft (Weber 1921/22, S. 122–130, S. 815–821). Eine solche Transformation ist in der Regel nicht intendiert, sondern die Folge neuer Praktiken und Handlungen. In der Summe kann sie aber ebenso tiefgreifend sein wie eine eruptive, revolutionäre Transformation von Herrschaft und Staatlichkeit.

Die dritte Form eines großen Umbruchs stellt eine grundlegende *Veränderung des Politikverständnisses* dar. Bestand die wichtigste Aufgabe des modernen Staates zunächst in der Gewährung von Sicherheit, so erlebten die westlichen Staaten im 20. Jahrhundert eine Entwicklung hin zur

Politisierbarkeit aller Lebensbereiche. Dinge, die traditionell außerhalb des Aufgabenbereichs der Politik lagen (oder gar außerhalb des gesellschaftlichen Bewusstseins) wurden nun in die Arena des Politischen hineingezogen. Die Arbeitsverhältnisse, Geschlechterverhältnisse und das Verhältnis des Menschen zur Umwelt wurden zum Gegenstand politischen Streits und politischen Entscheidens. Auch hier haben wir es mit schleichenden, nicht intendierten Transformationen zu tun, die gerade deshalb erst mit einiger historischer oder intellektueller Distanznahme in ihrer Tragweite zu erfassen sind. Gegenwärtig befinden wir uns womöglich in einer ähnlichen Transformation des Politikverständnisses, wobei diese eher auf den Stil denn auf den Aufgabenbereich der Politik zielt. Angetrieben von den normativen Forderungen deliberativer Demokratietheorien scheinen wir gerade die Erosion eines repräsentativen, delegierenden und dezisionistischen Politikstils und das Aufkommen eines Stils zu erleben, der stärker auf die Diskussion, aktive und direkte Beteiligung und direkte Mitentscheidung politischer Aktivbürger setzt. Ob wir es hier aber tatsächlich mit einem tiefgreifenden Umbruch im Politikverständnis zu tun haben, werden die kommenden Jahrzehnte erst zeigen müssen.

Die vierte Gruppe großer Umbrüche bilden grundlegende *Veränderungen der internationalen Ordnung*. Sie stehen oft am Ende extensiver Kriege oder internationaler Krisen, können aber auch – wie etwa ‚Nine-Eleven‘ – von singulären Ereignissen ausgelöst werden. Wichtige Umbrüche der internationalen Ordnung waren der Westfälische Frieden von 1648, der das moderne internationale System souveräner Staaten erst etablierte; die grundlegende

Neuordnung internationaler Verhältnisse durch die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert, aber auch die Etablierung des Völkerbunds- bzw. UN-Systems nach ihrer Beendigung; und schließlich das Ende des Ost-West-Konflikts 1989/90, das die bipolare Weltordnung beendete, die sich 1917 andeute und nach 1945 voll etablierte.

Betrachtet man die demokratische Revolution in der DDR, der das Weimarer Rendez-vous 2014 und dieser Festivalband anlässlich des 25jährigen Jubiläums einen Schwerpunkt widmen, so erscheint sie als ein beachtlicher Sonderfall. Denn alle vier Dimensionen großer Umbrüche kommen in ihr zum Tragen: Es fand ein eruptiver, aber friedlicher *Wechsel der Herrschaft* von einer Parteidiktatur zu einer repräsentativen Demokratie statt. Nicht nur das politische Personal wurde ausgewechselt, sondern das gesamte Herrschaftssystem transformiert. Damit veränderte sich auch die *Staatlichkeit* von einer staatlich, zentralistisch gelenkten Gesellschaft zu einer dezentralen, funktional differenzierten und pluralistischen Gesellschaft mit einem repräsentativen und gewaltenteiligen Demokratiemodell. Diese Transformation ging nicht schleichend vonstatten, sondern war von den meisten Bürgern in Ost und West und ihren politischen Repräsentanten gewollt und durch die Integration in die staatliche Ordnung des bundesdeutschen Grundgesetzes schnell abgeschlossen. Etwas weniger intendiert und deutlich langwieriger und beschwerlicher stellte sich im Zuge des Umbruchs von 1989/90 die *Transformation des Politikverständnisses* vom erzwungenen Konsens zum zwanglosen Dissens dar. Zwar war die Ablehnung jener hierarchisch durch die Partei hergestellten Einigkeit weit verbreitet und die Überwindung jenes Politikverständnisses

schnell geschehen. Dass an diese Stelle der oft folgenlose Streit unter Gleichen, pluralistische Meinungsvielfalt und komplizierte und langwierige demokratische Entscheidungsfindungsprozesse traten, wurde und wird nach wie vor nur schwerlich akzeptiert. Der Sinn für die Mühen der Demokratie scheint noch immer schwach ausgebildet zu sein, während der nicht nur vereinzelt Hang zum Rückfall in den Autoritarismus nicht zu leugnen ist, wie die Wahlerfolge der rechtspopulistischen ‚Alternative für Deutschland‘ anlässlich der ostdeutschen Landtagswahlen 2014 belegen. Schließlich war der Umbruch 1989/90 eingebettet in jenen grundlegenden Umbruch der internationalen Ordnung, der den Kalten Krieg beendete. Losgelöst von der Vorgeschichte der Transformationsprozesse im gesamten ‚Ostblock‘ und von der Nachgeschichte der Ausdehnung der westlichen Ordnung auf Mittel- und Osteuropa kann der Umbruch 1989/90 in der DDR nicht sinnvoll gedeutet werden.

Betrachtet man 1989/90 aus der Perspektive des sozialwissenschaftlichen Kausalitätsparadigmas, erscheint dieser Umbruch im Rückblick gar nicht mehr als so unwahrscheinlich. Es lassen sich verschiedene Faktoren inner- und außerhalb des Systems identifizieren, die nahelegen, dass es auf einen Zusammen- und Umbruch zu steuerte: Die marode wirtschaftliche Lage der Sowjetunion und der DDR, die durch Vorentscheidungen im Wettrüsten verschärft wurde, die Diskreditierung des eigenen Politikmodells und der eigenen normativen Ansprüche durch die politische und soziale Wirklichkeit, das Aufkommen von Bürgerrechtsbewegungen in Analogie zu, aber auch unabhängig von den neuen sozialen Bewegungen im Westen. All diese und andere Faktoren scheinen im Rück-

blick fast zwangsläufig auf den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus hinauslaufen. Dass dieser Umbruch aber in einem Augenblick zustande kam, in dem viele Sozialwissenschaftler der damaligen Zeit die Teilung Deutschlands, Europas und der Welt in Ost und West für in Zement gegossen hielten, ist dem Handeln von Menschen in Polen, Ungarn, der ČSSR und auch in der DDR zu verdanken, die etwas Neues im Sinne Arendts beginnen wollten (vgl. Gröschner 2010). ‚1989/90‘ ehrt die Freiheit des Menschen, Neues zu wollen und Neues zu tun und sich nicht mit dem Gegebenen und den übermächtig erscheinenden Imperativen des Bestehenden abzugeben.

2.2 ‚Kleine‘ Umbrüche: Verschiebungen innerhalb der Struktur

Neben diesen großen, die soziale und politische Struktur grundlegend transformierenden Umbrüchen lebt der soziale und politische Wandel jedoch auch von kleinen Umbrüchen. Es sind die kleineren Zäsuren, die eher dem Brechen von Tabus entsprechen oder das Eintreten des Sonoch-nicht-Dagewesenen signalisieren als einen Strukturumbruch. Die Struktur hält ihre Möglichkeit prinzipiell bereit, aber sie wurden bis dato noch nicht realisiert. Sie zeigen an, dass von nun an neue Wege gegangen werden können. Die Forschungsrichtung des historischen Neoinstitutionalismus spricht in diesem Fall von „critical junctures“ (Beyer 2006, S. 25f.). Alte Pfadabhängigkeiten werden beendet, abgebrochen oder in einem Ausmaß umgelenkt, dass sich im Idealfall neue Möglichkeitsräume eröffnen oder neue Pfadabhängigkeiten etabliert werden. Neue Personen, neue Entscheidungen und neue Institutionen öffnen die Möglichkeitsräume und

begründen neue Wege. Neue Personen innerhalb des Herrschaftssystems signalisieren, dass mit dieser Möglichkeit in Zukunft gerechnet werden kann und dass das Herrschaftssystem der Form nach zwar das alte ist, aber auf neue, ‚unerhörte‘ Art und Weise genutzt werden kann. Der erste sozialdemokratische Kanzler, die erste Kanzlerin, der erste grüne Ministerpräsident und – kurz nach dem Stattfinden des Rendez-vous mit der Geschichte – der erste linke Ministerpräsident sind Marksteine der Transformation und auch Öffnung des demokratischen Herrschaftssystems.

Entscheidungen mit ausreichender Tragweite in unterschiedlichen Politikbereichen brechen alte Pfadabhängigkeiten ab, beenden althergebrachte politische Konventionen und Systemlogiken und schlagen neue, bis dahin kaum antizipierte politische Wege ein. Es sind Paradigmenwechsel in einzelnen Policy-Feldern. Um einige Beispiele zu nennen: Der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr bedeutet dies für die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik, ebenso wie es die Abschaffung der Wehrpflicht tat. Die Einführung des Euro war ein folgenreicher Paradigmenwechsel in der Finanz- und Währungspolitik Deutschlands und Europas, über dessen positive oder negative Gesamtbilanz angesichts der Euro-Krise gestritten werden kann. Der Ausstieg aus der Atomenergie und die dazugehörige ‚Energie-wende‘ bilden einen solchen Umbruch im Bereich der Wirtschafts- und Energiepolitik.

Schließlich bedeuten neue Institutionen und neue kollektive Akteure einen oft grundlegenden Wandel des politischen Feldes und eine Neuausrichtung und Machtverschiebung des politischen ‚Spiels‘. Mit verschiedenen sozialen Bewegungen tra-

ten im Laufe der Geschichte neue Akteure auf die politische Bühne, ohne aber eine grundlegende Transformation von Herrschaft und Staatlichkeit zu bewirken. Die Arbeiterbewegung gab dies im 19. Jahrhundert noch als Ziel aus, hat sich heute aber mit dem liberal-demokratischen, parlamentarischen Herrschaftsmodell weitgehend arrangiert. Die Frauen- und Umweltbewegung der 1980er Jahre setzte neue Themen, verfolgt deren Umsetzung spätestens seit der Gründung der Grünen aber weitgehend im Rahmen des bestehenden Systems. Auf globaler Ebene sind transnationale Bürgerbewegungen wie Attac oder Greenpeace zwar auch von Bedeutung, der eigentliche Umbruch bei den Akteuren auf der Bühne der internationalen Politik bestand in den letzten Jahrzehnten jedoch einerseits im Aufstieg global agierender transnationaler Konzerne, die an monetärer und politischer Handlungsmacht oft das Potential kleinerer und mittlerer Länder weit übersteigen. Andererseits haben mit transnationalen Terrornetzwerken neue, nichtstaatliche Akteure die Bühne betreten, die die politische Handlungsfähigkeit der etablierten Staaten und ihrer internationalen Ordnung durch ihre asymmetrischen Strategien in einem bis dato ‚unerhörten‘ Ausmaß herausfordern.

Die kleinen Umbrüche sind in der Summe also jene Ereignisse und Prozesse, die nicht mit der Wucht der Strukturumbrüche daherkommen und die daher auch selten Eingang in kollektive Erinnerungen finden. Sie sind die Umbrüche, die die Logiken und Wege innerhalb der bestehenden Strukturen umlenken und damit anzeigen, dass etablierte politische und soziale Strukturen alles andere sind als die ewige Wiederkehr des immer gleichen, sondern stets dynamisch konstituiert sind (vgl. Brodocz

2015). Ihr Charme besteht schließlich darin, dass man nie so genau wissen kann, ob einzelne von ihnen sich nicht doch zu einem Strukturumbruch auswachsen.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah* (?2008, zuerst 1958): *Vita activa oder: Vom tätigen Leben*. München/Zürich: Piper.
- Dies.* (1959): *Freiheit und Politik*. In: *Hunold, Albert* (Hrsg.): *Erziehung zur Freiheit*. Erlenbach-Zürich/Stuttgart: Eugen Rentsch, S. 31-62.
- Beyer, Jürgen* (2006): *Pfadabhängigkeit. Über institutionelle Kontinuität, anfällige Stabilität und fundamentalen Wandel*. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.
- Brodocz, André* (2015): *Die Dynamisierung demokratischer Ordnungen*. In: *Renate Martinson* (Hrsg.): *Ordnungsbildung und Entgrenzung. Demokratie im Wandel*. Wiesbaden: Springer VS, S. 23-43.
- Gröschner, Rolf* (2010): *Der 9. November als Feiertag einer Freiheitsrevolution*. In: *Ders./ Reinhard, Wolfgang* (Hrsg.): *Tage der Revolution – Feste der Nation*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 261-288.
- Suter, Andreas/Hettling, Manfred* (Hrsg.) (2001): *Struktur und Ereignis, (= Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft Nr. 19)*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Weber, Max* (?1980, zuerst 1921/22): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr Siebeck.

Der Begriff Zäsur

Zäsuren sind so unentbehrlich wie problematisch. Das historische Kontinuum in gliedernde Abschnitte zu teilen, zählt zu den wichtigsten Aufgaben jeder Geschichtsschreibung, die sich nicht in bloßer Annalistik erschöpft.¹ Historische Zäsuren besetzen eine entsprechend prominente Rolle im geschichtlichen Denken; sie grenzen im gleichförmigen Zeitverlauf der Vergangenheit unterschiedliche Zeitabschnitte voneinander ab. Aus der ursprünglichen Wortbedeutung als „Hauen“, „Hieb“, „Schnitt“ und ihrer späteren Verwendung als Bezeichnung für eine Sprechpause in der Verslehre abgeleitet, bezeichnet die historische Zäsur verschiedenste Fugen und Einschnitte innerhalb eines historischen Kontinuums, sie bildet den markanten Punkt, den sichtbaren Einschnitt in einer geschichtlichen Entwicklung. Als Beispiele für die moderne Gesellschaft des 20. Jahrhunderts führen einschlägige Enzyklopädien wie Wikipedia etwa das Ende der beiden Weltkriege und die friedliche Revolution in der DDR an.² Auf gleicher Ebene wären der Ausbruch der beiden Weltkriege 1914 und 1939 sowie die faschistische bzw. nationalsozialistische Machtergreifung in Italien und Deutschland 1922 bzw. 1933 hinzuzufügen und aus innerdeutscher Perspektive noch die Gründung beider deutscher Staaten

1949. Die bundesdeutsche Folgezeit bis 1989 kam nach verbreiteter Auffassung zunächst ganz ohne epochale Einschnitte aus, bis später erst die Fundamentalliberalisierung der sechziger Jahre und das Ende der „trente glorieuses“ in den siebziger Jahren zu Zäsuren erklärt wurden. Auch die vierzigjährige Geschichte der DDR lässt sich plausibel als Kontinuum einer 1949 etablierten und 1989 gestürzten Diktatur lesen, ebenso aber als Abfolge historischer Einschnitte, wie sie der Juni-aufstand 1953 und der Mauerbau 1961, der Machtwechsel von 1971 und die Biermann-Ausbürgerung 1976 markieren. Wie diese Beispiele zeigen, ist die historische Zäsur eine ebenso herausragende wie verschwommene Größe der Verständigung über die Vergangenheit: Ihre historiographische Beliebtheit steht in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer begrifflichen Klarheit. Zäsuren gelten selten umfassend, sondern meist nur sektoral. Als scharfe Einschnitte verstanden, sind sie in der Regel ereignisgeschichtlich begrenzt; die Zäsuren der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und ebenso der Kulturgeschichte folgen jeweils verschiedenen Logiken und Rhythmen des Wandels. Zäsuren sind zudem perspektivenabhängig, wie sich nicht nur zwischen den verschiedenen nationalen Meistererzählungen zeigt, sondern mehr noch zwischen Mit- und Nachwelt. Besonders im Medienzeitalter und der mit ihm verbundenen kommunikativen Ver-

¹ Der Beitrag folgt Überlegungen, die ich bereits andersorts entwickelt habe (Sabrow 2012).

² de.wikipedia.org/wiki/Zäsur (Aufruf vom 20.3.2015).

dichtung werden sie oft ausgerufen und schnell wieder vergessen. Die Jahrhundert- und Jahrtausendzäsur etwa wurde von einem starken Bewusstsein der Zeitenwende begleitet, rückblickend aber büßte sie ihren Zäsurencharakter rasch wieder ein. Nicht selten werden zunächst dramatisch erscheinende Einschnitte durch den wachsenden Abstand wieder eingeebnet. So erging es in der jüngeren deutschen Zeitgeschichte etwa den Notstandsgesetzen, deren drohende Verabschiedung die Studentenbewegung mobilisierte und eine fast hysterische Furcht vor der drohenden Faschisierung der Gesellschaft auslöste, der Einführung des Euro am 1. Januar 2002 oder der EU-Osterweiterung vom Mai 2004 – allesamt als historisch bezeichnete Daten, deren Historizität rasch nivelliert wurde.

Auch die Zeitgeschichte also, um ein Wort von Ernst-Wolfgang Böckenförde aufzunehmen, ist von Voraussetzungen abhängig, die sie selbst nicht garantieren kann und die ihrer Erkenntnisbildung Richtung und Betrachtungsstruktur vorgeben. Die Abtrennung einer jüngsten Phase als Gegenwartsgeschichte bietet hier nur trügerische Sicherheit, wie die Ordnungskraft nachzeitiger Zäsurenbildung zeigt. Von ihr zeugt nicht nur die Konkurrenz von 68er-Zäsur und Siebziger-Jahre-Umbruch, sondern ebenso die im Weltkriegsjubiläum des vergangenen Jahres sich abzeichnende Heimholung des Ersten Weltkriegs in die Zeitgeschichte. Mit dem Platztausch von 1917/18 und 1914 als ihre Anfangszäsur verschoben sich die Perspektiven: weg von einem revolutionsgeschichtlichen, fortschrittsorientierten Geschichtsbild hin zu einem katastrophengeschichtlichen und verlustorientierten Bild des 20. Jahrhunderts, ohne dass dieser Blickwechsel

im Kern das Ergebnis neuer Forschungserkenntnisse ist. So instabil wie die Außengrenzen sind auch die Binnengrenzen der Zeitgeschichte: Innerhalb weniger Jahre verblasste die Zäsur der Fundamentalliberalisierung der sechziger Jahre durch eine „Achsendrehung in der Organisation der zeithistorischen Aufmerksamkeit“ (Hockerts 2009), die den Strukturbruch der 1970er Jahre als Vorgeschichte gegenwärtiger Problemlagen herausarbeitet. Und vor unseren Augen vollzieht sich eine neuerliche Zäsurenverschiebung: Mit dem Abschied von der Sonderwegsthese tritt das Jahr 1933 in den Hintergrund, das die zerstörerische deutsche Kontinuität der obrigkeitsstaatlichen Eliten des Wilhelminismus herausstellte. Statt seiner schiebt sich unter dem Einfluss einer immer stärker opferzentrierten Geschichtskultur das Jahr 1941/42 in den Vordergrund, das die Entfesselung von Holocaust und Völkermord markiert und stärker auf die situationistische Entgrenzung staatlicher Gewalt und die Ambivalenz der Moderne verweist. Bei dieser Gratwanderung kann eine Unterscheidung zwischen nachträglicher Deutungszäsur und zeitgenössischer Erfahrungs- oder Ordnungszäsur hilfreich sein. Deutungszäsuren ergeben sich aus der retrospektiven Festlegung von Zeitgrenzen durch die Nachlebenden. Sie können ereignisgeschichtlich begründet sein wie die Französische Revolution 1789 und die „Stunde Null“ 1945, aber genauso auch strukturgeschichtliche Bedeutung tragen wie die mit „1968“ verbundene „Umgründung“ der Bundesrepublik (Görtemaker 1999, S. 475 ff.) oder der zuletzt immer stärker akzentuierte Umbruch im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts hin zu einer Zeit „nach dem Boom“ (Doering-Manteuffel/Raphael 2012). All diese Gliederungen

benennen Einschnitte in den Gang der Geschichte, für die sich in der deutenden Retrospektive gute oder weniger gute Gründe finden lassen, ohne dass aber in ihnen die Zäsur gleichsam selbst zeitgenössische Erfahrungsmacht erlangt hat.

Eben diese zeitgenössische Erfahrungsmacht können Zäsuren fallweise aber auch selbst ausüben, wie sich vielleicht an keinem Beispiel besser belegen lässt als am Umbruch von 1989, weil er zusammen mit den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 diejenige Zäsur markiert, die die heutige Zeithistorikergeneration als einzige mehrheitlich selbst in ihrer Ordnungskraft erfahren hat. Die epochale Bedeutung des Mauerfalls 1989 ist unmittelbar augenfällig, und die historische Kerbe, die wir mit historischen Umbrüchen verbinden, kam in ihm musterhaft zum Ausdruck. Hüben und Drüben war „Wahnsinn“ das Wort der Stunde, um die Empfindung des historisch Unerhörten zum Ausdruck zu bringen. Auch im Abstand von zwanzig Jahren behauptet der 9. und 10. November seine Frische als ein Moment, an dem die Weltgeschichte ihren Atem angehalten hat.³ In analytischer Distanz zeigt sich der Zäsurencharakter des Herbstes 1989 in der sich überschlagenden Wucht und Beschleunigung des historischen Ereignisstroms, der in Monate, Tage, manchmal Stunden zusammenballte, was vordem auf Jahrzehnte unverrückbar festgefügt schien. Mit einem Male war Deutschland nach vierzig Jahren staatlicher Teilung zu einem Nationalstaat in anerkannten Grenzen verwandelt und erst damit der Zweite Weltkrieg endgültig Geschichte geworden. Der Mauerfall von 1989 schuf eine grundstürzend neue Perspektive, den Endpunkt

einer historischen Entwicklung, der zur Reorganisierung des eigenen Weltverständnisses herausfordert und seine eigene Historizität so auf sagt, dass eine kontrafaktische Sicht gegenstandslos wird. Der rasche und widerstandslose Zerfall der SED-Herrschaft im Herbst und Winter 1989 war ein Ereignis, welches ante factum nicht vorstellbar war und post factum geschichtsnotwendig erscheint. Es sprengte den Denkraum der Politik, überstieg die Phantasie der Öffentlichkeit, und es strafte die prognostische Kompetenz der Gesellschaftswissenschaften und besonders der westdeutschen DDR-Forschung Lügen. Wie sehr auch die Zeithistoriker unter den Zeitgenossen des Umbruchs sich der historisch erzwungenen Verschiebung ihres Sinnhorizontes hatten beugen müssen, lehrt der Vergleich ihrer Auffassungen und Äußerungen vor und nach 1989. Die zeithistorische Zunft hat sich schnell darauf verstanden, dieses Versagen mit Kopfschütteln zu betrachten und die Frage, warum zeitgenössische Analysen das nahende Ende der DDR nicht kommen sahen, beispielsweise mit bedauerlicher moralischer Indifferenz oder fachlicher Blindheit zu erklären. Ehrlicher wäre es, hier anzuerkennen, dass historische Zäsuren neue Denkhorizonte schaffen können, die wissenschaftlich nicht einholbar sind. Ihnen gegenüber stehen orthodoxe Zäsuren, die die vorherrschende Weltansicht einer Gesellschaft und einer Zeit eher bestätigen, als in Frage stellen. Eine solche orthodoxe Zäsur bilden ungeachtet konkurrierender Deutungen zumindest im europäischen Verständnis die islamistischen Terroranschläge des 11. September 2001. „America is under attack“, erklärte Präsident George Bush jr. noch während der Anschlagsserie, und die nachfolgenden

³ Siehe hierzu etwa die Erinnerungen J. D. Bindenagels an den 9. November 1989 in diesem Band.

Kriege in Afghanistan und gegen den Irak unter Saddam Hussein belegen die Konsequenz, mit der die USA sich gegen die islamistische Bedrohung zur Wehr zu setzen versuchten. Gleichzeitig bestätigt der über 3000 Menschenleben fordernde Selbstmordanschlag von Mohammed Atta und seinen 13 Gesinnungsgenossen die These einer Radikalisierung und Verschärfung der Gewalt in der Epoche der asymmetrischen Kriege. Der 11. September belegt die Entgrenzung der Gewalt hin zu einem weltweit operierenden Terrorkrieg als Geißel unserer Zeit. Doch trotz seiner verheerenden Gewalt und seiner weitreichenden politischen Wirkung stellt „9/11“ insofern eine orthodoxe Zäsur dar, als der Anschlag die Basisnormen und -vorstellungen unserer Zeit eher bestätigt als infrage stellt. Anders als „1989“ schuf er keine neuen Sichtachsen und Denkhorizonte, sondern bestätigte bereits bekannte. Nicht zufällig sprechen Kulturhistoriker vom Mythos einer neuen Ära. Tatsächlich ist Samuel Huntingtons berühmte Studie über den „Clash of Civilizations“ fünf Jahre älter als der Anschlag vom 11. September 2001, und seine statischen Thesen treffen nach wie vor auf die Kritik der postcolonial studies, die mit Edward Said auf den Konstruktionscharakter von Kulturgrenzen hinweisen und die Hybridität aller Kulturen betonen. Der cultural turn ist keine Folge des Islamismus, sondern erlaubt nur, ihn anders zu verstehen. Der 11. September hat der Zeitgeschichte nicht gegeben, was der 9. November 1989 ihr gab: die Leseanleitung für eine abgeschlossene Epoche, die mit diesem Tag zu Ende ging. Er markiert ein zeithistorisches Datum von Gewicht, aber keine Epochenzäsur.

Heterodoxe Zäsuren dagegen erzwingen Neuinterpretationen, stellen Zeitgenossen

vor Anpassungsprobleme, die den Gegensatz von biographischer Kontinuität und politischer oder sinnweltlicher Diskontinuität zu bewältigen verlangen. Damit sind sie selbst ein historischer Handlungsfaktor und geben dem Zäsurenbegriff nicht nur historiographische, sondern auch historische Bedeutung. Die weltgeschichtliche Wende von 1989/91 in Deutschland und Europa bedeutete anders als die Anschläge vom 11. September 2001 eine Epochenzäsur, weil sie die Gültigkeit der bisherigen Ordnung der Dinge aufhob. Sie setzte neue normative Maßstäbe des Handelns und Denkens, die sich aus den alten Verhältnissen nicht hätten ergeben können, und bildet einen unhintergehbaren Sehepunkt, der seine eigene Historizität und Unerhörtheit rasch zur selbstverständlichen Normalität verwandelt hat: Niemand wird mehr den fortschreitenden Verfall der DDR-Wirtschaft bestreiten, die auf den Untergang zulaufende Erosion des Kommunismus oder die Unnatürlichkeit der deutschen Teilung; und wer die SED-Führung restlos lächerlich machen will, muss nur Honeckers berühmten Satz vom 19. Januar 1989 zitieren, dass die Mauer noch in fünfzig und hundert Jahren stehen werde, „wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind“. Dass dieser Satz uns heute absurd erscheint und damals nicht, macht den umfassenden sinnweltlichen Ordnungscharakter der Zäsur von 1989 aus.

Literaturverzeichnis

Doering-Manteuffel, A./Raphael, L. (2012): *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Görtemaker, M. (1999): *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*. München: Beck.

Hockerts, H. G. (2009): Rezension von: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: *Nach dem*

Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008. In: *sehpunkte* 9, Nr. 5, URL: <http://www.sehpunkte.de/2009/05/15019.html> [Zugriff am 18.2.2015].

Sabrow, M. (2012): *Zäsuren der Zeitgeschichte*. In: Frank Bösch, F./Danyel, J. (Hg.): *Zeitgeschichte – Konzepte und Methoden*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 109-130.

Podium: „Auf Wiedersehen gestern“ – Umbrüche und Erinnerung



Abb. 1: Thomas Serrier, Jutta Scherrer und Etienne François auf dem Podium, © Thomas Müller, Weimar

Auf Wiedersehen Gestern: Zur Einführung

Dass die Wahrnehmung, ja die Aktualität bzw. Reaktualisierung von Vergangenheiten durch Interessenkonflikte der Gegenwart bestimmt sei, ist nichts Neues. Die Präsenz des Vergangenen ist ja - wortwörtlich verbucht - gegenwartsbezogen. Die Einsicht gehört im wissenschaftlichen Betrieb zu den grundlegenden Erkenntnissen dessen, was man zunehmend seit den 1980er-1990er Jahren als Gedächtnisforschung bzw. Erinnerungsgeschichte bezeichnet hat. Einer der einflussreichsten Protagonisten dieser neuen methodischen Teildisziplin, der französische Historiker Pierre Nora, hat am Ende seiner epochalen, siebenbändigen Publikation *Les lieux de mémoire* (1984-1992) die neue gesellschaftliche Qualität und politische Wirkungsmacht der Erinnerungskategorie als ein allumfassendes „Zeitalter des Gedenkens“ bezeichnet, das für unsere Gegenwart charakteristisch sei.

Wenn tektonische Verschiebungen im Verhältnis der zeitgenössischen (europäischen) Gesellschaften zu ihrem eigenen Zeitverständnis und damit einhergehend zu ihrem Geschichtsbegriff und ihrer Geschichtspraxis, nicht zuletzt zur sozialen Vorstellung von „Gedächtnis“, lange vor 1989 zu beobachten waren, und bereits damals als solche diagnostiziert wurden, so bedeutete die Neujustierung der Weltordnung nach dem Ende der Zweiteilung der Welt und des europäischen Kontinents einen unübersehbaren qualitativen wie

quantitativen Sprung. Normativ besetzte Narrative, die im politischen und historischen Selbstverständnis in Ost und West bis dato eine zentrale Rolle gespielt hatten, lösten sich plötzlich in Nichts auf, während bestimmte totgesagte Reflexe auf spektakuläre Art wieder hoch kamen. Einleuchtende bis höchst seltsam mutierende Analogien zwischen heute und gestern wurden reaktiviert. Chiffren der Vergangenheit wie „Auschwitz“ wurden zum festen Bestandteil der internationalen Rhetorik und Politik und zu Losungsworten einer neuen weltweiten Interventionspolitik so wie im Kosovo. Mithilfe einer zugegebenermaßen nicht sehr sensiblen Verwertungsterminologie gedeutet, schien im Laufe der 1990er Jahre eine neuartige Vergangenheitsnutzung entstanden zu sein. Flächendeckend schien das Vergangene zumindest einer Vergegenwärtigung in Form von Ritualen und Symbolen würdig.

Angesichts ihrer Anhäufung und der dahinter steckenden, unübersehbaren mobilisierenden Zugkraft konnten diese Vorgänge nicht bloß als anachronistisch gewertet werden, um gleich darauf wieder verdrängt zu werden. Rasch breitete sich Unbehagen, wenn nicht Unmut aus: Während die Reproduzierbarkeit von Versöhnungsgesten über Raum- und Zeitgrenzen hinweg noch als „Versöhnungskitsch“ (Klaus Bachmann) ironisiert werden konnte, prägte der belgische Holocaust-Forscher Jean-Michel Chaumont den polemischen

schen Begriff der „Konkurrenz der Opfer“, um den all die 1990er Jahre beherrschenden, nur gering aufklärenden, sondern meist aggressiv geführten Vergleich zwischen Nazismus und Kommunismus zu charakterisieren. Zu welchen höchst gegenwärtigen, stets identitären Zwecken wurden diese nachträglichen Schlachten um Opferzahlen und Opfernarrative denn überhaupt noch geliefert? Zählt man noch die Vertreibungsdebatte hinzu, die um die Jahrtausendwende in Deutschland und Ostmitteleuropa zu manchen Zerwürfnissen zwischen den Nachbarn führte, so wird die ganze Spannweite der Verschränkung von Vergangenheit und Gegenwartsdebatten, wie sie sich nach 1989-1991 entwickelte, deutlich sichtbar.

„Auf Wiedersehen gestern – die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen“ hat der Historiker und Feuilletonist Michael Jeismann 2001 einen Essay überschrieben, in dem es auch um diese Funktionalisierung der Geschichte geht. Wenn auch Jeismann selbst, der zur Zeit das Goethe-Institut Dakar leitet, in Weimar nicht präsent sein konnte, so wurde unter diesem seinem Motto anlässlich des Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte 2014 im europäischen Vergleich über Frankreich, Deutschland, Polen und Russland reflektiert.

Die Fragen, die hier die bekannte, in Frankreich lebende (Sowjet)Russland-Spezialistin Jutta Scherrer und der in Berlin ansässige französische Historiker und Herausgeber der „Deutschen Erinnerungsorte“ Etienne François beantworten, gelten der Rolle, die Zäsuren weltgeschichtlichen Ausmaßes für die nationalen und europäischen Erinnerungskulturen einnehmen: Um den Oberbegriff des Weimarer Rendez-vous 2014 in Szene zu setzen: Gibt es ei-

nen, noch zu erörternden Konnex zwischen politischen „Umbrüchen“ auf der einen Hand und Dambrüchen in den Meistererzählungen, den Erinnerungskulturen und Erinnerungsdebatten auf der anderen? Fördern Umbrüche Zukunftsvisionen oder Erinnerungsschübe? Doch welche „Umbrüche“ lassen sich zwischen 1945 und 1989 überhaupt festhalten für das Aufkommen des „Zeitalters der Gedenkens“ in den 1970er und 1980er Jahren? Und trugen nicht umgekehrt nur im zivilgesellschaftlichen Widerstand artikulierbare Erinnerungsstaus zum Zusammenbrechen von politischen Regimes im kommunistisch regierten Europa bei, die bezeichnenderweise immer auch auf zukunftsorientierten „Zeitregimes“ beruhten?

Münden politische Zäsuren immer gleich in neue, explizite Erinnerungskoordinate? Und welche Bedeutung soll den Latenzphasen zwischen politischen Zäsuren und der Formierung neuer bzw. der Rückkehr alter Denkmuster beigemessen werden, wie sie z. B. in Putins Russland mehr als zehn Jahre nach dem Kollaps der Sowjetunion in Erscheinung treten? Last not least: Die langen 1990er Jahre vom Berliner Mauerfall zum EU-Beitritt von 2004 waren gekennzeichnet von einem europäischen Optimismus, der mit der heutigen Orientierungslosigkeit kaum krasser kontrastieren könnte. Auch diese Wechselfälle in der geistigen Stimmung der Europäer blieb nicht ohne Folgen auf die gemeinsamen wie geteilten Erinnerungskulturen. Dies wirft die letzte Frage auf, mit der sich Etienne François und Jutta Scherrer beschäftigen: Inwieweit ist das traditionell im Zusammenwachsen mit der Nation gedeihende kollektive Gedächtnis, das auf möglichst tiefe Kontinuität setzte, durch ein weniger vertikal, sondern horizontal

angelegtes „gemeinsames“ Gedächtnis abgelöst worden? Sind die von der italienischen Historikerin Luisa Passerini hypothetisch aufgeworfenen, teil- und mitteilbaren Narrative („shareable narratives“) nur Wunschdenken? (Wie) lassen sich Zirkulationen, Eigendynamiken, ja: Renatio-

nalisierungstendenzen auf der einen Hand und Adaption, Empathie und kulturelle Aneignungen auf der anderen deuten, die im polyphonen Chor der europäischen Erinnerungskulturen seit fünfundzwanzig Jahren die Leitmotive stellen?

Umbrüche, Erinnerungskulturen und Zukunftsvisionen

Historische Umbrüche stehen immer in Verbindung mit einem Wandel der Einstellung zur Zukunft. Ob sie aus einem Wandel der internationalen Verhältnisse – wie zum Beispiel 1648 mit den Westfälischen Friedensverträgen – oder aus einem Wandel der inneren Verhältnisse entstehen – wie zum Beispiel 1789 mit der Französischen Revolution –, sie haben immer zur Folge, dass sie als Beginn eines neuen Zeitalters wahrgenommen werden, das eine andere und bessere Zukunft ermöglicht. Gleichzeitig tragen sie zu einer neuen Wahrnehmung der Vergangenheit bei: Der westfälische Friedensschluss hat unter anderem zur Konsequenz, dass der ihm vorhergehende Konflikt als Dreißigjähriger Krieg bezeichnet wird; aus der gleichen Art und Weise wird die Zeit vor der Französischen Revolution als „Ancien Régime“ bezeichnet und dadurch grundlegend anders interpretiert. Aus einer neuen Zukunft entsteht also auch immer eine neue Vergangenheit. So geschah es auch zwischen 1989 und 1991 mit dem Zusammenbruch des Ostblocks, der Implosion der DDR, der deutschen Wiedervereinigung, der Auflösung der Sowjetunion und schließlich der Entstehung einer neuen europäischen Ordnung, die so viele scheinbare Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt bzw. zerstört haben. Seitdem hat sich unsere Wahrnehmung der deutschen, europäischen und internationalen Vergangenheit grundsätzlich geändert. Nichts ist aufschlussreicher

in der Hinsicht als ein Vergleich zwischen Geschichtsschulbüchern der 1980er Jahre und Geschichtsschulbüchern unserer Zeit: Der Wandel der Zeiteinteilung, der Interpretation der Vergangenheit und auch der Begrifflichkeit ist dabei so tief, dass man oft den Eindruck hat, die Geschichte, wie man sie vor 1989/91 wahrnahm, und die Geschichte, wie man sie heute wahrnimmt, seien zwei Geschichten, die kaum etwas Gemeinsames hätten.

Daraus allerdings den Schluss zu ziehen, politische bzw. soziale Brüche seien die Voraussetzung für einen Wandel der Einstellungen zur Geschichte, wäre trügerisch. Der durch den „Eintritt in das Zeitalter des Gedenkens“ (P. Nora (1992), *Les lieux de mémoire* Bd. 3: *Les France*. Paris: Gallimard) markierte Strukturwandel bietet in der Hinsicht ein besonders überzeugendes Beispiel. Dieser Wandel, der durch die Aufwertung des Gedächtnisses auf Kosten der Geschichte, durch die Diskreditierung des Vergessens und den Aufruf zur Erinnerung, durch ein wachsendes Interesse für die Erinnerungskulturen und das Kulturerbe, und schließlich durch eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft gekennzeichnet ist, vollzog sich in den meisten europäischen Ländern in den 1970er und 1980er Jahren, d.h. in einem Kontext, in welchem die äußeren internationalen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen relativ sta-

bil waren. Der Übergang zum Zeitalter des Gedenkens hing mit einer beschleunigten Infragestellung der Meistererzählungen zusammen, die in beiden Teilen Europas unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden waren und zeichnete sich durch den Durchbruch und die Universalisierung des Gedächtnisses des Holocaust, durch den Übergang von einer heldenzentrierten zu einer opferzentrierten Erinnerung und durch ein neues Interesse für die Erinnerungskulturen und die „lieux de mémoire“ aus. Er war zudem verbunden mit einer zunehmenden Skepsis gegenüber Geschichtsinterpretationen, die die Vergangenheit im Spiegel einer als Fortschritt wahrgenommenen Zukunft interpretierten. Sicher spielten dabei die neuen Tendenzen der Geschichtsforschung wie auch ihre neuen Erkenntnisse eine gewisse Rolle. In der Summe aber blieben sie eher nebensächlich. Viel wichtiger war dabei der Einfluss solcher Akteure wie der Opfernachkommen, der Publizisten, der Intellektuellen und der Künstler, der Medien und der Politiker, der Richter und der „Erinnerungsunternehmer“. Ihnen vor allem verdanken wir den Eintritt in das Zeitalter des Gedächtnisses.

Dieser Strukturwandel vollzog sich zuerst und am deutlichsten im westlichen Teil des Kontinents. Er blieb aber nicht darauf

beschränkt und vollzog sich auf vergleichbare Art und Weise, wenn auch meistens unterschwellig, im östlichen Teil Europas. Er drückte sich nicht nur durch eine zunehmende Skepsis gegenüber der Fähigkeit der sozialistischen Ordnung aus, ihr Versprechen einer strahlenden Zukunft einzulösen, sondern reflektierte auch eine zunehmende Diskrepanz zwischen den von oben konstruierten und proklamierten Geschichtsdeutungen und den konkreten Erinnerungen der Einzelpersonen wie auch der sozialen und nationalen Gruppen. Der immer größer werdende Zweifel an der von den sozialistischen Regimen versprochenen Zukunft wie auch die immer größer werdende Hinfälligkeit der offiziellen, marxistisch geprägten Interpretationen der Geschichte, spielten insgesamt neben den nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen und politischen Aspekten eine entscheidende Rolle in der inneren Schwächung der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder. Weit entfernt davon, eine Konsequenz des politischen und sozialen Umbruchs der Jahre 1989-1991 im östlichen Teil Europas zu sein, erscheint vielmehr der sich zuerst stillschweigend vollziehende Strukturwandel der Einstellung zur Zeit als eine seiner entscheidenden Voraussetzungen.

Umbrüche und Erinnerung: das postsowjetische Russland

2005 bezeichnete Präsident Putin den Untergang der Sowjetunion als größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Die Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 hatte für den Großteil der russischen Bevölkerung durchaus nicht nur die Befreiung vom Kommunismus bedeutet. Die vierzehn früheren Unionsrepubliken (hierunter die Ukraine, Belarus, Kasachstan, die baltischen, kaukasischen und zentralasiatischen Republiken) hatten mit ihren Unabhängigkeitserklärungen die einstige Sowjetunion auf die Grenzen des Moskauer Reiches um die Mitte des 17. Jahrhunderts bzw. auf 76 Prozent des vorherigen sowjetischen Territoriums zusammenschrumpfen lassen. An die 25 Millionen Russen befanden sich quasi über Nacht im „nahen Ausland“, d. h. in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetrepubliken. Dieses für die russische Bevölkerung schwerwiegendste Kapitel des Umbruchs von 1991 ist bis zum heutigen Tag nicht überwunden und schon gar nicht von der offiziellen Geschichtspolitik aufgearbeitet worden. Das Ende der Sowjetunion, in anderen Worten ihr Zusammenbruch, wird nach wie vor als Trauma empfunden. Sichtbar gemacht wird das nach außen sowohl in Bekundungen des Verlusts des Großmachtstatus wie auch in ihrem Gegenteil, der Berufung auf den starken Staat.

Seit der Perestrojka und bis zur jüngsten Gegenwart ist Russland mit der Suche

nach seiner Identität, seinem nationalen Selbstverständnis und seinen ideologisch begründeten Wertvorstellungen befasst. Diese kennzeichnen keineswegs nur die offizielle Geschichtspolitik, sondern gehen auf die eine oder andere Weise auch in die Sicherheitsstrategie, Militärdoktrin, Nationalitäten- und auswärtige Politik der Russischen Föderation ein.

Ging es den führenden demokratischen Kräften in Zeiten der Perestrojka darum, auf der Basis einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der sowjetischen Ideologie und ihren Institutionen einen Rechtsstaat und die liberale Marktwirtschaft aufzubauen, so wurden in Jelzins Anfangsjahren die neuen staatsverbindlichen Normen hauptsächlich im Rückgriff auf die bisher geleugneten Werte und Symbole der vorrevolutionären Epoche des imperialen Russland gesucht. Parallel zur Entmythisierung der sowjetischen fand eine Remythisierung der vorrevolutionären russischen Vergangenheit statt. Die weiss-blau-rote Trikolore der Romanows wurde gegen die rote Flagge mit Hammer und Sichel eingetauscht, der byzantinische Doppeladler gegen den roten Stern. Die wiedergefundenen Überreste des von den Bolschewiki 1918 ermordeten letzten Zaren Nikolaus II. und seiner Familie wurden 1998 in einem feierlichen Staatsakt der Reue in der Gruft der Romanows in St. Petersburg beigesetzt. Eine von Jelzin

propagierte neue „russische Idee“ suchte ihre Wurzeln im Narrativ der Slavophilen des 19. Jahrhunderts.

Putins nationales Konzept zeichnete sich dagegen von Anfang an durch eine Art russisch-nationaler Mischidentität aus, insofern er das Erbe des imperialen wie des sowjetischen – und nachdrücklich des stalinistischen – Staatswesens als ungebrochene Einheit in seinen Staatspatriotismus integrierte. Ein neuer nationaler Feiertag, der dem Neuaufbau der Macht des Moskauer Staats im 17. Jahrhundert gedachte, trat 2004 an die Stelle der Erinnerung an die Oktoberrevolution. Dagegen wurde die Melodie der Stalinhymne unter Putin wieder eingeführt, die von Jelzin durch eine einer Glinka-Oper entnommene Melodie ersetzt worden war. Aus der imperialen russischen Geschichte wurden Machtsymbole übernommen wie die traditionellen Preobrazhenskij und Semenevskij Regimenter, die Suvorovsche Militärschule, das imperiale Kadettenkorps. Die Kosaken fanden erneuten Rückhalt im Staat. Gleichzeitig wurden längst abgeschaffte sowjetische Auszeichnungen wie der „sozialistische Held der Arbeit“ (als „Held der Arbeit“) und das Sportabzeichen „Bereit zur Arbeit und Verteidigung“ wieder eingeführt (2013). Putin veranlasste auch die Überführung der Überreste des Generals Denikin, der im Bürgerkrieg die Weiße Armee befehligte und in den USA beigesetzt wurde, in den heimischen Moskauer Boden. Das gleiche Geschick ließ er den Überresten des zu sowjetischen Zeiten emigrierten Philosophen Ivan Il'in aus der Schweiz und des Schriftstellers Ivan Schmelev aus Paris angedeihen (2005). Unter Zuhilfenahme der russischen wie der sowjetischen Geschichte unternimmt es Putin unentwegt,

die moralisch-patriotische Erziehung zu beeinflussen. Sein persönlicher Zugriff auf russische Geschichtsbücher, seine Verordnung eines Einheitslehrbuchs mit einer für sämtliche Schüler der Russischen Föderation geltenden identischen Interpretation der Geschichte, seine ideologischen Diskurse verdeutlichen eine Suche nach nationaler Identität, die vor allem von Russlands mächtiger Vergangenheit bestimmt ist. In dieser Sicht geht die Kontinuität des starken russischen Staates bruchlos von der Kiever Rus' in die heutige Gegenwart über. Die russische orthodoxe Kirche, deren jahrhundertealten Wertvorstellungen dem dekadenten, materialistischen Westen entgegengestellt werden, gilt als engster Verbündeter des Staates. Die großen Siege der russischen und sowjetischen Geschichte, sei es die Schlacht von Borodino (1812) oder der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg, werden als immer wichtigere patriotische Manifestationen begangen.

Großrussischer Nationalismus geht mit gekränkter Großmachtattitüde Hand in Hand und schafft ein Narrativ, dem es bisher nicht daran lag, sich mit der stalinistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen und in der Auflösung der Sowjetunion auch einen normativen Neubeginn der Russischen Föderation zu sehen. Die Propagierung der „russischen Welt“ und eines eurasischen Zivilisationsraums, in den sich auch das kanonische Territorium der russischen orthodoxen Kirche einfügt, gehen von der Kompensierung der Demütigung Russlands aus, die seine Feindschaft gegenüber dem Westen und insbesondere den USA (der sich die Sowjetunion seit Stalin ebenbürtig fühlte) noch verstärkt.

Während in anderen Regionen Europas das Ende des Kalten Krieges die Unterschiede zwischen Ost und West nahezu beseitigt hat, trägt die Identitätssuche des postsowjetischen Russland zum „Abwehrkampf der russischen Welt“ gegen den Westen bei.

Russlands Hegemonievorstellungen im postsowjetischen Raum haben alte Abhängigkeiten nie vergessen lassen. Putins gegenwärtige Auseinandersetzung mit der Ukraine, die bei dem Großteil der russischen Bevölkerung findet, manifestiert nichts mehr und nichts weniger als Russlands Vormachtanspruch im postsowjetischen Raum. Dass Russland hierbei gegen den Willen der westlichen Welt - der Nato und den USA - agiert, ist für den Großteil der russischen Bevölkerung ein Zeichen dafür, dass Russland als eine große Macht handelt. Umfragen des renommierten Levada-Meinungsforschungszentrums haben nachgewiesen, dass die Hälfte derer, die den Anschluss der Krim befürworteten, es deshalb taten, weil sie darin ein Zeichen sahen, dass Russland wieder eine große Weltmacht ist und seine Interessen im postsowjetischen Raum durchsetzt.

Literaturverzeichnis

- François, E. (2004): Meistererzählungen und Damnbrüche. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zwischen Nationalisierung und Universalisierung, in: Mythen der Nationen: 1945 – Arena der Erinnerungen Bd.1. Berlin: DHM.*
- Gabowitsch, M. (2013): Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur. Berlin: Suhrkamp.*
- Kappeler, A. (2014): Russische Geschichte. München: C.H.Beck.*
- Kappeler, A. (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. München: CH Beck.*
- Scherrer, J. (2014): Russland verstehen? Das postsowjetische Selbstverständnis im Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 47-48, S. 17-26.*
- Serrier T., François E. (2012): Lieux de mémoire européens. Paris: La Documentation Française.*

2. UMBRUCH ZWISCHEN DEN EPOCHEN

Podium: Von einer Epoche zur nächsten: Wann begann die Neuzeit?

Susanne Rau

Wann begann die Neuzeit? Zur Problematik und Geschichte von Epochenumbrüchen

Wann endete eigentlich das Mittelalter und wann begann die Neuzeit? Lätete der „Schwarze Tod“, also die große Pest von 1348, das Ende einer Zeit ein? Sah Petrarca bei seiner Besteigung des Mont Ventoux schon die Neuzeit am Horizont herannahen? Wurde mit dem Ewigen Landfrieden von 1495 und dem Gewaltmonopol des Staates eine Grundlage für eine neue Zeit geschaffen? War die Entdeckung Amerikas ein welthistorischer Umbruch, und was dachten die Bewohner der „Neuen Welt“ bei der Ankunft des Kolumbus? Oder waren es doch Luthers berühmte Thesen an der Wittenberger Schlosskirche, die die Menschen aus einem angeblich „dunklen Zeitalter“ herausführten?

Kann man an bestimmten Ereignissen und Daten überhaupt Epochenumbrüche festmachen? Diese Fragen und die damit verbundenen Probleme und Sichtweisen (der Wissenschaft, aber auch der Zeitgenossen, die davon betroffen waren) werden im Folgenden anhand verschiedener Themen diskutiert.

Zur Einführung: Die Reformation als Epochenumbruch?

In einer Zeit, in der Begriffe wie „Mauerfall“ oder „Arabische Revolution“ häufiger fallen und ihnen die Bedeutung gesellschaftlicher Umbrüche zugeschrieben wird, erscheint es angebracht, sich mit der Geschichte und Problematik von Epochenumbrüchen zu beschäftigen. Dies betrifft auch eine ganz einfache, aber gar nicht so einfach zu beantwortende Frage wie diese: Wie kommt es eigentlich, dass wir von Epochen wie Antike, Mittelalter und Neuzeit reden? Wann lässt sich sagen, dass ab einem Datum X eine neue Ära beginnt? Es geht hier also nicht nur um den historischen Moment der Zäsur (wie den Mauerfall oder ähnlich einschneidende Ereignisse), sondern auch darum, wie die Geschichtsbücher daraus das Ende einer alten oder den Beginn einer neuen Epoche formulieren, also wie sich diese Zäsuren

dann institutionalisieren und fortan den Takt der Zeit angeben. Denn wer die „Zeit“ bestimmen kann, übt auch eine symbolische Form von Macht aus.

Die üblichen Begriffe für „die neue Zeit“ am Beginn der Neuzeit waren Renaissance, Reformation, Neuzeit oder die Entdeckung einer „neuen“, also bisher unbekanntem Welt.

Mit einem ersten Beispiel – dem der Reformation – möchte ich hier beginnen. Am 31. Oktober 2017 jährt sich der Beginn der Reformation zum 500. Mal. Darüber sind wir derzeit recht gut informiert, weil es im Rahmen der sogenannten Lutherdekade, die 2008 einsetzte, von vielen Seiten in regelmäßigen Abständen wiederholt wird: von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ebenso wie von einem weitgehend touristischen Interessen unterliegenden Reformationmarketing. Nach einem weit verbreiteten Geschichtsverständnis, das unter anderen auf den Philosophen Hegel und den Geschichtsschreiber Ranke zurückgeht, begann mit der Reformation die Neuzeit. Leopold von Ranke (1795-1886) etwa publizierte zwischen 1839 und 1847 seine sechsbändige Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, die so wirkungsmächtig war, dass sie bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts mehrfach aufgelegt wurde und selbst noch heute über den Buchhandel beziehbar ist (vgl. Ranke 1957). Ranke schrieb vor allem politische Geschichte (alle auftretenden Personen waren irgendwie ‚politisch wichtig‘), und in Martin Luthers Reformation sah er mehr oder weniger den Beitrag Deutschlands zur Entstehung einer „neuen Zeit“. Im Übrigen hat auch die DDR-Geschichtsschreibung ihren Beitrag zu diesem Geschichtsbild geleistet. Für die marxistische Geschichtsschreibung gehörten Reformation und

Bauernkrieg zusammen. Sie bildeten die sogenannte „frühbürgerliche Revolution“, die eine neue Epoche einläutete (vgl. Scheunemann 2010).

Das Jahr 1517, das in den älteren Geschichtsbüchern als Beginn der Reformation bezeichnet und gerade neuerdings wieder so besonders hervorgehoben wird, bezieht sich auf den sogenannten Thesenanschlag Martin Luthers an die Wittenberger Schlosskirche. Die Kirchengeschichte hat allerdings längst nachgewiesen, dass es diesen Thesenanschlag gar nicht gegeben hat (Iserloh 1968; vgl. auch Wolff 2013). Denn die Personen, die später davon berichteten (Philipp Melanchthon und Luthers Sekretär Georg Rörer¹), können nicht Augenzeugen gewesen sein. Stattdessen hat Luther seine Thesen den Briefen an die kirchlichen Oberen beigefügt. Tatsächlich wurden die Thesen publiziert und später an einigen Kirchentüren (nicht nur in Wittenberg) ausgehängt. Die Lutherhagiographie lässt sich jedoch bis zum heutigen Tag nicht von der symbolischen Verdichtung der Reformation im Thesenanschlag abbringen (Abb.1 & 2).

¹Thesenanschlag, URL: http://www.urmel-dl.de/Projekte/SammlungGeorgR%C3%B6rer/GeorgR%C3%B6rer%281492_1557%29/Thesenanschlag.html [18.12.2014].



Abb. 1: Adolf F. E. v. Menzel: Illustration zu "Luthers Leben. Ein Bilderbuch für die Jugend", 1831/32



Abb. 2: Joseph Fiennes als Martin Luther im Film „Luther“ (D/USA, 2003)

Hinzu kommt, dass Luther keineswegs vorhatte, eine Kirchenspaltung herbeizuführen. Das Thesenpapier enthält den Appell „Tut Buße und habt keine Angst vor dem Fegefeuer“. Luther wollte vor allem die Alte Kirche reformieren und gewisse Missstände beheben. Erst 100 Jahre später, 1617, feierten die protestantischen Stände ein Jubiläum des Ereignisses. Damit wurde der Thesenanschlag an der Wittenberger Schlosskirche als symbolischer Beginn der Reformation etabliert, der sich bis heute – freilich mit schwankendem Grad an Aufmerksamkeit – erhalten hat, wie sich an den laufenden Planungen für das Reformationsjubiläum 2017 ablesen lässt. Die Reformation kann als Beispiel dafür gelten, dass es häufig erst eine nachfolgende Generation ist, die aus einem Ereignis einen Epochenumbruch konstruiert – unbeschadet der Versuche einiger beteiligter Akteure, Rechtfertigungen für ihr Tun oder für das Geschehen zu finden. Von Anfang an galt der Umbruch – in einem positiven, identitätsstiftenden Sinn – jedoch nur für einen Teil der Menschen, nämlich für diejenigen Protestanten, die der Reformation Luthers anhängen, nicht für die Anhänger anderer Reformatoren (Zwingli, Calvin), nicht für seine Gegner (die Katholiken) und nicht für die Mitglieder ganz anderer Religionen (Juden). Auch dies ist ein Aspekt von Umbrüchen: dass sie bisweilen nicht für eine gesamte Gesellschaft gelten oder jedenfalls nur von einem Teil der Gesellschaft für gut befunden werden. Nochmals zum Begriff: Was heißt eigentlich Reformation? Der Begriff der „Reformation“ hatte im damaligen Sprachgebrauch einen unspezifischeren Bedeutungsgehalt als heute. Den Begriff Reform oder lateinisch reformatio gab es durchaus schon, aber er bezog sich keineswegs auf eine

von Protestanten ausgelöste Reform der Kirche und in deren Folge eine Veränderung des sozialen und kulturellen Lebens. Der Begriff „Reformation“ in seinem heutigen, auf das kirchengeschichtliche Geschehen verengten Bedeutungsgehalt wurde erstmals von katholischen Theologen des 17. Jahrhunderts verwandt und fand erst seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert weitere Verbreitung. Luther benutzte den Begriff niemals, um sein eigenes Tun und dessen Wirkungen zu charakterisieren. Er hat keine Reformation ausgerufen, wie man später vielleicht Revolutionen ausgerufen hat. Die Funktion der Bezeichnung eines gesellschaftlichen Großereignisses und einer Epochenschwelle, also des Übergangs vom Mittelalter zur Neuzeit, hat der Begriff erst um 1700 erfahren (vgl. Cellarius 1702).

„Reformatio“ konnte um 1500 sowohl eine schriftliche Ordnung für ein bestimmtes Gemeinwesen, zum Beispiel „Reformation der Reichsstadt Nürnberg von 1484“, bedeuten wie auch die Neuorganisation eines universitären Studienganges. Zugleich dient der Begriff als Sammelbezeichnung für die kirchenreformerischen Bestrebungen des Spätmittelalters. „Re-formare“ meinte dabei nicht erneuern, sondern das Überkommene, das Alte, aber Vergessene wiederherstellen. – Und was wollte man wiederherstellen? Den Zustand der Ur-Kirche, also die Verhältnisse des Urchristentums.

Aus dem divergierenden zeitgenössischen und wissenschaftlich-modernen Sprachgebrauch resultieren eine Vielzahl von Forschungskontroversen um den Charakter des reformatorischen Prozesses und eine Fülle von Etikettierungen (Stadtreform, Fürstenreform, Gemeindeformation usw.), die das Verständnis

der Reformationsgeschichte letztlich eher erschweren als erhellen. In Anlehnung an grundsätzliche Überlegungen des Historikers Robert W. Scribner wird daher häufig zwischen „reformatorischen Bewegungen“ und „Reformationen“ unterschieden (Scribner 1990). Dabei wird unter reformatorischen Bewegungen das auf der Grundlage der reformatorischen Theologien (von wem auch immer) artikulierte Verlangen nach Kirchenreform verstanden, unter Reformation dagegen der Prozess, durch den weltliche Obrigkeiten dieses Reformverlangen in institutionelle Formen überführten. Im Aufeinander-bezogen-sein von reformatorischen Bewegungen und Reformationen gewann die Reformation als ein Geschehen Gestalt, dessen historische Wirkmächtigkeit über seinen kirchenreformerischen Ausgangspunkt weit hinaus reicht.

Das Besondere der Reformationen des 16. Jahrhunderts – gerade im Unterschied zu den vielen Kirchen- und Klosterreformen des späten Mittelalters – war die enge Verzahnung von Religion und Politik, das Einmischen der politischen Obrigkeiten in das kirchliche Reformvorhaben (ganz gleich, ob dies unterstützend oder ablehnend geschah). Reformation heißt damit also zunächst überhaupt nicht Trennung von Kirche und Welt, wie das teilweise im 19. Jahrhundert gesehen wurde. Die Reformation hat auch nicht sofort eine Säkularisierung, also Verweltlichung, ausgelöst, jedenfalls nicht intentional – eine These, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts bei dem Religionshistoriker Ernst Troeltsch (1865-1923) oder bei dem Soziologen Max Weber (1864-1920) finden lässt.

Kurzum: Man sollte der Dialektik der theologisch-kirchlichen, gesellschaftlich-kulturellen wie politischen Seite des refor-

matorischen Geschehens Rechnung tragen und dabei auf Parallelentwicklungen und gegenseitige Beeinflussungen achten.

Mit dem Beispiel der Reformation – als Epochenumbruch und den damit einhergehenden Ausblendungen – habe ich deutlich zu machen versucht, dass es in historisch-kritischer Perspektive schwierig ist, einen Epochenumbruch an fixen Daten oder bestimmten Ereignissen festzumachen. Dennoch neigen die Menschen immer wieder dazu, Umbrüche im Sinne eines Endes oder eines Anfangs einer Ära zu formulieren, weil dadurch die Geschehnisse sortiert, die Welt eingeteilt und meist auch Sinn gestiftet werden können.

In etwas allgemeinerer Perspektive lässt sich weiter fragen:

- Worin besteht eigentlich die Qualität eines historischen Umbruchs? Wie einschneidend oder sichtbar muss er sein?
- Bei historischen, also längst vergangenen Umbrüchen wäre zu fragen: Haben die Zeitgenossen eigentlich etwas davon bemerkt? Und wenn ja, wie haben sie sich dazu geäußert? Und wer mit welchem Erfolg?
- Was war zu Ende gegangen? Was war das spezifisch Neue?
- Welche Hoffnungen waren mit einem Umbruch verbunden?
- Gab es Figuren in diesem Prozess, die etwas Messianisches an sich hatten?
- Welche Metaphern werden verwendet, um Umbrüche zu beschreiben (zum Beispiel „Finsternis und Licht“, um damit „das Alte und das Neue“ zu bezeichnen)?
- Kann man Epochenumbrüche überhaupt an einem Datum oder an einem Ereignis festmachen?

- Joan Kelly hat 1977 die Frage gestellt: „Did women have a Renaissance?“ Wie sähe also die Renaissance oder auch die Reformation in geschlechtergeschichtlicher Perspektive aus? Führt diese Perspektive eventuell zu einer neuen Periodisierung der Geschichte?
- Wer hat den Weg in die Moderne eröffnet? Eine protestantische männliche Elite? Oder auch die Katholiken und die Juden?
- Wie wirken sich Umbrüche auf das Kalendersystem der Gesellschaft aus?
- Der indische Historiker Dipesh Chakrabarty hat einmal geschrieben, Europa sei „ein“ historischer Fall, nicht „das“ historische Modell (Chakrabarty 2008). Wenn man dies ernst nimmt, wie sähe ein raumzeitlicher Perspektivwechsel für die Periodisierung der Geschichte aus?
- Und schließlich: Wie soll man eine „Epoche“ eigentlich definieren? Dadurch, dass sie einen Anfang und ein Ende hat? Die kanadisch-amerikanische Historikerin Natalie Zemon Davis hat dazu einen Vorschlag gemacht: „Instead of looking for what a period agreed upon – paradigms or epistemes or mentalities – let’s look for what it debated. Let’s look for its unresolved questions, such as the representation/presence-debate [...], or the debate over whether virtue is determined by birth.“ (Davis 2014, ms.). Diesem Rat folgend, könnten wir die Epochenkarte neu zuschneiden.

- postcolonial thought and historical difference*, Princeton, NJ u.a.: Univ. Press, Neuaufl.
- Davis, N. Z. (2014): „On Using ‘Early Modern’ to periodize“, Vortrag bei der Tagung *Rethinking Early Modernity. Methodological and Critical Innovation since the Ritual Turn*, University of Toronto, 25.-26. Juni 2014 (Manuskript).
- Friedell, E. (1927–1931): *Kulturgeschichte der Neuzeit. Die Krisis der europäischen Seele von der schwarzen Pest bis zum Weltkrieg*, 3 Bde., München: Beck.
- Iserloh, E. (1968): *Luther zwischen Reform und Reformation. Der Thesenanschlag fand nicht statt*, Münster: Aschendorff.
- Jaeger, F. (Hrsg.) (2005–2012): *Enzyklopädie der Neuzeit*, 16 Bde., Stuttgart u.a.: Metzler.
- Kelly, J. (1984): *Did Women Have a Renaissance?* In: *Women, History and Theory. The Essays of Joan Kelly*. Chicago u.a.: Univ. of Chicago Press, S. 19–50.
- Ranke, L. v. (1957): *Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation*, 2 Bde., Wiesbaden: Vollmer.
- Scheunemann, J. (Hrsg.) (2010): *Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland*, Leipzig: Evang. Verlags-Anstalt.
- Scribner, R. W. (1990): *Paradigms of Urban Reform: Gemeindereformation or Erastian Reformation?* In: Grane, L./Hørby, K. (Hrsg.): *Die dänische Reformation vor ihrem internationalen Hintergrund. The Danish Reformation against its International Background*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 111-128.
- Skalweit, S. (1982): *Der Beginn der Neuzeit. Epochengrenze und Epochenbegriff*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Wolff, U. (2013): *Iserloh. Der Thesenanschlag fand nicht statt*. Basel: Reinhardt.

Abbildungsnachweis:

- Abb.1: gemeinfrei abrufbar unter <http://images.zeno.org/Kunstwerke/l/big/2390199a.jpg>
- Abb.2: © NFP* /Foto Rolf von der Heydt

Literaturverzeichnis

- Cellarius, C. (1702): *Historia vniuersalis. Breviter ac perspicue exposita. In antiquam, et medii aevi ac novam divisa, cum notis perpetuis*, Jena: Bielcke.
- Chakrabarty, D. (2008): *Provincializing Europe:*

Vermeintliche Umbrüche: War Francesco Petrarca der erste Alpinist?

Wer als Althistoriker in einem frühneuzeitlich orientierten Panel über Epochenumbrüche nachdenken soll, gerät zwangsläufig in das weite Feld der Antikerezeption. Am Beispiel des Francesco Petrarca (1304-1374) soll zum einen der Begriff „Renaissance“ problematisiert werden; zum anderen wird die Behauptung dekonstruiert, dass Petrarca der erste Bergsteiger gewesen sei.

1. Renaissance und Antikerezeptionen

Vor kurzem hat Stephen Greenblatt den Beginn der Renaissance mit der Auffindung und Verbreitung eines einzigen antiken Textes verknüpft: De rerum natura des römischen Dichters Lukrez, das der Humanist Poggio Bracciolini 1417 in einem Kloster in der Nähe von Fulda entdeckt hatte (Greenblatt 2012). Zugleich kann der Begriff Renaissance sehr weit verwendet werden. Es gibt die karolingische Renaissance (780-900), die Ottonische Renaissance (950-1000) oder die Staufische Renaissance (im 12. Jahrhundert). Wer diese diversen Wiedergeburten nacheinander liest, kann leicht den Eindruck gewinnen, dass die Antike vor lauter Renaissanceen nie wirklich verschwunden war.

Während Dante (1265-1321) die eigene Epoche als bruchlose Fortsetzung der Antike verstand, gilt manchen Francesco Petrarca als Anfangspunkt der Neuzeit. Sein polemischer Aufruf für eine Neubelebung

der Antike etablierte erst das Mittelalter als den Zeitraum zwischen dem Altertum und der eigenen Zeit. Gegen Ende seines Lebens berichtet Petrarca in einem Brief über ein einschneidendes Erlebnis aus seiner Jugend. Bereits als Knabe hatte er sich für die Werke der berühmten antiken Autoren begeistert; durch sein Studium des Zivilrechts konnte er sich einige Bücher anschaffen, die der strenge Vater eines Tages, als seien sie ketzerische Schriften, ins Feuer warf. Der junge Petrarca fühlte sich, als sei er selbst ins Feuer geworfen worden. Da riss der Vater zwei Bücher aus dem Feuer und übergab sie dem Sohn: Vergil und die Rhetorik Ciceros. Diese Anekdote wurde als Schlüsseldokument des Humanismus interpretiert: Nicht die Rückwendung zu Cicero sei das Neue an Petrarca, da der Rekurs auf Cicero im gesamten Mittelalter vorkommt. Vielmehr wurde auf die Hinwendung zum Spracherlebnis verwiesen. Petrarca bewunderte den meisterhaften Stil Ciceros und orientierte sich an ihm (Rüegg 1946, 91). Allerdings ist Petrarca nicht nur durch die antiken Autoren wie Cicero und Vergil geprägt, sondern auch durch die Kirchenväter, vor allem Augustinus (Leonhardt 2005, 37).

Petrarcas Selbststilisierung nach dem Vorbild Ciceros machte ihn zu einer Berühmtheit. Dieses self-fashioning beschrieb Stephen Greenblatt als typisch für die Renaissance. Vieles spricht dafür, dass auch

Petrarcas Dichterkrönung vom Ostersonntag 1341 auf dem Kapitol in Rom als eine solche Selbstinszenierung in Form einer speziellen Antikerezeption zu verstehen ist. Lange zuvor hatte Petrarca durch seine publizistische Tätigkeit und durch das Knüpfen eines weiten Netzwerkes seine Dichterkrönung eingefädelt. Schließlich wetteiferten gleich zwei Orte darum, ihn krönen zu dürfen: Rom und Paris. Der geschmeichelte Dichter entschied sich für Rom, die Hauptstadt der antiken Welt. In der Festrede erklärte Petrarca seine Dichterkrönung als Wiederbelebung eines antiken Rituals. Römische Kaiser hätten auf dem Kapitol Dichter gekrönt. Als letzter sei Statius von Domitian (81-96) auf diese Art geehrt worden. Tatsächlich gab es in Anlehnung an griechische musische Wettkämpfe den *agon Capitolinus*, über den wir nicht viel wissen; ironischerweise konnte Statius ausgerechnet diesen Wettbewerb nicht gewinnen, wie aus den zu Petrarcas Zeiten noch unbekanntem *Silvae*, einer Gedichtsammlung des Statius, hervorgeht. In Petrarcas *Versepos Africa*, das über den Zweiten Punischen Krieg (218-201 v.Chr.) handelt, wird der Dichter Ennius auf dem Kapitol als Dichter gekrönt – eine Erfindung Petrarcas. Doch anders als die römischen Poeten hatte sich Petrarca nicht einem Wettstreit (*agon*) gestellt, sondern verband mit dem antiken Dichterpreis Vorstellungen über den römischen Triumphzug. Daher trug Petrarca bei seiner Krönung, wie die antiken Triumphatoren, das rote Gewand eines Königs. So wie der römische Triumphator seinen Lorbeerkrantz auf dem Kapitol, dem wichtigsten Heiligtum des paganen Rom, deponierte, legte Petrarca seinen Lorbeerkrantz auf dem Altar von Sankt Peter ab, der bedeutendsten christlichen Kirche. Es handelt sich also

um die Neuerfindung eines Rituals mit starken Anlehnungen an antike Vorbilder, die allerdings sehr großzügig interpretiert waren (Steinicke 2005).

Cola di Rienzo hatte im Lateran eine Inschrift gefunden, die berühmte „*lex de imperio Vespasiani*“, auf der die Stellung des Kaisers Vespasian (69-79) festgehalten wurde:

Petrarca schrieb enthusiastische Briefe an Cola di Rienzo, in einem Brief, den er in Avignon im Juni 1347 verfasste, bezeichnete er den Volkstribunen als dritten Brutus; der erste Brutus hatte den letzten König vertrieben, der zweite Brutus die Caesarmörder angeführt; im Gefolge dieser beiden habe Cola di Rienzo Rom die Freiheit gebracht. Insgesamt lesen sich diese Briefe, als ob sie von Cicero verfasst seien, nicht nur im Stil, sondern auch in der Rhetorik und in der intimen Kenntnis der römischen Geschichte. Es ist ein schöner Zufall, dass der fleißige Briefschreiber Petrarca die Briefe Ciceros entdeckte.

Wenn, wie hier angedeutet, die Antikerezeption hochgradig selektiv ist, dann ist zu fragen, welchen Erkenntniswert ein Begriff wie „Renaissance“ haben kann.

2. Petrarca auf dem Mont Ventoux

Beispielhaft für das Verhältnis Petrarcas zur Antike ist der Brief, in dem er die Besteigung des nahezu 2.000 Meter hohen Mont Ventoux schildert (*Familiaria* 4,1). Seit dem 19. Jahrhundert besteht die Ansicht, Petrarca habe mit der Bergtour vom April 1336 den Alpinismus begründet (Noyce 1950, 32-35; Gerosa 1966, 32). Alexander von Humboldt sah Petrarca als Menschen ohne „Naturgefühl, der in den Erinnerungen an die antiken Autoren lebte“, Jacob Burckhardt deutete Petrarcas Bergtour als Epochenwende. Hans Blumenberg diag-

nostizierte eine „theoretische Neugierde“ bei Petrarca und verstand das Erklimmen des Mont Ventoux als einen „der großen, unentschieden zwischen den Epochen oszillierenden Augenblicke“ (Rieks 2005, 233-241). Doch Petrarca ging es nicht primär um das Bezwingen eines Berges und um die Aussicht. Davon schreibt er zwar am Anfang, doch im Laufe der Bergtour entwickelte der Humanist eine andere Haltung. Als Petrarca nach langen Umwegen endlich den Gipfel erreicht hatte – er hatte eine vermeintlich leichtere Route als seine Begleiter gewählt, die sich dann symbolträchtig als wesentlich umständlicher erwies – griff er nach einem Buch, nach den „Bekennnissen“ des Augustinus. Petrarca öffnete, so schreibt er zumindest, die Schrift an einer willkürlichen Stelle, an der sogleich ein Tadel für seine Handlungsweise zu finden war: Der Mensch solle sich nicht um Berge, das Meer oder Flüsse kümmern, sondern die innere Kontemplation suchen (Confessiones 10,8,15). Da erkannte auch Petrarca, dass seine Bergtour eitel war und machte sich auf den Rückweg. Von Alpinismus, von Gipfelglück oder vom Schwärmen über den Rundblick findet sich keine Spur. Daher ist es auch nicht verwunderlich, wenn es noch Jahrhunderte dauerte, bis Petrarcas Tour Nachahmer fand.

Petrarcas Bericht ist durch Verweise auf und Zitate von antiken Autoren eingeraht. Anlass für das Unternehmen war die Lektüre des römischen Historikers Livius, der beschreibt, wie der Makedonenkönig Philipp V. um 200 v.Chr. den in Thracien gelegenen Berg Haemus erklimmt, von dem aus man angeblich die Adria, das Schwarze Meer, die Donau und die Alpen sehen konnte (Livius 40, 21-22). Philipp



Abb. 1: Eine Plakette in Malaucène erinnert am Fuße des Mont Ventoux heute an den berühmten „Alpinisten“, © Susanne Rau

V. stieg mit wenigen Begleitern auf den Berg, um sich die richtige Strategie für den Krieg gegen die Römer auszudenken. Allerdings war dem König nach einem dreitägigen Aufstieg die Aussicht durch dichten Nebel verwehrt. Um sich nicht lächerlich zu machen, verriet er den Fehlschlag nicht. Durch ein genaues Studium der von Petrarca gebrauchten und mit Anmerkungen versehenen Handschriften lässt sich erschließen, wie der Dichter die antiken Vorlagen einordnete. In seinem Codex der Geographie des Pomponius Mela, in der es heißt, der Haemus sei so hoch, dass man von seinem Gipfel aus die Adria und das Schwarze Meer sehen könne (2,2,17), notierte Petrarca: *altitudo montis Hemi. de hac re Titus Livius non idem opinatur* (Die Höhe des Berges Haemus. Livius hat dazu eine andere Meinung). In seinem Livius-exemplar trug Petrarca einen Verweis auf die Stelle bei Pomponius Mela ein. Und in seinem Mont-Ventoux-Brief verwies Petrarca auf die unterschiedlichen Aussagen der beiden antiken Autoren: Die Besteigung des Mont Ventoux war ohne die Texte im Besitz Petrarcas nicht vorstellbar. Eine detaillierte Analyse der Wortwahl in Petrarcas Brief offenbart zwölf Zitate aus antiken Autoren und fünf Zitate aus der Bibel,

die als „Zitatkatänen“ (Rieks 2005, 241f.), also Zitatketten, in einem komplexen Verhältnis aufeinander verweisen.

Auch das Bucharakel steht in einer langen Tradition. Bereits in der paganen Antike gab es das sogenannte Homerorakel, bei dem man versuchte, durch zufälliges Deuten auf einen Vers eine Vorbedeutung zu erhalten. Petrarca konnte auch bei seinem großen Vorbild Augustinus eine ähnliche Passage lesen: Augustinus entschied sich für ein christliches Leben, als er in Mailand unter einem Feigenbaum sitzend die Paulusbriefe öffnete und von einem willkürlich herausgegriffenen Satz zutiefst gerührt wurde (Bekenntnisse 8,12,29). Dass der Empfänger des Petrarcabriefes ein Augustinermönch war, der ihm zuvor eine Ausgabe der „Bekenntnisse“ des Augustinus geschenkt hatte, rundet die Episode ab.

3. Nachleben

Petrarca wird nicht nur von den Alpinisten und von den Kommentatoren der Tour de France alljährlich beansprucht, wenn sich die Radprofis den Mont Ventoux hochquälen, sondern muss auch für Patrioten herhalten. Francesco Petrarca verbrachte seine letzten Jahre in dem idyllischen Dörfchen Arquà in den Colli Euganei, wenige Kilometer westlich von Padua gelegen. 1870 wurde der Ort in Reverenz an den berühmten Mitbürger in Arquà Petrarca umbenannt. Sein Haus ist zu einem Museum geworden, Petrarca zum italienischen Nationaldichter stilisiert. Dass diesem

Mann das Lateinische viel wichtiger war als das Italienische, dass er die alte Sprache für weitaus eleganter hielt und sich in ihr zu Hause fühlte, dass er ganz einfach auch mehr lateinische als italienische Texte hinterließ, wurde im patriotischen Eifer verdrängt. Gegen posthume Rezeption ist kein Kraut gewachsen, nicht einmal der Lorbeer des Dichters.

Literaturverzeichnis

- Gerosa, P.P. (1966): *Umanesimo Cristiano del Petrarca*. Turin: Bottega d'Erasmus.
- Greenblatt, St. (1984): *Renaissance self-fashioning. From More to Shakespeare*. Chicago: University of Chicago Press.
- Greenblatt, St. (2012): *Die Wende. Wie die Renaissance begann*. München: Siedler.
- Kallendorf, C. (2006): *Allusion as Reception. Virgil, Milton, and the Modern Reader*, in: Charles Martindale/Richard F. Thomas (Hg.), *Classics and the Uses of Reception*, Oxford, S. 67-79.
- Leonhardt, J. (2005): *Petrarcas Liebe zu Cicero oder: Latein und die Sünde der Lust*. In: Auhagen, U. et al. (Hrsg.), *Petrarca und die römische Literatur*. Tübingen: Narr, S. 35-54.
- Noyce, W. (1950): *Scholar Mountaineers. Pioneers of Parnassus*. New York: Roy.
- Rieks, R. (2005): *Petrarcas Besteigung des Mont Ventoux*. In: Auhagen U. et al. (Hrsg.): *Petrarca und die römische Literatur*. Tübingen: Narr, S. 233-248.
- Steinicke, M. (2005): *Dichterkrönung und Fiktion. Petrarcas Ritualerfindung als poetischer Selbstentwurf*. In: Steinicke, M./Weinfurter, St. (Hrsg.): *Investitur und Königsrituale: Herrschaftseinsetzungen im kulturellen Vergleich*. Köln: Böhlau, S. 427-446.

Übergänge aus dem Mittelalter – drei Perspektiven

Seit die Humanisten des 14. und 15. Jahrhunderts die Vorstellung von einem mittleren Zeitalter zwischen der jüdischheidnischen Antike und ihrer eigenen Zeit entwickelt hatten, ließ sich über Szenarien des Endes der ‚neuen‘ Epoche sprechen. Das humanistische Argument der Abgrenzung war ein ästhetisches, indem es sich auf Aspekte von Sprache und Literatur bezog. Es spiegelt die Debatten gelehrter Gruppen wider, die sich in verschiedenen europäischen Ländern für die *Studia antiquitatis* interessierten, und fand spätestens im 17. Jahrhundert Eingang in weiter verbreitete Vorstellungen von der Periodisierung der Vergangenheit. Aus heutiger Perspektive ermöglicht historisch-kritische Forschung, das Mittelalter eingrenzende Zeiträume und von ihm wegführende Übergänge zu benennen. Dabei kann sie versuchen, sowohl zeitgenössische Wahrnehmungen über soziokulturelle sowie politische Veränderungen auszuloten, als auch eigene Beobachtungen über derartige historische Prozesse anzustellen. In beiden Fällen lässt sich fragen, inwieweit das Konzept ‚Umbruch‘ im Sinn eher kürzerer, vielleicht auch eruptiv verlaufender Vorgänge anwendbar ist.

Drei Themenfelder sollen im Folgenden angerissen werden, die in unterschiedlichen Hinsichten Antworten auf die Frage des Übergangs vom Mittelalter in ein neues Zeitalter geben können. Sie betreffen den zeitgenössischen Umgang mit besonders

hoher Sterblichkeit durch Seuchenzüge (1.), Wandlungen in der Produktion von Schriften (2.) und politische Maßnahmen zu einer endgültigen Etablierung von Frieden innerhalb des mittelalterlichen römisch-deutschen Reichs (3.).

1. Epochale Szenarien im 14. Jahrhundert

Bei seinen Forschungen zur spätmittelalterlichen Chronistik im Raum des römisch-deutschen Reichs und der schweizerischen Eidgenossenschaft hat der mediävistische Historiker Rolf Sprandel festgestellt, dass einige Weltchroniken, aber auch regionale Chroniken in den Jahren 1348–1350 abbrachen, erst danach einsetzten oder längere Pausen in der Geschichtsschreibung eintraten. Gelegentlich finden sich auch Äußerungen der Chronisten als Zeitzeugen darüber (Sprandel 1994, S. 5f.). Sprandel folgert daraus, dass die – heutzutage als Pest bezeichnete – Pandemie dieser Jahre als eine im zeitgenössischen Bewusstsein verankerte „Epochenschwelle“ anzusehen sei (ebd., S. 6). Benennungen der Zeiten zuvor oder danach kommen in den Quellen allerdings nicht vor. In komparatistischer Perspektive wäre es interessant zu wissen, ob die Historiographie anderer Länder und Regionen im spätmittelalterlichen Europa ähnliche Phänomene des Abbruchs zur Zeit des Schwarzen Todes aufweist. Dabei wäre einzubeziehen, dass sich die Seuche mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und Intensität in den europäischen Regionen

ausgebreitet hat (Vasold 1991, S. 38–61). Die hier erwähnten Zeitzeugnisse stammen sämtlich von christlichen Autoren. Aus jüdischer Perspektive stellten und stellen sich die Ereignisse und ihre Zusammenhänge als weitaus entsetzlicher dar, da Judenverfolgungen und vor allem Judenpogrome in den Jahren des Schwarzen Todes ungeahnte – und bis zum 20. Jahrhundert nicht übertroffene (Toch ³2013, S. 61) – Formen und Ausmaße annahmen. Wie seit zumindest dem späteren 19. Jahrhundert bekannt ist, ist darunter insbesondere zu verstehen, dass Judenpogrome meist nicht als Folge eines lokalen Ausbruchs der Seuche zu verstehen sind, sondern bereits in dessen Vorfeld ausgeführt wurden. An zahlreichen Beispielen hat František Graus die chronologische Reihenfolge von anti-jüdischen Maßnahmen aller Art, dem Auftreten von Geißlern und eventuell vorkommenden Seuchenphasen nachgewiesen (Graus ³1994, S. 155–274; Vasold 1991, S. 51–53). Jüdische Zeitgenossinnen und Zeitgenossen hätten also mit Grund die Jahre in der Mitte des 14. Jahrhunderts als eine Art Zeitenwende empfinden können. Ein solches Argument ließe sich historisch noch damit untermauern, dass für die jüdischen Gemeinden Jahrzehnte der Angst vor Verfolgungen und tatsächliche Vertreibungen folgen sollten. Sowohl im Raum von Aschkenas als auch in dem des mittelalterlichen deutschen Reichs sind jedoch Ereignisse und Verläufe zu beobachten, die die Wahrnehmung einer Epochengrenze im mittleren 14. Jahrhundert für die Judenheit relativieren können. Bereits gegen Ende des 13. Jahrhunderts wurde die jüdische Bevölkerung erstmalig aus Frankreich (1287–1306) und endgültig aus England (1290) vertrieben (Barzen/Günzel 2008). Im Jahr 1298

fanden in Franken, angeführt von einem sogenannten König Rintfleisch, blutige Verfolgungen statt, denen tausende jüdischer Menschen zum Opfer fielen (Lotter 1988a). 1336 begann wiederum in Franken die Armlederhebung bäuerlicher und städtischer Unterschichten unter dem Ritter Arnold von Uissigheim (hingerichtet am 14.11.1336), in deren Verlauf bis 1338 ein Blutbad unter fränkischen, hessischen und schließlich elsässischen jüdischen Gemeinden angerichtet wurde (Arnold 1976; Lotter 1988b, S. 560–567). Und auch nach den Jahren 1348–1350 lassen sich zahlreiche – teils zyklisch vorkommende – Pogrome lokal und regional nachweisen (Graus ³1994, S. 156–158).

Aus jüdischer wie christlicher geschichtlicher Perspektive ließe sich also argumentieren, dass in der Mitte des 14. Jahrhunderts ein Epochenwandel stattgefunden habe. Der Beginn eines neuen Zeitalters ist dem Zeitraum jedoch nie zugeschrieben worden. Kriterien dafür scheinen nicht nur den Humanisten nicht vorgelegen zu haben.

2. Epochenwandel und Schriftpraxis

Werden Verfahren zur Herstellung von Büchern als Kriterium genommen, so lässt sich das 15. Jahrhundert als eine Zeit des Umbruchs vom Mittelalter zur Neuzeit begreifen. Dies gilt zunächst für die rasch zunehmende Verwendung von Papier als Beschreibstoff statt Pergament, und es gilt im Weiteren für die Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern durch Johannes Gutenberg (um 1400–1468). Wenngleich die Praxis des handschriftlichen Schreibens und Vervielfältigens bis weit in die frühe Neuzeit – und bei veränderten Anwendungsweisen darüber hinaus – reichen sollte, so hat doch der erleichterte Zugang

zu Geschriebenem die Buch- und die Lesekultur grundlegend verändert (Jakobi-Mirwald 2004, S. 160–163; Füssel 2000). Dazu zählt auch, dass sich nun mit Büchern und anderen Druckerzeugnissen rascher Geld verdienen ließ, aber dieser Umstand hat nicht gleich dazu geführt, dass Autorschaft den Lebensunterhalt zu verdienen ermöglicht hätte. Dies war allerdings noch zu Zeiten der handschriftlichen Produktion von Büchern einer Frau gelungen: Christine de Pizan (1364/1365 – um 1430). Sie war von ihrem Vater, dem italienischen Astrologen und Arzt Tommaso di Benvenuto da Pizzano, an literarische Studien herangeführt worden, hatte 15jährig in Paris geheiratet und im Verlauf ihrer glücklichen Ehe mit dem Notar und königlichen Sekretär Etienne du Castel eine Tochter und zwei Söhne geboren. 1390 starb überraschend ihr Mann, und seine junge Witwe sah sich der Notwendigkeit gegenüber, eine Familie zu ernähren, die außer ihren Kindern noch ihre Mutter und eine mittellose Nichte umfasste. Christine tat dies durch Schreiben. In den Jahren von etwa 1395 bis 1418 und 1429 entstand ihr Werk, das sich aus Lyrik, Historiographie, Lehrdichtung, Streitschriften zur Lage der Frauen, Traktaten zur weiblichen Erziehung und politischen Stellungnahmen zusammensetzte. Zu ihren berühmtesten Werken zählen das ‚Buch von der Stadt der Frauen‘ (‚Livre de la Cité des Dames‘, 1404/5) und das Buch vom ‚Schatz der Stadt der Frauen‘ (‚Livre du Trésor de la Cité des Dames‘, häufiger unter dem Titel ‚Livre des Trois Vertus‘ – ‚Buch von den drei Tugenden‘, 1405) (Opitz 1996; Zimmermann 2002). In ersterem Werk reflektiert Christine alt-hergebrachte, misogynie Vorurteile und errichtet mittels bedeutender Frauen aller historischen Zeiten und Kulturen eine

allegorische Stadt der Frauen (Christine de Pizan ⁴1995). Das zweite Werk enthält Lehren und Empfehlungen im Sinn der drei Tugenden Vernunft, Rechtschaffenheit und Gerechtigkeit, die sich an die drei Ständegruppen der Königinnen, Fürstinnen und übrigen hohen Damen, der Edelfrauen und zuletzt der in Städten lebenden Frauen von Stand sowie aller übrigen Frauen richten (Christine de Pizan 1996; Ruhe 1996).

Christine de Pizan war zu ihrer Zeit eine erfolgreiche Autorin, deren Stimme gehört wurde. Ihre Werke wurden in Handschriften sowie in Drucken des späten 15. und des 16. Jahrhunderts vervielfältigt. Vom späten 16. Jahrhundert an geriet sie in Vergessenheit, bis 1787, kurz vor der Französischen Revolution, erstmals Auszüge aus ihrem Werk veröffentlicht wurden (Opitz 1996, S. 29). Es lässt sich also nicht von einem kontinuierlichen Einfluss ihrer Auffassungen über das weibliche Geschlecht und dessen Fähigkeit zu Bildung und zu den Wissenschaften sprechen (Ruhe 1996, S. 71). Aber sowohl ihr Leben als selbstständige Schriftstellerin als auch ihr Werk stellen einen soziokulturellen Aufbruch dar, dessen Brisanz sich in Kenntnis der ihm folgenden Jahrhunderte noch deutlicher konturieren lässt. Seine Perspektive ist die Geschichte der Geschlechter miteinander; andere Felder wie etwa die Religion oder die politische Ordnung berührte Christine nicht in einer Weise, die diese hätte verändern sollen.

3. Frieden als eine Epochengrenze?

Einer Perspektive im Bereich des Politischen in der Vormoderne soll hier hypothetisch die Fähigkeit, Zeitalter voneinander abzugrenzen, unterstellt werden: Gemeint ist die Delegitimierung und in der Konsequenz das Verbot des Einsatzes von

Gewalt bei der Austragung von Konflikten um Rechtspositionen. Zwar hatten Fehden im römisch-deutschen Reich Rechtscharakter und verliefen regelgeleitet, aber dies schloss ein, dass die sie führenden Fürsten, herrschaftstragenden Adeligen, Städte oder Bauern im Rahmen der Ausübung ihrer Eigengewalt Mittel nutzen konnten, die dem Besitz der gegnerischen Seite Schaden zufügen sollten und gegebenenfalls auch Menschenraub umfassten (Reinle 2012, S. 83–102; dies. 2014). Versuche, diese außergerichtliche, subsidiäre Rechtspraxis insbesondere durch die Etablierung von Landfrieden einzudämmen, ziehen sich durch die Jahrhunderte des Hoch- und des Spätmittelalters (Carl 2012; ders. 2013; Reinle 2012, S. 103–107). Darüber hinaus trugen spätmittelalterliche katechetische Werke und Rechtssummen dazu bei, dass der Gedanke vom gerechten Krieg bekannter und auch für die Begrenzung von Gewalt bei Fehden einschlägig wurde (Reinle 2012, S. 107–117).

Als „Landfrieden“ wurden und werden auf Räume bezogene, ursprünglich zeitlich begrenzte Friedensordnungen bezeichnet, die zu einem Verzicht auf Gewalt bei der Durchsetzung von Rechtsansprüchen oder der Ahndung erlittenen Unrechts verpflichteten. Stattdessen sollten Schiedsgerichte oder gerichtliche Instanzen mit der Auseinandersetzung befasst werden (Carl 2012, S. 122). Die Verbindung von Frieden und richterlichem Verfahren war bereits im Mainzer Landfrieden/Reichsfrieden Friedrichs II. von 1235 hergestellt worden (van Eickels/Brüsch 2000, S. 297–308; Fischer 2007, S. 264). Aber es sollte noch über zweieinhalb Jahrhunderte dauern, bis die Fehde als Rechtsmittel endgültig abgeschafft wurde. Dies geschah im „Ewigen Landfrieden“, der auf dem von Maximilian

I. einberufenen Reichstag von Worms 1495 aufgerichtet wurde (Wadle 1995/2001; siehe Abb.). Dieser Landfriede verbot jegliche Fehde und gebot, Friedensbrecher zu verfolgen. Zu seiner Sicherung wurde ebenfalls auf dem Wormser Reichstag ein Reichskammergericht beschlossen und dessen Ordnung erlassen (Fischer 2007, S. 263f.). Es war vom königlichen Hof getrennt und erhielt einen festen Sitz; an seiner Besetzung wie seiner Finanzierung waren die Reichsstände beteiligt (ebd., S. 281).

Reform, „reformatio“ in den zeitgenössischen Quellen, ist ein besonders wichtiges Stichwort in den politischen Debatten des 15. Jahrhunderts. Ein Prozess mühsamer Aushandlungen zwischen Königtum und Reichsständen um Reformen auf Reichsebene entwickelte sich seit dem Herrschaftsantritt Sigismunds als König des Heiligen Römischen Reichs (1410). Die geschichtswissenschaftliche Forschung benennt diesen bis zum Augsburger Reichstag von 1555 anzusetzenden Prozess mit einem aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammenden Begriff als „Reichsreform“ (Fischer 2007, S. 263).

Aus der Perspektive des spätmittelalterlichen Heiligen Römischen Reichs ließe sich also für einen Epochenwandel im Zeichen des Reformierens plädieren, und im Sinn eines verstärkenden Arguments ließe sich auf die im selben Zeitraum stattfindenden Debatten und Reformen im Bereich des religiösen Lebens hinweisen. Die Etablierung und Stabilisierung einer dauerhaften Friedensordnung ist dabei sicherlich trotz der Schwierigkeiten bei ihrer Umsetzung (Fischer 2007, S. 286) als eine Wendemarke von epochaler Reichweite anzusehen.

Drei sehr unterschiedliche historische Ereignis- und Entwicklungszusammenhänge sind hier für die Frage nach Umbrüchen oder Übergängen vom Mittelalter zur Neuzeit angeführt worden. Werden sie den bekannteren Datierungen zur Seite gestellt, so wird vielleicht noch deutlicher, wie sehr die Vorstellungen von Zeitaltern und ihren Grenzen von Perspektiven bestimmt werden: Wessen Mittelalter endete wann und wo?

Literaturverzeichnis

- Arnold, K. (1974): *Die Armlederhebung in Franken 1336*. In: *Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst* 26, S. 35–62.
- Barzen, R./Güntzel, L. (2008): III.2.2 Die Vertreibungen der Juden aus Frankreich (1287–1306) und England (1290). Kulturbereiche zwischen Kontinuität und Umbrüchen. In: Borgolte, M./Schiel, J./Seitz, A./Schneidmüller, B. (Hrsg.): *Mittelalter im Labor. Die Mediävistik testet Wege zu einer transkulturellen Europawissenschaft*. Berlin: Akademie Verlag, S. 228–251.
- Carl, H. (2012): *Landfrieden als Konzept und Realität kollektiver Sicherheit im Heiligen Römischen Reich*. In: Naegle, G. (Hrsg.): *Faire la paix et se défendre à la fin du Moyen Âge/Frieden schaffen und sich verteidigen im Spätmittelalter*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 121–138.
- Carl, Horst (2013): *Landfrieden*. In: Cordes, A./Haferkamp, H.-P./Lück, H./Werkmüller, D./Schmidt-Wiegand, R. (Hrsg.): *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, Bd. 3, Lief. 19. Berlin: Erich Schmidt Verlag, Sp. 483–505.
- Christine de Pizan (*1995): *Das Buch von der Stadt der Frauen*. Aus dem Mittelfranzösischen übertragen, mit einem Kommentar und einer Einleitung versehen von Margarete Zimmermann. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.
- Christine de Pizan (1996): *Christine de Pizan: Der Schatz der Stadt der Frauen. Weibliche Lebensklugheit in der Welt des Spätmittelalters. Ein Quellentext, aus dem Mittelfranzösi-*
- schens übersetzt von Claudia Probst, herausgegeben und eingeleitet von Claudia Opitz*. Freiburg/Basel/Wien: Verlag Herder.
- Eickels, K. van/Brüsch, T. (2000): *Kaiser Friedrich II. Leben und Persönlichkeit in Quellen des Mittelalters*. Düsseldorf/Zürich: Artemis & Winkler Verlag.
- Fischer, M. G. (2007): *Reichsreform im Reichsinteresse? Die Diskussion über eine Reorganisation der Reichsjustiz und die Gründung des Reichskammergerichts im Spannungsfeld kaiserlicher und reichsständischer Interessenpolitik*. In: Bauer, A./Welker, K. H. L. (Hrsg.), *Europa und seine Regionen. 2000 Jahre Rechtsgeschichte*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag, S. 263–286.
- Füssel, S. (2000): *Johannes Gutenberg*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Graus, F. (†1994): *Pest – Geißler – Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Jakobi-Mirwald, C. (2004): *Das mittelalterliche Buch. Funktion und Ausstattung*. Stuttgart: Philipp Reclam jun.
- Lotter, F. (1988a): *Die Judenverfolgung des „König Rintfleisch“ in Franken um 1298. Die endgültige Wende in den christlich-jüdischen Beziehungen im Deutschen Reich des Mittelalters*. In: *Zeitschrift für Historische Forschung* 15, S. 385–422.
- Lotter, F. (1988b): *Hostienfrevolverwurf und Blutwunderfälschung bei den Judenverfolgungen von 1298 („Rintfleisch“) und 1336–1338 („Armleder“)*. In: [Monumenta Germaniae Historica] (Hrsg.): *Fälschungen im Mittelalter. Teil V: Fingierte Briefe, Frömmigkeit und Fälschung, Realienfälschungen*. Hannover: Hahnsche Buchhandlung, S. 533–583.
- Opitz, C. (1996): *Einführung*. In: Christine de Pizan: *Der Schatz der Stadt der Frauen*, S. 13–36.
- Reinle, C. (2012): *Legitimation und Delegitimierung von Fehden in juristischen und theologischen Diskursen des Spätmittelalters*. In: Naegle, G. (Hrsg.): *Faire la paix et se défendre à la fin du Moyen Âge/Frieden schaffen und sich verteidigen im Spätmittelalter*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 83–120.
- Reinle, C. (2014): *Überlegungen zu Eigenmacht und Fehde im spätmittelalterlichen Europa*.

- Einführung in Fragestellung und Ergebnisse des Sammelbandes „Fehdehandeln und Fehdegruppen im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europa“.* In: dies./Prange, M. (Hrsg.): *Fehdehandeln und Fehdegruppen im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europa*. Göttingen: V&R unipress, S. 9–38.
- Ruhe, D. (1996): *Von Frau zu Frau. Christine de Pizans Ratschläge für die weibliche Lebenspraxis*. In: Röckelein, H./Goetz, H.-W. (Hrsg.): *Frauen-Beziehungsgeflechte im Mittelalter = Das Mittelalter 1, H. 2*, S. 55–72.
- Sprandel, R. (1994): *Chronisten als Zeitzeugen. Forschungen zur spätmittelalterlichen Geschichtsschreibung in Deutschland*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag.
- Toch, M. (2013): *Die Juden im mittelalterlichen Reich*. München: Oldenbourg.
- Vasold, M. (1991): *Pest, Not und schwere Plagen. Seuchen und Epidemien vom Mittelalter bis heute*. München: Verlag C. H. Beck.
- Wadle, E. (1995): *Der Ewige Landfriede von 1495 und das Ende der mittelalterlichen Friedensbewegung*. In: Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): *1495 – Kaiser, Reich, Reformen. Der Reichstag zu Worms. Ausstellung des Landeshauptarchivs Koblenz in Verbindung mit der Stadt Worms zum 500jährigen Jubiläum des Wormser Reichstags von 1495*. Koblenz, S. 71–80. Wiederabgedruckt in: ders. (2001): *Landfrieden, Strafe, Recht. Zwölf Studien zum Mittelalter*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 183–196.
- Zimmermann, M. (2002): *Christine de Pizan. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag*.

1492 – die Geburt einer neuen Welt?

Hört man den Soundtrack des griechischen Komponisten Vangelis (der volle Name lautet Evangelos Odysseas Papathanassiou) zum gleichnamigen Film (von Ridley Scott) „1492: Conquest of Paradise“, scheint die Frage nach der Geburt einer neuen Welt sehr eindeutig zu beantworten zu sein: Die heroisierende Melodie verweist wie der Titel „Eroberung des Paradieses“ auf den einschneidenden Charakter, den das Jahr 1492 laut Dramaturgie des Films nicht nur für die „Eroberer“ um Christoph Kolumbus (1451–1506) hatte. Diese landeten am 12. Oktober 1492 auf einer Insel der heutigen Bahamas, die die damaligen Bewohner der Überlieferung nach Guanahani nannten. Das Ereignis „1492“ steht für viele bis heute als Beginn der „Eroberung des Paradieses“ und damit als Geburtsdatum der sogenannten „neuen Welt“, für die sich seit dem 16. Jahrhundert die Bezeichnung Amerika durchsetzte. Gleichzeitig verweist der Titel aber auch auf die Perspektivität des Ereignisses: Kolumbus erobert (mit seinen durchweg männlichen Begleitern) das Paradies und damit eine unbekannte, mit vielerlei Erwartungen und Unwägbarkeiten verbundene Welt. Er ist der männlich-heroische, europäische Akteur, der die passive Natur erobert.



Abb. 1: Vangelis (1992): Cover von *Conquest of Paradise*, Conshohocken, PA: East West Label.

Das zugehörige Cover der Vangelis-Single freilich stellt diese Deutung durch einen Perspektivwechsel auf eigentümliche Weise in Frage (vgl. Abb. 1). Ob intendiert oder nicht, schließt die Bebilderung damit an eine heftige Diskussion im Vorfeld der 500-Jahr-Feiern in den 1980er Jahren an: Statt von der „Eroberung“ oder „Entdeckung“ Amerikas zu sprechen, plädierten insbesondere Amerikanerinnen und Amerikaner für Begrifflichkeiten, die Amerika und ihre Einwohner nicht auf eine Rolle der Passivität beschränkten. Miguel León-Portilla beispielsweise schlug 1984 den Begriff des „Encuentro de dos mundos“ („Begegnung zweier Welten“) vor, der dann von der UNESCO als Deutung anerkannt wurde (vgl. bspw. Bernecker 1996).

Begann nun „1492“ die neue Epoche, für die sich spätestens mit Christoph Cellarius Anfang des 18. Jahrhunderts die Bezeichnung „Neuzeit“ etablierte? Die schlechte Nachricht, die vielleicht aber auch eine gute ist: Hier wird keine eindeutige, „objektive“ Antwort formuliert. Die gute Nachricht aber ist, dass im Folgenden drei unterschiedliche Blickwinkel präsentiert werden, um sich der historischen Komplexität anzunähern und die eigene Perspektivität zu reflektieren. Es wird hier also exemplarisch um die Frage gehen, wie „Geschichte“ geschrieben bzw. gemacht wird und somit geschichtsphilosophisch auch um Fragen von (Deutungs-)Macht. Die europäischen Perspektiven stehen zu Beginn, nicht um sie zu priorisieren, sondern um der wahrscheinlich europäischen Hauptleserschaft dieses Textes einen Einstieg in das Thema anzubieten.

1. Perspektiven aus Europa

Europäische Wahrnehmungen sind im 15. und 16. Jahrhundert stark geprägt durch die Berichte der „Conquistadores“, der Eroberer. So berichtete Kolumbus in seinen Briefen an seine Auftraggeber und Financiers, die Katholischen Könige Isabella I. von Kastilien und Ferdinand II. von Aragón, nicht zuletzt aus einem Legitimationsbedürfnis diesen gegenüber, grundsätzlich positiv von friedlichen und vernunftbegabten „Wilden“. In der entstehenden europäischen (Lese-)Öffentlichkeit überzeugender war aber schließlich das Interpretationsangebot von Amerigo Vespucci (1451–1512): In einem offenen Brief an seinen Geldgeber Lorenzo di Pierfrancesco de Medici „mit dem werbekräftigen Namen *Mundus Novus*“ (König 2008, S. 49) berichtete er über das Gebiet der von ihm 1501/02 bereisten brasilianischen

Küste und über deren Bewohner. Reißerisch berichtete er über das Minderwertige des neu Entdeckten, beispielsweise über den angeblichen Kannibalismus und die frivolen Sexualpraktiken der Wilden. Die Interpretation als andersartig und minderwertig war in der europäischen (Gelehrten-)Öffentlichkeit überzeugender und ließ sich besser ins Weltbild einfügen. Kein anderer Text, kein anderes Bild über die „Neue Welt“ fand stärkeren Absatz.

Martin Waldseemüller (1472/75–1520/22) schlug entsprechend zusammen mit Matthias Ringmann (1482–1521) 1507 in der „*Cosmographiae Introductio*“ den Namen „America“ vor, zunächst für die von Vespucci bereisten Gebiete des heutigen Brasilien.¹ Er nahm also den Vornamen Vespuccis auf und nicht etwa Kolumbus. Berühmt wurde die *Introductio* insbesondere durch die ihr beigegebenen Karten, neben der Globussegmentkarte die heute bekanntere monumentale Weltkarte (vgl. Abb. 2 und 3). Zusammen gelten sie als „Taufscheine“ Amerikas.

¹Für Vespucci galt – so nimmt man heute an – lediglich Südamerika als amerikanisch, während er die nördlichen Teile Asiens zuordnete.



Abb. 2: Weltkarte bei Waldseemüller (1507)²

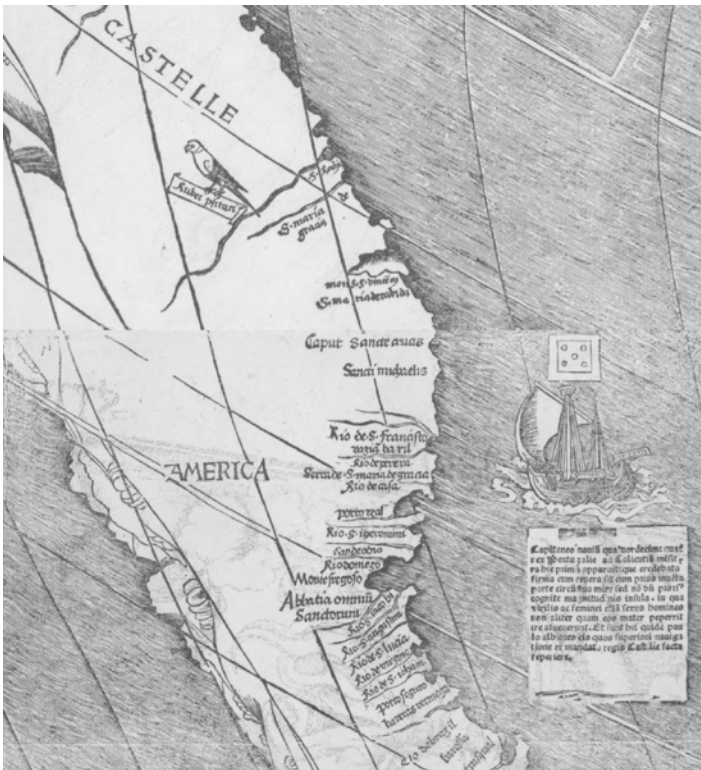


Abb. 3: Ausschnitt Südamerika bei Waldseemüller (1507)

² Entnommen aus: Waldseemüller, M. (1507): *Universalis cosmographia secundum Ptholomaei traditionem et Americi Vesputii aliorumque lustrationes* [die sog. Waldseemüller-Karte], Saint-Dié-des-Vosges (Download des Originals unter: <http://www.loc.gov/resource/g3200.ct000725C/> [Library of Congress]).

Der für viele Europäer einschneidende raum-zeitliche Charakter von „1492“ verdeutlicht sich besonders gut in der Karte „Die gantze Welt in ein' Kleeblatt“ von 1581, die Teil des hoch angesehenen und in Europa weit verbreiteten Reisebuchs über die ganze Heilige Schrift des evangelischen Theologen Heinrich Bünting (1545-1606) aus Hannover war (vgl. Abb. 4). Im Zentrum sind die drei Kontinente der Alten Welt, die die drei Söhne Noahs repräsentieren, in Form der heilsgeschichtlich fundierten TO-Karte mit Jerusalem im Zentrum dargestellt. Wie in der unten abgebildeten Karte von Bunting sind die Kontinente in Form eines T angeordnet, der Weltenozean umfließt sie in O-Form (vgl. Brincken 1968,

S. 124). Die Tradition der mittelalterlichen Mappae mundi aufgreifend lässt sich die Karte als bildliche Darstellung des raumzeitlichen Kosmos der Christenheit verstehen. Die auf der linken Seite auftauchende „Neue Welt“ stellt hingegen die heilsgeschichtliche Weltdeutung in Frage, inhaltlich (laut Heiliger Schrift gab es keinen vierten Sohn Noahs), aber auch dadurch, dass der interpretierenden Welterfassung die empirische entgegengesetzt wird: Im Gegensatz zur (christlich) stilisierten Alten Welt lässt sich in der „Neuen Welt“ die Küstenlinie des nordöstlichen Brasiliens erkennen (vgl. ausführlicher auch Dorsch 2015).

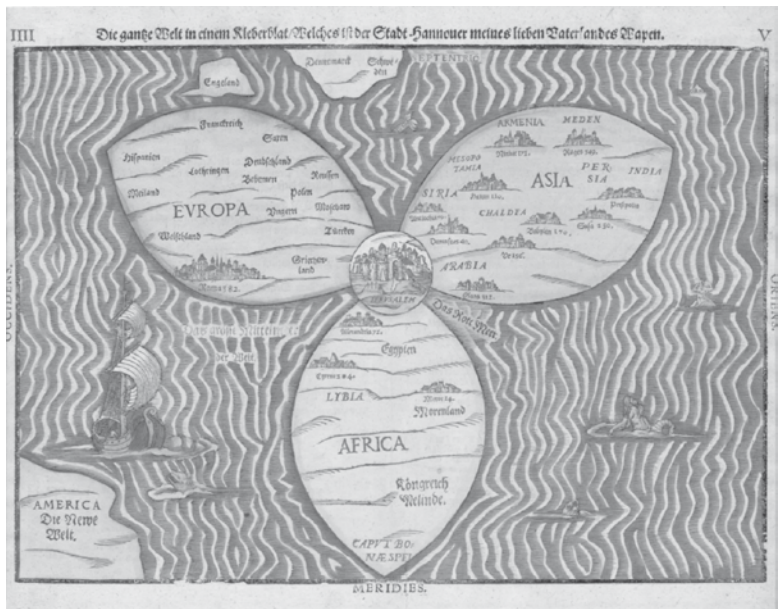


Abb. 4: Kleeblattkarte von Bunting (1581)³

³ Entnommen aus: Bünting, H. (1581): Die gantze Welt in ein' Kleeblatt [die sog. Kleeblattkarte], in: ders.: Die eigentliche und warhafftige gestalt der Erden und des Meers, Magdeburg 1581, S. 4/5 (Download unter: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:1581_Bunting_clover_leaf_map.jpg)

Neben diesen langwirkenden Veränderungen auf intellektueller Ebene lassen sich weitreichende materielle Veränderungen erkennen, die bis weit in das Alltägliche vieler Europäer hineinreichten, so beispielsweise die Einführung neuer Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln, Mais, Tomaten, Paprika, oder auch Kakao und Tabak. Wirtschaftlich veränderten die Silberimporte seit dem 16. Jahrhundert die zunehmend global werdende Weltwirtschaft ebenso wie geopolitische Machtkonstellationen. Oder, um den lokalen Kontext des Weimarer Rendez-vous, aus dem der vorliegende Sammelband hervorging, aufzugreifen: Der günstiger in Amerika produzierte Farbstoff Indigo (ursprünglich aus Indien) machte den Waidanbau im Thüringer Becken allmählich unattraktiv und trug damit zu einer wirtschaftlichen Krise der Region bei (Selzer 2011).

2. Perspektiven aus „Amerika“

Deutlich schwieriger ist es für uns heute, die amerikanischen Blickwinkel nachzuvollziehen, da kaum unmittelbare Gesamtdeutungen dieser Perspektiven überliefert wurden bzw. diese sehr lange nicht beachtet wurden. Auch hier werden Mechanismen der Interpretationsmacht deutlich.⁴ Für eine große Mehrheit der „Amerikaner“ dürfte die Deutung von 1492 als Beginn einer „Neuen Zeit“ angesichts des großen Sterbens nach der Ankunft der Europäer und ihrer Krankheiten in erster Linie zynisch gewesen sein.

So muss hierfür unter Berücksichtigung der entsprechenden Umstände auf Texte zurückgegriffen werden, die in „amerikanisch“-spanischer Koproduktion

entstanden sind. Im Folgenden soll dies an der aussagekräftigen Überlieferungsgeschichte der (heute sehr bekannten) „Historia General de las cosas de Nueva Espana“ („Allgemeine Geschichte der Dinge von Neu-Spanien“) gezeigt werden.

Der Franziskanermönch Bernardino de Sahagún (1499–1590) kam 1529 zur Mission in die Gebiete, die die Spanier unter Hernán Cortes seit 1521 im heutigen Mexiko erobert hatten und die in den 1530er Jahren zum Vize-Königreich Neu-Spanien zusammengefasst wurden. Seit 1536 unterrichtete er am Colegio de Santa Cruz in Tlatelolco den indigenen Adel und setzte sich dabei intensiv mit der Kultur der Mexica-Azteken auseinander. So begann er die spanische Übersetzung der Historia general mit der Feststellung, dass ein Arzt erst die Krankheit und die Kranken verstehen müsste, bevor er sie heilen, also in seinem Fall missionieren könne. Er lernte Náhuatl, die Sprache der Mexica-Azteken, und ließ sich in deren Kultur und Geschichte unterrichten. Nach intensiven Feldforschungen schrieben einige aztekische Schüler mit ihm ihre Geschichten auf. Diese übersetzte Sahagún wiederum ins Spanische, wobei die Übersetzung in mehreren Schritten erfolgte und häufig eher eine Kommentierung darstellte. Während der jahrzehntelangen Arbeit verloren einige spanische Entscheidungsträger das Interesse am Verständnis der indigenen Kulturen und stuften die Texte Sahagúns zunehmend als gefährlich ein – sie könnten die indigenen Traditionen bestärken. In der Konsequenz erlebte die sehr umfangreiche „Allgemeine Geschichte der Dinge von Neu-Spanien“ mit ihrer sehr komplexen Entstehungsgeschichte keinen Druck und damit keine Verbreitung – im augenfälligen Gegensatz zu den europäischen Erzählungen eines

⁴ Von besonderer Bedeutung für den (meso-)amerikanischen Raum war hier die 1959 edierte Übersetzung bei León-Portilla 1959.

Kolumbus oder Vespucci (vgl. zur Überlieferungsgeschichte: López Austin/García Quintana 1995).

In den Texten wird eine sehr differenzierte und pragmatische Auseinandersetzung der Azteken mit den spanischen Neuankömmlingen beschrieben. Beispielsweise war die oft als naiv dargestellte Vergötterung, wie sie im Mythos, Hernán Cortés sei die wiederkehrende Gottheit Quetzalcoatl, präsentiert wird, zumindest keine grundlegende Überzeugung. Insbesondere im Alltag änderte sich, so lässt sich annehmen, für viele Indigene außerhalb der von Epidemien betroffenen Gebieten lange Zeit wohl nicht mehr als auf der anderen Seite des Atlantiks: Die Mehrzahl lebte in abgetrennten *Repúblicas de Indios*, vereinzelt europäische Elemente wurden angeeignet, Zwangsarbeit und Tribute gab es auch in vor-spanischen Zeiten (ohne dies damit rechtfertigen zu wollen).

Die Deutungen von „1492“, die auf indigenen Erzählungen basierten, überlebten somit meist als umkämpftes Geheimwissen. Die erste gedruckte Ausgabe der *Historia general* wurde 1830 herausgegeben und einem größeren Publikum bekannt; bezeichnenderweise publizierte sie einer der Unabhängigkeitshelden nach der Lösung Neu-Spaniens/Mexikos von Spanien. Der Kampf um die Deutungsmacht über „1492“ spiegelt sich in den zitierten Auseinandersetzungen um die Bezeichnung des Ereignisses im Vorfeld der 500-Jahrfeiern. Die Variante „*Conquest of Paradise*“ ist (im Norden) die populärste, die Deutungen, die die Akteursrollen der Indigenen betonen, werden aber weiterhin kleingeschrieben (vgl. u.a. Kummels 2008).

3. Umweltgeschichtlich-globale Perspektive

Dieser abschließende Abschnitt dient in erster Linie der Reflexion der Perspektivität und der mit ihr verbundenen Macht. Der Publizist Charles C. Mann veröffentlichte 2011 das Buch „1493“ und setzt sich darin aus einer globalgeschichtlichen Perspektive mit dem Ereignis „1492“ auseinander – oder wie er es nennt, mit dem Erbe Kolumbus'. Er greift darin eine Anregung von Alfred Crosby auf, der 1972 das Werk „*Columbian Exchange*“ publizierte. Der Untertitel der 2013 erschienenen deutschen Ausgabe des Mann'schen Werkes bringt dessen These auf den Punkt: „Wie Menschen, Tiere, Pflanzen die Ozeane überquerten und die Welt von heute schufen“. Er geht davon aus, dass sich ab 1493 „aus dem Zusammenprall der beiden alten Welten – oder der drei, wenn wir Afrika als ein von Eurasien unabhängiges Gebilde betrachten – [...] eine einzige neue Welt“ (Mann 2013, S. 15) bildete. Damit sei Kolumbus – hier nimmt Mann den heroischen Diskurs wieder auf – „der einzige Mensch, dem es je gelang, ganz allein ein neues Zeitalter in der Geschichte des Lebens zu begründen.“ (ebd., S. 27) Die vorher getrennten Welten „homogenisierten“ sich demnach durch den Austausch von Menschen, Tieren und Waren, aber auch durch das weniger sichtbare Zirkulieren von Mikroben und Pflanzen(keimen); zu ergänzen wäre beispielsweise auch Wissen. Entsprechend nennt Mann das neu anbrechende Welt-Zeitalter „Homogenozän“. Welche Perspektiven werden hier auf „1492“ geworfen, welche Machtverhältnisse wirken? Wie lässt sich die Wirkmacht von Mikroben fassen oder auch die von Umweltveränderungen, die auf 1492 rückführbar sind? Viele dieser Kategorien von der (Deutungs-)Macht (des europäischen

Menschen/Mannes) und von Wissenschaftlichkeit über die Aufteilung Mensch-Natur und Subjekt-Objekt bis hin zur Epochenenteilung wurden nach 1492 geprägt, nicht zuletzt in der sogenannten Aufklärung im 18. Jahrhundert (vgl. klassisch Koselleck 1959). Die Bewertungskategorien sind also selbst historische Produkte, zu denen auch das Ereignis „1492“ beitrug, sie sind damit nicht per se geeignet für die Beantwortung unserer Fragestellung: (Für wen) Ist „1492“ der Aufbruch in eine neue Welt?

Literaturverzeichnis

- Bernecker, W. (1996): *El aniversario del „descubrimiento“ de América en el conflicto de opiniones*. In: López de Abiada, J.M./Siebenmann, G. (Hrsg.): *El peso del pasado. Percepciones de América y V Centenario*. Madrid: Ed. Verbum, S. 15-44.
- Brincken, A.-D. v. (1968): *Mappa mundi und Chronographia. Studien zur imago mundi des abendländischen Mittelalters*. In: *Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters* 24, S. 118-186.
- Dorsch, S. (2015): „Brasilien“ zwischen Insel-Topos und „Neuer Welt“: Ein raum-zeitlicher Versuch über Weltbilder und Welterfahrungen im frühen Anthropozän. In: Breidbach, O./Christoph, A./Godel, R. (Hrsg.): *Welt-Anschauungen. Interdisziplinäre Perspektiven auf die Ordnungen des Globalen* (Reihe „Acta Historica Leopoldina“, Bd. 67). Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, S. 15-41.
- König, H.-J. (2008): *Die frühen Amerikabil-der nach den Berichten von Kolumbus und Vespucci*. In: Lehmkuhl, U./Rinke, St. (Hrsg.): *Amerika – Amerikas: Zur Geschichte eines Namens. Von 1507 bis zur Gegenwart* (Historamericana, Bd. 18). Stuttgart: Verlag Hans-Dieter Heinz, Akademischer Verlag, S. 33-61.
- Koselleck, R. (1959): *Kritik und Krise. Ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*. Freiburg, München: Alber.
- Kummels, I. (2008): *Von Zuania bis Abya Yala: Indigene Amerika-Bilder und Projekte*. In: Lehmkuhl, U./Rinke, St. (Hrsg.): *Amerika – Amerikas: Zur Geschichte eines Namens. Von 1507 bis zur Gegenwart* (Historamericana, Bd. 18). Stuttgart: Verlag Hans-Dieter Heinz, Akademischer Verlag, S. 227-248.
- León-Portilla, M. (Hrsg.) (1959): *Visión de los vencidos. Relaciones indígenas de la conquista*. México, D.F.: Ed. de la Univ. Nacional Autónoma.
- López Austin, A./García Quintana, J. (1995): *Prologo a esta edición*. In: *Historia general de las cosas de Nueva España* (Bernardino de Sahagún). *Primera versión íntegra del texto castellano del manuscrito conocido como Códice Florentino. Introducción, paleografía, glosario y notas de A. López Austin /Josefina García Quintana*, 1. Nachdruck, Madrid: Alianza Ed.
- Mann, Ch. (2013): *Kolumbus' Erbe. Wie Menschen, Tiere, Pflanzen die Ozeane überquerten und die Welt von heute schufen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Selzer, S. (2011): *Erfurt und Toulouse: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zweier „Waidstädte“ im Europa des Mittelalters*. In: Baumann, M. / Raßloff, S. (Hrsg.): *Blumenstadt Erfurt. Waid - Gartenbau - iga/egapark* (Schriften des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt. Bd. 8). Erfurt 2011, S. 17-41.
- Vangelis (1992): *1492. Conquest of Paradise* (soundtrack), [o.O.]: EastWest.

3. REVOLUTION UND POLITIK

Vortrag

Michael Dreyer

Die Amerikanische Revolution: Geburtsstunde des modernen Staates

1. Revolution, Verfassung und Umbruch

Revolutionen sind definiert als eine grundlegende Umgestaltung von Staat und Gesellschaft in den Ländern, in denen sie stattfinden. Die bedeutendsten unter ihnen haben zugleich auch noch internationale Wirkung. Eine Revolution ist also mehr als der bloße Wandel von einer politischen Elite zur nächsten. Es muss zugleich noch etwas anderes geschehen; es muss einen Wandel in der Gesellschaft geben (Sorokin 1928, Brinton 1957, O’Kane 2000). Ein altes Regime, das seine Ablösung oftmals mehr als verdient hat, wird durch einen Aufbruch in eine hoffentlich bessere Zukunft ersetzt.

Soweit die Theorie. Aber gerade der Wandel zum Positiven ist keineswegs garantiert. Sicherlich war das Regime der russischen Zaren verrottet und ablösungsreif, aber die totalitäre Diktatur der Kommunisten, die es ersetzte, war bei aller politischen und gesellschaftlichen Veränderung kaum eine Verbesserung. Auch die Französische Revolution endete trotz des Versprechens auf Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit nur wenig später in Strömen von Blut und einem 25 Jahre dauernden fast ständigen Kriegszustand in Europa. Bei der „Arabellion“ von 2011 ist es noch etwas früh für ein abschließendes Urteil, aber auch hier hat

die Euphorie der ersten Stunde längst der Ernüchterung Platz gemacht.

Schon vor diesem Hintergrund muss die Amerikanische Revolutionsepoche als Ausnahme gelten (Arendt 1963).

In dem guten Jahrzehnt zwischen der Unabhängigkeitserklärung der 13 englischen Kolonien in Nordamerika südlich von Kanada vom 4. Juni 1776 und der Verabschiedung der amerikanischen Verfassung von 1788 vollzieht sich nicht weniger als die Geburt des modernen Staates (als Überblick: Heideking / Mauch 2008). In seiner Grundstruktur hat er nicht nur in den USA bis heute Bestand, sondern die hier weltweit erstmals erfundene Verfassungsstruktur eines liberal-demokratischen föderativen Bundesstaates ist die Wurzel der westlichen Demokratie. Gewiss haben England (Parlamentarismus) und Frankreich (Demokratie) ihre Anteile daran – aber das komplette Paket gibt es eben erst in den USA. Wie sieht dieses Paket aus?

Es sind sechs Elemente, die die wesentlichen Neuerungen der amerikanischen Revolution und Verfassungsgebung ausmachen. Teils sind es demokratische Strukturprinzipien, teils sind es Verfassungspraktiken des realen Lebens. Zusammen konstituieren sie das Grundmodell des modernen Staates. Im Einzelnen handelt

es sich um:

1. Das Prinzip der repräsentativen Demokratie im Flächenstaat.
2. Das Prinzip des modernen Bundesstaates.
3. Die Existenz einklagbarer Grundrechte mit Verfassungsrang.
4. Ein Oberstes Gericht, das über die Verfassungsauslegung letztgültig und unabhängig entscheidet.
5. Die potentielle Erweiterung des Bundes durch die gleichberechtigte Aufnahme neuer Mitglieder.
6. Der regelmäßige Machtwechsel durch demokratische Wahlen.

Diese sechs Elemente mögen dem heutigen Leser banal vorkommen, und in gewisser Weise sind sie es auch. Aber diese Strukturmerkmale moderner Staaten wurden eben in diesem kurzen Zeitraum erstmals in Verfassungswirklichkeit umgesetzt. Vorher gab es sie nicht. Warum sind sie so wichtig?

2. Strukturen der Moderne – Made in USA

2.1 Die repräsentative Demokratie im Flächenstaat

Für die politische Theorie von der Antike bis zum späten 18. Jahrhundert (und das schließt Denker wie Hobbes, Locke, Montesquieu und Rousseau ein) war es ein Axiom, dass die Demokratie als Staatsform nur in kleinen Stadtstaaten denkbar war, da nur hier alle (männlichen) Stimmbürger zusammenkommen und politische Angelegenheiten beraten konnten (etwa Rousseau 1762/1968, 3. Buch, 4. Kap.). Natürlich gab es parlamentarische Körperschaften, wobei das englische Parlament das beste Beispiel darstellte. Aber diese Körperschaften waren elitäre Vertretungen der Besitzenden; zur Zeit der amerikanischen Revolution hatten weniger als 10

Prozent der englischen Bevölkerung das Wahlrecht.

Die Verbindung gewählter Körperschaften mit demokratischem Wahlrecht in einem Flächenstaat war ohne jegliches Vorbild – es sei denn, man schaute auf die Praxis der amerikanischen Kolonien selber, die durchweg gewählte Kolonialparlamente kannten. Aber jetzt kam die Selbstregierung auf nationaler Ebene hinzu, und damit eine ganz neue Dimension. Mehr noch: auch der oberste Repräsentant der Exekutive sollte gewählt werden. Das hierfür vorgesehene Verfahren mit Wahlmännern auf Einzelstaatsebene war komplex und nicht vollkommen demokratisch, und auch der Senat wurde bis zum 17. Verfassungszusatz (1913) nicht direkt gewählt, sondern von den Legislativen der Einzelstaaten. Aber das Repräsentantenhaus war von Anfang an eine von allen weißen Männern gewählte politische Körperschaft – zweifellos nicht hinreichend demokratisch nach unseren heutigen Maßstäben, aber revolutionär für das 18. Jahrhundert. Wenn das Grundprinzip „all men are created equal“ (Jefferson in der Unabhängigkeitserklärung 1776) erst einmal anerkannt ist, müssen nach und nach alle Einschränkungen dieses Prinzips fallen.

Auch die Aufteilung der legislativen Gewalt in ein Repräsentantenhaus (zusammengesetzt nach Bevölkerungsstärke der einzelnen Staaten) und einen Senat (mit zwei Senatoren für jeden Staat, unabhängig von dessen Größe) war eine neue Erfindung. Im Nachhinein klingt sie fast selbstverständlich: die großen Staaten (etwa New York, Virginia) wollten eine Repräsentation nach Bevölkerungsstärke, die kleinen Staaten (etwa New Jersey, Rhode Island) fürchteten die Majorisierung und verlangten die Übernahme der gleichbe-

rechtigten Vertretung der Staaten wie in den „Articles of Confederation“ von 1781. Der Kompromiss, ein Zweikammersystem mit beiden Elementen einzurichten, scheint also naheliegend zu sein (Janda et al. 2014, S. 60–64). Aber darauf musste man 1787 erst einmal kommen und Prozeduren entwickeln, nach denen beide Kammern zusammen mit dem Präsidenten in einem System von „checks and balances“ kooperieren konnten, ohne sich vollkommen lahmzulegen.

Bei allen Problemen hat sich die Erfindung der repräsentativen Demokratie im Flächenstaat bemerkenswert bewährt. Mit minimalen Änderungen funktioniert das System seit fast 230 Jahren mit großer Kontinuität – was man von der deutschen Verfassungsgeschichte seit 1787 wahrlich nicht behaupten kann. Gestützt und ergänzt wird die Demokratie auf Bundesebene durch die zweite große Erfindung der amerikanischen Revolutionszeit.

2.2 Der moderne Bundesstaat

Die amerikanische Revolution war dezentral. Eine Stadt wie Paris gab es in Amerika nicht, aber die 13 Kolonien erstreckten sich über eine Fläche, die doppelt so groß war wie Frankreich. Eigenheiten und ein lokaler Sinn für Selbständigkeit waren ausgeprägt. Wie sollte man eine solche pluralistische Vielfalt unter eine einzige Verfassung bringen? Wie schwierig diese Aufgabe war, sieht man auch daran, dass der erste Versuch, die „Articles of Confederation“ gescheitert waren. Schon bald nach 1781 wurde deutlich, dass der Bund zu schwach sei, um eine politische Einheit nach außen wie innen herzustellen. Aber welche Rechte sollten dem Bund übertragen werden und welche bei den Einzelstaaten verbleiben? Ein Großteil der

Verfassungsdebatte sowohl im Konvent zu Philadelphia wie auch in der Ratifikationsdebatte in den einzelnen Staaten ging um diese Frage.

Die Einwände in New York wurden in einer Reihe von 85 Zeitungsartikeln aufgegriffen, die unter dem Pseudonym „Publius“ erschienen und als „Federalist Papers“ nicht nur berühmt wurden, sondern bis heute als wichtigster Beitrag der USA zur Geschichte des politischen Denkens gelten (Hamilton / Madison / Jay 1787/1961 und 1787/1994). Das Vorgehen der Federalists¹ spiegelt das Dilemma wider. Zunächst gingen die Autoren alle bekannten politischen Bünde durch; vom antiken Achäischen Bund über die Schweiz, die Niederlande und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation bis zur Konföderation von 1781, um deren Defizite zu analysieren. Die Kompetenzverteilung innerhalb der Bundesebene zwischen den drei Gewalten und die zusätzliche Ebene föderaler Gewaltenteilung stellt ein ausgewogenes System dar, für das es keine praktischen Vorbilder gab. Die meisten Kompetenzen verblieben bei den Einzelstaaten, während der Bund exklusive Kompetenz für Bereiche wie Außen- und Verteidigungspolitik erhielt. Zur Schlichtung von Streitigkeiten sollte ein Oberstes Gericht zuständig sein, der Supreme Court. Die Einzelstaaten waren vielfältig an der Bundesebene beteiligt (Wahl des Präsidenten durch Wahlmänner, die in den Einzelstaaten bestimmt werden; Wahl der Senatoren durch die Legislativen der Staaten; Verabschiedung von Verfassungszusätzen durch

¹ Die Autoren James Madison (4. Präsident der USA), Alexander Hamilton (Finanzminister unter Washington) und John Jay (erster Chief Justice am Obersten Gericht und später Gouverneur von New York) gehörten selbst zur obersten politischen Führungsschicht.

drei Viertel der Staaten), aber vor allem wurden die Verwaltung und die Steuereinnahmen beider Ebenen strikt voneinander getrennt. Dieses Prinzip kann man heute noch in amerikanischen Filmen einfach beobachten: der Sheriff ist der gewählte lokale Chef der Polizei, der Marshall ist der Bundesbeamte. Vom Konflikt beider leben unzählige filmische Narrative.

Damit war der moderne Bundesstaat erfunden worden, noch bevor es diesen Begriff überhaupt gab². Natürlich können moderne Demokratien, wie etwa in Frankreich, auch zentralistisch organisiert sein. Aber die föderative Ordnung ist eine wesentliche Alternative, und diese wurde eben mit der Gründung der USA in ihrer modernen Fassung erstmals zum Verfassungsprinzip erhoben. Gleiches gilt für das dritte Element.

2.3 Einklagbare Grundrechte mit Verfassungsrang

Die Existenz von Grundrechten, die jedermann in „Karlsruhe“ einfordern kann, gilt in Deutschland heute als selbstverständlich. Tatsächlich existiert dieses Verfassungsprinzip erst seit 1949 in Westdeutschland und seit 1990 in ganz Deutschland. Viele demokratische Länder (etwa Großbritannien) haben bis heute keinen einklagbaren Grundrechtskatalog; hier gilt die Souveränität des Parlamentes. Auch das Prinzip der Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht stammt aus den USA.

Als erstes gab sich der Staat Virginia 1776 kurz vor der Unabhängigkeitserklärung einen gerichtlich einklagbaren Grundrechtskatalog. Alle anderen Einzelstaaten folgten diesem Beispiel, so dass die Verfassungsväter 1787 einen eigenen Grundrechtskatalog auf Bundesebene für überflüssig erachteten. Damit aber waren

die Einzelstaaten nicht einverstanden; die fehlenden Grundrechte waren ein zentraler Kritikpunkt gegen die neue Verfassung (Heideking 1988), und einzelne Staaten wie Massachusetts stimmten der Verfassung überhaupt nur unter der Maßgabe zu, dass die Grundrechte schnellstens nachgereicht werden müssten – die Angst vor einer tyrannischen Regierung war allgegenwärtig, und Grundrechte galten als ein geeignetes Gegenmittel.

Schon 1791 wurden die ersten zehn Verfassungszusätze, die „Bill of Rights“, vom Kongress verabschiedet und von den Staaten ratifiziert. Die Grundrechte hatten bindende Kraft zunächst nur für die Bundesebene – alles andere wäre ein Eingriff in föderative Rechte gewesen, die die Staaten 1787 nicht hingenommen hätten³. Aber der entscheidende Punkt, der die amerikanischen Grundrechte etwa von dem Französischen Grundrechtskatalog von 1789 unterscheidet, war die direkte Einklagbarkeit. Damit war erstmals in der Geschichte die Selbstbindung einer politischen Führungsschicht an bestimmte Grundrechte erreicht, die der Willensbildung der Mehrheit prinzipiell entzogen waren und die zudem einem Gericht zur Nachprüfung und Durchsetzung übergeben waren und somit erneut der Politik entzogen wurden. Dieses Gericht ist die vierte Innovation der Epoche der amerikanischen Revolution und Verfassungsgebung.

² Der Begriff „Bundesstaat“ wird erst im frühen 19. Jahrhundert erstmals im heutigen Sinne benutzt; Dreyer (1987).

³ Erst der 14. Verfassungszusatz 1868 erzwang im Kontext des Bürgerkrieges erstmals auch die Gültigkeit der Bundesgrundrechte für die Einzelstaaten.

2.4 Der Oberste Gerichtshof

Gerichte hat es in allen politischen Systemen seit der Antike gegeben, und Autoren wie Montesquieu hatten die zentrale Bedeutung von unabhängigen Gerichten für die Bewahrung der Freiheit betont (Montesquieu 1784/2001, XI. Buch, 6. Kapitel). Aber die Abtretung der letzten Entscheidung über die Auslegung der Verfassung, mit Bindewirkung für alle Bundesbehörden, an ein auf Lebenszeit berufenes Gericht hatte es noch nie zuvor gegeben. Die politischen Gewalten bestimmen zwar die Zusammensetzung des Gerichts (der Präsident nominiert die Richter, der Senat bestätigt sie mit einfacher Mehrheit), aber danach treten sie die Interpretationshoheit über die Verfassung und die Bundesgesetze an diesen Supreme Court ab – ein ungeheurer Gedanke, den es nicht grundlos nie zuvor gegeben hatte.

Die Bedeutung des Gerichts ist bis heute enorm, und es ist in vielen Ländern so oder so ähnlich übernommen worden⁴. Im 19. Jahrhundert galt seine Tätigkeit zunächst vor allem der Stärkung der Bundesgewalt gegen die in vieler Hinsicht überlegenen konzipierten Einzelstaaten. Ohne den Supreme Court gäbe es die moderne USA nicht. Und im 20. Jahrhundert ist es vor allem der Schutz der Grundrechte, mit dem das Gericht die individuellen Rechte der Bürger auch gegenüber den Einzelstaaten ausweitete.

Seit Gründung der USA hat es 44 Präsidenten und Tausende von Abgeordneten gegeben – aber nur 17 Chief Justices des Supreme Court und 112 Richter insgesamt. Diese Kontinuität ist ein Teil des Er-

folges dieses Gerichts. Ebenso wichtig ist die Schwierigkeit, formelle Verfassungsänderungen durchzusetzen. Die Hürde von 2/3-Mehrheiten im Kongress und 3/4 der Staaten ist kaum zu überwinden – es reicht, in 13 Staaten jeweils in einer Kammer des Staatsparlaments eine Sperrminorität zu gewinnen, um eine Verfassungsänderung zum Scheitern zu bringen. So verwundert es nicht, dass es in der ganzen amerikanischen Verfassungsgeschichte nur 27 Verfassungszusätze, die Amendments, gegeben hat. Wenn man bedenkt, dass zwei davon sich gegenseitig aufheben und zehn noch im Kontext der Verfassungsgebung erfolgten, dann sieht es noch düsterer aus. So ist es kein Wunder, dass der Verfassungswandel wesentlich über die Urteile des Supreme Court erfolgt ist – eine Stellung des Gerichts, die die Verfassungsväter 1787 sicherlich nicht beabsichtigt hatten, die sich aber aus der Logik der Verfassungsordnung fast notwendigerweise ergab (Breyer 2008 / Breyer 2010). Erheblich durchlässiger zeigte sich die Verfassung in einer anderen wesentlichen Frage.

2.5 Die Erweiterung des Bundes

In der Geschichte von Föderationen haben die Gründungsmitglieder in der Regel darauf geachtet, dass ihre Vorrechte für alle Zeiten festgeschrieben wurden. Die Schweiz und die Niederlande waren vor der Französischen Revolution keine Bünde von Gleichberechtigten, sondern hatten Mitglieder sehr unterschiedlichen Rechts, und auch im Deutschen Reich gab es Länder mit erheblichen Vorrechten (etwa die Kurfürsten).

Nicht so in den USA. Art. IV, Section 3, Clause 1 der Verfassung gibt allen Territorien das Recht, mit Zustimmung des Kon-

⁴Auch das Bundesverfassungsgericht kann seine Kompetenz zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen letztlich auf den Supreme Court zurückführen.

gresses als gleichberechtigte Mitglieder in die Union aufgenommen zu werden – eine Großzügigkeit im Teilen der Errungenschaften der Union, die es in keiner Konföderation zuvor gegeben hatte. Und zudem eine enorm weitsichtige Entscheidung; das Wachstum der USA von 13 Kolonien zu heute 50 Staaten wäre sonst kaum denkbar gewesen.

Eine letzte Neuerung dieser Epoche betrifft eher die politische Kultur als die Verfassung selbst, ist dadurch aber nicht minder wichtig.

2.6 Machtwechsel durch Wahlen

Es ist für uns heute selbstverständlich, dass ein bei Wahlen unterlegener Politiker sein Amt bereitwillig für den gewählten Nachfolger aufgibt. Aber man muss nur über die Grenzen Europas hinausblicken, um zu realisieren, dass dies auch heute nicht überall gilt. Im 18. Jahrhundert war diese Idee für einen Flächenstaat komplett neu.

Eine Verfassungsordnung ist zunächst einmal ein Stück Papier, und mehr nicht. Sie muss im Alltag mit Leben erfüllt werden. Politisches Personal muss sich finden, organisieren und auswählen lassen. Ohne Parteien und Wahlen ist dies nicht praktisch durchführbar.

Parteien aber hatten im 18. Jahrhundert einen schlechten Ruf. Sie galten als eigennützige Verfechter von Partikularinteressen, und Jean-Jacques Rousseau warnte eindringlich vor dem Schaden, den gerade Demokratien durch Parteien erleiden würden (Rousseau 1762/1968, 4. Buch, 1./2. Kap.). Im berühmten „Federalist No. 10“ war auch James Madison beunruhigt, wie „curing the mischiefs of faction“ gelingen könne. Aber er erkannte, dass die Unterdrückung von Parteien noch schlimmere

Auswirkungen haben würde als ihre Zulassung, nämlich die Zerstörung der Freiheit. Die Lösung ist ebenso genial wie einfach: man müsse nur darauf achten, dass alle Interessen in Parteien ihr Zuhause fänden. Der Wettkampf der Parteien untereinander wird verhindern, dass eine einzelne zu mächtig wird und die Freiheit zerstört. Damit hatten die USA ganz nebenbei den modernen Pluralismus erfunden und theoretisch fundiert.

Die Praxis entsprach dieser Erkenntnis. Zwar wurde George Washington, der „Vater des Vaterlandes“, mit überwältigender Zustimmung zum Präsidenten gewählt, aber schon 1796 standen sich zwei Parteien gegenüber, und 1800 sollten sich die Federalists um Präsident John Adams und die Democrat-Republicans um seinen Herausforderer Thomas Jefferson erbittert gegenüberstehen (Ferling 2004).

Jefferson war fest davon überzeugt, dass Adams insgeheim die Einführung einer Monarchie anstrebte. Und Adams war nicht minder fest überzeugt, dass Jefferson im Falle seiner Wahl eine Französische Revolution mit blutigem Terror für die USA plante. Die Wahl von 1800 endete mit einem triumphalen Sieg für Jefferson; es wird sogar von der „Revolution of 1800“ gesprochen (Peterson 1976, S. 62). Niemand im Lager um Adams versuchte, die Regierungsübernahme des Antichristen (so war Jefferson tatsächlich im Wahlkampf dargestellt worden) durch einen Staatsstreich zur Rettung des Landes zu verhindern. Der friedliche Regierungswechsel durch demokratische Wahlen ist die letzte Reifeprüfung für demokratische politische Systeme. Die USA haben ihn weltweit erstmals 1800 durchgeführt und auch seither alle vier Jahre ihre Wahlen abgehalten, auch wenn gerade Bürger- oder Weltkriege tobten.

3. Die USA und der Staat der Moderne

Es bleibt, eine abschließende Bewertung der Umbrüche, die die amerikanische Revolutionsepoche in die Welt einführte, zu versuchen. Um den Charakter der radikalen Neuheit der dargestellten politischen Reformen wirklich spüren zu können, müsste man ein Mensch des 18. Jahrhunderts sein. Ein gewisser Ersatz für diesen nicht einlösbaren Gedanken mag es sein, sich die Reaktion der Zeitgenossen anzuschauen. Diese war – bis weit in das 19. Jahrhundert hinein – überwiegend positiv und voller Bewunderung für den amerikanischen Freiheitswillen. Europäische Beobachter vergaßen aber niemals, sofort hinzuzufügen, dass ein solches System zwar ganz nett für eine halb-barbarische, kulturell belanglose Ex-Kolonie am Ende der Welt sei, für die Staaten Europas mit ihrer überlegenen Kultur, hohen Zivilisation, großen Bevölkerung und umgeben von potentiellen Feinden aber offenbar vollkommen ungeeignet sein müsse.

Mit anderen Worten: die Zeitgenossen verstanden überhaupt nicht, was für ein politisches System die Vereinigten Staaten errichtet hatten (Fraenkel 1959). Es war so neu und im Wortsinne unvorstellbar, dass es den politischen Diskurs nicht ernsthaft erreichte. Heute sieht es anders aus. Zwar sind die modernen Demokratien in vielen Details voneinander verschieden, und anders kann es in einer pluralistischen Welt auch nicht sein. Aber das eine oder andere Element, das erstmals zwischen 1776 und 1800 im in jeder Hinsicht fernen Amerika erfunden und ausprobiert wurde, findet sich in jeder dieser Demokratien wieder. Der liberal-demokratische Rechtsstaat ist flexibel in seinen Elementen, aber das Grundprinzip ist überall das gleiche. Und dieses Grundprinzip wurde in der Grün-

dungsepoche der USA von der bemerkenswerten Gruppe von theoretisch gebildeten und praktisch ebenso erfahrenen wie kompromissbereiten Politikern erfunden, die kollektiv als die „Founding Fathers“ in die Geschichte eingegangen sind – und von einer politisch auch jenseits der Eliten reifen Bevölkerung angenommen und mit Leben erfüllt (Breen 2004 / Breen 2010).

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah (1963): On Revolution. New York.*
- Breen, Tim H. (2004): The Marketplace of Revolution. How Consumer Politics Shaped American Independence. Oxford.*
- Breen, Tim H. (2010): American Insurgents, American Patriots. The Revolution of the People. New York.*
- Breyer, Stephen G. (2008): Active Liberty. Interpreting a Democratic Constitution. Oxford.*
- Breyer, Stephen G. (2010): Making our Democracy Work. A Judge's View. New York.*
- Brinton, Crane (1957): The Anatomy of Revolution. New York.*
- Dreyer, Michael (1987): Föderalismus als ordnungspolitisches und normatives Prinzip. Das föderative Denken der Deutschen im 19. Jahrhundert. Frankfurt a.M.*
- Ferling, John (2004): Adams vs. Jefferson. The Tumultuous Election of 1800. Oxford.*
- Fraenkel, Ernst (1959): Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens. Köln.*
- Hamilton, Alexander / Madison, James / Jay, John (1787/1961): The Federalist Papers. Ed. by Clinton Rossiter. New York.*
- Hamilton, Alexander / Madison, James / Jay, John (1787/1994): Die Federalist-Artikel. Hrsg. von Angela Adams und Willi Paul Adams. Paderborn.*
- Heideking, Jürgen (1988): Die Verfassung vor dem Richterstuhl. Vorgeschichte und Ratifizierung der amerikanischen Verfassung 1787-1791. Berlin.*
- Heideking, Jürgen / Mauch, Christof (2008): Geschichte der USA, 6. Aufl. Tübingen.*
- Janda, Kenneth J., Berry, Jeffrey M. / Goldman, Jerry / Schildkraut, Deborah (2014): The Chal-*

- lence of Democracy. American Government in Global Politics.* 12. Aufl. Boston.
- Montesquieu, Charles de (1748/2001): *De l'esprit des loix. Vom Geist der Gesetze.* Hrsg. von Kurt Weigand. Stuttgart.
- O'Kane, Rosemary H.T. (Hrsg.) (2000): *Revolution. Critical Concepts in Political Science*, 4 Bde. London und New York.
- Peterson, Merrill D. (1976): *Adams and Jefferson. A Revolutionary Dialogue.* Oxford.
- Rousseau, Jean-Jacques (1762/1968): *Du Contrat Social. Staat und Gesellschaft.* München.

Vortrag

Alexander Gallus

Am Beginn der Demokratie stand die inzwischen vergessene Revolution von 1918/19

Diese Revolution war eine liebenswürdige, eine ohne Radau, im stillen Vollzug. Bis in die Weihnachtszeit des Jahres 1918 hinein mochte dies manchem Beobachter der Zeitläufte so erscheinen. Die politische Ordnung war auf den Kopf gestellt, der Kaiser hatte abgedankt, aber alles ohne Blutvergießen und Barrikadenkämpfe. Einem Besucher des Berliner Adventsmarktes wie Harry Graf Kessler mutete die Stimmung merkwürdig zweigeteilt, wenn nicht schizophoren an. Während der Lichterschmuck funkelte, die Leierkästen in beständiger Umdrehung weiter spielten und Budenverkäufer geschäftig Tischfeuerwerk und geröstete Mandeln feilboten, ratterten in nicht allzu weiter Ferne die Gewehrsalven und waren erste Tote im Marstall zu verzeichnen. Einigermaßen konsterniert notierte der Graf in seinem Tagebuch, wie wenig Eindruck diese „weltgeschichtliche Revolution“ bislang nur im großstädtischen Leben Berlins hinterlassen habe. Die Stadt kam ihm wie ein mit dem Taschenmesser gestochener Elefant vor: „Er schüttelt sich, aber schreitet weiter, als ob nichts geschehen wäre.“ Doch diese Ruhe und Behäbigkeit täuschte, das bemerkte auch der Chronist rasch. Es war die Stille des zum Ausbruch bereiten Vulkans, auf dem der Tanz bereits begonnen hatte. An dieser Einsicht kamen bald selbst die nur schwer zu beeindruckenden Berliner nicht

länger vorbei. Ihre Stadt hatte sich am Beginn des Jahres 1919 in einen „brodelnden Hexenkessel“ verwandelt, „in dem Gewalten und Ideen durcheinanderquirlen“. Der Januar wurde laut und blutig. Die Revolution war in vollem Gange (Kessler 2013, S. 94, S. 108).

Der Lärm rund um die deutsche Revolution von 1918/19 hielt weit über die Ereignisse selbst an. Während des Kalten Krieges gehörte sie zu jenen Zäsuren, die zu scharfen Kontroversen herausforderten. Es kam dabei zur Vermengung von geschichtswissenschaftlichen mit geschichtspolitischen, häufig den „Zeitgeist“ widerspiegelnden Argumenten. Von den einst heftig ausgefochtenen Debatten über ein Entweder-oder zwischen freiheitlicher Demokratie und Bolschewismus, über verpasste Chancen und nicht ausgeschöpfte Handlungsoptionen, über „dritte Wege“ und ein höheres Maß an „Demokratisierung“ ist kaum noch etwas zu spüren. Wer auf die Forschung seit den 1990er Jahren ebenso wie auf die öffentliche Würdigung des Umbruchs am Ausgang des Ersten Weltkriegs schaut, hat einigen Anlass von einer eingefrorenen Kontroverse und „vergessenen Revolution“ zu sprechen (Gallus 2010; Niess 2013). Die sogenannte „Novemberrevolution“ hat keinen (herausgehobenen) Platz innerhalb der deutschen Demokratiegeschichte gefunden. Im kulturellen Ge-

dächtnis markiert dieses Datum eher den Anfang vom Ende einer Entwicklung, die 1933 in der Diktatur des „Dritten Reichs“ mündete – statt einen Aufbruch in eine nicht von vornherein zum Untergang verdamnte demokratische Republik.

Diese nicht selten normativ eingefärbten oder sogar quasi-teleologisch ausgerichteten Interpretationen weichen aber zunehmend einem offeneren Blick auf die Weimarer Republik und die Zwischenkriegszeit: als Periode fluider Übergänge, paradoxer Wahrnehmungen, offener Entscheidungen und Aushandlungen, als nicht von vornherein zum Scheitern verurteilte, in die Zukunft weisende „Lebensversuche moderner Demokratien“ (Müller 2014). Gerade Deutschland geriet in der Revolutionszeit zu einem Experimentierfeld für politisch-gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen. Schon Tomáš Masaryk, erster Präsident des neu geschaffenen tschechoslowakischen Staates, bezeichnete das gesamte Europa nach 1918 als ein „auf dem großen Friedhof des Weltkriegs errichtetes Laboratorium“ (zit. nach Müller 2013, S. 86). Statt diese Periode am Ausgang des Ersten Weltkriegs als Abfolge quasi-punktueller revolutionärer oder konterrevolutionärer Eruptionen zu fixieren, erscheint es sinnvoll, darin vielmehr eine Phase von in Bewegung geratenen und teilweise auf den Kopf gestellten Wert- und Ordnungsvorstellungen mit offenem Ausgang zu erkennen.

Eine solche Perspektive fordert auch die These von der Zwangsläufigkeit des Scheiterns Weimars heraus. Musste „1918/19“ in „1933“ enden, war die Weimarer Republik falsch konstruiert? Wer dieser Sicht zuneigt, verweist meist auf den unzureichenden Elitenwechsel zwischen Kaiser-

reich und Weimarer Republik und auf die Kompromissstruktur des neuen politischen Systems, dabei insbesondere auf die von Anfang an gegebene Möglichkeit hin zu einem autoritär anmutenden Präsidialsystem („Reserveverfassung“). Wer jedoch gegen ein zwangsläufiges Scheitern argumentiert, wird etwa an die Spaltung der Linksparteien und insbesondere die Gründung der KPD erinnern. Denn erst durch sie verlor die demokratische „Weimarer Koalition“ die Mehrheit und auch, wenn man so will, die Reichspräsidentenwahlen 1925. Denn Hindenburg verdankte seinen Sieg indirekt der KPD, die im zweiten Wahlgang mit Ernst Thälmann einen eigenen Kandidaten aufstellte und so den demokratischen Wettbewerber Wilhelm Marx vom „Zentrum“ die nötigen Stimmen kostete. Dahinter steckte Kalkül der Kommunisten: Schließlich ließ sich mit Hindenburg an der Staatsspitze die angeblich reaktionäre Weimarer Republik besser diffamieren und bekämpfen.

Es gab also nach 1918/19 noch manche Weggabelung für alternative Geschichtsvverläufe. Kontroverse Würdigungen erfahren beispielsweise auch die Jahre ab 1930. Während die einen davon überzeugt sind, dass Heinrich Brünnings Regierungszeit am Übergang von einer parlamentarischen Regierungsform hin zu den präsidialen Kabinetten und der autoritären Demokratie der Notverordnungen im totalitären „Dritten Reich“ münden musste, betonen die anderen die Offenheit der Geschichte. Hätte General Kurt von Schleicher nicht eine „konstitutionelle Demokratie“ oder wenigstens ein autoritäres Regime, eine Militärdiktatur, errichten können? Selbst letztgenannte Alternative wäre allemal besser gewesen als Hitlers totaler Staat. Ohne Zweifel ist es wichtig und mehr als intellektuelle

Spielerei für Historiker, an politische Wegscheidungen heranzuführen und auf das Ungewisse eines Geschichtsverlaufs, der uns erst im Rückblick wie selbstverständlich erscheint, sowie die Handlungsmöglichkeiten von Akteuren hinzuweisen.

Die Weimarer Republik ist weniger ein Musterbeispiel für ein gleichsam programmiertes Scheitern als für die vielfältigen Bewährungsproben, die Demokratien zu bestehen haben, um siegreich aus dem Konkurrenzkampf der Systeme hervorzugehen und einen gegenüber Krisen gefestigten Status zu erreichen. Der schon weit vor der Jahreswende 1918/19 eingeleitete Transformationsprozess, der am 9. November 1918 seinen symbolischen Höhepunkt erreichte, wurde Mitte 1919 mit der Schaffung einer neuen Verfassung in beeindruckend kurzer Zeit in eine feste Form gegossen. Was danach scheiterte, war die nachhaltige Konsolidierung und Akzeptanz der neuen Ordnung. Vor allem die Befestigung und Verwurzelung der Weimarer Demokratie in den Köpfen misslang, galt sie doch von Anfang an als ein Produkt der Niederlage, im rechtsnationalen Lager zudem eines „Dolchstoßes“ und im linksradikalen des „Verrats“ der SPD an genuinen Interessen der „Arbeiterklasse“. Eine „zivilgesellschaftliche“ politische Kultur als beste Immunabwehr gegen Systemkrisen in der Demokratie bildete sich unter diesen Bedingungen kaum aus – ungeachtet des Engagements mancher „Vernunftrepublikaner“ und ganz weniger „Herzendsdemokraten“.

Die Weimarer Erfahrung belegt, wie unzureichend es ist, Demokratie bloß als institutionalisierte, gleichsam statische Staatsform zu betrachten. Vielmehr sollte sie als ein lebendiges, entwicklungs-

fähiges und pflegebedürftiges politisch-gesellschaftliches Geschöpf begriffen werden. Diese Einsicht war auch damals bei manchem Zeitgenossen vorhanden, konnte sich letztlich aber nicht auf breiter Front gesellschaftlich durchsetzen. Doch die Revolution von 1918/19 schuf nicht nur Voraussetzungen für das Scheitern der Weimarer Republik, sondern auch und in mindestens gleichem Maße für ihre Entwicklungschancen. Die Umbrüche von 1918/19 markieren gewiss keine wirklich glückliche Revolution, aber sie setzte in Deutschland erstmals eine demokratische Verfassung und Staatsordnung durch. Allein angesichts dieser bemerkenswerten Tatsache und der nicht allzu vielen Wegmarken freiheitlich-demokratischer Tradition im Verlauf der deutschen Geschichte ist die Geschichtsvergessenheit gegenüber der deutschen Revolution von 1918/19 überaus kritikwürdig. Sie hat wieder ein größeres Maß an öffentlicher Erinnerung und fachwissenschaftlicher Auseinandersetzung verdient. Ein guter Beginn wäre es, wenn wenigstens die Historiker und Politikwissenschaftler sie als Streitobjekt wiederentdecken würden.

Literaturverzeichnis

- Gallus, A. (Hrsg.) (2010): *Die vergessene Revolution von 1918/19*. Göttingen: VdR.
- Müller, J.-W. (2013): *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*. Berlin: Suhrkamp.
- Müller, T.B. (2014): *Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien*. Hamburg: HIS.
- Niess, W. (2013): *Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert*. Berlin: De Gruyter.
- Pfeiffer-Belli, W. (Hrsg.) (2013): *Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918-1937*. Berlin: Suhrkamp.

Podium: 1989 „Macht es wie die Polen“



Abb. 1: Tytus Jaskułowski, Claudia Kraft und Erhart Neubert auf dem Podium, © Thomas Müller, Weimar

Zur Einführung: „Macht es wie die Polen“

Das Podium nahm das Jahr 1989 zum Ausgangspunkt, das mit der Wahl des ersten nichtkommunistischen Regierungschefs in Polen im Juni 1989 und mit dem Fall der Berliner Mauer im Herbst desselben Jahres für die polnische und die ostdeutsche Gesellschaft den Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft sowie das Ende der politischen Teilung nicht nur Deutschlands, sondern Europas bedeutete. Das titelgebende Zitat (ein Graffiti im thüringischen Sonneberg, das von der Stasi fotografiert wurde, Abb. 2) weist zurück auf den Beginn der 1980er Jahre, als eine zahlenmäßig kleine und gesellschaftlich isolierte Opposition in der DDR voller Bewunderung und Hoffnung nach Polen blickte, wo sich im Jahr 1980 eine mächtige unabhängige Gewerkschaftsbewegung,

die „Solidarność“ (Solidarität), herausgebildet hatte, die die Herrschaft der kommunistischen Staatspartei nachhaltig herausforderte und schließlich deren Sturz herbeiführen sollte.

Obwohl die DDR und die Volksrepublik Polen eigentlich eng in „sozialistischer Freundschaft“ verbunden hätten sein sollen, war eine Annäherung zwischen ihren Bürgern aufgrund der schwierigen deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte keinesfalls selbstverständlich. Es waren nicht zuletzt Dissidenten und regimekritische Intellektuelle sowie Theologen und Laien im Umkreis der christlichen Kirchen, die dazu beitrugen, Misstrauen und Vorurteile abzubauen. Von den enger werdenden Kontakten zwischen ostdeutschen und polnischen zivilgesellschaftlichen

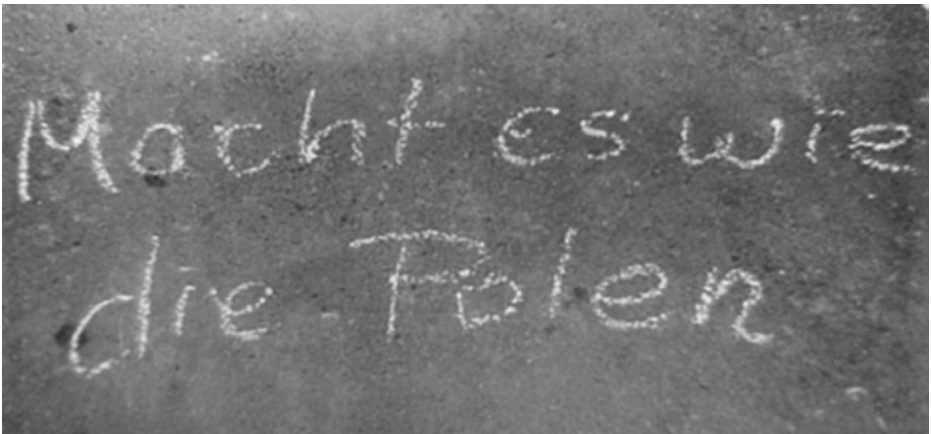


Abb. 2: "Macht es wie die Polen", Quelle: BStU, MfS, HA XX, Nr. 12743, Bl. 010

Initiativen profitierten zunächst vor allem die regimiekritischen Kreise in der DDR, die viel von der zahlenmäßig sehr viel größeren und gesellschaftlich besser verwurzelten polnischen Opposition lernen konnten. Man sollte nicht vergessen, dass es in der DDR noch im Mai 1989 zu gravierenden Fälschungen bei den Kommunalwahlen kam, während in Polen nur einen Monat später bereits die ersten halbfreien Wahlen im Ostblock seit über 40 Jahren stattfanden, die das Machtmonopol der Kommunisten brachen. Doch die Diskutanten des Podiums wiesen darauf hin, dass die Kontakte zwischen deutschen und polnischen Oppositionellen keine Ost-West-Einbahnstraße waren, sondern beide Seite voneinander und miteinander lernten.

Auf lange Sicht ging es dabei nicht allein um die Überwindung der kommunistischen Herrschaft, sondern auch um eine dauerhafte Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen. Auch dafür stellte das Jahr 1989 einen wichtigen Umbruch da: aufbauend auf dem Vertrauensfundament, das bereits seit den 1960er Jahren zwischen den Deutschen und Polen gewachsen war, denen die Freundschaftsrhetorik der kommunistischen Regime zu oberflächlich erschien, konnte es in einem nun nicht mehr geteilten Europa zu einer grundsätzlichen Annäherung der deutschen und polnischen Gesellschaften kommen. Das Podium machte nachdrücklich klar, dass der Beitrag, den die oppositionellen Kreise diesseits und jenseits der Oder bereits vor 1989 dazu geleistet hatten, nicht unterschätzt werden sollte.

Auf dem Podium diskutierten Dr. Erhart Neubert (*1940), evangelischer Theologe und Historiker, der in der DDR in der

Oppositionsbewegung aktiv war und am Runden Tisch als Vertreter des Demokratischen Aufbruchs teilnahm, sowie Dr. Tytus Jaskułowski (*1976), Zeithistoriker und Spezialist für die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte und die Geschichte der DDR sowie der Volksrepublik Polen. Moderiert wurde die Diskussion von Claudia Kraft (Professorin für Europäische Zeitgeschichte seit 1945 an der Universität Siegen).

Elemente deutsch-polnischer Beziehungen

Ähnlich, wie es Hannah Arendt vorausgesehen hatte, ging der europäische Kommunismus am Mangel an Macht zu Grunde. Das absurde Theaterstück *Kommunismus* wollte die große Einheit aller mit allem, die Einheit von kosmischer Natur und menschlicher Geschichte, die Überwindung aller sozialen und kulturellen Gegensätze inszenieren. Doch es funktionierte nicht. Um die Ziele zu erreichen, wurde auf den nationalen Bühnen scharf geschossen. Doch die Kulissen zerschissen und die Regisseure konnten immer weniger die Statisten und das herbei zitierte Publikum zum Beifall bewegen.

Die kommunistischen Parteien kämpften sich durch die Tragikomödie und definierten die Dauerkrisen als Chancen und Siege. Aber sie konnten diese Fiktion nicht aufgeben, weil sie ihre Identität darstellte. So fehlten trotz der gewaltigen Kraftanstrengungen die politischen Mittel, die Fehlkonstruktion aufzufangen. Der Theaterdonner verhallte und die propagandistischen Parolen wurden schal und fade. Die Schwäche und Ineffizienz des Systems wurden offenbar. Die Schauspieler aus der kommunistischen Nomenklatur verkamen teils zu zynischen Stratokraten oder erlahmten zu anderen Teilen selbst im Machtwillen.

In den Ländern Ostmitteleuropas verlief dies trotz vieler Ungleichzeitigkeiten weit hin parallel. Überall wurde die Interde-

pendenz vom Verfall des Kommunismus und sich anbahnender Revolution spürbar. Charakteristische Unterschiede ergaben sich durch die unterschiedlich verlaufene kommunistische Transformation in den Anfangsjahren und durch historisch bedingte Eigenheiten der kulturellen, religiösen und nationalen Traditionen der Gesellschaften. Letztere waren die Refugien sich neu ausbildender Machtquellen und damit die politischen und kulturellen Stützen der Opposition.

Der Vergleich des Auflösungsprozesses der kommunistischen Herrschaft zwischen Polen und der DDR muss zunächst die völlig anderen gesellschaftlichen Ausgangspositionen der Nachkriegszeit berücksichtigen. Die Polen schrieben ihre alte Freiheitsgeschichte fort. Die kommunistische Volksrepublik hatten sie sich nicht gewünscht, aber sie war gut genug, um an ihrer grundlegenden Besserung zu arbeiten. Die Ostdeutschen waren ihrer nationalen Identität beraubt. Das Zerstörungs- und Selbstzerstörungspotential des nationalsozialistischen Deutschlands wog schwer. Und mit der stalinistischen Gründung DDR konnte sich lange Zeit kaum jemand identifizieren. Die Ostdeutschen fühlten sich als die eigentlichen Verlierer des Krieges. Sie flohen oder schauten am Abend in den Westen. In ihrer abgespaltenen Provinz aber konnten sie ihr Deutschsein nur in den unbekehrten Restbeständen un- und vor-

demokratischer Sekundärtugenden ausleben: Sauberkeit und Disziplin, Fleiß und Gehorsam. Das, glaubten sie, hatten die Polen nicht. Und die Kommunisten haben das auch genutzt, um den Untertanengeist wachzuhalten und bisweilen auch, um diese Untertanen gegen den Bazillus polnischer Unruhe zu immunisieren. Viele Polen haben die DDR-Deutschen auch entsprechend wahrgenommen, eben als rote Preußen.

Doch die traditionellen deutsch-polnischen Wahrnehmungen und Vorurteile schliffen sich im Laufe der Jahrzehnte auch ab. Viele Polen arbeiteten in der DDR. Umgekehrt wurde zeitweise Polen ein beliebtes Reiseland. Die Menschen kamen sich näher. Die Ostdeutschen kamen nicht als Revisionisten und die Polen arbeiteten wie die Deutschen. Vor allem wussten sie um die neue Gemeinsamkeit. Sie waren alle an die lästige sozialistische Freundschaftskette gelegt. Die Ostdeutschen hat es auch beeindruckt, wenn die Polen immer einmal wieder an diesen Ketten rüttelten. In Polen erhoben sich seit den 1950er Jahren immer wieder große Bevölkerungsgruppen, vorwiegend die Arbeiterschaft. In der DDR schien nach dem Volksaufstand 1953 die Gesellschaft gelähmt und resigniert. In der DDR gab es zunächst nur das Ventil von Flucht und Ausreise. Aber auch das östliche Nachbarland wurde politisch immer interessanter. Zunehmend wurde die anti-polnische Propaganda der SED abgelehnt. Die SED und ihr wichtigstes Überlebensorgan, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), hatten viel zu tun, polnische Einflüsse einzudämmen.

Als sich in der DDR seit den 1970er Jahren eine kleine Opposition formierte, blickte diese gebannt nach Osten. In Polen, in der

ČSSR, in Ungarn und bald auch in der DDR wurden Konzepte für die Rekonstruktion der Zivilgesellschaft zur Überwindung der parteiabhängigen Gesellschaft entwickelt. Dies reichte von der Samizdat¹-Bewegung in Polen, dem Ansatz der Charta 77 in der ČSSR, dem Konzept der „Antipolitik“ in Ungarn bis zu den Dialogkonzepten oder den basisdemokratischen Entwürfen der DDR-Opposition. Freilich war die praktische Umsetzung recht unterschiedlich. In Polen und Ungarn konnte sich eine blühende Samizdat-Landschaft entwickeln, während in der ČSSR und in der DDR dies nur zögerlich in Gang kam.

In den Versuchen, eine „zweite“ Öffentlichkeit oder eine „Parallelgesellschaft“ zu entwickeln, stellte die polnische Gesellschaft eine gewisse Ausnahme unter den Ostblockländern dar. Hier hatte die kommunistische Transformation nicht annähernd die Schärfe wie in den übrigen Ländern. Seit dem Machtantritt des „Revisionisten“ Władysław Gomułka in den 1950er Jahren konnten sich trotz des politischen Drucks katholische Intellektuelle ein höheres Maß an Unabhängigkeit erhalten, die Bauernschaft der Kollektivierung entgehen und die Kirche ihre nationalreligiösen Traditionen wahren. Auch war die stets unruhige Arbeiterschaft zu keinem Zeitpunkt vollständig atomisiert. Damit waren in Polen günstige Voraussetzungen vorhanden, aus der relativen Autonomie verschiedener gesellschaftlicher Bereiche politische Formierungsprozesse in Gang zu setzen. Ein eindruckliches Beispiel für die Initiierung politischer Prozesse, die die

¹„Samizdat“ bezeichnet das im Untergrund funktionierende Verlagswesen, das regimiekritische Schriften herausgab und damit wesentlich zur Entstehung und Vernetzung oppositioneller Strömungen beitrug.

gesellschaftliche Bewegung nutzen, war die 1976 erfolgte Gründung des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR)“, das die „Intelligenz“ und die Arbeiterschaft dauerhaft zu Bündnispartnern machte.

Dort, wo eine organisierte Arbeiterschaft fehlte, wie etwa in der ČSSR und in Ungarn, bildeten überwiegend nonkonforme Künstler und Intellektuelle die politische Elite der Opposition. Dies war auch in der DDR nicht anders. Allerdings fehlten hier die Bildungseliten an Universitäten und Akademien nahezu vollständig, da diese weithin durch die kommunistische Kaderselektion gegangen waren. In der DDR war mit der Verdrängung vieler Künstler in den Westen seit der Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann 1976 die Basis politisch engagierter Künstler sehr schmal geworden. Manche hatten ihre eigene Politisierung auch erst im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um Biermann erfahren. Immerhin spielten jüngere dissidentische Künstler und Intellektuelle in der Opposition stets eine Rolle. So kam die politische Opposition in der DDR aus einem schmalen Segment der Gesellschaft. Vorwiegend waren es evangelische Theologen, kirchliche Mitarbeiter und Laien. Einige von ihnen pflegten intensive Kontakte zu den polnischen Dissidenten und trugen deren Ideen in die DDR. Hier werden immer wieder Ludwig Mehlhorn und Wolfgang Templin genannt. Aber auch das Schrifttum der Polen, das über die Bundesrepublik in die DDR kam, beeinflusste die DDR-Opposition. In gewisser Weise gab es auch eine Wechselwirkung zwischen deutschen und polnischen Ideen. Verwiesen sei hier auf die Widerstandsethik von Dietrich Bonhoeffer, die in Polen eine starke Wirkungsmacht entfalten konnte.

Damit bin ich bei einem weiteren Thema polnisch-deutscher Gemeinsamkeit im Machtkampf gegen den Kommunismus. In beiden Ländern erwies sich die christliche Religion als das eigentliche Dilemma des Kommunismus. Freilich hat sich die Spannung zwischen Religion und Kommunismus in beiden Ländern in spezifischen Ausprägungen der jeweiligen nationalen und konfessionellen Traditionen gezeigt. Der mitteldeutsche Raum war fast durchweg protestantisch geprägt. Und dieser ursprünglich staatsfixierte Protestantismus war schon durch den NS-Staat beschädigt und in Teilen durch Kollaboration auch delegitimiert. Die kommunistische Religionspolitik schwächte die Kirchen weiter. Die Mitgliedschaft der Kirchen wurde minimiert und nicht wenige Theologen kollaborierten mit dem SED-Staat. Aber es blieb ein Kern protestantischer Selbstbehauptung erhalten. Dagegen konnte in Polen die katholische Kirche trotz vieler Einschränkungen ihre gesellschaftliche Stellung behaupten und das nationale Pathos repräsentieren. Trotz dieser Unterschiede kam es in beiden Ländern zu einem für westliche Betrachter oft unverständlichen Ineinander von Religion und widerständiger Politik. Die Religion bildete einen universalistischen Bezug, der den pankommunistischen Anspruch kompensieren konnte.

Schon in den 1930er Jahren hatte unter dem Eindruck der neuartigen Konstruktionen des totalitären Nationalsozialismus Eric Voegelin auf die Bedeutung des Christentums verwiesen. Nach ihm könnten die Abscheulichkeiten der Diktatur nicht allein mit ethischen Urteilen und intellektueller Redlichkeit verständlich gemacht oder gar ihnen gewehrt werden. In der Auseinan-

dersetzung mit der „politischen Religion“ bedürfe es einer religiösen Gegenposition. „Einer nicht nur sittlich schlechten, sondern religiös bösen, satanischen Substanz kann nur aus einer gleich starken religiösen guten Kraft der Widerstand geleistet werden.“ (Voegelin 1938/1993, S. 6) Voegelin's Satz war fast schon eine Prophezie, die sich auf mehreren Feldern erfüllte.

Die Kirchen stellten in beiden Ländern einen geschützten sozialen und kulturellen Handlungsraum dar. Sie waren kulturelle Traditionsmittler, die sowohl ihre eigene kirchliche Tradition, wie auch deren intellektuelle Reflexion bewahrten. Dabei wuchs ihnen eine zivilgesellschaftliche Rolle zu. In der DDR wurden die Kirchen zu einer Ersatzöffentlichkeit für unangepasste jugendliche Subkulturen und für kritische Künstler, zu Medien für alle möglichen nichtlizenzierten Diskurse.

Hinzu kam eine soziale Praxis der in den kirchlichen Strukturen Handelnden, die dem einzelnen sowohl im traditionellen kirchlichen Gemeindeleben wie auch in alternativen Gruppenstrukturen von der kommunistischen Kontrolle unabhängige Sozialisationsfelder erschloss. Diese soziale Binnenkultur war kein Selbstzweck, sondern sollte zur gesellschaftlichen Verantwortung ertüchtigen. Der Theologe Hans-Jochen Tschiche sprach in einem oppositionellen Arbeitspapier von einem sozialen Training für den Widerstand. Die evangelischen Kirchenleitungen waren oft überhaupt nicht über die neue gesellschaftliche Rolle beglückt. Aber die kirchliche Basis ließ sich auch nicht mehr steuern.

Die zivilgesellschaftliche Bedeutung der polnischen katholischen Kirche steht au-

ßer Frage. Obwohl sie kirchenpolitisch eigenständig blieb und auch vermittelnde Rollen einnahm, war sie eine wesentliche Stütze der neuen Gegenmacht der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“. Das drückte sich in den massenwirksamen Besuchen des polnischen Papstes, den Messen in den streikenden Betrieben oder den Aktionen von katholischen Intellektuellen und engagierten Priestern aus.

Zu dem ureigenen Kern der kommunistischen Ideologie gehörte ihre negative Fixierung auf das Ziel der Aufhebung von Religion. Jede Niederlage der Religion erschien ihr als Wahrheitsbeweis ihrer Ideologie und ihrer quasireligiösen Gesellschafts- und Geschichtsauffassungen. Aber je mehr sich die Kommunisten mühten, die Religion hinter sich zu lassen, desto unaufhaltsamer verstrickten sie sich in quasireligiösen Ersatz. Die kommunistische Heilsgeschichte mit ihren virtuellen Geschichtsstationen, den strahlenden Siegen von Parteitag zu Parteitag und den vielen manipulierten Glücksmythen hielt aber der Wirklichkeit in den letzten Jahrzehnten vor dem politischen Zusammenbruch nicht mehr stand.

In Polen und in der DDR haben darum die Kirchen und die Oppositionellen versucht, ihre eigene Geschichte gegen die ideologischen Inszenierungen zu behaupten. In den 1980er Jahren waren in Polen während des Kriegsrechtes die nationalen und religiösen Gedenktage der Freiheitsgeschichte stets Tage von Streiks und öffentlichen Manifestationen. In der DDR gedachten jährlich unter dem misstrauischen Blicken der kommunistischen Antifaschisten Kirchenleute und Oppositionelle des nationalsozialistischen Judenpogroms am 9. November 1938. Während die Kommunis-

ten die Vergewaltigung Polens durch die Nationalsozialisten für ihren Machterhalt instrumentalisierten, haben die deutschen und polnischen Kirchen Wege zur Versöhnung geebnet.

Wenn Säkularisierung mit der Rationalisierung der Lebenswelt gleichzusetzen ist, traf sie in der geistig-politischen Auseinandersetzung die kommunistische Ideologie wesentlich heftiger als die Kirchen.

In beiden Ländern entwickelte sich eine religiöse Widerstandskultur. Freilich gab es auch einzelne Personen, die ihren Widerstand religiös aufluden. In der DDR war dies durch die öffentliche Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz im Jahr 1976 geschehen. Auf Dauer wirkte aber mehr eine für alle zugängliche und nachvollziehbare Widerstandskultur. In ihr war das Theologische mit dem Politischen durch die Verschmelzung von religiösen Ausdrucksformen mit dem öffentlichen Protest unlösbar verbunden. Durch die ethische Orientierung, die universalistischen Bezüge und die religiöse Dramatisierung der politischen Fragen sahen sich christliche Oppositionelle vor politische Aufgaben gestellt, die Teil ihrer religiösen Identität waren. In der DDR verstanden sich Oppositionelle darum in der politischen Konfrontation immer auch als Bekennende. Der Begriff implizierte schon wegen seiner Bedeutung in der NS-Zeit eine widerstandsethische Dimension. Messen in polnischen Streikzentren oder die Friedensgebete in der DDR erfüllten die gleichen Aufgaben. Diese Friedensgebete zogen auch viele völlig entchristlichte Menschen an, die hier für ihren Protest und ihre politischen Hoffnungen sprachliche Ausdrucksformen und Symbolhandlungen

fanden, die sie selbst nicht zur Verfügung hatten.

Gerade durch die Verknüpfung des Politischen mit dem Religiösen mussten auch Politikinhalt bzw. die Grundlagen einer zukünftigen politischen Gestaltung der Gesellschaften bedacht werden. Der Protest allein konnte dies nicht. So ist bemerkenswert, dass systematische Debatten um die Verknüpfung des Politischen mit dem Religiösen in Polen und in der DDR um die Frage der Menschenrechte kreisten.

In der DDR gab es seit Anfang der 1970er Jahre intensive konflikträchtige theologische Reflexionen, die auf das Recht von Christen und der Kirche abhoben, sich gesellschaftlich und politisch einzumischen und die Mitarbeit von Nichtchristen in kirchlichen Oppositionsgruppen zu rechtfertigen. Die Menschenrechtsfrage war ein Fokus der Debatten. Während die offizielle kirchliche Haltung die Freiheitsrechte relativierte, beschritten prominente Theologen andere Wege. Der Görlitzer Bischof Hans Joachim Fränkel leitete aus der lutherischen Rechtsfertigungslehre die vorgegebenen und unveräußerlichen Menschenrechte ab. Die Kirche müsse ein „Zeugnis für die Menschenrechte“ ablegen. Die Theologen Ulrich Woronowicz, Hans-Joachim Tschiche oder Edelbert Richter verbanden die Menschenrechtsfrage theologisch mit dem öffentlichen Auftrag der Kirche und deren Verpflichtung, sich für ein demokratisches Gemeinwesen einzusetzen.

In Polen kam es in den 1970er Jahren zum Zusammengehen von katholischer Kirche und linksliberalen Intellektuellen, das schließlich auch die „Solidarność“-Bewegung 1980 möglich machte. Zu den eindrücklichsten theoretischen Vorarbei-

ten gehörte Adam Michniks 1977 erschienenes Buch »Die Kirche und die polnische Linke. Von der Konfrontation zum Dialog«. Er hielt die Koalition von Kirche und Dissidenz für geboten, weil die Kirche selbst auf den Menschenrechten, besonders dem Recht auf freie Religionsausübung, bestand und dies pastoraltheologisch begründete. Die Brücke zur Kirche für die Intellektuellen baute in Polen der deutsche Widerstandskämpfer und evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer, dessen Widerstandsethik damals in Polen rezipiert wurde. Michnik griff auf Bonhoeffer zurück, der unter dem Eindruck der unmenschlichen Diktatur die Begriffe „Vernunft, Bildung, Humanität, Toleranz“ nicht mehr gegen die christliche Kirche gerichtet sah, sondern ihre „Rückkehr zum Ursprung“, zur christlichen Tradition, feststellte.

Die Überwindung des Kommunismus und die Neugründung demokratischer Republiken konnte in Deutschland und Polen auch deshalb gelingen, weil die demokratischen Revolutionen und die sie tragenden Werte auch in der ostmitteleuropäischen Kultur eingeschrieben und von Menschen getragen waren, die diese Kultur und deren zivilisatorische und spirituelle Traditionen lebten.

Literaturverzeichnis

Michnik, A. (1977/1980): Die Kirche und die polnische Linke. Von der Konfrontation zum Dialog. München: Kaiser.

Voegelin, E. (1938/1993): Die politischen Religionen. München: Fink.

1989: „Macht es wie die Polen“ – eine polnische Perspektive

Die polnische Seele ist ohne Zweifel empfindlich, insbesondere wenn es sich um die Wahrnehmung der eigenen Geschichte handelt. Ein Beispiel dazu: Fast alle Aufstände, nicht nur die vor 1944, endeten mit einer Niederlage. Ebenso die meisten Wendepunkte der polnischen Geschichte. Aber die moralischen Gewinner waren, wie immer, wir – die Polen. Die Zyniker und Klassiker der Realpolitik, etwa Machiavelli oder Talleyrand, hätten Polen als case study heranziehen können, um zu belegen, wie man die großen Chancen der Geschichte nicht nutzt oder einfach durch eine unnötige Romantik beim Handeln versagt.

Doch es gab eine große Ausnahme, nämlich das Jahr 1989. Ohne Opfer, Aufstände, Blutbäder, Leid haben die Machthaber sowie die demokratische Opposition beschlossen, miteinander zu verhandeln, um einen friedlichen Weg zur Demokratie zu konzipieren. Mehr noch, die meisten Lobesworte dafür kamen aus der DDR, die doch für Polen nicht mehr war als ein rotes Preußen oder ein lästiges Transitland auf dem Weg nach Westen, sprich in die Bundesrepublik. Endlich wurden wir gelobt, und zwar von denjenigen Vertretern eines Landes, die nichts mit dem seit Jahrzehnten praktizierten Freundschaftstheater zu tun gehabt hatten, also mit den staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen.

Der polnische Hochmut, aber auch die ganz normale nachvollziehbare Freude war

in den Augen der namhaften ostdeutschen Dissidenten mehr als verständlich. Um es mit Wolfgang Templin zu sagen, „haben die DDR-Dissidenten die Bedeutung der Ideen von Solidarität in Polen gelernt“ (Jaskułowski 2008, S. 194). Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht auch ein Zitat von Reinhardt Schult, der 1995 Folgendes schrieb: „Die Opposition in der DDR war eine kleine Opposition. Fast kannte jeder jeden. Die Hoffnung, das SED-Regime zu stürzen, hatte niemand von uns. Es ging um etwas mehr Luft in dieser miefigen DDR, um etwas mehr Bewegungsfreiheit in der Zwangsjacke. Wir waren eine verschwindende Minderheit – ohne Rückhalt in der Bevölkerung wie etwa die „Solidarność“ in Polen“ (ebd.).

Die Polen waren nicht nur hochmütig. Sie wussten die friedliche Wende 1989 in der DDR zu schätzen. Genauso wie die Ostdeutschen hatten sie fast 40 Jahre auf Wohlstand und Demokratie warten müssen. Deswegen konnten die DDR-Flüchtlinge in Polen mit Hilfe und Verständnis rechnen, als sie die mehr als mutige Entscheidung getroffen hatten, die DDR zu verlassen, um unter anderem nach Warschau zu fahren und in der dortigen westdeutschen Botschaft um Asyl zu bitten. Deswegen unterstützte die „Solidarność“ bereits im August 1989 das deutsche Recht auf Wiedervereinigung, also in einer Zeit, in der die DDR von einem gewissen Erich Mielke und einem Herrn Erich Hone-

cker regiert wurde. Und auch deswegen schrieb ein polnischer Publizist als Kommentar direkt nach der Wiedervereinigung 1990, dass 40 Jahre Wartezeit auf Normalität für die Ostdeutschen doch mehr als genug gewesen seien.

Nun gut, doch was hatte das Ganze mit der DDR-Dissidenz zu tun? Als Erklärung dafür gilt ein in Polen bereits vergessener Satz, den 1990 der „Solidarność“-Aktivist, Bogdan Borusewicz, im Rahmen eines Gespräches mit einer Delegation von DDR-Dissidenten gesagt hat. Die angereisten Aktivisten, voll Bewunderung für die Verdienste des Nobelpreisträgers und späteren Staatspräsidenten, hörten folgenden Satz: „Die Ostdeutschen haben sich so verhalten, wie sich die Polen hätten verhalten sollen“ (Jaskułowski 2006, S. 245). Gemeint waren damit die Dynamik der Friedlichen Revolution in der DDR ebenso wie das Engagement, mit dem die Bevölkerung die Bezirks- und Zentralverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit zu kontrollieren versuchte.

In diesem Satz lag auch noch etwas mehr als Bewunderung. Die große „Solidarność“ mit mehreren Millionen Mitgliedern konnte in den ehrlichsten, wenn auch nur teilweise freien Wahlen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im ersten Wahlgang nur 62% Wahlbeteiligung erreichen, im zweiten nur 25% und in den ersten vollständig freien Wahlen 1991 nur 43%. Zum Vergleich: Die Wahlbeteiligung in der DDR am 18. März 1990 lag bei 94%. Und das Ganze in einem Land, wo die Stärke des totalitären Regimes kaum vergleichbar war mit der Herrschaft der Kommunisten in der Volksrepublik. Haben also die ostdeutschen Dissidenten, Bürgerrechtler oder Oppositionellen wirklich alles genauso gemacht wie die Polen? Oder sollte man

andere Maßstäbe verwenden, um die Situation beider Länder zu analysieren?

Drei Elemente scheinen relevant zu sein, um die Rolle Polens bei der Formierung der ostdeutschen Opposition zu verstehen. Das wichtigste waren die Fundamente des gegenseitigen Kennenlernens, die vor allem seit dem Ende der 1960er Jahre entstanden waren. Seit dieser Zeit wuchs in beiden Staaten eine neue Generation heran, die nicht nur politisch aktiv wurde, sondern auch verstand, dass das traumatische Erbe des Zweiten Weltkrieges nicht auf Dauer die menschlichen Kontakte zwischen den beiden Ländern entscheidend prägen durfte. Zwar war es zunächst die ältere Generation, die die fundamentalen Schritte dieser Kontakte initiierte, etwa Bischöfe, die den bekannten Brief mit der Bitte um Vergebung verfassten, bzw. die Gründer der Aktion Sühnezeichen. Aber die Jungen übernahmen damals die Implementierung dieser Gesten. Was bedeutete damals dieses durchaus akademische Wort: Implementierung? Es war wichtiger als die konkreten Schritte wie Reisen nach Auschwitz bzw. die Arbeit der Freiwilligen von Aktion Sühnezeichen in den ehemaligen Konzentrationslagern. Implementierung hieß, dass auch bisher undenkbbare konkrete Schritte plötzlich doch machbar waren, und zwar sogar in einer politisch höchst ungünstigen Umgebung, also in der DDR.

Dazu kam der Hochmut der Machthaber. Um den eigenen Ruf zu verbessern, beschlossen beide Parteisekretäre, Erich Honecker und Edward Gierek, in der ersten Hälfte der 1970er Jahre das bilaterale Grenzregime zu liberalisieren. Sie hatten nicht die Absicht, dadurch die unabhängigen Bewegungen zu unterstützen. Aber vor allem dank der Grenzöffnung konnten

viele junge Menschen aus beiden Staaten Stereotype abbauen und sehen, dass die in der DDR bisher undenkbare, obzwar auch in Polen nach wie vor reglementierte Freiheit unter Umständen auch in der DDR möglich war. Es ging damals um kleine, aber aus Sicht der DDR-Jugend wichtige Erfahrungen, etwa um die Feststellung, dass der Ersatzwehrdienst möglich war, sowie um aus polnischer Sicht wichtige Erkenntnisse, nämlich die, dass die neuen deutschen Generationen nichts mit den alten kriegsbedingten Stereotypen gemein hatten. Und diese Überzeugung teilten nicht nur die Dissidenten, sondern auch Vertragsarbeiter, Studenten oder Teilnehmer des Jugendaustausches. Die dank des Grenzverkehrs geknüpften Kontakte trugen auch dazu bei zu begreifen, dass das deutsch-polnische Verhältnis deutlich komplizierter war als seine Klischees, die der staatlichen Propaganda zu entnehmen waren. Und vor allem deswegen fand man in Polen so viele Zeichen des Verständnisses für den Berliner Aufstand 1953, ganz zu schweigen von der Hilfe für die Flüchtlinge im Jahr 1989. Auf der anderen Seite reagierte die ostdeutsche Bevölkerung immun auf die von der SED-Propaganda gesteuerten Aktionen, die die Polen in den Medien als faule oder unehrliche Arbeiter darstellten – sowohl 1980 als auch 1989. Aus der ersten Dimension des Kennenlernens erwuchs die zweite. Am Beispiel Polens konnten die späteren Bürgerrechtler sehen, dass unabhängige politische Aktivität im Staatssozialismus möglich war. Sie musste aber in der DDR anders aussehen als in Polen, da beide Länder sehr unterschiedlich funktionierten. Die DDR verfügte weder über eine gewachsene Identität noch über die hundertjährige Tradition des polnischen Freiheitskamp-

fes. Sie war hingegen mit einer monströsen Staatspartei konfrontiert, die die Welt und die Opposition nicht verstehen wollte und konnte. Außerdem hatte sie die Staatssicherheit, die es grausam gut verstand, Andersdenkende zu eliminieren, auch physisch. Dies hatte, auch wenn es zynisch klingen mag, gewisse Vorteile. Hätte die Stasi eine andere Arbeitsweise an den Tag gelegt, hätte sie 1989 die Wut der Bürger nicht so zu spüren bekommen. Und dann hätte sich auch die Opposition anders entwickelt. Sie war im Vergleich zur polnischen asymmetrisch und ohne Zweifel kleiner als die „Solidarność“; ohne Führungsspitze und fast ohne politische Forderungen. Organisiert von unten, meistens mit Hilfe der autonomen evangelischen Gemeinden. Manche Gruppen beschäftigten sich nur mit Umweltschutz, manche mit der pädagogischen Jugendarbeit, noch andere mit Fragen der Wehrdienstverweigerung. Sie war damit kaum zu vergleichen mit der zehn Millionen Mitglieder zählenden „Solidarność“ und ihrer zentralen Struktur, dem charismatischen Anführer sowie ihren Beraterkreisen. Niemand im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wollte die DDR-Opposition dulden. Sie hatte, wie gesagt, auch keine fundamentalen politischen Forderungen. Aber genau aus diesem Grund konzentrierte sie sich auf die in Polen vernachlässigte politische Bildung und die Gabe, miteinander zu kommunizieren. Während des Treffens „Frieden konkret“ konnten etwa ab 1983 in der DDR Vertreter von mindestens 160 oppositionellen ostdeutschen Gruppen miteinander reden, gemeinsame Dokumente verfassen und versuchen, einander zu verstehen. Innerhalb der „Solidarność“ ist das auch 25 Jahre nach der friedlichen Revolution nach wie vor nicht möglich.

Bedeutet dies, dass faktisch die ostdeutschen Dissidenten als Gewinner der Wende bezeichnet werden sollten? Während des ostdeutschen Runden Tisches saßen die ehemaligen SED-Machthaber als Zeugen bzw. schon fast als Angeklagte in U-Haft. Das war in Polen nicht der Fall. Ganz im Gegenteil – der polnische Geheimdienstchef und Innenminister, übrigens seit 1980 im Amt, schickte 1990 dem letzten und ersten freigewählten Innenminister der demokratischen DDR ein Glückwunschtelegramm, worin er die Überzeugung äußerte, dass sein DDR-Pendant dazu beitragen würde, sein Land zu demokratisieren. Die Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit sah daher auch in beiden Gesellschaften nach 1990 völlig anders aus.

Kann man jene Fragen mit einem simplen win win oder no win beantworten? Nein. Man braucht dazu ein drittes Element. Es beantwortet die Frage, was eigentlich „die Polen“ gemacht haben. Die polnischen unabhängigen Bewegungen waren geprägt durch christliche Aktivisten. Es war kein Zufall, dass die polnischen Bischöfe ihre deutschen Amtskollegen um Vergebung baten. Die Opfer haben um Vergebung gebeten, indem sie gleichzeitig den Deutschen vergeben haben. 1989 saßen in Polen die brutal verfolgten Dissidenten und diejenigen, die jene Verfolgung befohlen hatten, als Verhandlungspartner zusammen am Runden Tisch. Ohne Zweifel waren damals wie auch jetzt, 25 Jahre danach, nicht alle Polen mit jener Zusammensetzung einverstanden. Nun aber wussten die Dissidenten, dass die Mehrheit der Polen nicht mehr für die „Solidarność“ sterben wollte. Sie wollte, genauso wie die Ostdeutschen, Ruhe und Wohlstand. Hatten dies auch die Ostdeutschen verstanden, als sie in Leipzig und Dresden 1989 wäh-

rend der Demonstrationen den Satz: „Wir bleiben hier“ auf ihre Transparente schrieben? Hatten sie verstanden, warum die anderen einfach „raus“ wollten? Ist ihre bis heute spürbare Enttäuschung berechtigt, dass die DDR nicht einem dubiosen „dritten Weg“ gefolgt ist? Hätten sie vielleicht eine Alternative für Mitläufer, Ausreisearbeitssteller, IM oder SED-Mitläufer anbieten sollen? Genau das hatte Tadeusz Mazowiecki, der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Polens nach 1989, im Sinn, als er den bis heute umstrittenen Satz formulierte, dass er einen dicken Strich unter die Vergangenheit setze. Genauso umstritten war für viele damals sein Bestreben, die Beziehungen mit Deutschland zu normalisieren. Aber auch dank dieses Bestrebens sind jene guten Beziehungen heute eine Tatsache, was 1989 noch keineswegs selbstverständlich war. Also hätte man es doch wie die Polen machen sollen? Oder doch nicht? Oder vielleicht haben beide Seiten vergessen, dass die Revolution nicht ein Ziel, sondern nur ein Mittel in der Politik ist?

Literaturverzeichnis

- Jaskułowski, T. (2008): *Die friedliche Revolution in der DDR und Polen 1989-1990. Systemumbrüche im Vergleich. In: Orbis Linguarum 33, S. 193-211.*
- Jaskułowski, T. (Hrsg.) (2006): *Pokojowa rewolucja w NRD w prasie polskiej 1989-1990. Wybór Dródel [Die friedliche Revolution in der DDR in der polnischen Presse 1989-1990. Eine Quellenauswahl]. Berlin, Warszawa: Ost-europa-Zentrum.*

Zeitzeugenerinnerung: Augenzeugenbericht vom Fall der Mauer des Gesandten der US-Botschaft in der DDR



Abb. 1: Christian Wenkel moderiert das Gespräch zwischen James D. Bindenagel und Joëlle Timsit, © Thomas Müller, Weimar

Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut, Angst zu überwinden

Dies ist eine Geschichte über den Mut zur Freiheit.

Im Januar 1989 wagte Erich Honecker, Staatsratsvorsitzender der DDR und Generalsekretär des ZK der SED, eine Prognose: „Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe nicht beseitigt werden.“

Zu diesem Zeitpunkt ahnte niemand, dass die Entwicklungen in der sozialistischen Welt sich schon bald dramatisch beschleunigen würden und die Bürger der DDR die „vorhandenen Gründe“ innerhalb von nur 12 Monaten auf ihre Weise beseitigen würden.

In Peking wurden die studentischen Proteste für mehr Demokratie von der Volksbefreiungsarmee im Juni noch brutal niedergeschlagen – ein Vorgehen, das später als die ‚Chinesische Lösung‘ bekannt wurde. Doch schon am 2. Mai 1989 hatten die Ungarn den Stacheldrahtzaun an ihrer Außengrenze durchschnitten und zahllose Ostdeutsche nutzten dieses Loch im Eisernen Vorhang, um ihr Land zu verlassen. In Warschau wurden im Sommer erstmals Vertreter der oppositionellen Solidarność-Bewegung in das polnische Parlament gewählt. Seit dem 4. September gingen in Leipzig Woche für Woche mehr Menschen – und schließlich Hunderttausende – auf

die Straße, um ihrer Forderung nach Freiheit Nachdruck zu verleihen.

Wie die meisten Beobachter gingen auch wir in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin zu jener Zeit noch davon aus, dass die Rote Armee dem chinesischen Beispiel folgen und intervenieren würde, wenn es in der DDR zu einem Aufstand kommen sollte. So hatte sie es 1953 getan und so würde sie es auch 1989 wieder tun.

Der Vorabend der Revolution

So begann der Abend des 9. November wie ein normaler Tag inmitten einer Revolution, die bereits tausende Deutsche auf die Straßen getrieben hatte. Doch die Gefahr einer Eskalation lag immer deutlicher in der Luft. Erst einen Monat zuvor hatte der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow seinen Besuch in Ost-Berlin anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR mit einer dramatischen Warnung beschlossen: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Dass die Geschichte uns schon bald überholen sollte, ahnte ich nicht, als ich an diesem Abend zu einem Empfang des Aspen Institutes fuhr. Neben dem Direktor dieser einflussreichen Washingtoner Denkfabrik, David Anderson, waren zahlreiche prominente Gäste anwesend: Die Bürgermeister von West- und Ost-Berlin, Politiker aus beiden Teilen der geteilten Stadt, West-

alliierte Militärkommandeure und der ostdeutsche Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, der an früheren Verhandlungen zum Austausch von gefangenen Spionen beteiligt war.

Niemand unter den Gästen ahnte, dass in dieser Novembernacht die Berliner Mauer fallen würde. In wenigen Stunden würde die Welt, wie wir sie kannten, auf den Kopf gestellt sein. Wie ganz Berlin, Deutschland und die Welt würden wir fasziniert verfolgen, wie sich Geschichte vor unseren Augen abspielte.

Als die Gesellschaft sich aufzulösen begann, bat mich Wolfgang Vogel, ihn in meinem Wagen nach Berlin-Mitte mitzunehmen. Auf dem Weg fragte ich ihn nach seiner Einschätzung der geplanten Veränderungen des Reisegesetzes, dessen rigide Beschränkungen wesentlicher Antriebe der Revolution waren. Als Anwalt Honeckers sollte er über die nächsten Schritte der DDR-Führung im Bilde sein.

Vogel berichtete, dass die Anwälte des Politbüros vorgeschlagen hatten, die meisten Reisebeschränkungen aufzuheben und die kommunistische Führung gerade im Begriff sei, die neuen Bestimmungen zu verabschieden. Diese seien geeignet, so Vogel, die Forderungen der Mehrzahl der Ostdeutschen nach mehr Reisefreiheit zu befriedigen.

Ich setzte Vogel an seinem Wagen ab und fuhr über den Checkpoint Invalidenstraße zurück nach Ost-Berlin zur Botschaft. Ich wollte Vogels Einschätzung der Lage direkt nach Washington berichten.

Zurück in der Botschaft

Ich kam gegen 19:30 Uhr in der Botschaft an und ging direkt in die Politische Abteilung. Dort fand ich das Team von Jon Greenwald, dem Politischen Direktor, in heller Aufregung.

Meine Kollegen saßen fassungslos vor dem Fernseher, in dem sie gerade eine Erklärung des ostdeutschen Regierungssprechers Günther Schabowski zum Reisegesetz verfolgt hatten. Schabowski hatte der versammelten Weltpresse mitgeteilt, dass das Politbüro die Beschränkungen des Reisegesetzes aufgehoben habe.

Unter den neuen Bestimmungen könnten DDR-Bürger bei ihrer örtlichen Volkspolizeiendienststelle „kurzfristig“ und unabhängig von Voraussetzungen – den berichtigten ‚Reiseanlässen‘ – Besuchsvisa für Reisen in den Westen beantragen. Zudem würde die DDR ein neues Bearbeitungszentrum für Auswanderungsfälle eröffnen.

Ein italienischer Journalist fragte, wann die neuen Regeln in Kraft träten, und nachdem Schabowski ein wenig in seinen Papieren gekramt hatte, murmelte er: „sofort, unverzüglich.“

Meine Erkenntnisse aus dem Gespräch mit Vogel waren von den Ereignissen bereits überholt. Jon Greenwald bilanzierte, dass Schabowskis Ankündigung die Welt in Flammen setzen würde. Er sagte: „Diese Ankündigung ist genauso unglaublich wie die Ereignisse der letzten Tage.“ In der Tat ging sie viel weiter als alles, was wir uns hätten vorstellen können – und Schabowskis mündliche Erklärung ließ weitreichenden Interpretationsspielraum.

In der Botschaft versuchten wir eilig, den genauen Wortlaut der neuen Bestimmungen zu bekommen und bemühten uns um eine offizielle Bestätigung dessen, was Journalisten von der Pressekonferenz berichteten. Währenddessen hatte NBC-Korrespondent Tom Brokaw, der vor Ort war, Schabowski gefragt, ob dies bedeute, dass die Berliner Mauer offen sei. Schabowski antwortete angeblich: „ja“.

Daraufhin verließ Brokaw die Pressekonferenz und rief über sein Satellitentelefon Garrick Utley bei der NBC in New York an. Von ihm erhielt er die Genehmigung, mit der Nachricht auf Sendung zu gehen. In den folgenden 90 Minuten berichtete Brokaw live vom Brandenburger Tor und verkündete dem erstaunten Fernsehpublikum, dass die Berliner Mauer offen sei.

Keiner von uns in der Botschaft hatte bisher die offizielle Erklärung aufreiben oder in Erfahrung bringen können, wie die ostdeutschen Behörden die neuen Regeln umzusetzen planten. Wir begannen, uns um eine mögliche Konfrontation an der Mauer zu sorgen. Immerhin hatten die Polizisten und Soldaten an den Checkpoints stehende Befehle, die Grenze notfalls gewaltsam zu verteidigen.

Während Brokaw weiterhin verkündete, dass die Mauer offen sei, schickte Jon Greenwald Imre Lipping, einen Mitarbeiter der Politischen Abteilung, zum Presseamt der DDR, um eine Kopie des offiziellen Textes zu erhalten. Heather Troutman, eine andere Kollegin, beorderte er zum Checkpoint Charlie um dort zu beobachten, wie die Grenztruppen mit der unklaren Lage umgingen. Würden sie ihren Schießbefehl ausführen, um die Mauer zu verteidigen?

In der Tat wurden die ersten Ostdeutschen, die sich an den Checkpoints sammelten, nachdem sie von Schabowskis Erklärung erfahren hatten, mit dem Hinweis heimgeschickt, dass sie zunächst ein Visum beantragen sollten. Wir waren erleichtert, dass die Grenztruppen die Lage offenbar unter Kontrolle hatten, während die neuen Verfahren zur Ausreise noch ausgearbeitet wurden.

Natürlich wussten wir auch, dass Washington von den Ereignissen elektrisiert sein würde. Präsident George Bush wurde zweifellos bereits von seinem Pressesprecher Martin Fitzwater bedrängt, ein Statement zu den Entwicklungen in Berlin abzugeben.

Wir mussten dringend eine Einschätzung der Lage nach Washington übermitteln, doch fehlten uns noch wesentliche Informationen. Noch immer benommen von den Ereignissen, warteten wir ungeduldig auf die Wiederholung der Schabowski-Erklärung im Fernsehen. Um 20:00 Uhr machte auch die westdeutsche Tagesschau mit dieser Nachricht auf.

Derweil hatte Imre den offiziellen Text aufgetrieben, den wir sofort nach Washington übermittelten. Ergänzt wurde die Meldung, dass DDR-Bürger nun die Freiheit hatten, in den Westen zu reisen und auszuwandern, durch einen Bericht, den Heather über das relativ geordnete Verhalten der Posten am Checkpoint Charlie verfasste.

Nachdem wir die Berichte abgesetzt hatten, rief ich sowohl im Situation Room des Weißen Hauses als auch im Operations Center des Außenministeriums an, um die Lage zu erläutern und von den jüngsten Entwicklungen zu berichten.

Anschließend telefonierte ich mit Harry Gilmore, dem amerikanischen Gesandten in West-Berlin. Wir tauschten unsere Analyse der Lage aus und waren einig in der Einschätzung, dass die Ostdeutschen auf ihre Visa warten würden, bevor sie die Grenze Richtung Westen überquerten.

Ich sagte Harry Gilmore: „Harry, es scheint, als würdet Ihr in Kürze eine Menge Besuch bekommen, aber ich bin nicht sicher, wie dieser Besucherstrom aussehen wird.“ Noch hatten wir keine Ahnung, dass die Ostdeutschen mit ihrer Forderung nach ungehinderter Aus- und Wiedereinreise den Willen der Grenzpolizei bereits in Kürze auf die Probe stellen würden.

Ich ging davon aus, dass die Schleusentore an den Checkpoints den Besucherstrom so lange zurückhalten würden, bis die DDR-Regierung am nächsten Morgen damit begann, Visa auszustellen. In diesen ersten Minuten nach Schabowskis Ankündigung waren wir noch zuversichtlich, dass die Entwicklungen in einen geordneten Prozess kanalisiert werden könnten.

Nachdem die Mauer in den ersten Minuten gehalten hatte, erwartete niemand die dramatischen Entwicklungen, die in dieser Novembernacht noch bevorstanden. Schließlich ging es hier um Deutsche, und die sind dafür bekannt, sich an Regeln zu halten. Schabowski hatte die Regeln dargelegt und die Bürger der DDR würden am nächsten Tag mit ordnungsgemäß ausgestellten Visa nach Westberlin reisen.

Die Bürger der DDR allerdings sahen ebenfalls die westdeutsche Fernsehberichterstattung über Schabowskis Einlassungen und schlussfolgerten, dass Reisen in den

Westen sofort möglich seien. Sie entschlossen sich, ihre Regierung beim Wort zu nehmen und die Grenzübergänge zu stürmen. Diese Revolution geriet außer Kontrolle.

Ein Loch in der Mauer

Nachdem wir die letzten Meldungen nach Washington geschickt und sichergestellt hatten, dass in der Botschaft genügend Mitarbeiter auf Posten waren, um über die weiteren Entwicklungen zu berichten, fuhr ich gegen 22:00 Uhr nach Pankow-Niederschönhausen, wo ich mit meiner Familie wohnte.

Auf dem Heimweg nahm ich überrascht zur Kenntnis, dass sich die Straßen zu den Grenzübergängen mit Trabis zu füllen begannen. Mit seinen Zweitaktmotoren und der Duroplast-Karosserie war dieses Auto längst zu einer Ikone der ostdeutschen Wirtschaft geworden – es funktionierte mehr schlecht als recht und man musste fast sein halbes Leben darauf warten.

Umso erstaunter war ich, als ich auf dem Weg die Schönhauser Allee hinaus immer mehr herrenlose Trabis sah, die in der Nähe des Grenzübergangs Bornholmer Straße offenbar zurückgelassen worden waren. Ihre Besitzer drängten sich nun am Schlagbaum des Checkpoints.

Ich kannte den Grenzübergang Bornholmer Straße gut. Ich selbst passierte ihn regelmäßig, meine Kinder überquerten ihn täglich auf dem Weg zur deutsch-amerikanischen John F. Kennedy Schule in Zehlendorf in Westberlin.

Nun war der Übergang in das grelle Licht der Schweinwerfer eines westdeutschen

Kamerateams getaucht, das auf der anderen Seite der Grenze bereitstand, Bilder der Konfrontation zwischen Bürgern und Staatsgewalt der DDR in alle Welt zu übertragen.

Trotz der Scheinwerfer konnte ich aus der Distanz nicht genau ausmachen, was am Grenzübergang selbst geschah, wo sich immer mehr Demonstranten zu sammeln begannen – erwartungsvolle Ostdeutsche, die sich einen Blick auf Westberlin erhofften. Sie schrien auf die Grenzposten ein, die den Übergang bewachten. Ich hörte, dass sie etwas riefen, doch was genau, war nicht zu verstehen. Vielleicht: „TOR AUF!“ Die Zahl dieser mutigen Menschen wuchs stetig an und mit der Menge auch ihr Mut.

Ihnen gegenüber standen die Grenzposten und deren Kommandeur, Oberstleutnant Harald Jäger. Sie hatten bereits Feuerwehrschräume – wie jene, die später am Brandenburger Tor zum Einsatz kommen sollten – fein säuberlich ausgerollt, um etwaige Mauerspringer zurückzudrängen. Am Übergang selbst warteten bewaffnete Grenzpolizisten. Mir war klar, dass es an ihnen wäre, die stehenden Befehle zum Schutz der Grenze auszuführen.

In meinem Kopf erwog ich die Frage, ob die Rote Armee in den Kasernen bleiben würde. Wie die Mehrheit der Beobachter zu jener Zeit gingen wir in der Botschaft davon aus, dass Gorbatschow intervenieren würde. In der DDR waren 380.000 sowjetische Soldaten stationiert. Es gab keine Anzeichen dafür, dass ihre Befehlshaber die DDR kampflos aufgeben würden.

Wie Gorbatschow schon anlässlich des 40. Geburtstages der DDR prophezeit hatte, war die Führung der DDR längst in den Sog des Wandels geraten. Wenige Tage danach hatte Honecker seine Posten räumen müssen. Sein Nachfolger, Egon Krenz, war nicht Gorbatschows Wunschkandidat. In Moskau hätte man lieber Hans Modrow, noch immer Parteichef in Dresden, an der Spitze der DDR gesehen. Inmitten der zunehmend unübersichtlichen Entwicklungen fragte ich mich: „Wer trägt hier die Verantwortung?“

Ich sah ein, dass ich die Ereignisse besser im Westfernsehen bei mir zu Hause verfolgen konnte. Zudem brauchte ich ein Telefon, um mit Washington und West-Berlin in Kontakt zu bleiben.

Ich beeilte mich also, die wenigen Blocks nach Hause zu fahren. Dort angekommen, schaltete ich den Fernseher ein und sah die Bilder, welche das Kamerateam aufgenommen hatte, das ich kurz zuvor noch am Grenzübergang gesehen hatte. Meine Sorgen wichen aufgeregter Anspannung. Immer schneller überschlugen sich nun die Ereignisse. Wir wurden Zeugen des Falls der Berliner Mauer.

Die Berliner Mauer fällt

Sobald ich gegen 22:15 Uhr zu Hause ankam, rief ich im State Department an, um zu berichten, dass die Berliner Mauer am Brandenburger Tor und am Checkpoint Bornholmer Straße regelrecht belagert wurde. Ich sprach auch mit Botschafter Barkley, der all das unglaublich fand. Ich sagte ihm, dass er das, was sich dort draußen abspielte, in der Tat nicht glauben würde.

Als ich anschließend mit Harry Gilmore in West-Berlin telefonierte, musste ich einiges von dem, was ich ihm zuvor gesagt hatte, revidieren: „Harry, ich weiß, ich hatte Dir gesagt, Du solltest Dich in den nächsten Tagen auf zahlreiche Besucher einstellen. Nun, vielleicht kommen diese auch schon heute Abend. Es sieht so aus, als würden die Dinge außer Kontrolle geraten, wir wissen nicht, wie es weitergehen wird.“

Auch Jon Greenwald meldete sich noch einmal und berichtete, dass auch er die verlassenen Trabis an der Bornholmer Straße auf seinem Nachhauseweg gesehen hatte.

Der Fernsehbericht und meine Telefongespräche hatten meine Frau Jean geweckt, die nun ins Zimmer kam und fragte, was denn los sei.

Ich erzählte ihr, dass es am Grenzübergang Bornholmer Straße zu einer Konfrontation zwischen Bürgern und Grenzpolizei gekommen war und wir herausfinden mussten, wie sich die Lage nach Schabowskis Erklärung entwickelte. Zwar sorgte sich Jean, dass unsere Kinder aufwachen könnten, doch hatte sie Verständnis dafür, dass wir berichten mussten.

Kurze Zeit später wurden wir am Fernseher Zeugen, wie die Berliner Mauer an der Bornholmer Straße durchbrochen wurde – just an jenem Ort, an dem ich noch wenige Minuten zuvor gewesen war. Zunächst schob sich eine Menschenmenge durch den Checkpoint, dann strömte sie über die Brücke. Fernsehkameras übertrugen die Bilder dieser Menschen in die ganze Welt: sie waren frei!

Wir waren an den Fernseher gefesselt. In der Nachbarschaft gingen die Lichter an. Während ich die Berichterstattung am Bildschirm verfolgte, verbrachte ich die nächsten Stunden mit Telefonaten und der Koordination unserer Arbeit. Es sah tatsächlich so aus, als würde die Revolution friedlich bleiben.

Ich war erleichtert und glücklich. Endlich fanden die Ostdeutschen die Freiheit, für die sie so lange gekämpft hatten. Und dabei kam es zu keiner Gewalt, nur der berühmte ostdeutsche Rotkäppchen-Sekt floss.

Die Freude wurde jedoch getrübt von dem Gedanken an die ersten Mauerspringer von der Bornholmer Straße. Mir war klar, dass es noch ungeklärte Fragen gab:

Hatten sie Visa? Was war überhaupt aus der Visumpflicht geworden? Wer trug die Verantwortung? Wer weigerte sich, den Schießbefehl auszuführen? Warum haben die Grenzsoldaten nicht geschossen?

Es war Oberstleutnant Harald Jäger, der eine Panik – und Schlimmeres – verhindert hatte, als seine Männer am Grenzübergang an der Bornholmer Straße von immer mehr ausreisewilligen Bürgern bedrängt wurden. Ohne Weisungen von oben und auf sich allein gestellt gab er schließlich den Befehl: „Öffnet die Schranke!“

Diese Entscheidung brach die erste Lücke in die Mauer. Kurz darauf wurde das Brandenburger Tor gestürmt.

Jahre später, zum 20. Jahrestag des Mauerfalls, sprach Oberstleutnant Jäger im Spiegel über die kritischen Momente des

9. November 1989: Jäger erzählte, dass er an jenem Abend mehrfach mit allen verantwortlichen Offizieren gesprochen habe – sowohl auf der Straße als auch im Büro. Sie bedrängten ihn: „Harald, Du musst etwas tun!“ Und er entgegnete: „Was soll ich denn tun? Soll ich die DDR-Bürger ausreisen lassen? Oder soll ich den Befehl geben, das Feuer zu eröffnen?“ Jäger versammelte seine Offiziere in seinem Büro. Er wollte ihre Meinung hören. Doch sie konnten ihm nicht helfen: „Es liegt an Dir“ sagten sie, „Du bist der Chef.“ Und Jäger traf seine Entscheidung: „Öffnet die Schranke! Lass alle ausreisen!“

Einige Monate nach dem Mauerfall erfuhr ich, dass dies nur die eine Hälfte der Geschichte war. Meine Frau und ich waren zum Kaffee eingeladen, bei Uwe Gerson und seiner Familie, Freunden aus unserer Kirchengemeinde. Unter den Gästen waren auch einige Ostdeutsche, die in jener Nacht am Grenzübergang Bornholmer Straße gewesen waren und die Mauer durchbrochen hatten. Als das Gespräch auf jene Stunden kam, zückte Uwe Gersons Schwager seinen DDR-Personalausweis. Das Foto auf der Vorderseite war durch einen Ausreisestempel unkenntlich – und damit ungültig – gemacht.

Oberstleutnant Jäger hatte seine Leute angewiesen, die Personalausweise der ersten Ausreisewilligen auf diese Weise ungültig zu stempeln. Wir waren erschüttert. Die ersten Menschen, die die Grenze überquerten, die ich in jener Nacht an der Bornholmer Straße hatte stehen sehen, waren aus der DDR ausgewiesen worden! Jäger und seine Leute hatten sie hinausgeworfen in der Hoffnung, die Lage zu beruhigen, eine Konfrontation zu vermeiden

und den Übergang nach dem ersten Ansturm wieder zu schließen.

Ostdeutschland von Dissidenten zu befreien und die Demonstranten auszuweisen, schien in der Tat eine naheliegende Lösung zu sein: Indem sie die Anführer der Proteste des Landes verwiesen, mögen die Grenzposten gehofft haben, könnten sie die DDR und ihr politisches System vielleicht doch noch bewahren. Verschwundet, ihr Revolutionäre, müssen sie gedacht haben. Das letzte Lachen sollte ihnen gehören.

Der Rest der Geschichte spielte sich vor den Fernsehkameras ab. Tom Brokaw berichtete für die Amerikaner und die Welt. Das westdeutsche Fernsehen für die Bürger der BRD und der DDR. Die Fernsehbilder zeigten einen Traum, der in Erfüllung ging: Die Mauer ist gefallen, die Ostdeutschen sind frei. Diese Geschichte war es, die mich, meine Frau und meine Nachbarschaft und die Welt in jener Nacht in Atem hielt. Wir alle sahen die geöffnete Mauer und tausende Ostdeutsche auf dem Weg in die Freiheit.

Nicht wenige von ihnen waren getrieben von der Frage, wie lange dieser Weg passierbar bliebe, ob die Ost-Berliner Führung ihnen die versprochenen Visa tatsächlich auch geben würde. In dieser Nacht zumindest bot die unklare Lage nach Schabowskis Erklärung für einen Moment die Möglichkeit, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Aus Angst, dass dies ihre einzige Gelegenheit sein könnte, entschlossen sich zahllose Ostdeutsche, auch um den Preis der Ausbürgerung auf eigene Faust in den Westen zu fliehen. Einige von ihnen fuhren meilenweit durch

die Nacht nach Berlin, um rechtzeitig dort anzukommen, bevor die Grenze vielleicht wieder geschlossen würde. Es waren diese Bilder, über die im Fernsehen berichtet wurde, nicht über die neuen Regeln des Politbüros. Damit schufen Männer wie Tom Brokaw Fakten, und es ist gut, dass sie es taten.

Dass die Nacht des 9. November friedlich blieb, lag jedoch nicht nur an Harald Jäger und Tom Brokaw. Es lag auch an tausenden Ostdeutschen, die in jener Nacht das Geheimnis der Freiheit erkannten: Das Volk hatte den Mut, die Mauer zu stürmen, hinter der sie Jahrzehnte lang gefangen waren. Ihr Fall ist für die Deutschen was die Bastille für die Franzosen ist: Das Ende der alten Ordnung, das Ende einer Epoche.

Doch nicht nur die Bürger der DDR bewiesen Mut in jener Nacht. Weit entfernt in Moskau traf auch der Präsident der Sowjetunion eine mutige Entscheidung. Michail Gorbatschows Entscheidung, den Schießbefehl nicht durchzusetzen und die sowjetischen Truppen in den Kasernen zu belassen, half, eine Eskalation zu verhindern. Sie machte die Vollendung der friedlichen Revolution in Ostdeutschland erst möglich. Mehr noch, sie legte den Grundstein für die Einheit Deutschlands und Europas. Nicht nur die Deutschen, wir alle können dankbar sein, dass der Kalte Krieg durch Gorbatschows besonnene Haltung ein friedliches Ende fand.

Postskriptum

Nun, da die friedliche Revolution des Jahres 1989 bereits ein Vierteljahrhundert zurückliegt, sollten wir nicht vergessen, dass sie auch heute – und gerade heute – noch eine Lektion für uns bereithält.

25 Jahre nach dem Mauerfall hat sich Russlands Präsident Putin anders entschieden als sein Vorgänger im Kreml. Anders als Michail Gorbatschow hat er sich nicht auf die Seite des Wandels gestellt. Er hat den Untergang der Sowjetunion als größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Er hat sich gegen den mehrheitlichen Wunsch der Ukrainer nach Wohlstand und Freiheit gestellt. Er hat die friedliche Revolution auf dem Maidan abgelehnt und aktiv bekämpft – zunächst mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln, schließlich auch mit militärischer Gewalt. Er hat russische Truppen in der Ukraine einmarschieren lassen und einen Teil ihres Territoriums annektiert. Er hat die Lektion des November 1989 nicht gelernt.

Zeitzeugenerinnerung: Die letzte Botschafterin Frankreichs in der DDR und der Fall der Mauer

Joëlle Timsit im Gespräch mit Fritz von Klinggräff¹

1. Sie waren von 1986 bis 1990 die französische Botschafterin in Ostberlin. Vielleicht als ein kleiner Einstieg: Was waren (außer dem 9. November 1989) die Erlebnisse in diesen vier Jahren, an die Sie sich besonders gern erinnern?

Das waren natürlich viele. Wenn ich mal vom 9. und 10. November absehe, dann erinnere ich mich vor allem gern an die Bilder aus der Zeit genau vor bzw nach dem Fall der Mauer:

- (1) Die Feier anlässlich des 200. Jahrestages der Französischen Revolution am 14. Juli 1989 in der Residenz der französischen Botschafter, bei der die Mitglieder des Politbüros die traditionellen Regeln des Protokolls verließen. Aus dem protokollarischen-ritualisierten Gespräch mit dem Botschafter wurde eine ganz normale Unterhaltung am Rand der im Garten aufgebauten Tanzfläche. An diesem Tag hielten sie es auch nicht für nötig, sich in einer kollektiven Bewegung alle zusammen und im gleichen Augenblick am Ende dieses Gesprächs zurückzuziehen, wie sie es vorher immer taten. . .
- (2) Das unglaubliche Essen am Abend des 7. Oktober im Palast der Republik anlässlich des 40. Jahrestages der DDR, an dem neben Gorbatschow, Daniel Ortega, Ceauçescu, Yasser Arafat

viele weitere Staatsoberhäupter und Regierungschefs befreundeter Länder teilnahmen und auf dem die geladenen Botschafter Zeugen merkwürdiger Aktivitäten einiger Gäste – besonders Erich Mielke – wurden, die von Tisch zu Tisch gingen und aus dem Fenster schauten. Die Atmosphäre war so ungewöhnlich und angespannt, dass mein Tischnachbar, der Botschafter Polens, mir zuflüsterte : ‘Wir erleben den Untergang der Titanic.’ Als ich dann den Palast der Republik verließ, stellte ich fest, dass ich drin tatsächlich das Geräusch der vor dem Haus versammelten protestierenden Menschen gehört hatte. Wieder zurück in der Botschaft haben mich dann meine Mitarbeiter darüber informiert, was sie selbst vor Ort während der Demonstration gesehen hatten und am nächsten Tag habe ich sofort meine Gesprächspartner bei der Evangelischen Kirche befragt.

- (3) Das Konzert am Weihnachtsmorgen 1989 im Schauspielhaus, auf dem Leonard Bernstein die 9. Symphonie von Beethoven dirigiert und bei dem die «Ode an die Freude» vielen Menschen im Saal die Tränen in die Augen treibt – egal ob sie Reformer im Sinne von Gorbatschow waren oder Vertreter der Bundesrepublik Deutschland. . .
- (4) Die Silvesternacht nach dem Mauerfall, als ich zum ersten Mal, zusammen

¹ Übersetzt wurde das Gespräch von Franka Günther.

mit der Menschenmenge, auf der Straße Unter den Linden das Feuerwerk zum Jahreswechsel sah und mich daran erinnerte, dass ich in der Vergangenheit immer den Eindruck hatte, dass die im Osten und Westen gezündeten Feuerwerke sich irgendwie unterhielten. Ich empfand geradezu körperlich diesen Augenblick der Einheit.

- (5) Ich erinnere mich auch noch sehr deutlich an den Besuch des französischen Präsidenten François Mitterrand im Dezember 1989 und dabei besonders an seine Gespräche und Reden in Leipzig, vor allem vor den Studenten, die den Hörsaal, in dem der Präsident sprechen sollte, zum Bersten füllten und sogar auf den Stufen vor seinem Rednerpult saßen. Und ich werde auch nicht die beeindruckende Begegnung zwischen dem Präsidenten und Kurt Masur vergessen, der zusammen mit 5 anderen – darunter 3 lokalen SED-Funktionären – am 9. Oktober über Lautsprecher zur Gewaltlosigkeit aufgerufen hatte. Dieser Aufruf – da sind sich heute alle einig – soll Egon Krenz dazu bewegt haben, keine Gewalt anzuwenden. Und wie sollte ich mich heute nicht mehr daran erinnern, wie der Präsident in der Nikolai- und der Thomas-Kirche war; die eine als Ursprung und Symbol der Demonstrationen, die seit Monaten unter dem Schutz der Pfarrer Führer und Magirus von dort ausgingen und die andere mit der Grabstätte Johann Sebastian Bachs, wo Pfarrer Ebeling lange Zeit gewirkt hatte.
- (6) Ich denke auch immer noch oft an die großen Momente unserer kulturellen Arbeit in der DDR, die dank des Centre culturel möglich waren. Es war das

einzig westliche Kulturzentrum in (Ost)Berlin und der DDR. Frankreich hatte im Vorfeld sehr auf seine Errichtung gedrängt und wir mussten beständig um den Handlungsspielraum des Zentrums kämpfen. Ich will hier nur die Veranstaltungen nennen, die mich besonders beeindruckt haben: das Gespräch zwischen Heiner Müller und Patrice Chéreau, Roger Planchon, Marcel Maréchal in der Volksbühne, der berauschte Empfang für Léo Ferré, Georges Moustaki, Gilbert Bécaud, Isabelle Aubret und Anne Sylvestre, als sie im Centre culturel auftraten, bevor sie später auch an anderen Spielstätten eingeladen wurden.

- (7) Neben dem Konzertsaal verfügte das Centre culturel auch über eine – kleine – Galerie, in der berühmte Fotografen ausgestellt wurden wie Cartier-Bresson, Man-Ray, Doisneau und sogar Kudelka, der gerade die französische Staatsbürgerschaft erhalten hatte und hier ein oder zwei seiner Fotos der Ereignisse in Prag 68 ausstellte, wobei wir da unsere Möglichkeiten bis in den Grenzbereich hinein ausreizten.
- (8) Ich kann hier nicht alle Philosophen, Schriftsteller, Historiker und Experten für Politologie und Soziologie aufzählen, die im Centre culturel gesprochen haben, aber ich möchte jenen einen besonderen Platz einräumen, die vor dem Fall der Mauer eine politische Botschaft ausgesendet haben : Alfred Grosser 1987, Serge July 1988, Alain Minc und Jean Daniel 1989 sowie der Medienwissenschaftler Jacques Séguéla, dessen Besuch am 19. Mai 1989 sich mir tief eingeprägt hat : er war aus Warschau gekommen, wo er

am polnischen Wahlkampf teilgenommen hatte. Und er trug das Abzeichen von Solidarność am Kragen und bot seinen Hörern seine Hilfe an, wenn sie diese eines Tages benötigen würden ...

2. Wie war Ihre Lebenssituation damals: Waren Sie mit Familie in Ostberlin? Wo war Ihre Familie? Wie groß war Ihr Mitarbeiterstab? Worin bestand Ihre Hauptarbeit in diesen Wochen und Monaten vor und nach dem 9. November 1989? Was war Ihnen wichtig?

Meine Familie war auf Paris, Toulouse, Braunschweig und Berlin verteilt – mein Mann war Professor an der Universität Paris I Panthéon-Sorbonne und während der vorlesungsfreien Zeit in Berlin. Mein Sohn studierte an der Schule für zivile Luftfahrt in Toulouse und verbrachte 1989 ein Erasmus-Jahr an der Institut für Luftfahrttechnik in Braunschweig, so dass er von Zeit zu Zeit nach Berlin kommen konnte.

Unsere Botschaft war nicht sehr groß. Nur ein sehr kleines Team war mit der politischen Arbeit betraut und arbeitete fast täglich mit der Kultur- und der Wirtschaftsabteilung zusammen. Die Konsularabteilung befasste sich vor allem mit den Visaanträgen und den Angelegenheiten der kleinen französischen Gemeinschaft.

Und was meine Arbeit in den Wochen vor und nach dem 9. November angeht, so unterschied sie sich nicht von der normalen Arbeit einer Botschaft, nämlich so gut wie möglich über das Land zu informieren, in das man entsendet ist und die Interessen Frankreichs zu vertreten.

Die Veränderungen im Sommer und Herbst 1989 verlangten natürlich von uns, eine sich beständig beschleunigende Situation zu verfolgen, was bedeutete so viele Kon-

takte wie möglich zu haben, Paris täglich zu informieren und immer mehr Besucher zu empfangen (Politiker und zahlreiche Journalisten). Wir hatten aber immer viel Wert auf die Zivilgesellschaft gelegt und ich habe immer versucht, den Vertretern Frankreichs während ihres Aufenthaltes in Berlin – unabhängig von ihren Betätigungsfeldern – in der Botschaft die Gelegenheit zu geben, sich mit ostdeutschen Gesprächspartnern zu treffen, die nicht nur die offizielle Meinung vertraten. Das Centre culturel, dem ich immer viel Aufmerksamkeit gewidmet habe, hat mich dabei sehr unterstützt. Ich habe Kontakte mit Otto Reinhold, dem Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, und Helmut Koziolk, dem Direktor des Zentralinstituts für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED, geknüpft sowie sehr schnell nach meiner Ankunft in Berlin den Kontakt zur Kirche und dort besonders zur Evangelischen Kirche gesucht.

Natürlich stellte die massive Abwanderung von Ost-Deutschen in Richtung Bundesrepublik Deutschland über Ungarn und die CSSR einerseits und die Herausbildung vieler oppositioneller Gruppen andererseits eine beständige Herausforderung für die Botschaft dar. Vor allem war es notwendig, sich immer wieder auf neue Gesprächspartner einzulassen.

3. Wußten Sie eigentlich schon vor dem 9. November, dass die Mauer fallen wird?

Nein, und vor allem nicht, in welcher Weise, zu welchem Zeitpunkt, und unter welchen Rahmenbedingungen. Weil ich als junge Diplomatin in Bonn war, als die Hallstein-Doktrin allmählich aufgegeben wurde, weil ich später von Paris aus den spektakulären Wandel der bundesrepublikanischen Ostpolitik durch Willy Brandt

und die Entstehung vieler Abkommen verfolgt hatte (insbesondere der Moskauer und der Warschauer Vertrag, das Viermächteabkommen über Berlin und der Grundlagenvertrag) und weil ich in der Europa-Abteilung des Ministeriums Karriere gemacht hatte, waren mir die Entwicklung des Kalten Krieges und in diesem Kontext die Fragen in Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin vertraut. Als ich im Mai 1986 in Berlin ankam, war ich von der Kraft und der praktischen Unumkehrbarkeit der deutsch-deutschen Annäherung überzeugt. Meiner Meinung nach würde die deutsche Frage eine Lösung finden, allerdings hatte ich – ebenso wie viele andere – keine konkreten Vorstellungen hinsichtlich deren Form oder ihres zeitlichen Ablaufs. Ich war aber sicher, dass das Ziel der Neuen Ostpolitik – die Mauer durchlässig zu machen – schon zu großen Teilen erreicht und eine weitere positive Entwicklung absehbar war (mit allen Höhen und Tiefen). Deshalb habe ich nach meiner Ankunft in Berlin – das war also ein Jahr nach der Machtübernahme durch Gorbatschow – geschrieben, dass sowohl Bonn als auch Moskau die Situation in Ostdeutschland dominierten - die D-Mark war fast zu einer zweiten Währung geworden. Hinter der glatten und stabilen Fassade der DDR konnte man schon ein leichtes « Beben » ausmachen, das von der geschickten pragmatischen Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der DDR genährt wurde und mit der Wirkung der Schlussakte von Helsinki zusammentraf (und die sich stärker auf die Befreiung der Länder des Ostblocks auswirkte, als es der Westen zuerst gehofft hatte). Aber erst die neuen Ansichten von Gorbatschow sollten zu dieser grundsätzlichen Veränderung im Sommer und Herbst 89 führen. Trotz der

Vorzeichen dafür, dass das neue Denken Gorbatschows immer weiter um sich griffen, war es den Behörden der DDR bis zum Frühjahr 1989 gelungen, dieses „Beben“ zu kontrollieren und zwar obwohl sich die wirtschaftliche Situation immer mehr verschlechterte. Zu den Vorzeichen gehörten:

- (1) Protestschilder auf dem Evangelischen Kirchentag in Berlin-Brandenburg im Juni 1987,
- (2) Rufe nach Gorbatschow zu Pfingsten 1987 vor der Sowjetischen Botschaft, als junge Rocker versuchten, von der Ostseite des Brandenburger Tores aus dem vor dem Reichstag organisierten Konzert zuzuhören,
- (3) die Vorfälle in der Zionskirche im Dezember 87,
- (4) die Demonstrationen zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1988 und 1989

Zu der Bandbreite der Kontrollmaßnahmen durch die DDR-Behörden gehörte einerseits die starke Einbindung der Stasi und die Ausweisung der widerspenstigsten Bürger in die Bundesrepublik Deutschland, aber auch eine großzügigere Handhabung der Reisewünsche in den Westen, wobei die DDR hoffte, auf diese Weise die Anzahl der endgültigen Ausreiseanträge zu verringern. Aber sie unterschätzten den Einfluss der Veränderungen in den Nachbarländern. Als ich Hans Modrow in Dresden am 20. April 1989 traf, sagte er zu mir: „Gott bewahre uns vor den Veränderungen, die gerade in Polen und Ungarn stattfinden!“

In diesem Zusammenhang änderten zwei Ereignisse die Lage Anfang Mai 89: die Ankündigung Ungarns, die Reisefreiheit zwischen ihrem Land und Österreich zu gestatten und die Fälschung der Wahlergebnisse in der DDR vom 7. Mai – was eine

Absage an die Politik der Transparenz von Gorbatschow bedeutete und die Ereignisse vom Sommer 89 auslöste. Der Wunsch nach Transparenz und nach Reformen trieb die oppositionellen Gruppen an, der Wunsch, die DDR zu verlassen, wurde nun vor der Weltöffentlichkeit sichtbar und die DDR war mit dem selben Problem konfrontiert, das 1961 zum Bau der Mauer geführt hatte. Dadurch wurde die Grundlage für die Existenz dieses Staates in Frage gestellt.

4. Sie wohnten ja in Ostberlin. Wie erlebten Sie 'als Privatperson' auf der Straße, in den Läden, die Wochen um den 9. November?

Die Straßen und Geschäfte Berlins haben sich nach dem 9. November – außer in dem Bereich direkt an der Mauer – nicht verändert. Erst später und besonders am Tag vor der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 wurde die Veränderung augenfällig.

5. Bewegten Sie sich als ausgewiesene Germanistin und Osteuropaexpertin damals auch in den Kulturszenen, in der Literaturszene, zum Beispiel? Was beeindruckte Sie, was faszinierte Sie?

Als ich in der DDR ankam, war ich mir sicher, dass ich dieses Land nie verstehen würde, wenn ich mich nicht für die Lebensumstände der Einwohner interessiere. Ich habe also damit begonnen, mich zuerst für das zu interessieren, was sie die ostdeutsche Kulturszene nennen. Einige Schriftsteller der DDR haben mir sehr dabei geholfen, die Geschichte dieses Landes zu verstehen, dessen Bewohner seit 1933 immer unter verschiedenen Diktaturen gelebt hatten: Stephan Hermlin (der früher Sekretär von Aragon war), Christa Wolf, Stephan Heym, Christoph Hein, von dem

ich „Drachenblut“ gelesen hatte, bevor ich nach Berlin ging und der mir wirklich eine Einführung in die real existierenden DDR von 1986 gegeben hat. Und natürlich bin ich oft ins Theater gegangen – und zwar nicht nur, um die Stücke von Brecht anzuschauen, sondern weil ich die Entwicklung hin zu einer größeren künstlerischen Freiheit millimetergenau verfolgen wollte. Außerdem war es durchaus möglich, den Kunstgenuss mit der Politik in Übereinstimmung zu bringen. Dabei denke ich an meine Treffen in Leipzig mit Werner Tübke und Bernhard Heisig. Im Atelier von Heisig sah ich im Herbst 1986 den Entwurf zum Porträt von Helmut Schmidt, an dem er gerade arbeitete.

6. Empfinden Sie die Situation als revolutionär?

Wenn man unter einer „Revolution“ den Umsturz einer Staatsmacht versteht, dann war die Situation revolutionär. Aber diese Revolution hatte auf jeden Fall zwei Gesichter: das der Flüchtigen, die um jeden Preis die DDR verlassen wollten und das der Oppositionsgruppen und der neu gegründeten Parteien, die die Staatsmacht stürzen wollten, um sie zu reformieren. Manche haben das Wort „Revolution“ gebraucht und sich auf die niedergeschlagene Revolution von 1848 bezogen sowie auf die Französische Revolution. Eine Position, die sich auch 20 Jahre später noch in einer Rede von Werner Schulz, damals Mitglied des Europäischen Parlaments und einer der besten Redner des Bündnis 90, wiederfindet, die er in Leipzig zum 20. Jahrestag des 9. Oktober gehalten hat. Die sich ständig ausweitenden Demonstrationen in Leipzig, die auf das gesamte Gebiet der DDR übergriffen sowie die große Kundgebung in Berlin am 4. November, an

der ca. 1 Million Menschen teilnahmen, beweist, dass es kurz vor der Öffnung der Mauer eine revolutionäre Phase gab, die mit den ersten freien Wahlen am 18. März 1990 endete.

7. Ihr Büro war Unter den Linden 40. Und Sie waren in erster Linie natürlich für die 2000 französischen Staatsbürger verantwortlich, die in der DDR lebten.

Wie Sie schon sagen, war die französische Gemeinschaft nicht sehr zahlreich und über das gesamte Gebiet der DDR verteilt. Da sie immer gern in die Residenz des Botschafters zum Nationalfeiertag kamen, habe ich sie auch zum Jahresende ins Centre culturel eingeladen - zu einem Film und einem Empfang. Auf Einladung des in Berlin weilenden Präsidenten erhielt die französische Gemeinschaft im Dezember 89 wieder eine Einladung. Der große Saal des Kulturzentrums war überbordend voll und wir wurden mit Blumen überhäuft, die unsere Gäste dem Präsidenten mitbrachten. Es war ein großes Fest.

8. Gab es Kontakte zu den Bürgerrechtlern?

Wie ich schon weiter oben gesagt habe, hat die Botschaft sofort den Kontakt zu den wichtigen Personen der Opposition gesucht – ich will hier nur die Bekanntesten nennen: Bärbel Bohley, Jens Reich, Konrad Weiss, Rainer Eppelmann sowie zu den Gründungsmitgliedern der neuen Parteien. Einige von ihnen, wie Schnur und Böhme waren zuerst Gesprächspartner von französischen und deutschen Politikern. Im Kontext der Wahlen vom 18. März 1990 stellte man bei einigen fest, dass sie von der Stasi manipuliert worden waren.

9. Wie verliefen damals, 1989, die Kommunikationsströme zwischen Ihnen und ande-

ren Institutionen? Zum Beispiel die Kommunikation mit anderen Botschaften?

Die Öffnung der Mauer hat weder die bilateralen noch die multilateralen Kontakte der Botschaft verändert.

10. Was bedeutet Diplomatie in einer solchen Situation?

Die Ereignisse in der DDR nahmen uns vollkommen in Anspruch. Die sensibelste Phase war dabei sicherlich die Zeit, in der meine Mitarbeiter die Entwicklung der Demonstrationen in Leipzig und Berlin beobachten mussten. Nach der revolutionären Phase hat die Botschaft vor allem versucht, Vertretern aus Politik und Wirtschaft Frankreichs den Zugang zu den neuen Gegebenheiten einer DDR zu erleichtern, die sich in Richtung der deutschen Einheit entwickelte. Außerdem haben wir den Besuch der französischen Minister für Europäische Angelegenheiten und für Industrie vorbereitet sowie den Besuch des ersten frei gewählten Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, in Frankreich im Juni 1990.

11. Gehörte diese Zeit zu den spannendsten Erfahrungen in ihrer Botschafter-Laufbahn? Wohin hat es Sie danach 'verschlagen'?

Ganz ohne Zweifel. Das war die spannendste Zeit in meinem Berufsleben. Ich bin dann wieder nach Paris zurückgegangen, zuerst ins Ministerium und im Mai 1991 als diplomatische Beraterin ins Kabinett von Ministerpräsidentin Edith Cresson. In dieser Funktion hatte ich das Glück, auf Einladung von Richard von Weizsäcker am Staatsbesuch des französischen Präsidenten in den Neuen Ländern teilzunehmen.

Zeitzeugenerinnerung: Der französische Kulturattaché in der DDR 1983–88

Jean-Louis Leprêtre

Frankreich und die DDR: Ein Rückblick auf die Öffnung durch kulturellen Austausch

Ich danke sehr herzlich den Veranstaltern des sechsten „Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte“ für die Einladung, an diesen spannenden Tagen teilzunehmen: Es ist für mich eine große Ehre und Freude dabei zu sein, denn ich kam zum ersten Mal nach Weimar im Jahre ... 1966 – also vor 48 Jahren – und ich muss sagen, dass ich diesen Teil Deutschlands nie völlig aus den Augen verloren habe: Zwar habe ich aus beruflichen Gründen in anderen Ländern gearbeitet, aber ich bin Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin (Mecklenburg-Vorpommern darf ich nicht vergessen) sehr treu geblieben ... und „hier“ habe ich immer noch meine besten Freunde.

Sie haben es schon verstanden: Ich bin kein Historiker – und werde demzufolge kein wissenschaftliches Statement abgeben – sondern war in meiner Funktion als Kulturattaché der französischen Botschaft in Ost-Berlin ein „Zeitzeuge“ und noch mehr ein „Akteur“ der unterschiedlichen Formen des Austauschs zwischen Frankreich und der DDR auf kulturellem Gebiet.

Ich verdanke persönlich der DDR sehr viel und heute noch beschäftigt mich die Geschichte dieses Landes und vor allem der Leute, die in diesem Land gelebt, gear-

beitet haben, künstlerisch tätig gewesen sind. ... Es ist kein Zufall, wenn in meiner kleinen Stadt Uzès in Südfrankreich in diesem Jahr eine Ausstellung der Werke der Künstler läuft, die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bei „Eigen-Art“ in Leipzig und in der „Obergrabenpresse“ in Dresden ausgestellt wurden.

Da ich aber nur fünf Minuten sprechen darf, möchte ich zwei Punkte, die meiner Meinung nach zum Thema gehören, besonders hervorheben, zwei Punkte, die mit meinen persönlichen Erfahrungen verbunden sind:

Der erste Punkt betrifft die „längerfristigen Entwicklungen und Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR“: Man unterschätzt meiner Meinung nach die Tatsache, dass schon in den 1960er Jahren – und noch mehr in den 1970er Jahren – das Interesse in Frankreich für die DDR nicht gering war. Einige Beispiele: Die „DDR-Freundschaftsgesellschaft in Frankreich“ zählte im Jahre 1973 circa 15000 Mitglieder, es gab ungefähr 100 Städtepartnerschaften, 15 Verträge zwischen französischen und DDR-Universitäten und schon am 10. März 1970 wurde ein Vertrag zwischen der französischen Forschungsinstitution CNRS und den „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten Weimar“

unterzeichnet (es ging vor allem um eine Heinrich-Heine-Ausgabe).

Also lange bevor das Kulturabkommen im Jahre 1980 unterzeichnet wurde und sogar bevor die DDR im Jahre 1973 anerkannt wurde, war es für junge, französische Studenten möglich, in der DDR zu studieren (aber leider nicht umgekehrt). So kam ich im Jahre 1968 nach Halle, verbrachte dort an der Martin-Luther-Universität ein Jahr und schrieb eine „spannende“ Diplomarbeit über „die dritte Hochschulreform in der DDR“. So kamen wir („wir“, das heißt: mit meiner Frau und unserer Tochter) 1975 wieder für ein Jahr nach Halle (wir wohnten in Halle-Neustadt) und ich schrieb dort den ersten Teil meiner Doktorarbeit über den Mitteldeutschen Verlag.

Schlussfolgerung für diesen Punkt: In der Einleitung zu ihrem Sammelband: „Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen“ (2013 erschienen bei Peter Lang) legen Anne Kwaschik und Ulrich Pfeil viel Wert auf die biographischen Elemente der französischen DDR-Forscher, da diese biographischen Elemente – ich zitiere – „neue Hinweise für die Perzeption des ‚anderen‘ deutschen Staates in Frankreich geben können“ (Kwaschik/Pfeil 2013, S. 21). Was mich zum Beispiel betrifft: Es ist kein Zufall, wenn ich im September 1968 – also nach den Mai-Ereignissen in Frankreich – nach Halle kam: Ich wollte an Ort und Stelle sehen, wie der „real existierende Sozialismus“ in der DDR funktionierte (oder nicht). ... Wie wichtig die Biographien sind, hat Frau Süßmuth Jahre später mit Recht unterstrichen.

Der zweite Punkt: Es ist natürlich unmöglich, in der kurzen Zeit auf die Geschichte des offiziellen Kulturaustauschs zwischen Frankreich und der DDR zurückzukommen (übrigens ist dieses Thema schon ausführ-

lich untersucht worden). Ich beschränke mich demzufolge auf eine wichtige Zäsur: Die Unterzeichnung des Kulturabkommens am 16. Juni 1980 und die offizielle Eröffnung der beiden Kulturzentren: Die des Kulturzentrums der DDR in Paris im Dezember 1983 und die Eröffnung unseres Kulturzentrums in Berlin (Unter den Linden) am 27. Januar 1984.

In dem schon erwähnten Sammelband von Anne Kwaschik und Ulrich Pfeil schreibt Marco Hanitzsch: „das ‚Centre culturel français‘ (das französische Kulturzentrum) lebt heute nur noch in der Erinnerung einzelner: aus der politischen Geschichte ist es ebenso gelöscht wie auch sein Pendant, das Kulturzentrum der DDR in Paris“ (Hanitzsch 2013, S. 364). Es ist eine treffende Bemerkung: Die DDR bleibt nach wie vor ein sehr sensibles Thema und ich habe manchmal den Eindruck, dass einige Politiker und – noch mehr – hohe Funktionäre im „Westen“ der Meinung sind, wir wären vielleicht mit diesen Kulturzentren etwas „zu weit gegangen“.

Wie dem auch sei, die Geschichte des Kulturzentrums in Ost-Berlin ist eine schöne Erfolgsgeschichte gewesen (an dieser Stelle will ich unbedingt den Namen von Dominique Paillarse – Leiter des Kulturzentrums vom Jahre 1985 bis 1991 – erwähnen). Zwei Zahlen bezeugen diesen Erfolg: Im Jahre 1985 besuchten 5041 DDR-Bürger die Veranstaltungen, im Jahre 1988 waren es 35660! Rasch wurde das Kulturzentrum zu einem Ort der Begegnung und des Austausches.

Ich hatte das große Glück, im Jahre 1983 zum Kulturattaché der französischen Botschaft in Ost-Berlin berufen zu werden – also einige Monate vor der Eröffnung der beiden Kulturzentren. Ich blieb in dieser Funktion bis 1988 und durfte also die Ent-

wicklung des Kulturzentrums miterleben und mitgestalten. Wir hatten – grob zusammengefasst – drei Ziele:

- Ein immer breiteres Publikum anzusprechen und dafür die Grenzen des Möglichen immer wieder auszutesten.
- So viele französische Künstler, Historiker, Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten wie möglich einzuladen und alles zu tun, damit sie mit dem Publikum, aber auch mit ihren DDR-Kollegen, direkte Kontakte herstellen konnten.
- Wir haben uns aber auch vermehrt um Kooperationen außerhalb Berlins bemüht: So kamen schon im Dezember 1986 eine Plakatausstellung (im Kabinett am Goethe-Platz) und im Jahre 1989 eine Comic-Ausstellung nach Weimar.

Natürlich muss man – da haben die Historiker völlig recht – „kontextualisieren“: Ab 1985-1986 hat sich die internationale Lage – besonders in der Sowjetunion – so sehr entwickelt, dass die Arbeit des Kulturzentrums in Ost-Berlin sowie die Arbeit im Rahmen des Kulturabkommens etwas einfacher wurde (es ist alles sehr relativ). Dazu kam die sehr intensive Arbeit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik, insbesondere auf dem kulturellen Gebiet: Nach der Unterzeichnung des Kulturabkommens zwischen der BRD und der DDR im Jahre 1986 kam die erste große BRD-Ausstellung im Alten Museum im Oktober 1986, dann kam eine wichtige Beuys-Ausstellung (im Januar 1988), die „Rückkehr“ von Hans Mayer nach Leipzig am 25. November 1986 ist auch ein markantes Zeichen gewesen. Es sind natürlich nur einige Beispiele (das Konzert von Udo Lindenberg ist auch ein wichtiges Zeichen gewesen; vergessen wir natürlich auch nicht den Besuch von Erich Honecker in Bonn und dann im Januar 1988 in Paris ...).

All diese Ereignisse haben stark dazu beigetragen, den Besuch unseres Kulturzentrums für den „normalen“ DDR-Bürger zu „banalisieren“.

Zum Schluss eine Bemerkung und ein Zitat:

Die Bemerkung: Es scheint mir wichtig, die Geschichte des Kulturzentrums, der kulturellen Beziehungen und der Akteure nicht allein durch die Lektüre der Stasi-Akten zu schreiben. Diese Akten sind zwar interessant, sie sind aber von der Wirklichkeit, von dem „Erlebten“ weit entfernt. ... Sie geben auch keine Auskunft über die tatsächliche Wirkung des Kulturzentrums. Ein Beispiel: Im „Spiegel“ vom 18. August 2014 ist zu lesen, wie wichtig das französische Kulturzentrum für Judy Lybke – Leiter der Galerie Eigen-Art in Leipzig – war: Eine solche Bemerkung findet man natürlich in den Akten nie.

Das Zitat: Marco Hanitzsch schreibt in dem schon erwähnten Sammelband: „Man kann die Geschichte des französischen Kulturzentrums in Ost-Berlin als ein Kapitel des Buches über die Öffnung der DDR gegenüber dem Westen seit dem Abschluss der KSZE-Verhandlungen lesen. Sie spiegelt den Öffnungsdruck nach Helsinki, den die SED unterschätzt hatte, der jetzt aber zur Machterosion beitrug ... Das französische Kulturzentrum mag durchaus die ‚Frucht politischer Entspannung‘ gewesen sein, die Prozesse, die zu seiner Existenz führten, haben aber vor allem zur Öffnung und zum Ende der DDR beigetragen“ (Hanitzsch 2013, S. 380).

Ich kann natürlich nur zustimmen ...

Literaturverzeichnis

Hanitzsch, M.: „Einverstanden, E.H.“ Das französische Kulturzentrum in Ost-Berlin 1983-1989. In: Kwaschik, A./Pfeil U. (Hg.) (2013): *Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen*. Brüssel/Bern/ Berlin u.a.: Lang, S. 363-380.

Kwaschik, A./Pfeil, U.: *Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen: Eine Einführung*. In: Dies. (Hg.) (2013): *Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen*. Brüssel/Bern/Berlin u.a.: Lang, S. 11-33.

4. KRIEG UND WIDERSTAND

Vortrag

Justus H. Ulbricht

Doppelperspektiven im Blick zurück: Zur Eröffnung der Ausstellung „Aus Schlamm und Tränen ...“¹

Unser Bild vom Ersten Weltkrieg² ist je nach unserer Familienerinnerung, den nationalen Kontexten des kulturellen Gedächtnisses und dem persönlichen Wissen um die Vergangenheit des in Westeuropa „Urkatastrophe“ genannten Geschehens der Jahre 1914 bis 1918³ sehr unterschiedlich, polyperspektivisch, manchmal auch eindimensional. Und die uns überlieferten und vielfach bekannten Bilder des Ersten Weltkriegs sind mit wenigen Ausnahmen zweidimensional und Schwarz-Weiß.

Dank einer einzigartigen Sammlung von an der Front entstandenen Stereoskopien vermittelte die von Raphaël Confino vom Pariser Büro Instant 3D und der „Mission du Centenaire“ kuratierte Ausstellung „Aus Schlamm und Tränen“ allerdings einen etwas anderen Eindruck vom Leben der Soldaten im Ersten Weltkrieg. Die Stereoskopie, die seinerzeit auf sämtlichen Schlachtfeldern präsent war, ist ein Verfahren, bei dem immer zwei Fotos entstehen – eines für jedes Auge. So ergibt



Abb. 1: Weimars Oberbürgermeister Stefan Wolf eröffnet die Ausstellung „Aus Schlamm und Tränen“, © Thomas Müller, Weimar

sich eine räumliche Tiefenwirkung, die den Augenblick sehr realistisch und emotionsgeladen wiedergibt. Der Besucher der Ausstellung kann – in dreidimensionalen Aufnahmen und dank modernster Projektionstechnik – das Leben der Frontsoldaten in den Schützengräben entdecken: den harten Alltag und die gelegentlichen kleinen Freuden (Abb. 2).

Diese Ausstellung war in dreierlei Hinsicht ein französisches Projekt:

Zum ersten entstand diese Exposition im Kontext der „Mission du Centenaire“, jenen groß angelegten Versuch, das kollektive Gedächtnis unseres Nachbarn zum Ersten Weltkrieg ebenso kollektiv zu organisieren und zu fokussieren. Für Frankreich ist die Erinnerung an den „Großen Krieg“ nicht nur 2014 ein nationales Projekt gewesen, denn dieser ist ein integraler Bestandteil des gemeinsamen Gedächtnisses der französischen Nation. In Deutschland

¹ Dieser Text entstand anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Aus Schlamm und Tränen...“ im Rahmen des Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte 2014. Er wurde spärlich überarbeitet, doch ist der Duktus eines gesprochenen Textes in der Regel beibehalten worden. Anmerkungen wurden spärlich ergänzt.

² Vgl. nun auch die Synthese der wichtigsten Forschungen und Forschungsperspektiven bei (Julien 2014).

³ Die Forschungsliteratur zum Ersten Weltkrieg ist uferlos und von einem einzelnen Forscher auch aufgrund ihrer Internationalität längst nicht mehr zu überschauen. Orientierend sind allerdings zwei Nachschlagewerke (Hirschfeld/Krumeich 2009; Werber/Kaufmann/Koch 2014). Vgl. aber auch drei monographische Werke, also (Clarke 2013) (Münkler 2013) (Leonhard 2014). Beste knappste Darstellung zur deutschen Geschichte des Krieges ist (Hirschfeld/Krumeich 2013).

aber liegt der Fall anders. Dies nicht allein wegen der föderalen Struktur unserer Kulturlandschaft, sondern auch deshalb, weil der Erste Weltkrieg kein emphatischer Erinnerungsort aller Deutschen ist. Abgesehen davon, dass er einst von Deutschland verloren wurde, hat der Zweite Weltkrieg unsere gemeinsame Erinnerung an den Ersten längst überlagert – und das familiäre Gedächtnis an den „großen Krieg“ zu Anfang des 20. Jahrhunderts ist längst abgerissen.



Abb. 2: Besucher betrachten die stereoskopischen Fotografien der Ausstellung, © Thomas Müller, Weimar

Zum zweiten erhalten wir in den Bildern der Ausstellung intime und ungewöhnliche, ja auch schockierende Einsichten ausschließlich in den Frontalltag des „Poilu“, also des – wie deutsche Frontsoldaten es formuliert hätten – „französischen Frontschweins“, des einfachen Landsers.

Und zum dritten erinnert uns die Stereoskopie daran, dass Frankreich das klassische Land dieses ungewöhnlichen fotografischen Mediums ist. Zwar haben auch Engländer, Amerikaner und schließlich auch Deutsche an der Entwicklung der Stereoskopie mitgewirkt. Doch geht dieser die Erfindung des Malers Jacques Mandé Daguerre voraus, nämlich die der Fotografie, mit der wir seit 1839 oftmals mit mindestens drei Augen die Welt betrachten: mit unseren eigenen und dem der Kamera.

Bald wird Frankreich schnell zu einem Pionierland jener neuen Technik des stereoskopischen Sehens, die zwei verschiedene Perspektiven nutzt, um ein Bild mit Tiefenwirkung zu erzielen.

Damit aber kann man die Stereoskopie auch als Symbol dafür lesen, dass im gemeinsamen Blick von Franzosen und Deutschen vielleicht ein ausgewogeneres, perspektivisch zutreffenderes Bild jener „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts entsteht (Becker/Krumreich 2010). Diese deutsch-französischen Blicke, im Krieg selbst und lange danach noch getrennt und manchmal gar gegeneinander positioniert, sind ja inzwischen versöhnt und werden in der Weltkriegsforschung seit den 1980er Jahren gemeinsam entwickelt.

Da Weimar zwischen 1914 und 1918 nicht Frontstadt war⁴, sondern immer Heimatstadt der Literatur gewesen ist, darf man anlässlich der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg getrost einen tieferen Blick in ein Buch tun, einen der frühesten Romane zum Ersten Weltkrieg⁵ – und dieser stammt wiederum auch aus Frankreich.

Im Jahre 1916 erhielt der Schriftsteller Henri Barbusse, seit Kriegsbeginn Soldat an der Westfront (aus französischer Perspektive eigentlich die Ostfront), die höchste literarische Auszeichnung seines Landes, den Prix Goncourt. Sein prämiertes Buch „Le Feu“ (Das Feuer) (Barbusse 1914) war in Deutschland verboten und konnte erst 1919 in der Schweiz in unserer Sprache erscheinen. Unterdessen ist es in

⁴Allerdings war Weimar – wie andere Städte auch – ab 1914 an der „Heimatfront“ aktiv und spielte eine besondere Rolle im „Krieg der Geister“ vgl. dazu den opulenten Katalog einer letztjährigen Ausstellung (Holler/Püschel/Wendemann 2014; Ulbricht 2014; Gibas/Ulbricht 2014; Flemming/Ulrich 2014).

⁵Zum Kriegserlebnis europäischer Schriftsteller s. nun (Buelens 2014).

fast 60 Sprachen der Welt übersetzt und war seinerzeit Vorbild für andere pazifistische Kriegsromane – etwa Ludwig Renns (1930) „Krieg“, Arnold Zweigs (1935) „Erziehung vor Verdun“, Edlef Koepfens (1930) „Heeresbericht“ oder Erich Maria Remarques (1929) „Im Westen nichts Neues“.

Einst Kriegsfreiwilliger, wurde Barbusse durch sein Fronterlebnis zum radikalen Pazifisten. 1917 gründete er einen sozialistischen Kriegsveteranenverband. 1919 entstand die „Clarté“, ein Bund pazifistischer Intellektueller, dem auch der Deutsche Heinrich Mann angehörte.

Die folgende Passage aus Barbusses Roman macht uns literarisch mit der Welt vertraut, die in den Stereoskopen der Ausstellung zu sehen ist, die Welt der Unterstände und Gräben, versunken im Granathagel, in Regen und Schlamm.

„Wo sind die Schützengräben? Man sieht Seen und zwischen den Seen unbewegte, milchige Wasserläufe. Solche Wassermengen hatten wir nicht erwartet. Das Wasser ist Herr über alles, hat sich überallhin ausgebreitet [...]. Es gibt keine Schützengräben mehr, sie sind dort in den Kanälen versunken. Die Überschwemmung ist allgemein. Das Schlachtfeld schläft nicht, es ist tot. [...] Paradis [ein Kamerad des Protagonisten – JHU] wendet den Kopf, starrt in eine andere Richtung. Plötzlich sehe ich, dass er zu zittern beginnt. Er streckt seinen starken, schmutzbedeckten Arm aus: ‚Dort ... dort ...‘, sagt er. Auf dem Wasser [...] ragen Klumpen wie runde Felsriffe. Wir schleppen uns hin. Es sind Ertrunkene. Ihre Körper und Arme hängen im Wasser. Die Rücken mit dem Lederzeug schimmern über der Oberfläche der kalkigen Flüssigkeit; ihre Waffenröcke aus blauem Tuch

sind aufgebläht; die Füße hängen verdreht an den unförmigen geschwollenen Beinen, wie die schwarzen, riesigen Pappmachéfüße, die an den ballonartigen Beinen aufgeblasener Gummipuppen stecken. Wie See gras ragen auf einem Schädel unter Wasser die Haare empor. Dort ist ein Gesicht aufgetaucht: Der Kopf hat sich am Ufer verfangen, der Rumpf verschwindet in dem undurchsichtigen Grab. Das Gesicht ist zum Himmel gewandt. Die Augen sind zwei weiße Löcher, der Mund ein schwarzes. Die gelbe, aufgedunsene Haut dieser Maske ist weich und gefältelt wie erkalter Teig. [...] In unserer Nähe sehen wir Erdanhäufungen, die auf den Überbleibseln der Böschung dieses untergegangenen Grabens nebeneinander liegen, es sind menschliche Wesen. Sind sie tot? Schlafen sie? Wir wissen es nicht. Auf jeden Fall liegen sie dort. Sind es Deutsche oder Franzosen? Wir wissen es nicht. Einer von ihnen hat die Augen geöffnet und blickt uns kopfschüttelnd an. Wir fragen ihn: ‚Franzose?‘ dann: ‚Deutscher?‘ Er antwortet nicht, schließt die Augen und fällt in einen todesähnlichen Schlaf. Wir haben nie erfahren, wer es war.“ (Barbusse 1986, S. 318-321).

Auch hier stimmt der Satz von Brecht: „Soldaten sind sich alle gleich/lebendig und als Leich“; doch die zitierte Passage konfrontiert den Leser nicht nur mit der Macht des Todes, sondern auch mit der zweier anderer Wirklichkeiten eines Existierens oder vielmehr Vegetierens an den erstarrten Fronten des Ersten Weltkriegs. Schlamm und Wasser waren, neben dem Feuer der Artillerie, die zentralen Elemente zweier neuer Lebens- und Todesformen, die damals von Menschen hervorgebracht wurden: der Materialschlacht und des Schützengrabens. Zwar kannte man schon

seit dem Amerikanischen Bürgerkrieg und dem Krimkrieg Schützengräben, die man aushob, um sich vor feindlichem Feuer zu schützen. Doch erst im Weltkrieg wurde der Spaten – wie es in manchen Militärhandbüchern hieß – neben dem Gewehr zur Waffe des Soldaten. Neu war ab Herbst 1914 auch, dass man nicht Stunden oder ein paar Tage, sondern Monate oder gar Jahre in der Erde und unter der Erde lebte, ständig schanzte und grub, betonierte und armierte, Wasser schöpfte und versuchte zu überleben unter Granaten, Ratten und Läusen.

Am 7. November 1914 meldete der Deutsche Heeresbericht, nicht nur, dass die deutsche Kolonie Tsingtau in China gefallen sei, sondern auch von der Westfront:

„Großes Hauptquartier, 7. November.

Unsere Angriffe in Richtung Ypern machten auch gestern, besonders südwestlich Yperns, Fortschritte. Über 1000 Franzosen wurden zu Gefangenen gemacht und drei Maschinengewehre erbeutet. Französische Angriffe westlich Noyon sowie auf die von uns genommenen Orte Vailly und Chavonne wurden unter schweren Verlusten für den Feind abgewiesen. Der von uns eroberte und nur schwach besetzte Ort Soupir und der Westteil von Sapigneul, der dauernd unter schwerstem französischen Artilleriefeuer lag, mußten von uns geräumt werden.

Bei Servon wurde der Feind abgewiesen, im Argonnerwald weiter zurückgedrückt. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz wurden drei russische Kavalleriedivisionen, die die Warta oberhalb Kolo überschritten hatten, geschlagen und über den Fluß zurückgeworfen. Im übrigen kam es dort zu keinen Zusammenstößen. Oberste Heeresleitung.“⁶

„In Richtung Ypern“ – einer belgischen Stadt, die heute ein europäischer Ort der Erinnerung an den Krieg ist – hieß: die deutschen, französischen und britischen Truppen befanden sich auf dem sogenannten „Wettlauf zum Meer“⁷, mit dem man nach dem „Wunder an der Marne“ versuchte, als erster die Front im Westen zu schließen. Auch dieser Wettlauf endete in Wasser und Schlamm, zumal man im teilweise submarinen Flachland Flanderns mit seinen Deichen und Kanälen die Wehre geöffnet hatte. Das Land lief voll – und damit auch die Schützengräben, die sich ab November 1914 dann von der Kanalküste bis zu den Alpen erstrecken sollten.

Vier Jahre lang waren die Gräben und Unterstände, die MG-Nester und Horchposten-Löcher Lebensraum von Millionen Männern. Und dies in einer schwer erträglichen Mischung von Dienstroutine, Müßiggang, Todeserfahrung, Angst, Frust und Sehnsucht nach „der Heimat“. Der Feind – man sah ihn oftmals lange nicht, obwohl er direkt gegenüber lag. Im extremsten Fall trennten die deutschen, französischen und britischen Gräben 30 Meter, die Regel waren 100 bis 300 Meter. Der „Tod in Flandern“, in hunderten Kriegsgedichten jener Jahre in allen Sprachen besungen, kam plötzlich, unerwartet und schnell. Feuerüberfälle, Scharfschützen, Trommelfeuer und Stoßtruppunternehmen waren an der

⁶ Zitiert nach der website „stahlgewitter.com“. Diese website gibt als Quelle an: Amtliche Kriegs-Depeschen nach Berichten des Wolff'schen Telegraphen-Bureaus. Band 1. Berlin 1915 [o. pag.]. Den Quellennachweisen dieser Seite ist in der Regel zu trauen; manchen Kommentaren zum damaligen Kriegsgeschehen jedoch nicht.

⁷ Uns ist von diesem „Wettlauf zum Meer“ nur noch die Schlacht bei Langemark im Gedächtnis, die eigentlich in der Nähe Yperns und dem Dorfe Dixmuiden stattfand, aber als „Langemark“ zum Mythos wurde, der den Tod angeblich zumeist jugendlicher Kriegsfreiwilliger verherrlichte. Heute ist „Langemark“ gar ein „deutscher Erinnerungsort“; vgl. (Krumreich 2001).

Tagesordnung. Dazu die ewig befohlenen Sturmangriffe durch unwegsames Gelände, eine Art existenzielles Roulette, bei dem manchmal über 30 % der Stürmenden sofort zu den Verlierern gehörten.

Der Graben selbst schützte – oder er tötete. Denn er sicherte oftmals nur die Unversehrtheit der unteren Körperhälfte; schwere Kopfverletzungen nahmen rapide zu. Bei den „Poilus“ hieß das: „geules cas-sees“ („zerschlagene Fressen“ im Deutschen). Was man dazu heute bei Wikipedia sehen kann, ist schwer erträglich. Die so Verletzten wurden in den kriegsführenden Gesellschaften in der Regel dem Blick der Öffentlichkeit entzogen.

Der Graben stürzte unter Beschuss und Regengüssen oft ein; „verschüttet“ ist ein Wort im Deutschen, das sich damals in tausenden Feldpostbriefen und hundertenden Erinnerungsbüchern als Begriff radikaler Angst findet. Doch war es wohl die Unkalkulierbarkeit der eigenen Situation, die Frage, wann der nächste Angriff bevorstand und welche Granate des Trommelfeuers einen erwischen würde, was die Nerven und Gefühle so vieler Grabenbewohner in allen Armeen erschütterte und zerrüttete.

Was man zwischen 1914 und 1918 „im Graben“ und im „Schlamm“ erlebte und überlebte, entzog sich oftmals der Beschreibung. Das Schweigen der Kriegsteilnehmer wird zu einer der emotionalen und psychischen Erblasten aller europäischen Nachkriegsgesellschaften werden – und die Gräben verlängerten sich in die Bürgerkriege, Klassenkämpfe und politischen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit hinein. Gräben hatte es zwar im Ersten Weltkrieg an allen Fronten gegeben, doch die des Westens wurden zum Sym-

bol des Ersten Weltkriegs insgesamt, was auch mediengeschichtliche Gründe hat: Im Westen wurde am meisten dokumentiert und fotografiert. Und es waren zu allererst die Franzosen und die Deutschen – neben den Briten – die sich nach 1918 um die Pflege der Gräber und die Erinnerungen an die Gräben kümmerten.

Wir schauen heute in und mit dieser Ausstellung gemeinsam aus zwei weitgehend friedlichen Gesellschaften ins stereoskopisch festgehaltene Leben von Menschen, die nur zum Teil das überlebt haben, was wir nun betrachten. Aus Schlachtfeldern sind Erinnerungslandschaften geworden, aus dokumentarischen Fotos mahnende Zeugnisse vergangenen Schreckens. Schauen wir also in eine lange vergangene Vergangenheit hinein, die uns jedoch nicht von selbst und automatisch erklärt, was wir daraus denn zu lernen hätten. Erinnerungen sind Konstruktionen des historisch einst Existenten im eigenen Erleben der jeweiligen Gegenwart. So schauen diese Fotos gewissermaßen eher als Frage zu uns hinüber und zurück – und wir sind aufgerufen, uns eigene Gedanken dazu zu machen.

Literaturverzeichnis

- Barbusse, H. (1914/1986): *Das Feuer. Tagebuch einer Korporalschaft*. Frankfurt/M: Fischer.
- Becker, J.-J./Rumreich, G. (2010): *Der große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914–1918*. Essen: Klartext.
- Köppen, E. (1930): *Heeresbericht*. Berlin: die horen.
- Remarque, E. M. (1928-29/2014): *Im Westen nichts Neues*. Köln: KiWi.
- Renn, L. (1928/1989): *Krieg. Mit einer Dokumentation*. Berlin: Aufbau.
- Zweig, A. (1935): *Erziehung vor Verdun*. Amsterdam: Querido.

Weiterführende Literatur

- Clarke, C. (2013): *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. München: DVA.
- Flemming, T./Ulrich, B. (2014): *Heimatfront. Zwischen Kriegsbegeisterung und Hungersnot – wie die Deutschen den Ersten Weltkrieg erlebten*. München: Bucher Verlag.
- Geert Buelens (2014): *Europas Dichter und der Erste Weltkrieg*. Berlin: Suhrkamp.
- Hirschfeld, G./Krumeich, G./Renz, I. (Hrsg.) (2009): *Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Aktualisierte und erweiterte Studienausgabe*. Paderborn: UTB.
- Hirschfeld, G./Krumeich, G. (2013): *Deutschland im Ersten Weltkrieg*. Frankfurt/M :Fischer Verlag.
- Holler, W./Püschel, G./Wendemann, G. (Hrsg.) (2014): *Krieg der Geister. Publikation zur Ausstellung*. Weimar: Sandstein Verlag.
- Julien, E. (2014) : *Der Erste Weltkrieg*. In: Bauernkämper, A./Steinbach, P./Wolfrum, E. (Hrsg.): *Kontroversen um die Geschichte*. Darmstadt: WBG, S. 7-28.
- Krumeich, G (2001): *Langemarck*. In: Hrsg. v. François, E./Schulze, H. (Hrsg.): *Deutsche Erinnerungsorte*. München: C.H. Beck Verlag, S. 292–309.
- Leonhard, J. (2014): *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*. München: C.H.Beck.
- Münkler, H. (2013): *Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918*. Berlin: Rowohlt.
- Ulbricht, J. H. (2015): *Heimatfront. Essayistische Annäherung an eine fremdgewordene Erfahrung*. In: Hellmann, B./Mieth, M. (Hrsg.): *Heimatfront. Eine mitteldeutsche Universitätsstadt im Ersten Weltkrieg*. Jena: Stadtmuseum, S. 9-20.
- Werber, N./Kaufmann, S./Koch, L. (Hrsg.) (2014): *Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch*. Stuttgart: J.B.Metzler.

Podium: Das Weimarer Dreieck 1944: Befreiung, Widerstand, Aufstand

Barbara Lambauer

1944: Ein langwieriger Umbruch in Frankreich

1944 ist ein Jahr des Umbruchs in Frankreich, der sich jedoch nicht radikal vollzog, sondern schrittweise anbahnte. Auf politischer Ebene bedeutete er die Befreiung eines von der Wehrmacht besetzten Landes, die Ablösung eines autoritären Regimes und grundlegende Weichenstellungen für die Vierte Französische Republik. Militärisch eröffneten die Alliierten im Sommer 1944 die Westfront an der französischen Normandie- und Mittelmeerküste und gewannen in dem Konflikt nach wenigen Wochen die Oberhand. Auf gesellschaftlicher Ebene bereiteten die Ereignisse von 1944 die Bevölkerung auf die Wende vor; Polarisierungen zwischen Kollaboration und Widerstand verstärkten sich. Dabei ist festzuhalten, dass schon das Jahr 1940 eine wichtige Zäsur in der französischen Geschichte darstellte. Die Gründung des Vichy-Regimes ist ohne die französische Niederlage und die Besetzung der nördlichen Hälfte des Landes durch die Wehrmacht nämlich nicht denkbar. Das von Staatschef Marschall Philippe Pétain und der Regierung vertretene Gedankengut war durchaus uneinheitlich und ging auf anti-aufklärerische und antisemitische Strömungen zurück. Gemeinsamer Nenner war die Idee eines autoritären Staates, der die Dritte Republik ablösen sollte, und eine gegen Kommunisten, Juden und Frei-

maurer gerichtete Politik. Der Rhythmus dieser Politik wurde aber von der Besatzungsmacht vorgegeben. Der Internierung von Kommunisten und ausländischen Juden auf deutschen Befehl 1941 folgten im Sommer 1942 großangelegte Verhaftungen und Deportationen von Juden nach Auschwitz. Im November desselben Jahres besetzte die Wehrmacht Südfrankreich. Die Zwangsrekrutierung junger Franzosen für den Pflichtarbeitsdienst in Deutschland seit Februar 1943 trieb Tausende in den Untergrund und verstärkte die Reihen des Widerstands.

1. Frankreich in den letzten Monaten unter deutscher Besatzung

Mit einer alliierten Landung auf dem französischen Festland musste ab Herbst 1943 immer stärker gerechnet werden. Einheiten der Wehrmacht und der Waffen-SS wurden nun von der Ostfront nach Frankreich verlegt, da sich dort, einer Führerweisung vom 3. November 1943 zufolge, eine im Vergleich zur Ostfront „größere Gefahr“ einer angelsächsischen Landung abzeichnete: „Im Osten lässt die Größe des Raumes äußersten Falles einen Bodenverlust auch größeren Ausmaßes zu, ohne den deutschen Lebensnerv tödlich zu treffen. Anders der Westen! Gelingt dem Feind hier ein Einbruch in unsere

Verteidigung in breiter Front, so sind die Folgen in kurzer Zeit unabsehbar“. Die „entscheidende Landungsschlacht“ finde also, „wenn nicht alles täuscht“, dort statt (Hubatsch 1962, S. 233). Aber auch den Franzosen war die Zuspitzung der Lage bewusst. In seiner Weihnachtsansprache von 1943 warnte Staatschef Pétain eindringlich vor „sterilen Diskussionen, sinnlosen Rivalitäten, tödlichem Hass“ und der Gefahr eines Bürgerkriegs: „Wir sind Erben einer alten Zivilisation, stolz auf unsere Vergangenheit und verächtlich gegenüber denjenigen Drohungen, die uns aus der Reihe der Großmächte streichen möchten. Und so können wir unseren Willen zum Leben, unseren Glauben an die Zukunft und unsere Hoffnung, dass Männern guten Willens der Friede eines Tages zurückgegeben wird, laut verkünden“ (Le Petit Parisien, 27.12.1943).

Für die Besatzungsmacht rückte die Verlässlichkeit der französischen Regierung mehr denn je in den Mittelpunkt. Im Dezember 1943 forderte sie die Umbildung der französischen Regierung; bedingungslose Kollaborateure wie Joseph Darnand, Chef der Miliz und Mitglied der französischen Waffen-SS, Marcel Déat, Chef der Kollaborationspartei Rassemblement national populaire und Philippe Henriot, Propagandasprecher im staatlichen Radio, wurden zu Ministern ernannt (Lambauer 2001, S. 594-605). Parallel dazu organisierten der Höhere SS- und Polizeiführer Carl-Albrecht Oberg und die deutsche Botschaft seit Dezember 1943 den massenhaften Abtransport von politisch verdächtigen Personen nach Deutschland. Bis zum Ende der Besatzungszeit wurden mehr als 61 000 Personen aus politischen Gründen oder wegen Widerstandshandlungen in deutsche Konzentrationslager ver-

schleppt, über 40 Prozent verloren dabei ihr Leben (Lieb 2007, S. 414). Die französische Polizei wurde schrittweise von der Miliz abgelöst. Diese zunächst nur in der Südzone aktive paramilitärische Truppe errang mit ihrer Bewaffnung im November 1943 und der Ausweitung ihrer Tätigkeit auf die Nordzone Ende Januar 1944 eine zentrale Bedeutung als Repressionsorgan des Vichy-Regimes. Sie konnte ihren Einflussbereich auf die Polizei, die Gefängnisverwaltung und die im Januar 1944 eingesetzten Standgerichte ausdehnen. Die Ermordung bekannter Persönlichkeiten wie Maurice Sarraut, Victor Basch und seiner Frau, Georges Mandel und Jean Zay ging auf ihre Mitglieder zurück.

Der Besatzungsmacht ging es darum, den bewaffneten Widerstand frühzeitig zu zerschlagen, um zu verhindern, dass er bei einem alliierten Landungsversuch den deutschen Truppen in den Rücken fallen konnte. Der Rahmen für repressive Methoden wurde daraufhin dramatisch verschärft und den Verhältnissen im Osten angepasst. Über den sogenannten „Befehl zur Bekämpfung von Terroristen“ vom Februar 1944 etwa wurde der Führer einer Truppe bei Überfällen durch den Widerstand angewiesen, eigenmächtig und sofort Repressalien durchzuführen. Sich in der Nähe aufhaltende Zivilpersonen sollten festgenommen und Häuser, aus denen Schüsse abgegeben wurden, niedergebrannt werden. Einem anderen Befehl von März 1944 zufolge sollten Freischärler „im Kampf“ erledigt und auch Urheber von Sabotageakten als solche behandelt werden (Lieb 2007, S. 243, 263-264). Diese verschärften Vorgaben standen im Gegensatz zur noch verhältnismäßig ruhigen Lage im Land; Attentate des französischen Widerstands richteten sich zu diesem Zeit-

punkt in erster Linie gegen französische Kollaborateure.¹ Und auch Sabotageakte fielen noch wenig ins Gewicht: Im Monat April 1944 waren gerade 17 Prozent der deutschen Ausfälle an Lokomotiven und 9 Prozent der Waggons auf Widerstandsakte zurückzuführen. Die Einheiten der Wehrmacht machten von diesen Anordnungen nicht systematisch Gebrauch; auch nicht, als Attentate gegen die Besatzungsmacht nach Beginn der alliierten Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 sprunghaft anstiegen. Die von der Ostfront in den Westen verlegten Divisionen, die Erfahrungen und Methoden aus den besetzten sowjetischen Gebieten mitbrachten, schreckten allerdings vor Massakern nicht zurück. Die Mehrheit der im Sommer gegen französische Zivilisten verübten Verbrechen ging auf Einheiten der Waffen-SS oder der deutschen Polizei zurück, wie der 2. SS-Panzer-Division „Das Reich“, deren Einheiten die Massaker in Tulle und in Oradour-sur-Glane am 9. und 10. Juni begingen (Lieb 2014, S. 172 u. 182).

2. Die Befreiung

Die zentrale Stellung der Freifranzosen und de Gaulles Legitimität waren weder in Frankreich noch in den Augen der Alliierten unumstritten. Der Geheimdienst der France Libre, der BCRA, hatte sich den alliierten Kräften zwar über die Übermittlung von wichtigen strategischen Informationen aus Frankreich frühzeitig als wertvoller Partner zur Vorbereitung einer Landung etabliert, auf politischer Ebene aber fehlte de Gaulle die Legitimität der Wahlurnen. Im Mai 1943 war es seinem Delegierten in

Frankreich, Jean Moulin, gelungen, Vertreter verschiedener Widerstandsbewegungen (darunter auch der Kommunisten), Gewerkschaften und politischer Parteien unter seinem Vorsitz im Conseil national de la Résistance (CNR) zusammenzuschließen und damit eine Anerkennung seiner politischen Führung zu erreichen. Durch die Verhaftung und Ermordung von Moulin von der deutschen Polizei einen Monat später wurden die Beziehungen zwischen beiden Institutionen schwieriger; de Gaulle misstraute dem kommunistischen Einfluss innerhalb des Gremiums (Andrieu 2004, S. 90-93). Für die Wiedererrichtung der französischen Republik hatte der CNR im März 1944 ein „Aktionsprogramm des Widerstandes“ mit politischen, wirtschaftspolitischen und sozialen Reformwürfen für die Zeit nach der Befreiung ausgearbeitet, das eine tiefgreifende politische und soziale Erneuerung anstrebte. Seit Anfang 1944 waren vom CNR zudem Befreiungskomitees in fast allen Departements gebildet worden, die sich als sogenannte „patriotische Milizen“ um die öffentliche Ordnung kümmern sollten. Unter ihrer Verantwortung kam es in den Tagen nach dem Abzug der deutschen Truppen zu spontanen Säuberungsaktionen gegen tatsächliche und vermeintliche Kollaborateure – Männer und zahlreiche Frauen (Buton 2004, S. 46 u. 123).

Die Befreiung des Landes setzte im Grunde lange vor der Landung alliierter Streitkräfte in der Normandie ein, denn im Departement Algerien waren alliierte Truppen schon im November 1942 gelandet. Die „Festungen“ Lorient, Saint-Nazaire, La Rochelle und Dunkerque wurden hingegen erst nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 befreit. Die Tatsache, dass die in Algier eingesetzten französischen

¹ Bis zum 6. Juni kamen knapp 2 500 Franzosen in diesen politischen Säuberungen ums Leben (Buton 2004, S. 48); bis zum Ende der Befreiung sollen es sogar zwischen 7 000 und 8 000 Franzosen gewesen sein (Lieb 2014, S. 188).

Behörden nicht bzw. erst nach mehreren Monaten abgelöst wurden, gab in Vichy übrigens Anlass zur Hoffnung, sich auch in letzter Stunde noch mit den Alliierten arrangieren zu können. Deren Armeen näherten sich seit Herbst 1943 dem französischen Festland; im Oktober des Jahres wurde die Insel Korsika befreit. Die anglo-amerikanische Landung an der Normandieküste am 6. Juni 1944 stellte also keinen entscheidenden Wendepunkt dar. Befürchtungen, sie könnte einen allgemeinen Volksaufstand gegen die Besatzungsmacht auslösen, bewahrheiteten sich nicht. Marschall Pétain rief die Bevölkerung zu Ruhe auf; die französische Verwaltung arbeitete weiter. Zehn Tage nach dem Ereignis nahm die Presseabteilung des Auswärtigen Amts in Berlin „die im Augenblick der Bewährung bewiesene Zuverlässigkeit der französischen Presse (...) mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis“ (Lambauer 2004, S. 85f). In der Bevölkerung waren die Meinungen geteilt; erst im August 1944 schlug die Stimmung deutlich zugunsten der Befreier um (Buton 2004, S. 85).

Der eigentliche Umbruch von 1944 setzte mit dem beginnenden Rückzug der Wehrmacht aus der Normandie ein. In Paris verkündete der Widerstand am 19. August den Aufstand; drei Tage später wurde ein Waffenstillstand von Vertretern der Besatzungsmacht und dem CNR unterzeichnet. Am 25. zog die 2. Panzerdivision von General Leclerc in die Stadt ein. Parallel dazu landeten am 15. August alliierte Truppen an der Mittelmeerküste. Der polnische Schriftsteller Andrzej Bobkowski, der von Paris aus gleichzeitig den Warschauer Aufstand mitverfolgte, bemerkte am 20. August nicht ohne Bitterkeit: „Ein echtes Feenmärchen. (...) Alles geschieht rasch und

schmerzlos. (...) In Warschau [hingegen] ist es die Hölle. Dort wird nicht verhandelt und wird nicht diskutiert“ (Bobkowski 1991, S. 609f).

De Gaulle sah nun aber nicht im CNR sein Vertretungsorgan, sondern im Französischen Komitee der nationalen Befreiung (Comité français de libération national) von Algier, das am 3. Juni 1944 in eine „Provisorische Regierung der Französischen Republik“ unter seinem Vorsitz umgewandelt worden war. Doch sollte alliierten Plänen zufolge Frankreich zunächst gar nicht als souveräner Staat wiedererstehen, sondern unter Militärverwaltung gestellt werden. Um dies zu verhindern, begab sich de Gaulle schon am 14. Juni in die erste befreite Stadt der Normandie, Bayeux, um zum Kampf für die Befreiung von ganz Frankreich aufzurufen. Der Jubel, mit dem ihn die Bevölkerung empfing, wurde von der englischen und US-amerikanischen Presse ausführlich kommentiert (René Hostache 2004, S. 47). Nichtsdestotrotz wurde die Provisorische Regierung erst Monate später von den Alliierten als offizielles französisches Vertretungsorgan anerkannt, wobei ihr der beginnende Ost-West-Gegensatz zweifellos zugute kam (Morelle/Vaisse 2004, S. 210f). Bei den Wahlen im April und Mai 1945, an denen übrigens erstmals Frauen teilnehmen durften, bekamen linke Parteien die meisten Stimmen, allen voran die kommunistische Partei mit fast 25 Prozent. In Anlehnung an das Programm des CNR führte die Regierung in dieser ersten Zeit wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Reformen durch (Sozialversicherung, Verstaatlichung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft, etc.), die bis heute gültig sind.

3. Das Gedenken an 1944

Trotz großer offizieller Gedenkveranstaltungen blieb die Erinnerung an 1944 70 Jahre später deutlich im Schatten von 1914. Es wurden aber einige teilweise heftige Geschichtsdebatten geführt. Eine davon befasste sich mit dem sogenannten „Résistance-Mythos“. Dieser sei nach der Befreiung zur Überwindung der Zerwürfnisse in der Gesellschaft bemüht worden; es habe aber keine breite Beteiligung der Bevölkerung am Widerstand gegen die Besatzung und gegen Vichy gegeben (vgl. dazu Waechter 2006). Tatsächlich besteht bis heute keine Einigkeit unter Historikern darüber, wie dieser Widerstand eingeschätzt werden soll. Maßgeblichen Einfluss auf die These, wonach Franzosen sich nur in geringem Maße für die eine oder andere Seite engagierten, übten die Arbeiten des US-amerikanischen Historikers Robert Paxton (Paxton 1972) und des Schweizer Historikers Philippe Burrin (Burrin 1995) aus. Die gesplante Haltung der französischen Bevölkerung spiegelte sich in den begeisterten Empfängen wider, welche die Pariser Stadtbevölkerung am 26. April 1944 Marschall Pétain und vier Monate später seinem Gegenspieler Charles de Gaulles bereitete. Auch verdichteten sich die Reihen des französischen Widerstands erst in den Wochen nach dem deutschen Rückzug über die sogenannten Résistants du mois de septembre („Widerstandskämpfer des Septembers“). Gegen diese in der Geschichtsschreibung vorherrschende Interpretation wandte sich der Historiker Pierre Laborie (Laborie 2011), der sich insbesondere am Begriff „Attentismus“ stieß, der in seinen Augen zu undeutlich sei, um der Verschiedenheit der Verhaltensweisen Rechnung zu tragen. Er schlug stattdessen zur Beschreibung einer „Gesellschaft, welche die Zustimmung verweigerte“ (société

de non-consentement), den Begriff der „Ambivalenz“ vor, der auf innere Widersprüchlichkeiten hinweist: Begeisterung für Marschall Pétain konnte durchaus mit Ablehnung der von ihm verfolgten Kollaborationspolitik einhergehen. In die gleiche Richtung wie Laborie stieß Jacques Sémelin mit einem Buch über die Frage, wie 75 Prozent der Juden in Frankreich gerettet werden konnten. In seiner Antwort hob er die Rolle der Bevölkerung hervor, ohne deren Hilfe dieses Überleben nicht möglich gewesen wäre, eine Auffassung, die bei Historikerkollegen auf heftige Kritik stieß (siehe dazu Débats, Nr. 183, Jan.-Feb. 2015).

Literaturverzeichnis

- Andrieu, C. (2004): *Le CNR et les logiques de l'insurrection résistante*. ,In': *De Gaulle et la Libération*, hrsg. von der Fondation Charles de Gaulle. Brüssel: Complexe, S. 69-125.
- Bobkowski, A. (1991): *En guerre et en paix. Journal 1940-1944*. Paris: Ed. Noir sur Blanc.
- Burrin, P. (1995): *La France à l'heure allemande*. Paris: Le Seuil.
- Buton, P. (2004): *La joie douloureuse: la libération de la France*. Brüssel: Complexe.
- Hostache, R. (2004): *Bayeux, 14 Juin 1944: Étape décisive sur la voie d'Alger à Paris*. ,In': *De Gaulle et la Libération*, hrsg. von der Fondation Charles de Gaulle. Brüssel: Complexe, S. 37-48.
- Hubatsch, W. (Hrsg.) (1962): *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht*. Frankfurt/M.: Bernhard & Gräfe Verlag für Wehrwesen.
- Laborie, P. (2011): *Le chagrin et le venin. Occupation. Résistance. Idées reçues*. Paris: Bayard.
- Lambauer, B. (2001): *Otto Abetz et les Français ou l'envers de la Collaboration*. Paris: Fayard.
- Lambauer, B. (2004): *Otto Abetz, inspirateur et catalyseur de la collaboration culturelle*. ,In': *Betz, A./Martens, St. (Hrsg.): Les intellectuels et l'Occupation. Collaborer, partir, résister*,

- 1940-1944. Paris: Autrement, S. 64-89.
- Lieb, P. (2007): *Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44*. München: Oldenbourg.
- Lieb, P. (2014): *Unternehmen Overlord: Die Invasion in der Normandie und die Befreiung Westeuropas*. München: Beck.
- Morelle, C./ Vaïsse, M. (2004): *La reconnaissance internationale: des enjeux contradictoires*. ,In*: *De Gaulle et la Libération*, hrsg. von der *Fondation Charles de Gaulle*. Brüssel: Complexe, S. 195-218.
- Paxton, R.O. (1973): *La France de Vichy, 1940-1944*. Paris: Le Seuil (engl. Originalausgabe 1972).
- Sémelin, J. (2013): *Persécution et entraides dans la France occupée*. Paris: Le Seuil/Les Arènes.
- Waechter, M. (2006): *Der Mythos des Gaullismus. Heldenkult, Geschichtspolitik und Ideologie 1940-1958*. Göttingen: Wallstein.

Das Jahr 1944 in Deutschland – Geschichte und Erinnerung 70 Jahre danach

1. Geschichte

Für die Deutschen herrschte auch 1944 Krieg – an der Front und an der Heimatfront. Sie litten unter dem alliierten Luftkrieg, der weiterhin deutsche Städte in Schutt und Asche legte; in den östlichen Gebieten des Reiches begann die Flucht vor der Roten Armee, und auch im Westen, wo amerikanische Truppen am 11. September 1944 bei Trier die Reichsgrenzen überschritten und am 21. Oktober die erste deutsche Großstadt erobert hatten, wurde die Bevölkerung evakuiert. Als sich die militärische Lage immer mehr zuspitzte, versuchte das Regime, durch die Aktivierung und Mobilisierung der „Volksgeossen“ in einem nationalsozialistischen „Volkskrieg“ das Ruder noch herumzureißen – etwa, indem sie Jugendliche, Kriegsversehrte und alte Männer im sogenannten Volkssturm zur Reichsverteidigung rekrutierte.

1.1. Kriegsverlauf

Sucht man nach zentralen Entwicklungen und Ereignissen für Deutschland im Jahr 1944, so muss man sich zunächst den Kriegsverlauf vor Augen führen: Wer zu Jahresbeginn auf eine Karte Europas blickte, sah – nach wie vor – einen von deutschen Truppen besetzten Kontinent. Im Osten war die Front noch weit entfernt und verlief von Leningrad zum Schwarzen Meer östlich von Odessa, und Westeuropa, Mittel- und Norditalien sowie Südosteuropa

pa und Teile Nordeuropas standen unter deutscher Herrschaft (Karten in: Dahm u.a., S 650 f.).

Für das neue Jahr rechnete jedermann in Deutschland mit einer Invasion des Kontinents durch britische und amerikanische Truppen im Westen. Die Operation Overlord (Lieb 2014) begann in den frühen Morgenstunden des 6. Juni 1944, und auch wenn die Militärgeschichte dies mittlerweile anders beurteilt, waren sowohl die Deutschen wie auch die alliierten Verantwortlichen subjektiv überzeugt, an der Küste der Normandie die kriegsentscheidende Schlacht zu schlagen. Hitler hatte diese Sicht schon während einer Lagebesprechung im Dezember 1943 verkündet und war nun „mehr als glücklich“ und „außerordentlich aufgekratzt“, als er die Nachricht von der Invasion erhielt (Mehring 1995, Eintrag vom 7.6.1944).

Auch die Bevölkerung wartete gespannt auf die alliierte Landung. Dabei hofften viele, die des Krieges müde waren, nicht unbedingt auf die Kriegswende, sondern einfach auf ein Ende der Ungewissheit und ein baldiges Kriegsende – egal wie. Die Stimmung während der ersten Tage war jedenfalls fast euphorisch; sie hielt freilich nicht an. Das alliierte Landeunternehmen war erfolgreich, und schon nach einer Woche war der deutschen Führung klar, dass Frankreich verloren war. Von einer Kriegsentscheidung sprach nun niemand mehr. Während sich ganz Deutschland auf die

Ereignisse im Westen konzentrierte, ereignete sich im Sommer 1944 eine zweite, weit schlimmere militärische Katastrophe: Auf mehr als 1100 Kilometern Länge brach die Front der Heeresgruppe Mitte unter dem Ansturm der Roten Armee zusammen. Die sowjetische Operation Bagration und die damit verbundenen enormen Geländegewinne beschleunigten die Niederlage Deutschlands, führten zur Befreiung der ersten Konzentrationslager und beeinflussten schließlich auch die europäische Nachkriegsordnung. Als sich das Jahr 1944 dem Ende zuneigte, hatte sich die europäische Karte grundlegend geändert: Nun standen die feindlichen Truppen im Westen wie im Osten an den Grenzen des Reiches, und schickten sich an, Deutschland zu besetzen.

1.2. Attentat auf Hitler

Während im Osten und im Westen die Fronten kollabierten, explodierte am 20. Juli 1944 in Hitlers Hauptquartier in Ostpreußen eine Bombe, die den Diktator aber nur leicht verletzte. Der Umsturzversuch der Verschwörergruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Henning von Tresckow scheiterte, das Regime nahm blutige Rache (Benz 2014).

Zweifelsohne war das einer der Schlüsselmomente des Jahres 1944 in Deutschland. Doch schon die Verschwörer selbst waren sich darüber im Klaren, dass ihr Attentat keine Kriegswende mehr bewirken oder auch nur wesentlichen Einfluss auf den Kriegsausgang nehmen würde. Dennoch entschlossen sie sich, ein Zeichen zu setzen, indem sie Hitler doch noch von innen heraus zu Fall brächten. Sie hofften, so wenigstens das Kriegsende zu beschleunigen. Und das wäre, angesichts Hundert-

tausender von Toten in den letzten Monaten des NS-Regimes, nicht wenig gewesen. Andererseits bestand die Gefahr, dass ein gelungenes Attentat Hitler zum Märtyrer gemacht hätte. Das zeigen auch die bestürzten Reaktionen in der Bevölkerung: Nach dem 20. Juli kam es zu einem letzten Solidarisierungsschub mit dem Regime, der Führer-Mythos flackerte noch einmal auf. Ein ermordeter Hitler wäre womöglich zum Symbol einer zweiten Dolchstoßlegende geworden und zum Beleg dafür, dass die deutsche Niederlage nur auf Verrat zurückzuführen sei – so wie schon nach dem Ersten Weltkrieg. Auch deshalb waren die Alliierten entschlossen, den Krieg bis zur vollkommenen militärischen Niederwerfung und bis zur „bedingungslosen Kapitulation“, so die Anfang 1943 in Casablanca gefundene Formel, weiterzuführen. Den Verschwörern, die sich aus den Kreisen des Militärs, der Aristokratie und der alten Eliten rekrutierten, standen sie jedenfalls skeptisch gegenüber.

1.3. Alliierte Kriegskonferenzen

Tatsächlich wurden die wichtigsten Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands 1944 nicht in Deutschland und nicht von Deutschen getroffen. Sie fielen in London, Washington und Moskau, und auf den alliierten Kriegskonferenzen (Marienfeld 1963). Legt man ein „langes“ Jahr 1944 zugrunde, dann waren dies vor allem die Konferenzen von Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) und Jalta (4. bis 11. Februar 1945).

In Teheran legten Roosevelt, Churchill und Stalin den Termin für die alliierte Landung im Folgejahr fest und einigte sich prinzipiell darauf, dass Deutschland geteilt werden sollte. Wie genau, sollte die European Advisory Commission in London aus-



Abb. 1: Churchill, Roosevelt und Stalin in Jalta

arbeiten. In Jalta schließlich einigten sich die „großen Drei“ auf der Grundlage der Kommissionsergebnisse auf die späteren Besatzungszonen und auf allgemeine Bestimmungen zur Besatzung und Kontrolle Deutschlands (Abb.1).

Die Beziehungen der drei Großmächte in der Anti-Hitler-Koalition waren zwischenzeitlich merklich abgekühlt, die Grenzen der Zusammenarbeit wurden sichtbar – der bald beginnende Kalte Krieg mit seinen Folgen für Deutschland zeichnete sich am Horizont ab.

2. Erinnerung

2.1. Gedenken an den Widerstand

Zentraler Gedenk- und Erinnerungsort des Jahres 1944 in Deutschland ist der 20. Juli 1944. Wurden in der Nachkriegszeit

die Attentäter ganz im Sinne der nachwirkenden NS-Propaganda noch als Verräter geschmäht, entdeckte die junge Bundesrepublik schnell das identitätsstiftende Potenzial des Widerstands. Zusammen mit dem Kreisauer Kreis, der Goerdeler-Gruppe und den Studenten der „Weißen Rose“ wurde vor allem das Gedenken an die Männer des 20. Juli Teil der politischen Kultur der alten Bundesrepublik (Steinbach 2000) (Abb. 2: v.l.n.r. Sophie Scholl, Ludwig Beck, Dietrich Bonhoeffer, Alfred Delp, Karl Friedrich Goerdeler, Wilhelm Leuschner, Helmuth James Graf von Moltke, Claus Schenk Graf von Stauffenberg).

In den beiden deutschen Staaten folgte auch die Erinnerung an den Widerstand gegen das NS-Regime den Frontlinien des



Abb. 2: Briefmarkenserie „Dem Deutschen Widerstand zum Jahrestag des 20. Juli 1944/1964“

Kalten Krieges: Während im Westen ausschließlich des bürgerlichen und konservativ-militärischen Widerstandes gedacht wurde, verfügte in der DDR der kommunistische Widerstand über ein Gedenkmonopol. Immerhin wird im wiedervereinigten Deutschland die Vielschichtigkeit des Widerstands deutlicher wahrgenommen als früher.

Zwischenzeitlich wurde darauf hingewiesen, dass die Protagonisten des Anschlags zwar zweifelsohne mutig und richtig im Sinne des Widerstandsrechts und des legitimen Tyrannenmords gehandelt hätten, ihre Vereinnahmung für die demokratische Traditionsbildung aber nicht ohne Probleme sei angesichts ihrer Wert- und Zukunftsvorstellungen. Zuletzt wurde das Vorbild an Zivilcourage hervorgehoben, das durch die intensive Beschäftigung mit den Motiven der Widerstandskämpfer in all ihrer Zwiespältigkeit für zukünftige Generationen fruchtbar gemacht werden könne. Eine Aktualisierung des Gedenkens scheint umso notwendiger, als einer aktuellen Umfrage zufolge nur noch 45 Prozent der Deutschen wissen, was am 20. Juli 1944 geschah (Deutsche Welle 2014).

2.2. Ein Jahr im Schatten

2014 erschöpfte sich die Erinnerung an

den 20. Juli vor allem in dem ritualisierten Gedenken von Politikeransprachen, Kranzniederlegungen und der alljährlichen Vereidigung von Bundeswehrrekruten, diesmal im Berliner Bendlerblock. Als Gedenkereignis wurde das Attentat auf Hitler 2014 weitgehend von der Julikrise 1914 und dem 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs überlagert. Auch der 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer im Herbst 1989 und die vorangegangenen Ereignisse ließen in der begrenzten Erinnerungsökonomie siebenzig Jahre später für 1944 kaum Raum.

Andere Erinnerungsorte, die in der politischen Kultur oder in der gesellschaftlichen Erinnerung in Deutschland heute noch verankert wären, hält das Jahr 1944 nicht bereit (Sabrow 2009). Bemerkenswert ist vor allem, dass der Zusammenbruch der Ostfront 1944 keinen Eingang in das kollektive Gedächtnis der Deutschen gefunden hat. In den drei Sommermonaten verloren an der Ostfront über eine halbe Million deutsche Soldaten ihr Leben – das war fast ein Fünftel aller bis Ende 1944 insgesamt im Osten Gefallenen. Dennoch ist die größte militärische Katastrophe, die Deutschland je erlebt hat, in der breiten Öffentlichkeit praktisch unbekannt. Ganz anders die Schlacht von Stalingrad, die

Anfang 1943 schon in der Wahrnehmung der Zeitgenossen die Kriegswende markierte. Die Umdeutung der Niederlage an der Wolga zum Opfermythos durch die NS-Propaganda wirkte lange nach.

Für den Luftkrieg, dem die Menschen in Deutschland auch 1944 weitgehend schutzlos ausgeliefert waren, steht in nationaler Perspektive vor allem die Zerstörung Dresdens im Februar 1945. Für Flucht und Vertreibung war das Jahr 1944 erst der Auftakt, und das Schicksal der Opfer des Nationalsozialismus spielte lange Zeit eine untergeordnete Rolle. Seit 1996 existiert mit dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 28. Januar 1945 ein eigener Gedenktag.

Anders als Frankreich oder Polen fehlte es 1944 in Deutschland an einem Ereignis, das sich in seiner Bedeutung mit dem Warschauer Aufstand oder der Befreiung Frankreichs durch die alliierten Truppen vergleichen ließe. Zwei Ereignisse übrigens, die in Deutschland kaum wahrgenommen werden – bezeichnenderweise wurde bis in die jüngste Vergangenheit der Warschauer Aufstand 1944 in Deutschland immer wieder mit dem Aufstand der jüdischen Insassen des Warschauer Ghettos 1943 verwechselt. Das gescheiterte Attentat auf Hitler ist ein wichtiger Erinnerungsort – einen Umbruch indes markierte es nicht.

Das Jahr 1944 liegt in Deutschland erinnerungskulturell eingeklemmt zwischen den zwei wohl wichtigsten deutschen Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs: Stalingrad 1943 steht zumindest subjektiv für die Kriegswende, und hinter diese Wahrnehmung rücken sowohl die alliierte Landung in der Normandie als auch die Katastrophe an der Ostfront im Sommer 1944 zurück. Die alliierten Kriegskonfe-

renzen markierten wichtige Entscheidungen für die Zukunft Deutschlands, waren aber zu abstrakt und stellten letztlich nur die Weichen für die Ereignisse, die erst ein Jahr später tatsächlich erlebt – und später erinnert – wurden. Das Jahr 1944 liegt in Deutschland im mächtigen Schatten der Erinnerung an das lange Kriegsende 1945 und seine Folgen.

Literaturverzeichnis

- Benz, W. (2014), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler*, München: Beck.
- Dahm, V./Feiber, A./Mehringer, H./ Möller, H. (Hrsg.) (2011), *Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich*, München: Institut für Zeitgeschichte.
- Deutsche Welle (2014) *Erinnerung an Hitler-Attentat verblasst*, 19.7.2014, URL: <http://www.dw.de/erinnerung-an-hitler-attentat-verblasst/a-17795596>.
- Lieb, P. (2014), *Unternehmen Overlord. Die Landung in der Normandie und die Befreiung Westeuropas*, München: Beck.
- Marienfeld, W. (1963): *Konferenzen über Deutschland. Die alliierte Deutschlandplanung und -politik 1941–1949*, Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen.
- Mehringer, H. (Bearb.) (1995), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Teil 2: Diktate 1941-1945, Bd. 12*, München: Saur.
- Sabrow, M. (2009), *Den Zweiten Weltkrieg erinnern*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 36-37, S. 14–21.
- Steinbach, P. (2000), *Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen*, 2. Aufl. Paderborn: Schöningh.

Abbildungsnachweis

- Abb. 1: National Archives USA, 531340.
- Abb. 2: Deutsche Bundespost, Wikimedia Commons, URL: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:DBP_1964_Block_3_Hitlerattentat.jpg

Der Kampf um Freiheit – Der Polnische Untergrundstaat gegen das Dritte Reich und die Sowjetunion

In Polen spricht man sehr wenig über 1914 als das Jahr des Anfangs des Ersten Weltkrieges. Das ist kein polnischer Krieg gewesen. Die Polen, Bürger dreier Monarchien, haben gegeneinander als Soldaten der Armeen Russlands, Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches gekämpft. In der polnischen Erinnerung ist der Erste Weltkrieg vor allem der Anfang des Wegs zur Freiheit gewesen. Wir erinnern uns an eine Aktion der Freiwilligen-Kompanie in der österreichischen Armee mit Josef Pilsudski als Hauptman, die bereits am 6. August 1914 von Krakau aus über die russische Grenze in Richtung Kielce (100 km nördlich von Krakau) einmarschierte. Die Bedeutung dieser Aktion ist besonders in ihrer propagandistischen Wirkung zu sehen, sie legte den Grundstein für die Legende von Pilsudski als dem Schöpfer der Polnische Republik.¹ (Chwalba 2000, S. 571-575; Garlicki 2012, S. 255-264)

Die Situation hatte sich im Jahr 1918 geändert. Deutschland, Österreich-Ungarn und das bolschewistische Russland haben den Krieg verloren und im Ergebnis dieser Niederlage sind neben Polen noch andere Staaten in Ost- und Südosteuropa entstanden.² Diese Länder konnten auf keine

weit zurückreichende politische Tradition aufbauen und hatten zahlreiche soziale und wirtschaftliche Probleme zu bewältigen. Polen zum Beispiel wurde nach 123 Jahren der Teilung zwischen Russland, Österreich und Preußen aus drei Gebieten gebildet, die sich hinsichtlich des Rechts- und Schulsystems, der Verwaltung, der Wirtschaft und des Eisenbahnnetzes sehr stark voneinander unterschieden. Auch bezüglich der Mentalität der Menschen bestanden deutliche Unterschiede. Das sind wirklich Probleme gewesen. Nach nur 21 Jahren musste dieser junge Staat mit guten Perspektiven eine echte Prüfung bestehen, eine Prüfung von Einheit, Mut und Opferbereitschaft. Und diese hat Polen ganz gut bestanden. (Brzoza/Sowa 2006, S. 50-55, 85-86, 105-110, 124, 170-174).

Am Ende der 1930er Jahre hatte sich die politische Situation in Europa für Polen verschlechtert. Das Dritte Reich erweiterte seinen Machtbereich durch den „Anschluss“ Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Schließlich schloss es mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt, der in einem geheimen Zusatzprotokoll die Aufteilung Polens im Fall eines Krieges vorsah. Zwar wurde Polen im September 1939 militärisch geschlagen und zwischen Deutschland und der Sowjetunion, auch zwischen Litauen und der Slowakei aufgeteilt, aber Teile der poli-

¹ Die Hauptrolle auf der politischen Szene im Exil in Paris spielten Roman Dmowski (Nationaldemokratische Partei – ND) und Ignacy Paderewski, der weltbekannt Klavierspieler.

² Litauen, Lettland, Estland, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien (Staat der Slovenen, Kroaten und Serben – SHS-Staat).

tischen Elite konnten ins Exil fliehen, zunächst nach Paris und anschließend nach London. Auf der Grundlage der Verfassung der Polnischen Republik von 1935 übertrug der Präsident die Aufgabe der Bildung der Regierung dem General Wladyslaw Sikorski. Seit diesem Moment kämpfte Polen zwar als Alliiertes Frankreichs und Großbritanniens gegen das Dritte Reich, war aber nach 1941 zur Freundschaft mit der Sowjetunion gezwungen (ebd., S. 486–514).

Trotz der militärischen Niederlage und Teilung Polens im September 1939 müssen wir das Jahr 1944 als Ende der Polnischen Republik betrachten. Es war nicht so, dass im September 1939 alles beendet war. Natürlich: Polen hatte den Krieg verloren. Schon am 27. September 1939 entstand die erste Gruppe der polnischen Untergrundbewegung, die durch polnische Offiziere von der Hauptkommandantur der Polnischen Armee im noch freien Warschau³ beauftragt wurde. Nachdem sich im November die Polnische Regierung im Exil konstituiert hatte, entwickelte sich sofort eine allgemeine polnische Militärstruktur in den besetzten Gebieten, deren Befehlshaber dem Oberkommandierenden in Paris (seit 1940 in London) unterstand. Darüber hinaus bildeten sich viele nicht miteinander verbundene Militärgruppen auf dem ganzen Gebiet Polens, vom Westen (Posen) bis Osten (Vilnius und Lwow) (Strzembosz 2000, S. 18–38).

Warum hat sich die polnische Gesellschaft so verhalten? Zwar hatte die Polnische Armee die Schlacht um Polen verloren, aber die Hoffnung auf einen Sieg und der Glaube an die Freiheit waren so stark, dass vie-

le Leute an dieser Aktion teilnahmen. Für viele Polen war die Niederlage Frankreichs ein Schock. Unmittelbar nach dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges unterzeichnete die polnische Regierung am 30. Juli 1941 in London einen Vertrag mit Stalin, mit dem die gemeinsamen diplomatischen Kontakte erneuert wurden. Die Lösung der Grenzstreitigkeiten wurde von beiden Seiten vertagt, auf die Zeit nach dem Krieg. Grenzprobleme wurden fern gehalten. Man hat in dieser Zeit gesagt: nach dem Sieg finden wir eine Lösung (Brzoza/Sowa 2006, S. 520–524).

Die Hoffnung in der polnischen Gesellschaft erstarkte mit dem Beginn des Krieges zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. Viele dachten, dass die Ostfront sehr weit weg von Polen (bei Moskau oder bei Stalingrad) sei und der Kampf zwischen beiden Feinden sehr lange andauern würde. Die Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg hatte gezeigt, dass die Wehrmacht gestoppt werden und die Situation dort stabil sein könne. Niemand würde siegen können und ein langfristiger Kampf würde beide totalitären Staaten entkräften - eine Situation, die Polen zugute käme. In dieser Zeit wurden die konspirativen Tätigkeiten ausgeweitet sowie Strukturen der Armee und der allgemeinen Verwaltung wieder aufgebaut. Dazu entstanden die konspirativen Gerichte, Schulen, Universitäten und Zeitungen. Das polnische Gesellschaftsleben wurde in den Untergrund gezogen. Das führte zu der einzigartigen Situation, dass der Staat als geheime Organisation funktionierte. Und die wichtigste Aufgabe und das zentrale Ziel bestanden darin, ein freies Polen zu erkämpfen (Brzoza/Sowa 2006, S. 587–591; Davies 2008, S. 253–277; Strzembosz 2000, S. 55–82).

³ Wehrmachtstruppen marschierten in Warschau am 28. September ein.

Deshalb wurde eine 400.000 Mann starke Untergrundarmee gebildet, die von den Kommandeuren mit dem Plan entwickelt worden war, einen allgemeinen Aufstand unter dem Kryptononym „Gewitter“ zu organisieren. Aber die militärische Lage entwickelte sich ganz anders. Die Rote Armee rückte sehr schnell nach Westen vor: zwischen Anfang Juni bis Ende Juli 1944 von Minsk bis vor Warschau, fast 600 km also. Der sowjetische Sieg war sicher. Und die Frage stand im Raum: Was sollten die polnischen Politiker und Soldaten der Untergrundorganisation tun? Der Plan war sehr deutlich: In jedem Fall sollten die polnischen Truppen die Rote Armee im Kampf gegen die Deutschen unterstützen – so geschah es in Vilnius, in Lwow, bei Krakau oder bei Lublin sowie an anderen Orten.⁴ Aber diese Zusammenarbeit schützte die polnischen Soldaten und Untergrundbeamten nicht vor sowjetischer Verfolgung: Sie wurden festgenommen und als Feinde in die Sowjetunion deportiert (Brzoza/Sowa 2006, S. 642-650; Davies 2008, S. 300–310; Strzembosz 2000, S. 259–299).

Warum? Seit April 1943 unterhielt die polnische Exilregierung in London keine diplomatischen Kontakte mehr mit der Sowjetunion. Der Grund lag in der Entdeckung der Massengräber mit 20.000 ermordeten polnischen Offizieren in Katyn und anderen Orten in der Sowjetunion durch die Deutschen. Daraufhin erklärte Stalin, dass die polnische Regierung mit dem Dritten Reich kooperiert habe und die Sowjetunion aus diesem Grund die diplomatischen

⁴ Zwischen Januar und Juli 1944 wurden verschiedene Militäraktionen in ganz Polen gegen die deutschen Besatzer durchgeführt. Viele Orte wurden durch die Polnische Heimsarmee (AK) ganz befreit.

Beziehungen mit der polnischen Regierung abbreche. Seit diesem Moment plante Stalin die „Demokratisierung“ Polens nach sowjetischem Vorbild. Am 21. Juli 1944 erklärte sich das „Polnische Komitee der nationalen Befreiung“ in Lublin zur provisorischen Regierung. Das aus Kommunisten und weniger bekannten Politikern bestehende Komitee wurde allein von Stalin anerkannt und legte den Grundstein für den kommunistischen Machtaufbau in Polen. In Lublin bildete er ein politisches Komitee, das aus Kommunisten und nicht bekannten Menschen bestand. Dies besiegelte den Anfang des kommunistischen Machtaufbaus in Polen gemäß dem Stalinplan (Brzoza/Sowa 2006, S. 533–535, 538–545).

Der wesentliche Grund für die Bekämpfung des polnischen Untergrundstaates ist im Warschauer Aufstand von 1944 zu finden. Diese große Schlacht um Warschau dauerte 63 Tage an und ist sehr wichtig für die polnische Geschichte und den Kampf um Freiheit gewesen. Allen Politikern und Offizieren war bewusst gewesen, dass diese Schlacht als letzte Chance gesehen werden konnte. Der Plan lautete: Die Soldaten müssten nur vier Tage durchhalten und je mehr Gebiete der Stadt erobert werden würden, desto deutlicher würde die Kraft des Untergrundstaates sichtbar werden. Es sollte damit ein propagandistisches und politisches Signal in Richtung Stalin und der Alliierten gesendet werden. Stalin ließ in diesem Moment die Ostfront bei Warschau stoppen. Sechs Wochen lang haben die Polen ohne strategische Hilfe gegen die Deutschen gekämpft. Nur die Engländer haben von Italien aus mit Flugzeugen geholfen. Die Sowjetunion wusste offiziell gar nicht, dass in Warschau gekämpft wurde. Die Truppenlandung

an der Weichsel am 16. September 1944 trug nur zum Schein den Charakter einer Unterstützungsaktion. Ähnlich ist auch die Versorgung mit Waffen und Arzneien mithilfe von Flugzeugen zu bewerten (Brzoza/Sowa 2006, S. 653-661; Davies 2008, S. 329–562; Strzembosz 2000, S. 299–315). Stalin verstand es, sich den Warschauer Aufstand politisch und diplomatisch zu nutze zu machen. Er erklärte den Alliierten, dass Polen keinen Willen zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gezeigt habe. Die Alliierten behaupteten, dass Polen immer Probleme macht und die Sowjetunion als feindlichen Staat betrachte. Bei diesem zynischen Spiel ging es um die Marginalisierung der polnischen Regierung und der freien Parteien (Davies 2008, S. 436–437). Das hatte sehr tragische Konsequenzen für die polnischen Politiker. Nicht nur ließen die Alliierten den Untergrundstaat ohne Unterstützung. Zusätzlich schwächte der Warschauer Aufstand und der allgemeine Aufstand unter dem Kryptononym „Gewitter“ die polnische Armee erheblich. Die nun zum sowjetischen Machtbereich gehörenden Gebiete Polens wurden durch die Geheimpolizei des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD) kontrolliert, die fast 50.000 Soldaten, Politiker und Aktivisten verhaften und nach Osten deportieren ließ. Sie wurden als Feinde und Mitarbeiter der Deutschen betrachtet. Als Symbol für unsere tragische Geschichte und das Schicksalsjahr 1944 kann das Verfahren in Moskau gegen 16 Politiker und Offiziere gelten, die im März 1945 durch die Geheimpolizei des NKWD verhaftet worden waren.⁵ Dies ist als das tatsächliche Ende der Polnischen Republik zu betrachten (Brzoza/Sowa 2006, S. 551–552; Davies 2008, S. 602–616; Sienkiewicz 2012, S. 266, 280).

Wenn wir die Geschichte Frankreichs, Deutschlands und Polens vergleichen, können wir große Unterschiede feststellen. Polen war zu schwach, um 1939 den Krieg mit Deutschland und der Sowjetunion zu gewinnen. Die Hoffnung der Untergrundpolitiker und der polnischen Gesellschaft auf eine Zukunft Polens als unabhängiger Staat war unmittelbar vor dem Warschauer Aufstand sehr hoch. Aber Stalins Politik war berechnende Machtpolitik und die Passivität der Alliierten kam einem Todesurteil für Polen gleich. Stalin hat das gut verstanden und ohne Zweifel ausgenutzt. Frankreich hatte keine solchen Probleme – seit Juni 1944 erhielt es seine Freiheit und die Möglichkeit der eigenständigen Entwicklung zurück. Polen stand dagegen 45 Jahre lang unter sowjetischer Besatzung und gehört erst seit 25 Jahren wieder zu Westeuropa (NATO 2000 und EU 2004). Das ist unser Sieg vor 70 Jahren - der Sieg des Warschauer Aufstands und aller Soldaten der Polnischen Heimatarmee (AK).

Literaturverzeichnis

- Brzoza Cz., Sowa A. L., (2006), *Historia Polski 1918-1945*, Kraków, Wydawnictwo Literackie
Chwalba A., (2000), *Historia Polski 1795-1918*, Kraków, Wydawnictwo Literackie.
Davies N., (2008), *Powstanie '44*, Kraków, Wydawnictwo Zak.
Garlicki A., (2012), *Piłsudski 1867-1935*, Kraków, Wydawnictwo Zak.
Sienkiewicz W., (2012), *Polska 1914-1989. Nadzieja i piekło*, Warszawa, Demart.
Strzembosz T., (2000), *Rzeczpospolita Podziemia: społeczeństwo polskie a państwo podziemne 1939-1945*, Warszawa, Wydawnictwo Krupski i S-ka.

⁵Unter ihnen befanden sich der letzte Kommandeur der Polnischen Heimatsarmee (AK), General Leopold Okulicki, gestorbene in der Sowjetunion im Jahr 1946 und der Vizekanzler der polnischen Exilregierung, der Vertreter dieser Regierung für die besetzten Gebiete, Jan Stanislaw Jankowski, gestorben in der Sowjetunion 1953.

Zeitzeugengespräch: „Von Brüchen und der Brüchigkeit des Lebens“



Abb. 1: Raphael Utz (l) und Philipp Neumann-Thein (r) im Gespräch mit Éva Pusztai (m), © Thomas Müller, Weimar

Éva Pusztai im Gespräch mit Philipp Neumann-Thein und Raphael Utz am 8. November 2014 im Stadtmuseum Weimar ¹

Éva Fahidi wird 1925 in Debrecen/Ungarn als Tochter des großbürgerlichen Holzhändlers Desiderius Fahidi und seiner Frau Irma geboren. 1936 konvertiert die jüdische Familie zum Katholizismus. Éva und ihre Schwester besuchen die Klosterschule. Seit Ende der 1930er Jahre gelten in Ungarn immer strengere antisemitische Gesetze, die auch die Fahidis zunehmend aus der Gesellschaft ausschließen. Am 27. Juni 1944 wird die Familie mit anderen Juden in Viehwaggons in das Vernichtungslager Auschwitz/Birkenau deportiert. Nach der Ankunft wird Éva Fahidi bei der Selektion durch den berüchtigten SS-Arzt Josef Mengele von ihrer Mutter und Schwester getrennt, die beide unmittelbar im Gas ermordet werden. Der Vater stirbt wenig später an den Bedingungen im Lager. Mitte August 1944 wird Éva Fahidi mit weiteren 999 ungarischen Jüdinnen nach Münchmühle bei Allendorf überstellt. In dem Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald muss sie Zwangsarbeit in der Granatenproduktion leisten. Bei Kriegsende 1945 entkommt sie von einem Todesmarsch.

Im November 1945 kehrt Éva Fahidi nach Debrecen zurück. Ihre Hoffnung, Familienangehörige wiederzutreffen, erfüllt sich nicht. Ihr Elternhaus bewohnen inzwischen Fremde. In der Hoffnung auf eine bessere

Gesellschaft schließt sie sich den ungarischen Kommunisten an. Sie lernt ihren späteren Ehemann kennen, der ihre Ideale teilt. Der Neuanfang unter dem kommunistischen Regime gestaltet sich dennoch schwierig und entbehrungsreich. Erst allmählich erhält sie bessere Beschäftigungen und ist schließlich im Außenhandel für das ungarische Stahlkombinat tätig. Heute lebt Éva Pusztai in Budapest. Sie gehört dem Beirat ehemaliger Häftlinge des KZ Buchenwald an der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und dem Internationalen Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos an. 2012 wird ihr das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen, 2014 die Ehrenbürgerwürde von Stadtallendorf.

Éva Pusztai engagiert sich u. a. in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Buchenwald dafür, dass das Schicksal der jüdischen Häftlingsfrauen nicht in Vergessenheit gerät. Gerade angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Ungarn setzt sie sich gegen die Umdeutung der Vernichtung der ungarischen Juden sowie für die Verurteilung letzter noch lebender Täter aus den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern ein. Sie ist Nebenklägerin im Prozess gegen Oskar Gröning am Landgericht Lüneburg. 2011 erschienen unter dem Titel „Die Seele der Dinge“ ihre Lebenserinnerungen.

¹ Besonderer Dank an Gesa Lienhop für die Transkription des Gesprächs.

Wir sind sehr dankbar und froh, dass Du, liebe Éva, für unser heutiges Gespräch einmal mehr den Weg nach Weimar auf Dich genommen hast.

Éva Pusztai: Ich möchte vorausschicken, wie unglaublich ich es finde, vor 70 Jahren das erste Mal das Glück gehabt zu haben das Bahnhofsschild „Weimar Buchenwald“ zu sehen, weil das bedeutet hat, dass ich aus Auschwitz-Birkenau weggekommen bin. Aber damals habe ich natürlich nicht gewusst, dass ich nach 70 Jahren sehr gerne nach Weimar kommen würde und ich heute sagen kann, dass ich mich in Weimar wie Zuhause fühle. Ich konnte auch nicht ahnen, dass ich gerade deshalb so gerne nach Weimar kommen würde, weil es da die Gedenkstätte Buchenwald gibt. Dort fühle ich mich Zuhause, weil ich bei jedem Schritt und in jeder Sekunde spüre, dass dort das, was mir in meinem Leben jetzt das wichtigste ist, der Holocaust, so aufgearbeitet wird, wie er war. Und daran liegt mir gerade jetzt sehr viel, weil im heutigen Ungarn die Geschichte des Holocaust verfälscht, relativiert und verharmlost wird.

Zu Beginn würde ich Dich gern bitten, uns vom 19. März 1944 zu erzählen – als die deutsche Wehrmacht in Ungarn einmarschierte.

Éva Pusztai: Alles was nach dem 19. März in Ungarn geschehen ist, war sehr gut vorbereitet. In Ungarn gab es schon 1920 antijüdische Gesetze, 13 Jahre vor der Machtübernahme Hitlers in Deutschland. Wir Ungarn können uns „rühmen“, dass im modernen Europa die ersten antijüdischen Gesetze im ungarischen Parlament beschlossen wurden. Bereits drei Jahre vor der deutschen Besetzung Ungarns 1944 war dort gegen die Juden praktisch alles so geregelt wie im „Dritten Reich“, bis hin

zur „Rassenschande“. Das ist sehr wichtig und sehr zu betonen. Niemand will die Verantwortung des „Dritten Reiches“ in Zweifel ziehen oder relativieren. Aber was in Ungarn bis zur Besetzung getan wurde, geschah nicht unter deutschem Einfluss. Dafür muss Ungarn selbst die Verantwortung tragen. Ich habe immer gehofft, dass es einmal auch in meinem Land zu einer Auseinandersetzung über den ungarischen Holocaust kommt. Jetzt möchte ich mindestens 120 Jahre alt werden, um das zu erleben.

Der 19. März war ein Sonntag. Ein sehr unangenehmer Sonntag, kühl, regnerisch, bewölkt. Und Debrecen ist eine wunderschöne Stadt, klein und ruhig bis heute. Schon damals hatten wir aber einen großen Flughafen, auf dem bei Hochbetrieb täglich vielleicht drei Flüge ankamen. Und an diesen Sonntagmorgen kann ich mich gut erinnern, weil ununterbrochen der Lärm landender Flugzeuge in der ganzen Stadt zu hören war. Also das war schon etwas ganz Merkwürdiges. Unser Haus war etwas außerhalb, etwa 15 Minuten vom Zentrum der Stadt entfernt, und immer, wenn wir ins Zentrum gingen, haben wir gesagt: „Wir gehen in die Stadt“.

Unsere Nachbarn, die an diesem Morgen in die Stadt gegangen waren und zurück gekommen sind, haben berichtet, in der Stadt sei alles voll mit diesen kleinen Autos der Deutschen. Das war wirklich ein schrecklicher Schock, denn wir mussten einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Wehrmacht auch Debrecen samt ganz Ungarn überfallen hatte. Weiterhin erinnere ich mich daran, dass wir am Nachmittag bei einem Nachbarn eingeladen waren. Als wir nach Hause gekommen sind, da hat mein Papa, uns, die Familie, in sein Zimmer gerufen und zum ersten Mal in

meinem Leben habe ich Angst im Gesicht meines Vaters gesehen. Und er hat uns gesagt, dass wir immer eine Familie waren, die sehr gut zusammen gehalten hat und nun müssten wir uns auf schlimme Zeiten vorbereiten. Er sagte aber auch, wir seien jung und kräftig und wenn wir zusammen blieben und zusammen hielten, dann würden wir alle Schwierigkeiten überwinden. Das Wort „Überleben“ ist noch nicht über seine Lippen gekommen. Man hat ja nicht damit gerechnet, dass wir als Folge der Ereignisse eventuell sterben könnten, und wir hatten generell keine Vorstellung von dem, was geschehen konnte.

Wir wussten damals noch nicht viel, und ich bezeichne das immer mit zwei Wörtern: der sündhafte Optimismus. Grundsätzlich kann man ohne Optimismus nicht leben, ich weiß das am besten. Aber man hätte doch damit rechnen können, dass die Deutschen auch Ungarn besetzen. Überall standen Soldaten der Wehrmacht an der ungarischen Grenze.

Entschuldige, wenn ich dich an der Stelle unterbreche. Die Frage ist ganz ungalant, aber wie alt warst du an diesem 19. März?

Éva Pusztai: Ich war über 18. Weil ich immer so klug war und immer so schön war und immer so gut gelernt habe, bin ich schon mit fünf in die erste Klasse gekommen. So habe ich schon 1943 mein Abitur gemacht.

Wie hast Du aus der Perspektive einer jungen Frau die Vorgänge wahrgenommen? Du hast gerade davon gesprochen, dass Du im Gesicht Deines Vaters zum ersten Mal Angst gesehen hast.

Éva Pusztai: In diesen vergangenen 70 Jahren ist mir sehr oft die Frage durch den Kopf gegangen, ob es richtig war, dass

man mich sozusagen in einem Glashaus erzogen hat. Es wäre vielleicht doch besser gewesen, wenn ich gewusst hätte, was mit mir passiert. Also, ich habe noch das Glück gehabt, eine Klosterschule besucht zu haben, wo es überhaupt keinen Antisemitismus gab. Dort war das Wort „Jude“ in einem antisemitischen Kontext nicht zu hören gewesen, also wurde ich auch in der Schule verschont. Und meine Eltern haben wirklich sehr viel dafür getan, dass ich nicht erfahre, was in der Welt um mich herum geschah.

Aber Du meinst, sie wussten es?

Éva Pusztai: Sie mussten es wissen, ja. Schon 1942 sind aus der von den Deutschen besetzten Tschechoslowakei Verwandte von uns nach Auschwitz-Birkenau deportiert worden. Und doch haben wir ganz blind gesagt, dass so etwas in Ungarn nicht passieren kann.

Du hast zum Einen gesagt, dass Du in einer sehr behüteten Familie aufgewachsen bist, und zum Anderen vom sündhaften Optimismus gesprochen, aber auch von Deinem Optimismus, den Du immer gehabt hast in deinem Leben. Wie ist es Dir dann gelungen, in Auschwitz zu überleben? Was hat Dir da geholfen? Hat Dir da Dein Optimismus geholfen?

Éva Pusztai: Meine Fünferreihe hat mir geholfen. Die anderen vier Mädchen. Jedes Lager hat auf Fünferreihen basiert. Man wollte so leichter zählen können, 5, 10, 15 und so weiter. Ich hab die bittere Erfahrung gemacht, dass das das Schwerste ist. Ich meine, mit fünf kann man überhaupt nicht zählen, denn der Appell, den wir Tag und Nacht gestanden haben in Auschwitz-Birkenau, hat nie gestimmt. Aber das ist eine andere Frage.

In meiner Fünferreihe in Auschwitz-Birkenau waren wir drei Mädchen aus derselben Schule. Ich mit meinen 18 Jahren war die Älteste. Es gab dann noch zwei 17-Jährige, eine 16-Jährige und eine 14-Jährige. Von diesem Moment an, in dem wir durch die Selektion waren und kahl und splitternackt dastanden, wussten wir noch nicht, dass wir keine Verwandten mehr hatten. Und als wir uns angeschaut haben, wie wir so lächerlich waren mit unseren Kahlköpfen, haben wir aus ganzem Herzen lustig gelacht. Das war noch so surreal, das konnte nicht die Wahrheit sein! Und dann war ein Geschwisterpaar so glücklich, dass wir sie zu uns genommen haben. Also diese Ersatzfamilie hat sich nicht im ersten Moment gebildet, aber in der zweiten Woche. Und ab dieser zweiten Woche waren wir wirklich immer, immer zusammen.

Ich rede über diese Zeiten immer in der Mehrzahl. Wir waren immer wir, wir fünf. Die fünf zusammen. Und während der ganzen Zeit, die wir als Fünferreihe zusammen verbracht haben, waren wir wirklich eine Familie, eine Ersatzfamilie. Und wenn jemand von uns einen schlechten Tag hatte, da haben wir alles Mögliche getan und uns Geschichten erzählt. Alle vier sind mir zu mehr als meinen Geschwistern geworden. Ich war die Älteste, und dass alle anderen inzwischen tot sind, ist für mich wirklich sehr schlimm. Ich bin jetzt allein aus meiner Fünferreihe.

Mit einer von diesen anderen Vieren wuchs ich noch enger zusammen. Ich habe im Buchenwald-Außenlager Allendorf – ein wunderbares Lager, nach Auschwitz war das ein Paradies, jeder hatte dort seinen eigenen Platz zum Schlafen – eine Etagenpritsche mit Anikó geteilt. Und ich habe über sie immer gesagt: Sie ist meine zweite Hälfte, sie hat mir so viel geholfen.

Wir haben eine gemeinsame Geschichte: Es war Winter und entsetzlich kalt. Wir hatten eine Decke, das gibt es auch nur im Paradies, jede Person hatte eine Decke. Diese Decke hat zwar schrecklich gestunken und gestochen, aber es war eine Decke. Zum Appell durften wir die Decke jedoch nicht mitnehmen. Und der Appell an diesem Morgen, ganz früh, im Winter, war besonders schrecklich. Ich erinnere mich genau daran, und ich schwöre, dass ich zum Appell nicht hinausgehen wollte – was Selbstmord gewesen wäre. Und da hat Anikó angefangen, mir zu erzählen, dass ich hinausgehen muss. „Schau mal, Du musst nach Hause, Du willst doch Deine Eltern sehen. Deine Eltern sind sicher schon jetzt Zuhause und sie warten da auf Dich und Du musst unbedingt hin“. Später hat Anikó geschworen, dass sie nicht zum Appell hinauswollte und ich ihr das gesagt hätte... Anikó hatte eine bildschöne Mutter. Und immer wenn es ihr schlecht ging, dann habe ich ihr gesagt, dass ihre bildschöne Mutter schon auf sie wartet. Obwohl die bildschöne Mutti da schon bildschöne Asche war. Ohne diese anderen Vier wäre keiner von uns nach Hause gekommen. Das war die größte Hilfe, die Solidarität, die gegenseitige Unterstützung. Dass wir irgendwie bei der ersten Möglichkeit fünf Zahnbürsten besorgt haben. Dass wir uns entschlossen haben, immer nur so zu reden, als ob unsere Mutti hinter uns stünde. Wir wollten unsere menschliche Würde behalten und das ist uns auch gelungen. Dazu brauchten wir diese Ersatzfamilie und das hat uns geholfen.

Du hast gerade gesagt, in dem Moment, in dem die Fünferreihe sich gefunden hatte und Du deine Ersatzfamilie, da waren alle eure Familien bereits tot.

Éva Pusztai: Ja. Die Ankunft in Auschwitz-Birkenau war psychologisch sehr, sehr klug organisiert. Dieser kurze Weg vom Zug bis zur Selektion, das waren nur ein paar Meter. Es wurde sehr darauf geachtet, dass keine Unruhe entsteht. Zum Beispiel wurde vermieden, Mütter und Kinder voneinander zu trennen. Das ist nicht vorgekommen, weil dies eventuell zu Unruhe geführt hätte. Also wir haben die Selektion überlebt und bis dahin war alles so schön in Ordnung. Aber nur fünf oder zehn Meter weiter, standen plötzlich die Aufseherinnen mit Peitschen. Und da war schon keine Freundlichkeit mehr da. Danach hat man uns zu richtigen Auschwitz-Häftlingen zugeschnitten: kahlköpfig und splitternackt ...

Wann wurde euch fünf Frauen klar, dass Eure Familien nicht mehr leben, dass die Trennung an der Rampe für immer war?

Éva Pusztai: Noch vor der Selektion wurde allen Ankommenden gesagt, dass wir uns schön artig zu benehmen hätten. Auch wenn wir von Angehörigen getrennt worden seien oder getrennt würden, habe das überhaupt nichts zu bedeuten. Alle diejenigen, die nicht mit uns kämen, etwa ältere oder jüngere Personen, würden uns mit einem Bus nachgebracht und sie würden uns dann schon wiedersehen. Und dann ist ein Tag vergangen und kein Bus gekommen. Und dann ist da der zweite Tag vergangen und wieder kam nichts. Und natürlich hatten wir dort niemanden, den wir hätten fragen können, wo unsere Angehörigen sind. Nur eine Kapo gab es, niemanden sonst, nur sie. Sie hieß Schoschanka. Sie war aus der Slowakei und sie war schon 1942 deportiert worden. Schließlich fragten wir sie. Schoschanka hat uns ins Gesicht gelacht, auf den Rauch gezeigt, der aus dem

Krematorium aufstieg und gesagt: „Seid ihr blöd? Die sind tot im Gas.“

Ich denke, ich brauche nicht zu erklären, was das bedeutet. Jeder kann sich vorstellen, wie man reagiert, wenn jemandem sagt, die Mutter ist tot im Gas. Wir glaubten, Schoschanka müsse uns wirklich sehr hassen, dass sie uns so unglaubliche Geschichten erzählt – das konnte man ja wirklich nicht glauben! Und Schoschanka hat sogar zugegeben, dass sie uns sehr hasst: „Ihr wart noch mit euren Eltern zuhause und Ihr seid noch in die Schule gegangen und vielleicht ins Kino oder ins Theater und ich war schon hier. Ich bin hergekommen mit meinen Geschwistern und mit meinen Cousinen und es war nichts da, nichts, keine einzige Baracke. Es war nur der Schnee da und die SS. Und wir haben alles aufgebaut, was Du da siehst“, hat sie uns gesagt. „Und von meinen fünf Geschwistern und Cousinen bin ich die einzige, die noch lebt. Freilich hasse ich Euch!“ Aber was sie uns über unsere Familien gesagt hat, war ja die Wahrheit. So haben wir das erfahren.

Und nachdem ihr befreit worden seid aus dem Lager Allendorf, seid ihr fünf Frauen dann gemeinsam nach Ungarn zurückgekehrt und habt Euch auch in der Nachkriegszeit weiter so unterstützt, wie Du das jetzt für die Lagerzeit beschrieben hast? Und kannst Du uns ein bisschen davon erzählen, wie der Neubeginn für Euch war?

Éva Pusztai: Unsere Freundschaft, besser gesagt, dass wir einander mehr und näher als Schwestern waren, hat bis zum letzten Moment funktioniert. Eine von uns hat sich in den ersten amerikanischen Soldaten verliebt, und er hat sich sofort in dem Moment auch in sie verliebt, und sie ist mit ihm in die Vereinigten Staaten gegangen.

Da waren wir schon nur noch vier. Man kann nur sehr selten ungestraft Auschwitz-Birkenau überleben; diese Gefährtin hat sehr, sehr früh Alzheimer bekommen und ist sehr, sehr früh gestorben. Dann war da die Fünfte von uns, die war vierzehn Jahre alt. Das war eine große Leistung ihrer großen Schwester, die kleinere überhaupt am Leben zu erhalten – ich weiß nicht, wie sie das gemacht hat.

Und wir sind nach Hause gekommen und jede von uns ist etwas geworden. Die Kleinste, die hat dann eine Abteilung im ungarischen Rundfunk geleitet. Sie ist auch als eine der ersten gestorben, war sie doch schon mit vierzehn unter diesen schrecklichen Umständen in Auschwitz-Birkenau gewesen, die sie krank gemacht haben. Von Kopf bis Fuß war sie immer krank. Anikó hat geheiratet und hatte eine sehr unglückliche Ehe, leider. Der Mann war Alkoholiker. Und sie ist dann sehr schnell zu ihrem Vater gezogen, der auch überlebt hatte und in Frankreich wohnte. Sie war auch bildschön, nicht nur ihre Mutter. Als sie schon zwei Kinder hatte, für die sie sorgen musste und in einem Lokal arbeitete, kam eines Tages ein Amerikaner und hat sich sofort in meine wunderschöne Anikó verliebt. Sie ging dann in die Vereinigten Staaten und wurde dort eine sehr, sehr gute Bildhauerin. Und so lange sie lebte haben wir immer alle, die auch noch lebten, verstreut über die ganze Welt, eine Möglichkeit gefunden, uns jedes zweite, dritte, mindestens jedes fünfte Jahr zu treffen. Und wenn wir uns auch fünf Jahre nicht gesehen hatten, war es doch immer wieder so, dass wir uns sofort so zueinander verhalten haben, als ob kein einziger Tag vergangen wäre.

Und wie war Deine Rückkehr?

Éva Pusztai: Unter der damaligen Besatzungsverwaltung in Deutschland hatten wir einen Oberbefehlshaber der amerikanischen Militärpolizei namens Dawning. Meine Identitätskarte befindet sich im Dokumentations- und Informationszentrum in Stadtallendorf und da steht bei meinem Namen als ständiger Wohnort, unglaublich: „K.Z.-Lager Auschwitz“ und bei Beruf: „Ex-Häftling.“ Downing wollte uns nicht nach Hause lassen. Als ich in Ungarn angekommen bin, war schon der 4. November 1945. Ich bin zu meinem Haus hingelaufen, gerannt bin ich, und ich bin an meinem Haus vorbeigelaufen, weil ich es nicht erkannt habe. Es war in so einem schlechten Zustand ... Das Nachbarhaus aber habe ich erkannt, und als mir das klar wurde, wusste ich, dass ich bei mir zuhause niemanden mehr finden würde.

Ich habe an meiner eigenen Tür geklingelt, und da ist ein Fremder herausgekommen. Und ich habe gesagt, ich will hinein, das ist mein Haus. Und in diesem Haus haben wir zu viert gewohnt. Und da ist er rausgekommen und hat gesagt: „Dreizehn Personen wohnen in diesem Haus. Hier kommen Sie nicht rein, gehen Sie wohin sie wollen, hier ist kein Platz für Sie.“

Allerdings haben das Rote Kreuz und eine jüdische Organisation bereits während der Reise nach Ungarn nach Angehörigen gesucht. Wir haben im Zug ständig Passagierlisten geschrieben und diese Listen dann überall an den Stationen für das Rote Kreuz hinterlassen, das sie verteilte. Im Zug waren sehr viele Mädchen aus Nové Zámky aus der Tschechoslowakei und so ist diese Liste mit meinem Namen dorthin gekommen. Die Schwester meiner Mutter war am Leben geblieben, sie hatte sich in der Tschechoslowakei versteckt. Ihr Mann

war Arzt. Sie haben meinen Namen gesehen, nur meinen Namen, und da wussten sie, was das bedeutet. Sie haben jemanden geschickt, um mich nach Nové Zámky zu bringen. Und mein Onkel, der Arzt, brauchte zwei Jahre, um mich wieder auf die Beine zu bringen. Und dann erst bin ich nach Debrecen zurückgegangen. In diesem Alter verliebt man sich sehr schnell, und innerhalb einer Woche habe ich mich in einen feschen Jungen verliebt. Das war 1947. Ich erzähle schnell weiter ...

Dieser Onkel in Nové Zámky kam aus einer sehr armen Familie, einer typischen jüdischen Familie, so wie es sie auch im Zarenreich gegeben hatte: Hinter dem Rücken vom lieben Gott, in irgendeinem Dorf, ein Krämer mit einem so kleinen und winzigen Laden, in einem Häuschen mit mindestens fünf Kindern und ein einziges Zimmer und noch ein kleines Zimmer mit einer Tür auf die Straße. Und darin haben sie gelebt, da war alles drin, von Petroleum bis Zucker und von Kerzen bis zu einem Schal, war alles zu finden. Also, sein Vater stand dahinten, vier Mädchen als Geschwister und er der einzige Sohn, und er hat gesagt „Papa, ich will Arzt werden.“ Gott im Himmel wie kann man sowas sagen? Nie im Leben hat sein Vater so viel Geld gehabt, aber es ist dann doch so gekommen, dass der Sohn Arzt wurde.

Wegen seiner Herkunft war mein Onkel natürlich sehr links eingestellt. Und wenn man zwei Jahre lang im Bett liegt, was kann man tun? Lesen. Und das, was er mir zum Lesen gegeben hat, was ihm am wichtigsten war, das war „Das Kapital“ von Marx. Ich bin wohl die einzige, die in ihrem Leben Marx' Kapital vom ersten bis zum letzten Buchstaben gelesen hat. Folglich bin ich auch nach zwei Jahren aus dem Bett herausgekommen und niemand war

so marxistisch und so gut gebildet wie ich. Und so bin ich nach Hause gekommen in das sozialistische Ungarn von 1947. Und mein Mann hatte denselben sozialen Hintergrund wie ich. Also der war auch ein sehr begeisterter Sozialist. Und wir haben den Sozialismus aufgebaut. Fest und mit den sehr, sehr richtigen Überzeugungen, die dann grundsätzlich sehr tragisch geworden sind.

In der kommunistischen Partei – das war auch in der DDR so – hat man den Feind gesucht. Denn der Feind der Partei war immer da. Und man hat immer einen Feind gefunden und man hat den Feind immer besiegt. Das waren die verschiedenen Klassen. Kurz und gut: Einmal bin ich in Debrecen auf der Straße gelaufen und ein Freund von meinem Papa ist mir mit hängendem Gesicht entgegengekommen, und ich habe gefragt, „Onkel soundso, warum sind Sie denn so traurig?“ Und er hat gesagt „Weißt Du, mein Kind, ich warte nicht, bis man mich deportieren will.“ Man hat die Menschen, die sogenannte Bourgeoisie, aus ihren Wohnungen geschmissen und irgendwo aufs Land deportiert. Das geschah unter schrecklichen Umständen, und er hat gesagt „Ich habe mir da in einem kleinen Dorf schon ein Häuschen gekauft.“ Und das war wirklich so; es kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Also im Kapital von Marx steht das nicht, dass man den Onkel soundso im eigenen Land aufs Dorf zu deportieren hat. Und da ist mir klar geworden – Gott im Himmel! – wenn mein Vater noch am Leben gewesen wäre, hätte man ihn auch deportiert. Aber so viel Verstand hatte ich schon, um zu verstehen, dass man das nicht sagen konnte. Das wusste ich auf jeden Fall bereits über den Sozialismus.

Wir haben immer den Feind gesucht, und außerhalb der Partei waren schon alle Feinde gefunden. Da gab es schon keine mehr, aber der Feind war noch immer da. Da hat man angefangen, den Feind in der Partei zu suchen. Und da war ich. Auf einmal wurde ich zu einem deklassierten Element gemacht, und ich war ein Feind und mein Mann wurde eingesperrt. Und mir hat man meine damalige Stelle gekündigt und mich aus meiner Wohnung herausgeworfen. Und vom folgenden Tag an war ich Hilfsarbeiterin im Bauwesen.

Ich weiß nicht, ob das so gut ist, für Ideen zu schwärmen, wenn man jung ist. Bis heute bin ich im Leben nie wieder einer so schönen Vorstellung begegnet wie dem Marxismus. Es ist eine so schöne Idee: Wenn ein jeder das haben kann, was er braucht. Ist das nicht das Schönste? Man muss sich nur ein bisschen bemühen. Nur eine Sache hat der große Marx nicht gewusst. Dass ein normaler Mensch haben und wirken will. Das sind Grundlagen. Wenn man nichts haben will und nichts tun will, wozu lebt man dann? Und das ist im „Kapital“ nicht berücksichtigt und gehört nicht zum Marxismus. Dann wird daraus ein Sozialismus, so wie er war.

Welche Rolle spielte denn in Deinem Leben im sozialistischen Ungarn Deine Hafterfahrung in Auschwitz und in Allendorf?

Éva Pusztai: Alles, was mir passiert ist, war lächerlich nichtig. Alles. Dass man mich aus der Arbeit geschmissen hat, dass ich den Sozialismus auch mit eigenen Händen aufgebaut habe. Das Leben zeigt immer nur Fratzen. Ich habe das große Stahlwerk an der Donau mit gebaut und hatte keine Ahnung davon, dass ich mich in einer absehbaren, sehr kurzen Zeit mit Stahl beschäftigen würde. Dass ich über Stahl noch

alles Mögliche zu erlernen haben würde und dass ich in staatlichen Unternehmen, die sich mit dem Vertrieb von Stahl beschäftigten, arbeiten würde. Und da gibt es weitere witzige Dinge, zum Beispiel meine Geschichte mit der Firma Krupp. Da saß mir ein Herr Direktor gegenüber, der in einem Alter war, wo ich mir vorstellen konnte, dass er als sehr wichtiger Mensch im deutschen Stahlwesen auch im Dritten Reich gedient hatte. Und ich wusste von ihm, was von ihm zu wissen ist, aber er wusste nicht, dass ich Häftling gewesen war. Und so haben wir verhandelt.

Hat in Deiner Wahrnehmung dieser Zeit und dieser sozialistischen Diktatur deine KZ-Erfahrung eine Rolle gespielt?

Éva Pusztai: Ja, einmal durch die Erfahrung, dass alles zu Ende geht, aber das ist ja auch eine menschliche Grunderfahrung. Man muss nur lange leben. Man muss Hoffnung haben, wenn man in schrecklichen Umständen lebt – und nicht nur Hoffnung. Man darf Gewissheit haben: Alles hat einen Anfang und ein Ende, das sage ich ganz ernst, auch wenn es lächerlich klingt.

Konntest Du nach Deiner Befreiung aus Münchmühle mit jemandem über die Erfahrung dort und in Auschwitz, über den Holocaust, sprechen?

Éva Pusztai: Ich bin ja nicht die einzige. Ich habe mit sehr, sehr vielen Überlebenden gesprochen. Aber Jahrzehnte lang wollten wir überhaupt nicht darüber sprechen; vor allem aber konnten wir nicht darüber sprechen. Man braucht wirklich so einen historischen Abstand, aber nicht nur. Also wir Überlebenden haben alle entsetzliche Traumata überlebt. Und Traumata kann man nicht nur nicht vergessen. Man kommt immer zum selben Punkt, man

kann die Traumata nicht bearbeiten. Man ist immer wieder dort auf diesem Platz, wo man selektiert wurde, und sieht, wie der sehr, sehr freundliche und sehr gutaussehende Mengele dort stand und nur so eine ganz kleine Geste gemacht hat. In dieser Sekunde, als er die winzige Bewegung machte, in diesem Augenblick habe ich alles verloren, obwohl mir das ja nicht klar war. Man kommt immer wieder zu diesem Punkt, und siebzig Jahre sind vergangen und, und, und, und, und. Darum kann man darüber so viele Jahre nicht sprechen.

Hast Du mit den anderen Frauen aus Eurer Fünferreihe gesprochen?

Éva Pusztai: Nein, auch nicht. Das Leben ist so. Das ist etwas, ein Drang sozusagen, diese Erlebnisse zu schlucken und krampfhaft darüber nicht zu sprechen. Und dann kommt eine Zeit, wo ich jetzt stehe, in der ich genauso krampfhaft darüber sprechen muss, um nicht verrückt zu werden. Jede Begegnung mit Menschen, die ich offiziell mit meiner Geschichte zu belasten habe, empfinde ich deshalb auch nach 70 Jahren als eine große Erleichterung.

Was hat Dich dazu gebracht, nach einer so langen Zeit des Schweigens über deine Erfahrungen zu sprechen?

Éva Pusztai: Ich persönlich brauchte 59 Jahre. Zum ersten Mal bin ich am 1. Juli 1944 in Auschwitz angekommen. Und nach 59 Jahren, da war es mir sehr wichtig, wieder nach Auschwitz-Birkenau zu fahren, und ich habe mir vorgenommen, dass ich wieder am 1. Juli ankommen würde, so wie damals. Und ich bin angekommen. Als ich 1944 das erste Mal dort ankam, wurde man aus dem Waggon geschmissen und hatte nach dieser schrecklichen, drei Tage langen Fahrt endlich wieder Bo-

den unter den Füßen. Aber da war etwas, das man von der ersten Sekunde an nicht erklären konnte. Es war der Geruch, oder eher gesagt, der Gestank. Wir wussten da noch nicht, woher der Gestank stammte, aber sehr schnell haben wir erfahren, dass die Krematorien Tag und Nacht in Betrieb waren. Es gab eine Vereinbarung mit den ungarischen Behörden über die Zahl der Züge, die pro Tag ankommen würden. Von ungarischer Seite wurde die vereinbarte Zahl jedoch weit übertroffen, und nicht ein Zug ist täglich angekommen, sondern manchmal waren es sogar drei. Und aus diesem Grund gab es zu viele Leichen für die Krematorien. Die Gaskammern hatten die Kapazitäten, so viele Menschen ersticken zu lassen und zu töten, aber nicht die Krematorien. Alle vier sind Tag und Nacht gelaufen und zusätzlich hat man noch Gräben ausgehoben und im offenen Feuer die überzähligen Leichen verbrannt. Ich brauche das nicht im Einzelnen zu schildern, was für ein Gestank entsteht, wenn Leichen im offenen Feuer verbrannt werden.

Ein anderes Beispiel: Wir waren so viele dort, dass man sich nicht regen konnte, keinen Schritt nach links oder rechts, hinten oder vorne machen konnte. Man hat immer jeden angestoßen und allein davon kann man ja auch verrückt werden. Und man hat immer gebrüllt, es war immer Gebrüll. Und es gab ja diesen weltberühmten Appellplatz, wo wir jeden Tag zwei Mal stehen mussten, und es gab die Lagerstraße, die mit so kleinen, spitzen Basaltsteinen gepflastert war. Kein einziger Grashalm, nirgendwo – einfach, weil wir so viele dort waren, kann man sich das vorstellen?

Und als ich 2003 wieder dort ankam, nach 59 Jahren, war die Luft so rein, und das Gras war so schön grün, keine Spur von spitzen, grauen Basaltsteinen, den Appell-

platz hat man überhaupt nicht mehr gefunden, es war keine einzige Baracke da und so weiter. Und ich hatte das Gefühl, und ich hab es noch heute, ich muss anfangen zu brüllen und zu schreien! Das war nicht Auschwitz-Birkenau, nicht das richtige, das wirkliche, so, wie es war, als ich dort gewesen war.

Einmal hab ich in Weimar darüber gesprochen. Eine Dame, die selbst einmal eingesperrt war, in der DDR, hat mich gefragt: „Was haben sie erwartet?“ Wirklich, was habe ich erwartet? Heute stelle ich mir die Frage, was all die vielen Gruppen – Schüler, Kinder, Studenten – die heute nach Auschwitz gehen, dort sehen. Wie aufrichtig ist das Gefühl, das sie dort haben, wie aufrichtig ist das?

Also war ich wieder in Auschwitz und habe alte Spuren gesucht und nichts gefunden. Und in dem Moment hatte ich das Gefühl: „Jetzt muss ich anfangen, darüber zu brüllen.“ Und ich habe meine Geschichten aufgeschrieben, in einem Heftchen, und der Magistrat von Stadtallendorf hat das Heftchen herausgegeben. Der Magistrat hat mich dann sogar eingeladen, und sie haben gefragt, wann ich kommen möchte und ich habe gesagt, am 28. März. Am 28. März 1945 wurde mein Lager nämlich evakuiert – das schöne Wort hab ich dort erlernt. Ein Jahr später saßen viele Menschen im schönen neuen Rathaus von Stadtallendorf. Ich habe gefragt, wer kann sich erinnern, was er getan hat, 1945, abends, sieben Uhr am 28. März. Ich, natürlich. Und dann habe ich darüber gesprochen, zum ersten Mal in meinem Leben, und sie haben mir zugehört. Das war ein wunderbares Erlebnis.

Imre Kertész hat den Begriff der Schicksallosigkeit geprägt. Empfindest Du das auch so?

Éva Pusztai: Seine Schicksallosigkeit teile ich. Es gibt keinen Einzigen von uns und auch keine Einzige, die das Leben nach Auschwitz-Birkenau gelebt hat, das Leben, das zum Beispiel in der Familie – und ich spreche jetzt für mich – vorgesehen war. Und ich denke, dass der Großteil unserer Zuhörer als Erwachsene auch noch Eltern gehabt haben und erleben dürfen, was für eine riesige Hilfe es ist, wenn man als erwachsener Mensch Eltern hat. Ich bin grundsätzlich kein Mensch, der missgünstig ist, aber das, wenn man als Erwachsener Eltern hat, das ist eins der sehr wenigen Dinge, um die ich andere beneide.

Man ist schicksallos geworden, zum Beispiel aus diesem Grund, dass man ohne Familie das Leben gelebt hat. Ich hab doch eigentlich niemanden gehabt, um zu fragen, ich möchte das und jenes tun, ist das so gut? Ich habe nicht darüber gesprochen, welche Pläne ich hatte, als ich ein Kind war und was aus meinem Leben geworden ist. Also alle von uns, wir fühlen uns, ich denke mit Recht, wirklich so, dass wir ein verdrehtes Leben haben.

Podium: Erst Protest, dann Umbruch, dann Krieg? Die Ukraine 2014



Abb. 1: Rafael Biermann, Andreas Braune und Maksym Yakovlyev auf dem Podium, © Thomas Müller, Weimar

Zur Einführung: Der Umbruch in der Ukraine 2014

Wenn im Jahr 2014 in einem Zusammenhang der Begriff „Umbruch“ die deutschen Medien beherrschte, dann war es der „Umbruch in der Ukraine,“ der bereits Ende 2013 eingeleitet wurde und in der Folgezeit eine nationale und internationale Dynamik entwickelte, die die Ukraine in einen erbitterten Konflikt mit Russland und in einen tatsächlichen Bürgerkrieg führte. Manche meinten sogar, im hundertsten Jahr nach der Entfaltung des Ersten Weltkrieges erneut „Schlafwandler“ (Christopher Clark) am Werk zu sehen, die ganz Europa an den Rand eines Krieges manövierten.

Begonnen hatte alles damit, dass die Ukraine und die Europäische Union ein Assoziierungsabkommen ausgehandelt hatten, das Ende 2013 auf dem europäischen Gipfeltreffen zur ‚Östlichen Partnerschaft‘ unterzeichnet werden sollte. Präsident der Ukraine war zu diesem Zeitpunkt Wiktor Janukowytch, der schon vor und nach der ‚Orangen Revolution‘ 2004 eine wichtige Rolle spielte. Während dieses ersten ukrainischen Umbruchs war er als prorussischer Präsidentschaftskandidat mit einer starken Wählerbasis in der Ostukraine der Widersacher der orangenen Revolutionäre Wiktor Juschtschenko und Julija Tymoschenko. Gegen ersteren verlor er noch die durch die ‚Orangene Revolution‘ erzwungene Stichwahl, gegen Tymoschenko jedoch setzte er sich 2010 im Rennen um die Präsidentschaft durch. Das Abwürgen der ‚Orangen Revolution‘ und die

Rückkehr in prorussische und nepotistische Fahrwasser schien besiegelt. Vor diesem Hintergrund verwundert es dann fast mehr, dass die Ukraine das Assoziierungsabkommen mit der EU überhaupt aushandelte, als dass sich Janukowytch kurz vor dessen Unterzeichnung – wahrscheinlich unter dem Druck Moskaus – gegen diese aussprach.

Wie dem auch sei: Diese Ankündigung Janukowytchs war der unmittelbare Anlass dafür, dass sich auf dem Maidan in Kiew vor allem junge und westukrainische Demonstranten einfanden, die die engere Anbindung an die Europäische Union erzwingen wollten. Über den ganzen Winter hinweg harrten die Demonstranten mit breiter Unterstützung der regionalen ukrainischen Bevölkerung auf dem Maidan aus. Eine Eskalation der Situation lag während all dieser Wochen in der Luft, zumal sich einige der Demonstranten für eine gewaltsame Auseinandersetzung zu rüsten schienen. Würde die Regierung nachgeben oder mit Härte gegen die Demonstranten vorgehen? Mit jedem Tag stieg die Spannung und sank die Legitimation der ukrainischen Regierung. Am 18. Februar kam es dann zu der befürchteten Eskalation: bei gewaltsamen Auseinandersetzungen unter dem – bis heute nicht wirklich aufgeklärten – Einsatz von Scharfschützen waren an diesem blutigsten Tag des ‚Euromaidan‘ mehr als 80 Todesopfer zu verzeichnen.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse vermittelten die Außenminister des Weimarer Dreiecks (Frankreich, Deutschland & Polen) einen Vertrag zur Beilegung der Krise, der eine Verfassungsreform und vorgezogene Präsidentschaftswahlen vorsah. Er war jedoch das Papier nicht wert, auf dem er stand. Denn schon einen Tag später, am 22. Februar 2014, erklärte das ukrainische Parlament Wiktor Janukowytsch für abgesetzt, weil dieser allem Anschein nach die Flucht ergriffen hatte. Für die einen war dies der Höhepunkt des ‚Umbruchs in der Ukraine‘, ein Meilenstein in der Überwindung eines russlandhörigen und von Oligarchen korrumpierten politischen Systems und ein wichtiger Schritt zur Annäherung an Europa – für die anderen ein putschähnliches Nachgeben einer demokratisch legitimierten Regierung unter dem Druck der Straße.

Nach der Bildung einer Übergangsregierung unter Arsenij Jazeniuk und der Ankündigung vorgezogener Präsidentschafts- und Parlamentswahlen internationalisierte sich der Konflikt sehr schnell.¹ Mit einer gehörigen Portion Chuzpe annektierte Russland die Krim im Frühjahr 2014 im Handumdrehen, ohne dass die ukrainische Regierung oder die westlichen Staaten etwas dagegen unternehmen konnten. Das vorgeschobene Argument lautete, die russischsprachige Bevölkerung vor nationalistischen Übergriffen im Anschluss an den ‚Putsch‘ schützen zu müssen. Unter

ähnlichen Vorwänden begann im direkten Anschluss an die Krim-Annexion der Versuch, diesen ‚Erfolg‘ im Osten der Ukraine zu wiederholen. Hier stieß dieses Unterfangen jedoch auf erhebliche Gegenwehr, so dass sich ein Bürgerkrieg zwischen der ukrainischen Armee (unterstützt durch paramilitärische Einheiten) und prorussischen Separatisten (offenkundig materiell wie personell unterstützt durch Russland) entspann. Alle westliche Sanktionspolitik gegenüber Russland half wenig. Auch der Abschuss einer zivilen Luftfahrtmaschine mit fast 300 Todesopfern führte nur anscheinend zu einer Deeskalation und der Einbindung der OSZE. Erst seit dem Minsk-II-Abkommen vom Februar 2015 gibt es einen Waffenstillstand, der den Konflikt jedoch eher ‚einzufrieren‘ statt zu lösen scheint. Der Rückfall in die bewaffneten Auseinandersetzungen erscheint zum jetzigen Zeitpunkt zumindest wahrscheinlicher als eine politische Beilegung des Konflikts.

Schon zum Zeitpunkt der Absetzung Janukowytschs taten sich zwei Lager auf, die fortan auch in Deutschland die Interpretation und die Diskussion (vor allem in Internetforen) beherrschen sollte. Viele im Westen und vor allem die westlichen Regierungen teilten die Wahrnehmung der Akteure des Umbruchs, dass sich die Ukraine aus der russischen Umklammerung emanzipierte, ihre nationale Unabhängigkeit tatsächlich erstritt und sich eine eigenständige Option auf eine realistische Westanbindung (EU, NATO) erkämpfte. Damit einher ging und geht die Hoffnung, auch innerstaatlich einen Schritt weg von Korruption und Oligarchenmacht und hin zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gemacht zu haben. Dass mit Petro Poroschenko seit der Präsidentschaftswahl im

¹ Im Grunde handelte es sich von Anfang an um einen internationalisierten Konflikt, weil die EU (und auch die NATO) über das Assoziierungskommen und Russland als dessen Gegner mit dem zentralen Druckmittel vergünstigter Gaslieferverträge als Konfliktakteure längst mit im Spiel waren. Der ‚Umbruch in der Ukraine‘ konnte zwar noch als eine innere Angelegenheit der Ukraine und dann wahlweise als Selbstbefreiungsversuch oder als Putsch betrachtet werden. Danach aber eskalierte der internationale Konflikt zusehends.

Mai 2014 ausgerechnet ein weiterer Oligarch Präsident des Landes ist, bestärkte hingegen die zweite Gruppe in ihrer Ansicht, dass der geopolitische Vorstoß von NATO und EU an der Wurzel des Konflikts liegt. In dieser Sichtweise reihen sich die ukrainischen Geschehnisse in eine durch ‚soft power‘ (Joseph Nye) und durch ökonomische und militärische Anreize vorangetriebene Expansion des ‚Westens‘ in den postsowjetischen Raum ein. Weil sie NATO und EU für militaristisch und kapitalistisch halten (was jenseits des Verwendens von Kampfbegriffen seine Berechtigung haben mag), und weil sie sich aus vielleicht missverstandenen Traditionsbewusstsein Russland verbunden fühlen, neigen vor allem viele Linke zu dieser Sichtweise, die im Zuge des Konflikts ein wenig abschätzig als diejenige der ‚Putin-Versteher‘ bezeichnet wurde. Erleichtert wurde ihnen diese Sichtweise dadurch, dass sowohl auf dem ‚Euromaidan‘ als auch im Zuge der militärischen Auseinandersetzungen im Osten des Landes rechtspopulistische, rechtsradikale und ausdrücklich faschistische Gruppen eine Rolle spielten. Unterfüttert wurde dies von russischer Propaganda, die den sowjetischen Antifaschismus sehr erfolgreich als Ideologem reaktivierte. Politisch sind diese Gruppierungen durch die Parlamentswahlen im Oktober 2014 zwar marginalisiert, gerade ihr (para-)militärischer Einfluss jedoch keinesfalls. In beiderlei Sichtweisen – der pro-ukrainischen wie der pro-russischen – ist aber durchaus zutreffend, dass wir den Konflikt um die Ukraine nur unzureichend nachvollziehen können, wenn die anlässlich des ‚großen‘ Umbruchs 1989/90 gleichermaßen gelösten, ungelösten und neu eröffneten Probleme nicht in den Blick genommen werden. Es ist der Vorzug eines Geschichtsfestivals,

einen aktuellen Umbruch nicht auf seine Dynamiken im Hier und Jetzt reduzieren zu müssen, sondern auf seine historischen Wurzeln aufmerksam machen zu können. Auf dem Weimarer Podium diskutierten der Jenaer Politikwissenschaftler Prof. Dr. Rafael Biermann und der ukrainische Politikwissenschaftler Dr. Maksym Yakovlyev. Das Podium reflektiert eine lange Kooperation zwischen Jena und Kiew, da dort seit 2006 der gemeinsame Masterstudiengang „Deutschland- und Europastudien“ an der Nationalen Universität Mohyla Akademie und der Friedrich-Schiller-Universität Jena angeboten wird. Dr. Kirill Levinson ist Historiker, lebt und arbeitet in Moskau und unterstützt die Menschenrechtsorganisation Memorial. Sein Beitrag war ursprünglich für das nicht in diesem Band vertretene Podium „1989 als europäisches Ereignis“ vorgesehen. Weil sein Beitrag die sozialpsychologischen Folgewirkungen von ‚1989/90‘ für die russische Gesellschaft erörtert und damit auch für ein Verständnis des Ukraine-Konflikts maßgebliche Faktoren herausarbeitet, ist die Aufnahme in diesen Themenkomplex nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu geboten.²

² Der simplifizierenden Lesart, dass sich im Konflikt zwischen Russland und einer angeblich ‚neuen‘ Ukraine die ‚Autoritären‘ den ‚nichtautoritär Geläuterten‘ gegenüberstünden, ist aus mehreren Gründen entgegenzutreten. Dagegen spricht erstens, dass beide Autoren unterschiedliche Ansätze verfolgen. Es wäre eine eigene sozialpsychologische Untersuchung für die ‚neue‘ Ukraine nötig, wie Herr Levinson sie für Russland unternimmt, Herr Yakovlyev jedoch allenfalls andeutet, um hier zu einem validen Vergleich zu kommen. Zweitens ist natürlich Vorsicht vor Generalisierungen geboten, da mit ihnen der Aufbau konfrontativer dichotomer Konstellationen (hier die ‚Guten‘, dort die ‚Bösen‘) einhergeht.

Literaturempfehlung:

Die Bundeszentrale für politische Bildung widmete im November 2014 ein Heft Aus Politik und Zeitgeschichte dem Thema „Ukraine, Russland, Europa“. Es entspricht daher dem Stand der politischen Entwicklungen und der fachlichen Diskussion zum Zeitpunkt des Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte und den hier vertretenen Beiträgen. Siehe:
<http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/194828/ukraine-russland-europa>
(Zugriff am 3.8.2015).

Perestroika in Russland – Umbruch ohne Folgen?

Vor dreißig Jahren initiierte Michail Gorbatschow Reformen, die das Schicksal der Sowjetunion und ihrer 200 Millionen Einwohner verändern sollten. Er ahnte wohl kaum, was binnen zehn Jahren in und mit dem Land geschehen würde. Selbst wenn Gorbatschow einen Plan hatte, entwickelten die von ihm angestoßenen Prozesse bald eine nicht mehr steuerbare Eigendynamik - oder besser gesagt Eigendynamiken, weil viele Prozesse vor Ort sehr unterschiedlich verliefen. In den frühen 90er Jahren wurde deutlich, dass es nicht mehr um die Modernisierung des sozialistischen Systems, sondern um seinen Abbruch ging. In erbittertem ideologischen, organisatorischen und wahlpolitischen Kampf gegen die alte kommunistische Führungsschicht schien sich eine neue Entwicklungslinie in der russischen Geschichte zu behaupten, die über das Pendelschema hinauswies, das von Alain Besançon (1980) als Hauptprinzip der neueren russischen Geschichte beschrieben wurde.

Damals gab es viele Diskussionen nicht nur darüber, wohin diese neue Linie uns führen sollte, sondern auch darüber, was wirklich gewonnen wurde. Manche sagten, Demokratie sei schon errungen, denn wir hatten ein Mehrparteiensystem, freie Wahlen, Meinungsfreiheit usw. Andere erwiderten skeptisch: nicht „errungen“, sondern „bis auf Widerruf gewährt“, nicht „Demokratie“, sondern lediglich „Liberalisierung“. Der Eindruck hing natürlich auch

vom geographischen Beobachtungspunkt ab, denn in den baltischen Republiken sah es anders als in Moskau und im „roten Gürtel“ anders als in Zentralasien aus. Es gab Regionen, wo sich so gut wie alles verändert hatte, und es gab solche, wo so gut wie alles beim Alten blieb.

Dann kam der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Kommunistische Partei als eine echte politische Kraft war bald weg, und in Russland begann eine Ära, die vielleicht am besten als „postsowjetische Transformationsphase“ zu beschreiben wäre. Viele hatten damals den Eindruck, dass es nur ein paar Jahre Transformation brauchte und Russland würde ein „normales“ Land mit einem demokratischen politischen System und einer „normalen“ Marktwirtschaft werden. Manche freuten sich darauf, andere aber sahen es als eine Katastrophe an. Jedenfalls war die relative Mehrheit der Bevölkerung (und zu diesem Zeitpunkt begann man schon, die öffentliche Meinung in Russland systematisch zu erforschen) damals antikommunistisch und antistalinistisch gestimmt. Aber bestimmte Errungenschaften des Sozialismus wie kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung würden viele lieber behalten.

Anfang der 90er Jahre war eine Zeit, wo man den Eindruck gewinnen konnte, Russland werde demokratischer. Gewählte Gremien wie Betriebsräte, Mieterversammlungen, nach dem Mehrparteiensystem gewählte gesetzgebende Machtorgane

hatten viel Kraft und Einfluss vor Ort. Die „Glasnost“ schien in eine echte Pressefreiheit überzugehen. Doch eine Bewegung in Richtung Rechtssicherheit gab es kaum. Im Gegenteil, als Jelzin sich im Herbst 1993 vor die Wahl gestellt sah, die Macht zu behalten oder nach der Verfassung vorzugehen, entschied er sich für einen gewaltsamen Weg der Machterhaltung. Viele glaubten damals, er habe damit die Demokratie in Russland gerettet. In Wirklichkeit hat er nur die Vormachtstellung der Machthaber gesichert, die damals als „Demokraten“ galten. Aus heutiger Sicht war das der Sündenfall des demokratischen Regimes in Russland: Wo der Präsident mit Panzern und Maschinengewehren gegenüber dem Parlament argumentiert, ist es sinnlos, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu sprechen. Nach und nach wurde immer deutlicher, dass die Meinungsfreiheit und die Einhaltung der Gesetze selbst durch die Gerichte und die Polizei durch nichts außer dem guten Willen der Machthaber garantiert sind. Ein Richter oder Journalist kann schnell mundtot oder gar tot gemacht werden, wenn seine Tätigkeit jemanden „da oben“ stört. Keine Mechanismen, die eine reale Unabhängigkeit der vier Gewalten voneinander sichern, sind entstanden. Mechanismen hingegen, durch die Druck auf Gerichte und Medien ausgeübt wird, florieren.

Das Werkzeug, der Zweck, das Medium und das Wesen eines solchen illegalen Steuerungssystems ist das, was pauschal als „Korruption“ bezeichnet wird. Der Begriff ist nicht ganz zutreffend, denn in Russland ist die Korruption nicht Zersetzungerscheinung sondern der Normalzustand. Daher wurde eine Vielzahl anderer Begriffe in der Forschung wie in der Praxis eingeführt. Die landläufige Formel lautet:

„Der Rubel besiegt das Übel“. So versteht man nicht nur das Wesen des Kapitalismus und der Marktwirtschaft, sondern auch das grundlegende Prinzip, nach dem die Beziehungen zwischen allen Subjekten überhaupt funktionieren. Das Prinzip ist uns angeblich vom Westen aufgezwungen worden. Wenn es die Leute nicht glücklich macht, dann soll das der beste Beweis dafür sein, dass die „westlichen Werte“ für Russland ungeeignet seien.

Die Entwicklung Russlands auf dem Weg zur Marktwirtschaft führte dazu, dass sich der Staat einerseits immer mehr sozialer Verpflichtungen entledigte, auf der anderen Seite aber mehr und mehr kostenpflichtige Dienstleistungen in den Bereichen einführt, die Menschen gewohnheitsgemäß (wenn auch nicht ganz zutreffend) und idealerweise als ganz oder doch zumindest weitgehend kostenlos betrachteten. Dabei bekommen Angestellte des Staatsapparates Privilegien, d.h. sie können kostenlos oder sehr billig das bekommen, was die Normalsterblichen teuer kaufen und/oder mit vielen schwierigen Behördengängen erkämpfen müssen. Somit reproduzierte sich das universale System der guten alten sozialistischen Mangelwirtschaft: wer schnell etwas bekommen will, muss entweder (legal oder illegal) zahlen oder Beziehungen haben oder selbst dem Verteilungsapparat angehören. Der Unterschied zur Sowjetunion besteht darin, dass dieser Grundsatz jetzt nicht für Konsumgüter gilt, sondern für strategische Ressourcen wie Macht, Sicherheit (im weitesten Sinne), Gesundheit, Bildung und Geschäftsmöglichkeiten.

Unzufrieden mit diesem Stand der Dinge, haben Viele neue Reformen gefordert. Und tatsächlich wurde und wird eine Vielzahl von Reformvorhaben in den 1990er und

2000er Jahren entwickelt und umgesetzt. Aber ihre Entwicklung und Umsetzung geschieht nach dem System, dass in Russland spätestens seit dem 19. Jahrhundert herrscht: In jeder Phase modifiziert der bürokratische Vollzugsapparat das Reformprojekt, damit die Angestellten durch die Reformen ihre Arbeitsplätze und Einflussbereiche nicht verlieren, sondern für sich selbst neue Verteilungs- und Kontrollbefugnisse schaffen können, um sich weiterhin Beschäftigung und Bestechungsgelder zu sichern.

Die reformatorische Gesetzgebung nach der Perestroika, insbesondere die Steuer-gesetzgebung, führt die Bürger, vor allem diejenigen, die Unternehmen gründen bzw. weiterführen wollen, systematisch in eine Sackgasse: Indem man versucht, gemäß einem Gesetz zu handeln, verstößt man gegen ein anderes. Wenn beispielsweise ein Unternehmer versucht, alle Steuern zu zahlen und alle Unterlagen ordnungsgemäß zu führen, bekommt er statt Mehrwert nur Verluste oder kann gar nicht mehr arbeiten. Das zwingt die Geschäftsleute dazu, diverse Steuerhinterziehungstechniken und graue Schemata zu gebrauchen, was sie wiederum in eine sehr prekäre Position gegenüber den Strafverfolgungsorganen bringt. Ihre Freiheit und die Möglichkeit, ihre Unternehmen weiterzuführen, erkaufen sie durch Bestechung und illegale Absprachen mit den Behörden. Eine Weile sind alle zufrieden: Der Geschäftsmann hat Gewinne und kann seinen Beschäftigten Löhne zahlen, der Beamte kann sich einen neuen Mercedes kaufen und seine Kinder auf eine Schule in England schicken. Wenn aber dieses System mal nicht richtig tickt, ist der Unternehmer ein Verbrecher, kommt ins Gefängnis und verliert dabei oft sein gesamtes Geschäft,

wenn es noch nicht in eine Offshore-Zone verbracht oder auf den Namen von jemand anderem registriert wurde. Heute sitzt jeder siebte (!) russische Unternehmer im Gefängnis oder hat diese Erfahrung mindestens einmal gemacht¹. Der Aufenthalt in einem russischen Gefängnis führt nicht nur zu einer schweren und oft tödlichen Gesundheitsbeschädigung (Tuberkulose, Gewalt usw.), sondern trägt auch zum Zusammenwachsen von Geschäfts- und Kriminellenmilieus bei. Heute glauben nur sehr wenige in Russland, dass man in der Wirtschaft erfolgreich sein und ein redlicher Mensch bleiben kann. In dieser Ansicht sind die traditionellen russischen antikapitalistischen Vorbehalte mit der Erfahrung der Moderne verschmolzen.

Die in diese Korruptionsstrukturen involvierten Beamten sind zwar durch ihre Ämter etwas besser geschützt, fühlen sich aber auch nicht sicher, denn oft genug, etwa wenn die Konkurrenz Interesse daran hat, fliegen die Affären doch auf. Das hält die korrupten Staatsdiener jedoch nicht von den kriminellen Geschäften ab, sondern begünstigt die Herausbildung einer „hit and run“-Haltung: Wer etwas für sich und die Seinen will, muss sich rasch bereichern, denn morgen kann es schon zu spät sein.

Durch parlamentarische Immunität sind ein Individuum, sein Eigentum und seine Geschäftsinteressen relativ besser gegen Willkür der Behörden und selektive Strafverfolgung geschützt. Dies führt dazu, dass im Gegensatz zu der Perestroikazeit, als sehr viele Volksabgeordnete wirklich etwas für die Verbesserung des Lebens

¹ Vgl. <http://www.bbc.com/news/magazine-18706597> (Zugriff 20.7.2015), <http://theweek.com/articles/461186/why-being-entrepreneur-russia-could-land-jail> (Zugriff 20.7.2015)

aller ihrer Mitbürger tun wollten, heute die meisten Abgeordneten und gewählten Funktionäre ihre Position nur als ein probates Mittel ansehen, um ihre eigenen Geschäftsinteressen zu fördern und überhaupt über dem Gesetz zu stehen. Das manifestiert sich nicht zuletzt in ihrem Brauch, große schwarze Autos mit Blaulicht zu fahren und ungestraft die Verkehrsregeln zu missachten. Um sich Plätze in gewählten Machtorganen zu sichern, benutzen Interessenten neben black campaigning-Taktiken Wählerbestechung, administrativen Druck auf die Wähler, Wahlbetrug und „optimierende“ Stimmzählung. Neuerdings werden Kandidaten, die als Systemgegner gelten, bereits im Vorfeld aus dem Feld geschlagen, indem ihnen fiktive Verstöße gegen die Gesetzgebung vorgeworfen werden. Und wenn jemand, der oder die das System ändern oder auch nur ignorieren möchte, doch gewählt wird, wird diese Person vom System entweder zermahlen oder umgeschmiedet oder ausgestoßen. Natürlich ist das Vertrauen der Öffentlichkeit in solche Gremien sehr gering.

Der Vertrauenspegel ist in Russland generell niedrig. Dabei ist das der Schlüsselfaktor für das Funktionieren der Marktwirtschaft, der Zivilgesellschaft und des demokratischen Gemeinwesens überhaupt. In Russland vertraut man großen öffentlichen Institutionen wie dem Staat, dem Gerichtswesen, der Schule kaum. Niedrig ist das Niveau des gegenseitigen Vertrauens zwischen Fremden, was für das Geschäftsklima auch schwerwiegende Folgen hat. Hoch genug ist der Vertrauenspegel nur in kleinen Kollektiven, die auf Verwandtschaft oder auf altbewährten freundschaftlichen Beziehungen basieren. Dies zeigt sich darin, dass man mit Vorliebe seine Verwandten oder alten Freunde zu

Partnern für ernst genommene Geschäftsprojekte macht. Solche verwandtschaftlichen und clan-ähnlichen Seilschaften existieren nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Regierung, auf allen Ebenen der Verwaltung, in Hochschulen, bei der Polizei usw. Sie wundern kaum jemanden mehr, ebenso wenig wie unrechtmäßige Bereicherung, Bestechung und Amtsmissbrauch. Wenn man als Normalsterblicher davon profitiert, etwa indem man seinen Sohn vom Wehrdienst freikaufte oder seiner kranken Mutter den Platz in einem guten Krankenhaus sichert, sieht man auch keinen Grund, sich als Mittäter anzusehen: „Alle machen das. Heutzutage geht es halt nicht anders.“ Und wenn man sich als ein Opfer der Korruption ansieht, bleibt der Protest in der Regel rhetorisch. Dass dieses System niemals mit polizeilichen Mitteln "besiegt" werden kann, zeigen die vielen erfolglosen Kampagnen und „Kriege gegen Korruption“, die auf verschiedenen Ebenen immer wieder ausgerufen werden und dann immer auf dasselbe hinauslaufen: binnen Monaten nach Entlassung und Bestrafung von einzelnen bestechlichen Beamten passt sich das System den neuen Umständen an und setzt seinen Betrieb dann wieder fort. Selbst wenn hehre Worte von „Transparenz“, „Partizipation“ und „zivilgesellschaftlicher Kontrolle“ gesprochen werden, passiert im Endeffekt immer das gleiche: Die wenigen ehrlichen Aktivisten resignieren und verlassen aus Protest den Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender ein Dienstauto mit Blaulicht bekommt und ein Auge zudrückt.

In der Putinzeit hat sich nur eines verändert: Das System wurde durch die so genannte „Vertikale der Macht“ ergänzt. Als KGB-Oberst hatte Putin den Plan, sicherzustellen, dass die Befehle „von oben

bis nach unten“ ausgeführt werden und Rechenschaft „von unten bis nach oben“ abgelegt wird, und zwar unter Umgehung von fremden Seilschaften. Dies führte im Wesentlichen zu zweierlei Ergebnissen. Erstens erhöhten sich die Risiken und damit auch die Transaktionskosten der Korruptionsschemata, so dass die als Bestechungsgelder bezahlten Beträge sich heute auf über 50%, manchmal bis zu 95% der Kosten jedes Projekts belaufen, für das die Genehmigung erwirkt werden muss. Zweitens sind die Institutionen der Demokratie endgültig ausgehöhlt worden: Ehemals gewählte Gouverneure und Bürgermeister werden heute offiziell oder de facto vom Präsidenten ernannt, und die Tätigkeit von gewählten gesetzgebenden Körperschaften reduzierte sich auf Ja-und-Amen-Sagen zu Gesetzesentwürfen, die aus dem Kreml kommen.

Nun stellt sich die Frage: Warum lassen die Bürger das alles zu? Warum kämpfen sie nicht für Rechtsstaatlichkeit und gegen Korruption? Warum haben sie in der Zeit, wo es möglich war, keine stabilen demokratischen Institutionen geschaffen? Warum verteidigen sie ihre Rechte nicht? Die Antwort ist: Die meisten russischen Staatsbürger sind nicht bereit, auf die Dauer in eigenverantwortlicher Selbstverwaltung zu leben und den Gesetzen zu gehorchen, nur weil Gesetz eben Gesetz ist. Viele von ihnen träumen zwar davon, dass sich Russland einmal verändere und so werde, wie die „zivilisierten westlichen Nationen“ angeblich alle seien: eine Gesellschaft, bestehend aus mündigen, aktiven, gut informierten und verantwortungsvollen Bürgerinnen und Bürgern, von denen jede(r) Freiheit, Vielfalt, Pluralismus von Meinungen und Kulturen hochschätzt, das Privateigentum und das Gesetz ach-

tet, und neben dieser Gesellschaft (nicht darüber!) ein unter zivilgesellschaftlicher Kontrolle stehender schlanker und effizienter sozialer Rechtsstaat, der die Bedürfnisse der Bürger befriedigt, ohne sich in ihr privates und geschäftliches Leben grundlos einzumischen, sich in keine militärischen Abenteuer stürzt und trotzdem dafür sorgt, dass das Land von der ganzen Welt als eine Großmacht respektiert wird. Und dass dies alles ohne Revolution und Blutvergießen erreicht werde. Ein schöner Traum. Aber die Voraussetzungen für seine Erfüllung fehlen. Selbst die bescheidene Protestwelle, die sich vor einigen Jahren wegen allzu dreister Wahlfälschungen erhob, konnte nicht zur Herausbildung einer demokratischen Alternative in Russland führen. Kundgebungen und Hungerstreiks sind ein (bislang nicht sehr effizientes) Mittel, den Machthabern einzelne Zugeständnisse abzutrotzen und sie an einen Dialog mit der Opposition zu gewöhnen. Für die Demonstranten sind sie ein (relativ effizientes) Mittel, die tief sitzende lähmende Angst vor der Polizei zu überwinden. Das sind zweifellos wichtige Sachen. Für sie zu kämpfen, lohnt sich allemal, und ich habe großen Respekt vor den Menschen, die dafür ihre Freiheit, Gesundheit und Karriere aufopfern oder einfach handeln, während ich zu Hause diese pessimistischen Zeilen schreibe. Aber ihre Erfolge und Errungenschaften sind Stationen auf einem Weg, der nicht zu den oben genannten Zielen führt. Was kann man mit einer Demo wirklich erreichen? Einen eventuell durch eine Massenkundgebung erzwungenen Dialog mit der Opposition könnte Putins Regime doch sowieso nur auf die Art und Weise führen, wie es zum Beispiel mit der Wirtschaft spricht, also nicht gerade demokratisch. Was könnte sonst noch erreicht

werden? Der Rücktritt von Präsident Putin und/oder einigen Schlüsselfiguren in der Regierung? Eher unwahrscheinlich, und wenn, dann wäre doch das gesamte System dadurch kaum erschüttert, geschweige denn aufgelöst. Das Beispiel Ukraine zeigt deutlich, dass ein revolutionärer Machtwechsel nicht unbedingt auch einen Systemwechsel bedeutet.

Die im Kontext der Protestbewegung entstandenen Gemeinschaftsstrukturen wie etwa „Occupy Abai“² sind ohne Zweifel sehr wichtig. Als diese jungen Leute in ihren autonom verwalteten Camps auf den Boulevards saßen, sahen sie den oben beschriebenen idealen mündigen Bürgern ähnlicher als diejenigen Anwohner, die "zivilisierte rechtsstaatliche" Mittel wie Gerichtsklage und -urteil gebrauchten, um sie zu verjagen. Aber diese Selbstorganisation war erstens autonom-anarchistisch statt zivilgesellschaftlich orientiert und zweitens funktionierte sie nur zeitweise, dank der außerordentlichen Bedingungen. Eine Veralltäglicung solcher Camps und ihre Transformation in Vergesellschaftungsformen in großem Maßstab sind unmöglich. Sie sind nicht der Keim, aus dem eine neue Gesellschaft und ein neuer Staat wachsen können. Solche Mikrogemeinschaften entstehen durch die Wirkung eines vereinigenden Faktors, sie sind emotional motiviert und halten sich durch adrenalinbetriebenen Enthusiasmus, solange der Faktor wirkt. Auf die Dauer könnten 140 Millionen Menschen mit all der Vielfalt ihrer Lebensumstände und Bedürfnisse so nicht leben.

Ebenso ist es um die NGOs und die Freiwilligenbewegung bestellt. Sie leisten hervorragende Arbeit und helfen Zehntausenden von Menschen, ich bewundere ihre Bemühungen, aber wenn ihre Entwicklung

in quantitativer und qualitativer Hinsicht weiter so verlaufen wird, wie es heute der Fall ist, werden diese Organisationsformen auch in 20 Jahren noch vereinzelt Fremdkörper im konstant bleibenden System darstellen. Sie sind ein notwendiger, aber nicht ausreichender Bestandteil einer demokratischen Zivilgesellschaft.

Welcher Weg führt denn nun zur Demokratie? Keiner. Es gibt heute keine praktikable „road map“ für Russland. Und hier ist der Grund:

Mit institutionellen und Verfassungsreformen, so wichtig sie auch sind für die Demokratie, ist es noch lange nicht getan. Jedes System funktioniert durch die Menschen, die es tragen, die mitmachen und ihre Kinder entsprechend erziehen. Die große russische Gesellschaft aber besteht zu einem überdurchschnittlich großen Teil aus Menschen, deren sozialer Charakter von Psychologen und Soziologen als „autoritär“ definiert wird³. Solche Leute gehorchen gern einem Stärkeren und bringen gern Schwächere zu Gehorsam; sie haben an dieser Kombination eine irrationale sadomasochistische Freude. Sie glauben gern, dass nicht sie es sind, die ihr Leben lenken, sondern irgendwelche höheren Gewalten wie z.B. das Staatsoberhaupt oder eine geheime globale Re-

² Unter der Bezeichnung „#OccupyAbai“ fand vom 9.–16. Mai 2012 eine Protestaktion gegen Wahlbetrug neben dem Denkmal für den Dichter Abai Kunanbaev in Moskau statt. Das Zeltdorf, in dem sich spontan ein ebenso intensives wie kreatives Gemeinschaftsleben entwickelte, wurde von der Polizei zerstört.

³ Das Konzept des „autoritären sozialen Charakters“ wurde von der Forschergruppe um Erich Fromm erstmals zu Beginn der 1930er Jahre formuliert und später von Theodor Adorno und anderen Mitarbeitern des Instituts für Sozialforschung in der (im Gegensatz zu Fromms Pionierarbeit) berühmt gewordenen Studie zur „authoritarian personality“ weiterentwickelt. Vgl. Fromm, Erich (1983): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches - eine sozialpsychologische Untersuchung. Bearb. und hrsg. von Wolfgang Bonss, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.

gierung⁴. Wie Kinder eines gewalttätigen Vaters respektieren sie nur jemanden, vor dessen Stärke sie Angst haben, und finden einen Vorgesetzten gut, wenn er väterliche Strenge und Fürsorge an den Tag legt⁵. Freiheit verstehen sie eher als die Möglichkeit, ungestraft Gesetze zu übertreten. Ihr Selbstwertgefühl basiert nicht auf ihrem Menschsein oder ihren Errungenschaften, sondern auf der Zugehörigkeit zu etwas Großem und Heiligem, z.B. einer Großmacht wie dem ehemaligen Russischen Zarenreich oder der Sowjetunion. Daher fühlen sie sich nur in einem militaristisch-autokratisch-paternalistischen Staat wohl und sehnen sich, wenn sie ehrlich sind, gar nicht nach der Demokratie, zumal die moderne Demokratie auch Vielfalt bedeutet und diese Menschen keine Andersartigen, keine Erfolgreichen, keine „viel zu Schlaunen“ und keine Fremden mögen⁶. Wenn solche Untertanen sich einmal erheben, tun sie das nicht zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, sondern sie rebellieren gegen den konkreten Herrscher, von dem sie sich beleidigt fühlen, weil er nicht richtig für sie sorgt. Das Ziel ihrer Revolte ist dann, ihn zu stürzen, an ihm Rache zu üben, dann seinen Platz einzunehmen und seine Privilegien zu genießen. Sie können nicht anders, sie können nicht einmal länger als fünf Minuten so werden wollen, wie

die imaginierten Bürger im imaginierten Westen sind. Sie können nur deren Häuser und Autos haben wollen.

Es ist nicht ihre Schuld, dass sie so sind und so bleiben. Man kann sich seinen sozialen Charakter nicht aussuchen. Er wird durch Sozialisation in der Familie, im Kindergarten, in der Schule, in der Armee, ja noch im Studium und im Beruf von Generation zu Generation weitergegeben. Man kann die heute Lebenden nicht mehr umerziehen. Man kann ihnen nicht befehlen, demokratisch zu sein. Ein anderes Volk aber hat Russland nicht.

Neben den merkantilen Interessen korrupter Herrscher ist dies der Hauptgrund, warum jeder Versuch, in Russland eine Zivilgesellschaft und eine Demokratie aufzubauen, bestenfalls zu einem „moderate failure“ führen würde. Mit diesem Begriff haben die Amerikaner das Ergebnis ihrer ersten Re-Education-Bemühungen in Deutschland nach 1945 beschrieben. Sie haben es dann anders angepackt und mit dem Rückenwind des Wirtschaftswunders die Nachkriegsgeneration der Westdeutschen teilweise doch umerzogen, wenigstens soweit, dass „1968“ möglich wurde und die autoritäre Erziehung ihre Vormachtstellung langsam verlor. Russland aber müsste sich da an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen, und zwar Jahrzehnte lang, denn es braucht mehrere Generationen, die Erziehungstraditionen radikal zu verändern. Das ist eher unwahrscheinlich. Es ist nicht zu erwarten, dass Millionen von Eltern, Großeltern, Kindergärtnerinnen, Lehrkräften, Kommandeuren und anderen Agenten der Sozialisation auf einmal umdenken und die Kinder anders erziehen als sie und ihre Vorgänger das von jeher getan haben. An die Grundsätze der nicht-autoritären Erzie-

⁴ So glaubten z.B. im August 2014 45% der Befragten, dass die Regierungen vieler Länder von einer globalen Organisation kontrolliert werden, die die Weltherrschaft anstrebt. Vgl. <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=114979>.

⁵ Laut Umfragen finden es ca. 40% der Erwachsenen in der Russischen Föderation „gut“, dass sie als Kinder „streng erzogen“ wurden, wobei unter einer strengen Erziehung vor allem „Prügeln und Anschreien“ verstanden wird. Vgl. <http://fom.ru/Rabota-i-dom/10974>.

⁶ Laut Meinungsumfrage von 2011, stehen „Demokratie“ und „Toleranz“ für nur 4 bis 5% der Bevölkerung Russlands auf Platz eins, während „Schutz“ von 14% und „Stabilität“ von 24% der Befragten als „die wichtigsten Begriffe“ bezeichnet werden: <http://fom.ru/TSennosti/72>.

hung, an die Ideale der Zivilgesellschaft, Freiheit und Eigenverantwortung glauben nur wenige, und wenn diese Wenigen irgendwo als ErzieherInnen tätig sind, dann ist ihre Tätigkeit wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Zahl der Erziehungs- und Bildungsanstalten, die der allgemein vorherrschenden autoritären Charakterbildung entgegenwirken, liegt im unteren zweistelligen Bereich und es gibt keinen Grund zu erwarten, dass sie in absehbarer Zeit steigen wird.

Als Fazit bleibt festzustellen: die Perestrojka hat zu enormen Umwälzungen im Leben von Hunderten von Millionen Menschen geführt und ist in diesem Sinne nicht ohne Folgen geblieben. Aber Russland hat schon in den frühen 90er Jahren aufgehört, sich in Richtung Demokratie und Rechtsstaat zu bewegen. Die ganze Entwicklung der darauffolgenden Jahrzehnte ging und geht in eine andere Richtung, weil eine soziale Trägerschicht für die Demokratie fehlt und der dominierende soziale Charakter der Bürger eher ein autoritäres Regime begünstigt.

Literaturverzeichnis

- Besançon, Alain (1980): Présent soviétique et passé russe, Paris: Hachette.*
- Fromm, Erich (1983): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches - eine sozialpsychologische Untersuchung. Bearb. und hrsg. von Wolfgang Bonss, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.*
- Gudkov, Lev/Zaslavsky, Victor (2011): Russland: Kein Weg aus dem postkommunistischen Übergang. Aus dem Ital. von Rita Seuß, Berlin: Wagenbach.*
- Gudkov, Lev (2007): Russlands Systemkrise: Negative Mobilisierung und kollektiver Zynismus. In: Osteuropa 57, H. 1, S. 3-13.*

Umbruch in der Ukraine: vier Geschichten und drei Thesen zum Nachdenken

Um die Entwicklung in der Ukraine, insbesondere in dem östlichen, von prorussischen Separatisten besetztem Teil des Landes, besser zu verstehen, werde ich vier kleine Geschichten erzählen und danach drei Thesen vorschlagen, welche die Entwicklungen in meinem Land etwas anders erklären, als die in Deutschland durchaus verbreitete russische Propaganda. Lassen Sie uns gleich mit der Geschichte 1 anfangen. Diese Geschichte wurde am 12.07.2014 in dem russischen Fernsehkanal Perwyj kanal von einer Frau, angeblich einem Flüchtling aus der von der ukrainischen Armee befreiten Stadt Slowjansk erzählt. (Später stellte sich heraus, dass diese Dame gar nicht aus Slowjansk kam, sondern aus der Zentralukraine, weshalb auch klar wurde, warum sie mit dem ostukrainischem Akzent so stark übertrieben hatte). Es ist wichtig zu wissen, dass Perwyj kanal zurzeit in Russland landesweit der Sender mit der größten Reichweite ist und von 99,8 % der russischen Bevölkerung empfangen werden kann. Die wöchentliche Zuschauerschaft beim Sender erreicht über 80 % der Bevölkerung. Hinzu kommt die russischsprachige Bevölkerung im Ausland. Also, die „Frau aus Slowjansk“ in dem russischen Flüchtlingslager erzählte folgende Geschichte: „Der 3-jährige Junge wurde in Slowjansk von ukrainischen Soldaten vor den Augen seiner Mutter gekreuzigt. Zwei Soldaten haben ihn gehalten und einer hat ihm Nägel

durch die Hände geschlagen. Das geschah auf dem Hauptplatz von Slowjansk. Der Junge hing da wie ein kleiner Jesus. Der hat geschrien. Einige Zeugen sind ohnmächtig geworden. Die Mutter wurde danach auf den Panzer gefesselt und der Panzer drehte Runden mit ihr auf dem Hauptplatz.“¹

Mehrere ukrainische als auch russische Journalisten sind dem Fall nachgegangen und haben keine Hinweise darauf gefunden, dass ukrainische Soldaten solche grausamen Hinrichtungen an Kindern ausführen. Die von der Frau im russischen Flüchtlingslager erzählte Geschichte erscheint noch unglaubwürdiger, als herauskam, dass es den genannten Leninplatz in Slowjansk überhaupt nicht gibt. Es gibt in Slowjansk nur eine Lenistraße.

Die zweite Geschichte, die ich erzählen möchte, lief auf demselben TV-Sender Perwyj Kanal. Die Sendung in den Nachrichten am 2.11.2014 begann mit folgendem Satz: „Wir haben das aus verschiedenen Augenzeugenberichten und aus Kommentaren von ukrainischen Soldaten zusammengestellt“. Der Bericht kam aus einem kleinen Dorf im Oblast Luhansk, das von prorussischen Separatisten zurückerobert wurde. Wir sehen angeblich den Bürgermeister des Dorfes, der sagt: „die [ukrainischen Soldaten] haben den Befehl bekommen, uns alle zu erschießen“. Der

¹Vgl. <http://www.1tv.ru/news/world/262978> (Zugriff am 25.1.2015)

Soldat sagte zu ihm in einem Gespräch: „Seid alle froh, dass wir diesen Befehl nicht ausgeführt haben“. Der Bürgermeister fragte darauf hin, wofür der Soldat kämpfe und welche Belohnung er dafür bekäme. Der Soldat antwortete: „Ich bekomme ein Stück Land und zwei Sklaven“. Es ist wirklich überraschend, dass solche fantastischen Lügen – vom gekreuzigten Jungen und von angeblich versprochenen Sklaven – im 21. Jahrhundert überhaupt produziert werden und existieren. Ganz zu schweigen von der Frage: Wie kann man solchen Geschichten glauben? In Nordkorea wäre dies ja noch nachvollziehbar, wo es keinen Zugang zum Internet gibt. Aber in Russland oder auch in Teilen der Ukraine...?

Lassen Sie uns weiter zu Geschichte 3 übergehen. Das elektronische Wahlsystem wurde von den Separatisten in den sogenannten Volksrepubliken für ihre Wahlen eingeführt. Bisher gab es in der Ukraine oder in Russland noch keine so fortschrittliche Technik. Einem Wähler in DNR („Volksrepublik Donezk“) ist es dank dieser Technik gelungen, seine Kuh erfolgreich als Wählerin zu registrieren. Er hat im Namen seiner Kuh gehandelt. Am Anfang erklärte die Kuh, dass sie nicht zur Wahl kommen könne, weil sie im Stall festgebunden war, Zitat: „Kann nicht kommen, stehe festgebunden“. Das elektronische Wahlsystem hat diesen Antrag der Kuh angenommen und bearbeitet. Zur weiteren Bearbeitung wurden von der Kuh Passdaten verlangt. Die Kuh meldete, dass ihre Kuhnummer am Ohr, die sie von ihrem Kuhhirt bekommen hatte, so und so lautete. Danach fragte das System nach der Adresse. Die Kuh gab an, sich im Dorf „Verloren“ im Kuhstall 5 aufzuhalten. Das System akzeptierte problemlos die von der

Kuh angegebenen Daten und die Kuh durfte gleich online wählen. Nicht nur die Kühe wurden erfolgreich als Wähler registriert: Eine Dame hat sich als Staatsbürgerin Burkina Fasos registriert und durfte wählen. Es gibt noch viele weitere Berichte, wie dieses elektronische Wahlsystem als simple Inszenierung von Wahlen durch die Separatisten genutzt wurde.²

Gut zu wissen ist auch, dass die Separatisten der DNR ganz ehrlich waren: Es stand auf der Internetseite der Wahlkommission, dass nur zwei Bewegungen zur Wahl zugelassen wurden: „Donezk Republik“ und „Die Volksbefreiungsbewegung von Donbass“. Die beiden Bewegungen (keinesfalls „Parteien“) sind explizit antiukrainisch. Dass die ukrainischen Parteien nicht zugelassen wurden, überrascht wenig. Aber nicht einmal die prorussischen Parteien „Noworossija“, „Jedinaja Rossija“ und die Bewegung „Oplot“ wurden zugelassen.³ Nirgendwo wurde begründet, wie der Entscheidungsprozess vonstatten ging. Es gab außerdem keine Informationen über die Kriterien für eine Zulassung. Eine Vorstellung von auch nur annähernd demokratischen „Volkswahlen“ in den „Volksrepubliken“ ist deshalb allzu idealistisch: Es gab im Prinzip keine Wahlen, denn es gab erstens kaum Auswahlmöglichkeiten aus einem genügend weiten

² Das elektronische Wahlsystem war für kurze Zeit ein zentrales Thema als Beweis dafür, dass es keine richtige Wahlen, sondern nur eine Inszenierung davon gab. Siehe etwa: <http://gordonua.com/news/war/Lubkivskiy-rasskazal-kak-na-vyborah-DNR-progolosovala-korova-49291.html> , <https://news.pn.ua/RussialnvadedUkraine/117556> , <http://nv.ua/opinion/bershidsky/korovy-golosuyut-putin-glubzhe-zapuskaet-kogti-v-donbass-19258.html> (Zugriff am 25.1.2015)

³ Siehe: http://censor.net.ua/news/306714/tsik_terroristicheskoyi_dnr_ne_pustil_na_vybory_partii_gubareva_i_putina oder die Infostelle von Separatisten: <http://dnrespublika.info/2014/10/dvizhenie-svobodnyj-donbass-zaregistrirovano-dlya-uchastiya-v-vyborah-v-verxovnyj-sovet-dnr/> (Zugriff am 25.1.2015)

politischen Repräsentationsspektrum und zweitens durften sogar die Kühe mit fortschrittlichen online-Technologien wählen. Die letzte Geschichte 4 kommt aus Luhansk, wo eine „Sitzung des Volksgerichts von Noworossija“ stattfand. Dieses Video wurde im Internet sehr populär: Wir sehen militärisch gekleidete Männer, die auf einem Podium sitzen. Der Chef der Bande „Prisrak“, Alexej Mozgowoj, erklärt dem Publikum: „Das sage ich jetzt zum letzten Mal: Wenn wir abends in Kneipen irgendwelche Frauen erwischen, werden die verhaftet!“ Sein Sitznachbar fügte hinzu: „Die müssen alle vergewaltigt werden!“ Der Erste sagte daraufhin: „Die Frauen sollen zu Hause sitzen und sich um ihre Kinder kümmern und sticken. Die Frauen, die abends in Kneipen sitzen, sind alle Prostituierte“. So ist die Realität in einer Stadt, die durch eine Bande kontrolliert wird, um angeblich die Bevölkerung gegen „ukrainischen Faschisten“ zu verteidigen – keine rebellische Idylle.

Was lernen wir aus diesen Geschichten? Drei Thesen möchte ich dazu vorbringen. Die erste These ist: die Entwicklungen in der Ukraine zeigen, dass im europäischen Raum zur gleichen Zeit zwei unterschiedliche Zeitperioden, zwei unterschiedliche historische Denkmuster existieren, deren Koexistenz aber nicht mehr friedlich ist. Bulgariens Staatspräsident Plewneliew sprach am 04.10.2014 im F.A.Z.-Interview über die Stellung Russlands sehr deutlich: „Alle Europäer haben mit dem Fall der Berliner Mauer gewonnen – Freiheit, Demokratie, Perspektive. Wladimir Putin sieht den Fall der Mauer und den Zusammenbruch der Sowjetunion dagegen als Katastrophe, und daraus ergibt sich eine Interpretation der Geschichte, die Europa und seinen Werten grundsätzlich entgegensteht [...] In

der Welt von Präsident Putin geht es dagegen noch zu wie im 19. Jahrhundert, als es Großmächte gab und eine Peripherie, die sich unterzuordnen hatte. Die wichtigste Lektion aus dem Zweiten Weltkrieg ist aber doch, dass jedes Volk, ob groß oder klein, seine Rechte hat. Europa basiert nicht auf Okkupationen und der Macht des Stärkeren, sondern auf der Herrschaft des Rechts. Russland muss lernen, Partner zu haben, nicht Vasallen und Untertanen.“ Um die Bevölkerung im östlichen Teil der Ukraine von der „europäischen Perspektive“ der Ukraine abzuschrecken, wird die Regierung in Kiew von russischen Medien als „faschistisch“ bezeichnet. Die verspricht ja ihren Soldaten sogar „Land und Sklaven.“ Die russische Absicht lautet: die Ukraine als Peripherie von Russland darf keine eigene Außenpolitik führen – nur mit der Genehmigung von Russland.

Meine zweite These: Die Bruchlinien in Osteuropa sind heute nicht nur geopolitische Bruchlinien. Damit könnte man die Situation nach dem zweiten Maidan (2013/14) ziemlich einfach erklären: Ein Teil der Bevölkerung wollte sich der EU anschließen, der andere dagegen nicht. So einfach ist es nicht, denn diese Bruchlinien sind auch zivilisatorische Bruchlinien. Der Begriff ‚Russkiy mir‘ also ‚die russische Welt‘ ist eine ideologische Bezeichnung, die aus dem Kreml kommt um alles, was man als „russisch“ bezeichnen kann, als eine eigenständige Zivilisation zu beschreiben. Die westliche Idee der Demokratie passt in diese Zivilisation nicht hinein. Es gab in der sowjetischen Ideologie auch eine Demokratie und zwar eine Volksdemokratie mit Wahlen ohne Wahl. Die Beispiele der sogenannten ‚Volksrepubliken‘, (die nicht ohne Zufall so bezeichnet werden) zeigen, dass es immer noch kein Verständnis der

Demokratie im westlichen Sinne des Begriffes gibt, ganz zu schweigen von liberalen Vorstellungen über die Gleichstellung von Männern und Frauen oder zu ähnlichen Fragen (z.B. Homosexualität).

Meine dritte These ist eher eine Antwort auf die Frage, warum die russische Propaganda die Ukrainer, die ihr Land nicht als Teil Russlands oder der ‚russischen Welt‘ verstehen, so gerne als Faschisten bezeichnet. Die ukrainische Nation ist nach dem Maidan als eine zivile Nation neugeboren. Deshalb kam es in den russischen Medien gleich nach der Annexion der Krim so oft zu der These, dass die Ukraine als Staat schon zerfallen sei und es keine Ukraine mehr gäbe und dass schon zuvor der ukrainische Staat ein dummer Fehler gewesen sei usw. Heutzutage ist es klar geworden, dass die vom Kreml propagierte „Teilung der Ukraine“, wie zum Beispiel

die sprachliche Bruchlinie zwischen ukrainisch- und russischsprachigen Ukrainern, in Wirklichkeit kein politisches Problem darstellt: Die beiden Gruppen gehören zu einer neugeborenen ukrainischen zivilen Nation, in welcher die Muttersprache kein Problem darstellt. Die nicht unerhebliche Unterscheidung zwischen einem zivilen Nationsverständnis und einem faschistoiden ist der ‚russischen Welt‘ jedoch nicht klar, weil sie die liberalen Prinzipien des ersten nicht versteht und nicht akzeptiert. Die Ukraine als Staat ist selbst nach der Annexion der Krim und während des Kriegs im Osten des Landes nicht zerfallen, sondern als eine multiethnische und multisprachige Nation sogar stärker geworden. Was ihr heute bleibt, was sie aber allein nicht gewährleisten kann, ist, auf Frieden und eine stabile Demokratie zuhause zu hoffen.

Sezession und Völkerrecht im Ukraine-Konflikt. Droht ein neuer Kalter Krieg?

Der Ukraine-Konflikt erschüttert die Grundlagen der europäischen Ordnung, wie sie sich nach Ende des Kalten Krieges herausbildeten. Er hat zu einer nachhaltigen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen geführt und die Koordinaten europäischer Sicherheit verschoben.¹

Der Konflikt legt bloß, wie sehr sich nationale Identitäten, historische Perzeptionen, wechselseitige Images und normative Grundorientierungen zwischen Russland und dem Westen auseinander entwickelt haben – und es ist im Rückblick erstaunlich, dass es einer solchen Krise bedurfte, um diese Auseinanderentwicklung ins Bewusstsein zu rücken. Nicht dass Russland nicht auch schon zuvor der Region, die es heute „russische Welt“ nennt, seine Ordnungsvorstellungen durch eine Mischung aus politischen, militärischen und auch wirtschaftlichen Maßnahmen aufoktroziert hätte – man denke an die Tschetschenienkriege 1991-1999, die verdeckten Interventionen in Georgien und Moldawien 1992-94, die offene Intervention in Georgien 2008, die russische Öl- und Gaspolitik in der Region oder den Nicht-Abzug der 14. Armee aus Transnistrien. Doch diesmal reagiert der Westen geschockt, sucht kaum mehr wie zuvor Exkulpationen wie den Verweis auf innere Angelegenheiten oder die Mitschuld anderer. Und es ist die EU

mit ihrer Europäischen Nachbarschaftspolitik und nicht die NATO oder die USA, die zum zentralen Gegenspieler Moskaus avanciert.

Die Desillusionierung sitzt tief – auf beiden Seiten. Das Russlandbild im Westen hat sich durch die russische Intervention auf der Krim wie im Donbass nachhaltig verdüstert. Der Eindruck, dass Russland zu einer machtsstaatlichen Außenpolitik zurückgekehrt ist, die das Völkerrecht den eigenen strategischen Interessen unterordnet, ist weit verbreitet. Vor allem ist das Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit Russlands als Partner unterminiert. Wie weit Putin noch gehen wird, scheint vielen höchst unsicher. Umgekehrt hält Putin das westliche Insistieren auf Menschenrechten und Demokratie für einen ideologischen Schleier, hinter dem der Westen selbst Regimewechsel betreibt. Dem Ukraine-Konflikt gingen Warnungen Putins voraus, die auf eine fundamentale Verletzung russischer Interessen insbesondere durch die NATO-Osterweiterung, die Kosovo-Intervention und den Sturz Gaddafis, aber auch durch die Östliche Partnerschaft der EU hindeuteten.

Hier prallen unterschiedliche Handlungslogiken aufeinander. Insbesondere in Europa war ein liberal-idealistisches Fortschrittsdenken herangewachsen, das eine fortschreitende Demokratisierung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen annahm, zumindest im zusam-

¹ Der Autor bittet um Verständnis, wenn er sich nachfolgend auf wenige Belege beschränkt. Auf Nachfrage ist eine Version mit breiter Dokumentation erhältlich.

menwachsenden, postnationalen Europa, und geostrategisches Denken in den Kategorien von Territorialgewinn, Machterweiterung und Einfluss-Sphären endgültig der Vergangenheit zuordnete. Die Realitätskollision Ukraine ist nun schmerzhaft und vielleicht auch deshalb die Reaktion so heftig. Sie stellt die gesamte normative Grundlage nicht nur der Partnerschaft mit Russland, sondern des europäischen Modells in Frage. Und die russische Führung, die vielleicht nie die Grundannahmen dieses Modells teilte, ist überrascht über das Ausmaß auch der emotionalen Reaktion im Westen, insbesondere in Deutschland. Je länger dieser Konflikt andauert und je länger er vor allem gewaltsam bleibt, desto irritierender ist er und desto langfristiger seine Wirkung. Insbesondere in Deutschland hat dies nicht nur die engagierteste außenpolitische Debatte seit Jahren, sondern auch einen tiefgreifenden Wandel der außenpolitischen Kultur eingeleitet. Der folgende Essay bezweckt zweierlei. Zum einen will er zu einer staats- und völkerrechtlichen Bewertung der Sezessionen in der Ukraine beitragen, indem das Phänomen in seinen größeren Zusammenhang der Debatte um die Legalität und Legitimität von Sezessionen eingebettet wird. Hier lautet das zentrale Argument, dass die Sezessionen in der Ukraine wie das russische Verhalten sowohl nationalem ukrainischen als auch internationalem Recht widersprechen. Zum zweiten wird der Beitrag diskutieren, ob wir derzeit eine Rückkehr in den Kalten Krieg erleben. Hier wird betont, dass es maßgebliche Unterschiede zwischen der Entstehungsphase des Kalten Krieges und dem Ukraine-Konflikt gibt, insbesondere mit Blick auf das veränderte russische Machtpotential und die westliche Politik der Zurückhaltung.

1. Verfassungs- und völkerrechtliche Rahmenbedingungen

In der Ukraine findet ein Sezessionskonflikt statt, der im internationalen Vergleich drei Eigentümlichkeiten hat.² Zum einen wurden die Sezessionen erst durch die Patronage Russlands möglich. Patrone können, wenn sie politische und militärische Rückendeckung signalisieren, das Konfliktkalkül potentieller Sezessionisten nachhaltig zugunsten einer Abspaltung verschieben. Sie ändern die Machtbalance in Sezessionskonflikten, die innerstaatlich meist klar die Zentralregierung begünstigt. Ohne eine solche Patronage beschränken sich die meisten Sezessionsbestrebungen auf Autonomieforderungen im Staat oder sie scheitern am Widerstand der Zentralregierung. Patronage ist also eine zentrale Erfolgsbedingung von Sezessionen. Hinzu kommt Staatsschwäche, die das Fenster für eine Abspaltung weiter öffnet, da auch sie die Machtbalance zugunsten der Sezessionisten verschiebt. Im Fall der Ukraine kamen beide Momente zusammen: die Schwäche Kiews während der Demonstrationen auf dem Majdan und nach der Flucht Janukowitschs wie auch die deutlichen Signale aus Moskau an die Sezessionisten, sie bei einem etwaigen Abspaltungsversuch zu unterstützen. Ohne diese politische, finanzielle und militärische Unterstützung könnten sich die „Volksrepubliken“ im Donbass heute kaum behaupten. Zentral für eine Beibehaltung dieser Unterstützung ist die Offenhaltung der ukrainisch-russischen Grenze für den russischen Nachschub und damit die Nichteinhaltung der Minsker Abkommen vom September 2014 und Februar 2015.

² Zu Sezessionskonflikten grundlegend: Buchheit (1971), Horowitz (1985), Buchanan (1991), Ott (2008) sowie Pavkovic und Radan (2011).

Zweitens handelt es sich in der Ukraine um einen Doppelkonflikt, der sich sequentiell entfaltet: am Anfang stand die Abspaltung der Krim, danach folgte ein Spill-Over in die Ostukraine. Folgesessionen in einem Land kennen wir auch andernorts, etwa aus den Balkankonflikten der 1990er Jahre (Biermann 2014). Die Wechselwirkung solcher Sezessionen beruht auf ideellen Demonstrationseffekten – der Erfolg der einen ermutigte die anderen – wie auf materiellem und personellem Austausch. Auffällig ist dabei, dass sich die Sezessionseliten im Donbass nicht zu einem homogenen Sezessionsgebilde zusammenschließen, sondern zwei offensichtlich rivalisierende „Volksrepubliken“ ausgerufen haben.

Zum dritten ging die Sezession im Fall der Krim unmittelbar in einen Anschluss durch Russland über. Irredentismus, so Horowitz (1992: S. 119), „involves subtracting from one state and adding to another state, new or already existing, secession involves subtracting alone“. Irredentismus durch Anschluss an einen bestehenden Staat, wie wir ihn durch die Annexion des Sudetenlandes oder Österreichs durch Hitler-Deutschland kennen, ist sehr selten; seit 1945 gab es keinen Fall von erfolgreichem Irredentismus und kaum offene Bestrebungen. Das dürfte daran liegen, dass (1) hier die Zustimmung eines Drittstaates erforderlich ist, (2) Irredentismus international stark geächtet ist, da es zwischenstaatliche Grenzen in Frage stellt, und (3) sezessionistische Eliten lieber einen eigenen Staat gründen als sich in einem anderen unterordnen. Dabei kann die Initiative zum Irredentismus von den Sezessionisten oder vom Mutterstaat ausgehen; im Fall der Krim scheint beides Hand in Hand gegangen zu sein. Jedenfalls

sind fingierte „Hilferufe“ von Landsleuten ebenso wie Referenden und Verweise auf eine vermeintliche „Heimkehr“ ins Mutterland bewährte Instrumente, um Legitimitätsfassaden aufzubauen. Durch Militärbasen im Land, wie etwa den russischen Marinestützpunkt in Sewastopol, lassen sich irredentistische Bestrebungen leichter umsetzen.

Will man die Legalität beider Abspaltungsprozesse ermesen, sind das nationale Verfassungsrecht wie das Völkerrecht zugrunde zu legen. Dass die Ukraine als junger Staat mit von Anfang an gespaltener Identität und latenten territorialen Ansprüchen Russlands sehr auf seine territoriale Integrität und nationale Souveränität bedacht war und etwaige Infragestellungen antizipierte, kommt in der ukrainischen Verfassung von 1996 zum Ausdruck. Artikel 2 bestimmt:

„Die Souveränität der Ukraine erstreckt sich auf ihr gesamtes Territorium. Die Ukraine ist ein unitarischer Staat. Das Territorium der Ukraine ist in seinen bestehenden Grenzen unteilbar und unantastbar.“

Artikel 17 fügt hinzu:

„Auf dem Territorium der Ukraine ist die Bildung und die Existenz jeglicher bewaffneter Einheiten, die durch das Gesetz nicht vorgesehen sind, verboten.“

Im Gegensatz zum einvernehmlichen Referendum in Schottland und den andauernden Verhandlungen um die Zukunft Kataloniens erfolgte die Annexion der Krim und die Errichtung der sogenannten Volksrepubliken in Donezk und Luhansk durch einseitige Abspaltungsbeschlüsse nicht dazu legitimierter Organe, Referenden

unter Gewaltandrohung und militärische Gewalt. Für Verhandlungen und Kompromisse wurde kein Spielraum gelassen – ein klarer Bruch der ukrainischen Verfassungsordnung.

Was die völkerrechtliche Beurteilung anbelangt, so ist daran zu erinnern, dass das moderne Völkerrecht, insbes. die VN-Charta, der Souveränität existierender Staaten und ihrer territorialen Integrität Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht einräumt (Tomuschat 1993, Ott 2008). Dies entspricht dem wesentlichen Ziel des Völkerrechts: der Wahrung der internationalen Ordnung und des Friedens. Die Folge ist ein weitgehendes Sezessionsstau, das gerade auch Russland in den Jahren zuvor mit Verweis auf das Kosovo hochhielt. Dies dokumentiert sich in der ganz überwiegenden Nicht-Anerkennung abgespaltener Entitäten wie Nagornij-Karabach, Transnistrien oder Tamil Eelam durch die internationale Gemeinschaft (Pegg 1999; Caspersen/Stansfield 2011).

Allerdings bildet sich im Völkerrecht letztlich eine Rechtsmeinung heraus, die Sezessionen in drei Ausnahmetatbeständen doch zulassen will (Oeter 1992): erstens im Fall konsensualer Sezession, wenn eine Zentralregierung einer Sezession zustimmt (etwa Auflösung der Tschechoslowakei 1993); zweitens bei „unechter Sezession“, wenn die Sezession also eine widerrechtliche Einverleibung rückgängig macht (etwa der baltischen Republiken in die Sowjetunion auf Basis des Hitler-Stalin-Paktes); drittens im Fall von „remedial secession“, wenn also schwerste und lange anhaltende Menschenrechtsverletzungen durch die Zentralregierung Sezession zum letzten Ausweg machen (wie für das Kosovo diskutiert).

Keiner dieser Ausnahmetatbestände lässt sich auf die Ukraine anwenden. Weder sind die Abspaltungen konsensual erfolgt noch gab es eine vorherige widerrechtliche Einverleibung.³ Und von massiven Menschenrechtsverletzungen kann nicht die Rede sein. Dem steht das Kosovo markant entgegen. Dort hatte, erstens, Belgrad 1989 einseitig und gewaltsam eine Autonomieaufhebung durchgesetzt. Zweitens gingen der kosovarischen Sezession umfangreiche internationale Vermittlungsbemühungen unter Einbezug aller Konfliktparteien voraus, die über einen Zeitraum von über einem Jahrzehnt in dreizehn unterschiedlichen Mediationen Serbien vergeblich zu einer Gewährung von Autonomierechten motivieren wollten. Und drittens wurde die kosovo-albanische Bevölkerung seit 1989 stark diskriminiert, was 1998/99 in eine Politik ethnischer Vertreibung mündete (Biermann 2006 und 2013).

2. Wiederkehr des Kalten Krieges?

Seit der Krim-Annexion eskaliert eine Konfliktschneise zwischen Russland und dem „Westen“, die an die Frühphase des Kalten Krieges 1945 bis 1948 erinnert. Die Warnungen vor einer Rückkehr des Kalten Krieges sind allgegenwärtig. Wie berechtigt sind sie?

Ganz offenkundig gibt es Parallelen zwischen dem Ukraine-Konflikt und dem Beginn des Kalten Krieges. Russland ist dabei, im post-sowjetischen Raum einen „cordon sanitaire“ zu sichern. Das Ausgreifen Moskaus löst wie in der Entstehungsphase des Kalten Krieges auch ohne die

³ Die Übereignung der Krim an die Republik Ukraine innerhalb der Sowjetunion 1954 war ein innerstaatlicher Akt der Verschiebung von Verwaltungsgrenzen. Er wurde spätestens mit der Anerkennung der Ukraine durch 1991 von Russland völkerrechtlich anerkannt.

damalige ideologische Dimension eine Distanzierung des Westens von Moskau aus, eine Neubewertung des Partners, mit dem zuvor Gemeinsames im Weltkrieg gegen Hitler wie nach Ende des Kalten Krieges erreicht wurde. Die Folge ist eine Politik der Rückversicherung, die ein Ende der Jahre der „Friedensdividende“ in Europa signalisiert: ein Schulterchluss der westlichen Demokratien, eine Isolation Russlands durch Sanktionsregime und Ausschluss aus der G8, steigende Rüstungsausgaben und neue Rüstungsprojekte, eine Aufwertung der NATO. Zugleich findet ein intensiver Richtungsstreit über die angemessene Balance von Konfrontation und Kooperation statt. Damit scheint sich das Sicherheitsdilemma, das sich im Kalten Krieg so unheilvoll entfaltete, erneut in einer Spirale aus Unsicherheit, Misstrauen, Stereotypen und Sicherheitsvorsorge Bahn zu brechen. In-Group und Out-Group haben sich formiert.

Dennoch warnen Wissenschaftler zu Recht vor simplifizierenden Analogiebildungen. Zwar gibt es oftmals offenkundige Parallelen zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Doch wirken in jeder politischen Konstellation ganz eigene Kräfte und Kausalitäten. Analogiebildungen verführen zur Gleichsetzung des Ungleichen und damit zu politischen Schlussfolgerungen, die als vermeintliche „Lehren“ aus der Vergangenheit die Spezifika des Neuen missachten.

Die Unterschiede zur Frühphase des Kalten Krieges sind signifikant. Erstens ist Russland heute keine globale Macht mehr. Putin avisierte 1999 in seiner Antrittsrede, in zehn Jahren das Entwicklungsniveau Portugals erreichen zu wollen. Von einer auch nur annähernden Machtbalance wie zu Zeiten des Kalten Krieges sind wir weit

entfernt. Zweitens zielt Putins revisionistische Sowjetnostalgie auf eine Re-Etablierung der Moskauer Suprematie im post-sowjetischen Raum, nicht im östlichen Zentraleuropa. Es geht um das Territorium der zerfallenen Sowjetunion, nicht um Polen, Ungarn und Bulgarien. Das Moskauer Vorfeld ist geschrumpft und damit auch die Möglichkeiten der Machtprojektion.

Drittens und vor allem reagiert der Westen heute viel bedächtiger als in jenen Jahren, als Stalin in den Territorien, welche die Rote Armee erobert hatte, willfährige Satellitenregime einrichtete. Von der Verkündung einer Eindämmungspolitik, gar eines „Roll-back“, und dem Aufbau eines nuklearen Abschreckungssystems mit Androhung von Ersteinsatz und „massiver Vergeltung“ ist Washington weit entfernt. Näher liegt ein Vergleich mit den Jahren der Harmel-Doktrin, in denen man um einen *modus vivendi* durch Entspannung und Ausgleich bei gleichzeitiger Rückversicherung rang. Den Staats- und Regierungschefs ist bewusst, dass viele globale Konflikte nur gemeinsam gelöst werden können. Russland ist nicht nur unabdingbarer Partner durch sein Vetorecht im Sicherheitsrat und seine Beteiligung an vielen zentralen Verhandlungsformaten; es gibt auch gemeinsame Interessen, die Kooperation möglich machen. Die Atomverhandlungen mit dem Iran zeigen dies exemplarisch. Beide Seiten haben daher kein Interesse daran, die Konfrontation aus dem Ruder laufen zu lassen.

Von daher werden USA wie EU weiterhin verurteilende Rhetorik und Symbolpolitik mit faktischer Zurückhaltung koppeln. Was die Annexion der Krim anbelangt, so scheint diese de facto vom Westen akzeptiert. Man wird hier einen *modus vivendi* finden, der die Frage von der Tagesord-

nung nimmt und die Wiederaufnahme der Kooperation mit Russland erlaubt, wenn die Ostukraine befriedet ist. Allerdings wird der Westen der Annexion dauerhaft seine Anerkennung verweigern. Wenn eine Aufhebung der Sanktionen diskutiert wird, wird man Wege finden müssen, die Sanktionen gegen die Protagonisten der Krim-Annexion aufrechtzuerhalten. Daran wird sich erlassen lassen, wie ernst es der Westen mit der Nichtanerkennung meint. Schwieriger stellt sich die Zukunft der Sezessionsgebilde in der Ostukraine dar. Die „Volksrepubliken“ werden ihren Weg zu De-facto-Regimen unter der Patronage Moskaus fortsetzen, den sie mit den Wahlen und den Referenden für die Unabhängigkeit, die gegen das Minsk-Abkommen verstießen, begonnen haben. Wie auch in anderen vergleichbaren Fällen schließt der Aufbau eigener Staatlichkeit („state building“) die Konstruktion einer eigenen, von der Ukraine sich abgrenzenden Identität ein („nation building“), etwa durch Einführung eigener staatlicher Symbole, Revision der schulischen Lehrpläne und Kultivierung eigener historischer Narrative. Wie stark die Entitäten von Moskau abhängig sind, ist schwer einzuschätzen. Jedenfalls haben sie, anders als die Krim-Sezessionisten, Moskau nicht zu einer Annexion eingeladen. Das Patronageverhältnis hält die Möglichkeit eines Anschlusses an Russland offen, ohne dass die Sezessionisten derzeit offensichtlich die Option einer autonomen Zukunft aufgeben wollen (ähnlich wie Südossetien und Abchasien). Kiew kann diese Entitäten nicht zurückerobern, so lange Moskau die Hand darüber hält. Ob der Konflikt damit „einfriert“ oder eher wie der Karabach-Konflikt auf niedriger Konfliktintensität mit hoher Eskalationsneigung weiterköchelt, ist offen.

Im Donbass, in Kiew wie in Moskau haben beträchtliche Kräfte Interesse an einer Aufrechterhaltung der militärischen Konfrontation. Russland kann diese Situation nutzen, um die Ukraine in einem Zustand permanenter Instabilität zu belassen. Dies hält das Land am Rand des Staatsbankrottes, leistet einer Militarisierung der Gesellschaft Vorschub, erschwert die nötigen demokratischen, rechtsstaatlichen wie marktwirtschaftlichen Reformen und unterminiert die Stabilisierungsbemühungen des Westens. Der Effekt ist für Moskau günstig: Erstens schiebt dies die Aufnahme der Ukraine in EU und NATO auf die lange Bank; beide werden kaum einen Staat mit offenen Sezessionskonflikten aufnehmen wollen. Zweitens werden sich Spannungen auftun zwischen einer Ukraine, die ihr Ziel einer Reintegration der Abspaltungsgebiete aktiv weiterverfolgt, und einer EU, die eine Wiederannäherung an Russland anstrebt, auf Kompromisse drängt und militärische Lösungen ausschließt. Drittens wird die Ukraine am Aufbau eines attraktiven Gegenmodells zu Russland gehindert, das Putins gelenkter Demokratie gefährlich werden könnte.

Die Friedensbemühungen des Westens zielen darauf, die Entstehung eines Sicherheitsdilemmas wie in den späten 1940er Jahren zu verhindern. Allerdings ist diese sinnfällige Zurückhaltung auf reziproke Maßnahmen Moskaus angewiesen, um auf Dauer durchhaltbar zu sein. Wie das Ringen in Washington, Berlin und Paris um das richtige Maß von Eindämmung und Einbindung ausgeht, wird nicht primär im Westen entschieden, sondern in dem kleinen Machtzirkel um Putin, der den Ukraine-Konflikt begonnen hat und nun darüber befinden muss, wie weit er ihn treiben will.

Literaturverzeichnis

- Caspersen, N./Stansfield, G. (Hrsg.) (2011): *Unrecognized States in the International System*. London: Routledge.
- Biermann, R. (2006): *Lehrjahre im Kosovo. Das Scheitern der internationalen Krisenprävention vor Kriegsausbruch*. Paderborn: Schöningh.
- Biermann, R. (2013): *Der Kosovo-Krieg als Beispiel humanitärer Intervention*. In: Frei, N./Weinke, A. (Hrsg.): *Toward a New Moral World Order? Menschenrechtspolitik und Völkerrecht seit 1945*. Göttingen: Wallstein, S. 219-231.
- Biermann, R. (2014): *Coercive Europeanization. The EU's struggle to contain secessionism in the Balkans*. In: *European Security* 23, S. 484-508.
- Buchanan, A. E. (1991): *Secession. The Morality of Political Divorce from Fort Sumter to Lithuania and Quebec*. Boulder, CO: Westview.
- Buchheit, L. C. (1978): *Secession. The Legitimacy of Self-Determination*. New Haven and London: Yale University Press.
- Horowitz, D. L. (1985): *Ethnic Groups in Conflict*. Berkeley: University of California.
- Horowitz, D. L. (1992): *Irredentas and Secessions: Adjacent Phenomena, Neglected Connections*. In: *International Journal of Comparative Sociology* 33, S. 118-130.
- Oeter, S. (1992): *Selbstbestimmungsrecht im Wandel. Überlegungen zur Debatte um Selbstbestimmung, Sezessionsrecht und `vorzeitige` Anerkennung*. In: *Zeitschrift für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht* 52, S. 741-80.
- Ott, M. (2008): *Das Recht der Sezession als Ausfluss des Selbstbestimmungsrechts der Völker*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Pavkovic, A. / Radan, P. (Hrsg.) (2011): *The Ashgate Research Companion to Secession*. Aldershot: Ashgate.
- Pegg, S. (1999): *International Society and the De Facto State*. Aldershot: Ashgate.
- Tomuschat, C. (1993): *Self-Determination in a Post-Colonial World*. In: Ders. (Hrsg.): *Modern Law of Self-Determination*. Dordrecht: Martinus Nijhoff, 1-20.

5. UMBRÜCHE DER GESELLSCHAFT

Vortrag

Jens Riederer

Umstürzende Männerwelten. Anstöße aus Weimar zur bürgerlichen Frauenbildungsbewegung 1872 bis 1919

Eine Darstellung zur Geschichte der internationalen Frauenbewegung aus dem Jahr 2001 beginnt mit einem für unser Thema bemerkenswerten Satz:

„Im Schulunterricht ist die Frauenbewegung bis heute kein Thema und das, obwohl sie unzweifelhaft die erfolgreichste soziale Bewegung der Moderne ist“ (Karl 2001).

Es steht zur befürchten, dass sich an diesem Defizit in unseren Schulen auch nach fast fünfzehn Jahren kaum etwas geändert haben dürfte. Die Ursachen dafür sind vielfältig und können an dieser Stelle nicht näher untersucht werden. Eines dürfte allerdings gewiss sein, dass nämlich die schulischen Verhältnisse auch hierbei nichts anderes widerspiegeln als den allgemeinen Stand der Geschichtswissenschaften. Es ist bis heute nicht gelungen, die Geschlechterfrage als eine sich von selbst verstehende Perspektive in die Geschichtsschreibung zu integrieren, so selbstverständlich, dass sie keinerlei Rechtfertigung oder auch nur Erklärung bedarf. Nach wie vor schreiben Historiker vor allem über Männer und fast ausnahms-

los Historikerinnen über Frauen, sind auch die Lehrstühle an den Universitäten fein säuberlich danach getrennt (Hausen 1998, S. 17-55; Kroll 2002, S. 143ff.). Geschlechtergeschichte führt in Deutschland noch immer „ein relativ separierte[s] Dasein“ (Kemper/Heinsohn 2012, S. 331) und steht am Rand der Geschichtswissenschaften.

In der allgemeinen Wahrnehmung verbindet man Weimar mit dem Namen „großer Männer“, etwa von Bach (Musiker) bis Bertuch (Verleger), von Goethe (Dichter) bis Gropius (Architekt) (Völkel 2009). Längst weiß man, dass Weimar auch nicht ganz unbedeutende Frauen beherbergt hat, meist waren sie Schriftstellerinnen, wie z.B. Johanna Schopenhauer, Gabriele Reuter oder Helene Böhlau, allerdings ohne dass deren Leistungen bisher in gleicher Weise ins öffentliche Bewusstsein gedrungen wären (Müller 2007). Wenig bekannt ist, dass von Weimar aus einige Frauenrechtlerinnen wirkten, denen die bürgerliche Frauenbildungsbewegung um 1900 mancherlei Initiativen und Impulse verdankt.

Nun entstand die bürgerliche Frauenbewegung keineswegs aus dem Nichts, sondern hatte auch in Weimar ihre Vorläufer. Ange-

sichts des unfassbaren Elends der Verwundeten in den napoleonischen Kriegen richteten adelige und bürgerliche Frauen im Jahr 1813 fünf Lazarette ein und riefen ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Spenden auf. Mit Wiederausbruch des Krieges 1815 errichteten sie das „Patriotische Frauen-Institut“, um verwundete Soldaten zu pflegen, aber auch durch Kriege verarmte Witwen und verwaiste Kinder zu unterstützen. Diese ab den 1840er Jahren das ganze Großherzogtum Sachsen-Weimar und Eisenach überspannende Einrichtung aus einem Netz von Sozialeinrichtungen wurde zum Vorbild für andere Länder (Riederer 2004, S. 105-108; Reder 1998, S. 248ff.). Im Herbst 1851 entstand am Rollplatz 10a durch Minna Schellhorn (1829-1910) einer der ersten Kindergärten nach den Ideen von Friedrich Fröbel in Deutschland. Zusammen mit ihren Schwestern Bertha und Emma, die ebenfalls aus der Fröbelschen Kindergärtnerinnenschule hervorgegangen waren, eröffnete sie 1860 eine „Bildungs-Anstalt für Kindergärtnerinnen“ und begründeten damit eine lange Weimarer Tradition frühkindlicher Erziehung und Erzieherinnenausbildung (Günther/Huscke/Steiner 1993, S. 379). Doch verblieben diese Vorstöße ganz in den Grenzen der traditionellen Geschlechterrolle fürsorglicher Weiblichkeit bzw. Mutterschaft und können allenfalls als Vorstufen auf dem Weg zu einer emanzipatorischen Frauenbewegung angesehen werden. Ohne Abitur kein akademisches Studium. Die Abiturberechtigung war deshalb die Kernfrage, wollten Frauen den ihnen seit Jahrhunderten verwehrten Zugang auch zu deutschen Universitäten endlich erzwingen. Auf dem langen Weg zur Maturität auch für Mädchen gingen von Weimar wichtige Anstöße aus, über die hier

ein kurzer Überblick gegeben wird. Den Auftakt bildete Ende September 1872 die Gründung des „Deutschen Vereins für das höhere Mädchenschulwesen“ in Weimar. Nach heftigem Streit, der fast zum Bruch führte, einigten sich die angereisten 110 Lehrer und 54 Lehrerinnen, darunter Gäste aus den Niederlanden, Norwegen und Russland, auf „Thesen zu einer gesetzlichen Normierung der Organisation und Stellung des Mädchenschulwesens“, die als „Weimarer Beschlüsse“ in die Schulgeschichte eingegangen sind (Meiners 1982, S. 129ff.). Die Forderungen zielten darauf, die Töcherschulen als zehnklassige allgemeinbildende Anstalten für Mädchen zwischen dem 6. und 16. Lebensjahr anzuerkennen. Wie die Knabenschulen sollten sie von der öffentlichen Hand unterhalten und als höhere Lehranstalten unter Aufsicht des Staates stehen. Universitär ausgebildete Lehrer und seminaristisch geprüfte Lehrerinnen hätten nach einem einheitlichen und verbindlichen, von staatlichen Schulbehörden und pädagogischen Fachleuten gemeinsam erarbeiteten „Normal-Lehr- und Einrichtungsplan“ zu unterrichten (Nöldeke 1888, S. 8ff.; Albisetti 2007, S. 130ff.).

So bahnbrechend die eine Fachdebatte auslösenden „Weimarer Beschlüsse“ von 1872 waren, so stießen nicht alle Punkte bei der erstarkenden bürgerlichen Frauenbewegung auf Zustimmung. Dabei erregte wohl weniger die unausgesprochene Absage an das Mädchenabitur heftigen Widerspruch als das Postulat einer Bildung zwar nach dem Vorbild der Knaben, aber doch in Rücksicht auf die angeblich weibliche Wesensart:

„Die höhere Mädchenschule hat die Bestimmung der heranwachsenden weiblichen Jugend die ihr zukommende Teilnah-

me an der allgemeinen Geistesbildung zu ermöglichen, welche auch die allgemeinen Bildungsaufgaben der höheren Schulen für Knaben und Jünglinge“ ist. Allerdings sollte dies ausdrücklich nicht in Nachahmung von deren Gymnasien und Realschulen geschehen, sondern in Rücksicht auf „Natur und Lebensbestimmung des Weibes“ (Nöldeke 1888, S. 64). Demgegenüber lehnte die Nestorin der bürgerlichen Frauenbewegung Helene Lange (1848-1930) in ihrer berühmten Begleitschrift zur Petition an das preußische Unterrichtsministerium und Abgeordnetenhaus „Die höhere Mädchenschule und ihre Bestimmung“ (1887) eine Unterscheidung nach Geschlechtern ab und forderte dagegen, die Frau „um ihrer selbst willen als Mensch und zum Menschen schlechtweg“ zu bilden (Lange 1930, S. 146).

Aus Anlass seines 25jährigen Gründungsjubiläums traf sich der „Verein für das höhere Mädchenschulwesen“ im Herbst 1897 erneut in der Klassikerstadt, um seine Errungenschaften auf dem Weg „Von Weimar bis Weimar“ zu feiern (Nöldeke 1897, S. 83). Zu Recht verwies die „Jubelversammlung“ auf Erfolge beim zwischenzeitlich fortgeschrittenen Ausbau eines weit gespannten Netzes von Mädchenschulen im ganzen Deutschen Reich. Doch inzwischen ging es längst um mehr als nur um zehnklassige höhere Töchterschulen für alle Mädchen, sondern um den Zugang von Frauen zum Abitur und damit zum Universitätsstudium.

Strittig war, ob es ausreiche, Mädchen nach dem Besuch der Töchterschulen, die nun oft Lyzeum hießen, in 4- oder 5jährigen Sonderkursen vereinzelt zum Abitur zu führen, oder eigene Mädchengymnasien für eine weit größere Anzahl an Abiturientinnen einzurichten. Für den ersten Weg

stand die erwähnte Helene Lange mit ihren 1889 in Berlin eingerichteten privaten „Gymnasialkursen für Frauen“, die sie der preußischen Unterrichtsverwaltung mühsam abgerungen hatte (Schaser 2000, S. 54ff.; Lange 1930, S. 175ff.). Einen alternativen Weg verfocht von Weimar aus die Schriftstellerin und Journalistin Hedwig Kettler (1851-1937), deren Mann, der Geograf und Statistiker Julius Kettler (1852-1921) seit 1883 das „Geographische Institut“ in Weimar leitete (Riederer 2010, S. 34-37). In ihrer Weimarer Zeit entwickelte sich Hedwig Kettler, die unter dem Halbseudonym „Frau J.[ulius] Kettler“ veröffentlichte, zur stärksten Befürworterin eines Abiturs für Mädchen gleichrangig dem der Knaben und demnach mit uneingeschränkter Hochschulreife. Ihre 1887 in Weimar gegründete Monatsschrift „Frauenberuf“¹ verstand sie als ausschließlich den Interessen der Frauen dienende Zeitschrift. Das bedeutete keineswegs, dass darin nur Frauenrechtlerinnen zu Wort kamen, vielmehr ebenso Skeptikerinnen gegenüber der Frauenbewegung, auch konservative Stimmen besorgter Mütter und selbst Männer. Alle damals akuten sogenannten „Frauenfragen“ wurden hier kontrovers diskutiert, nicht nur die „Mädchenschulfrage“ und die „Abiturfrage“, sondern ebenso die „Studentinnenfrage“ und die „Ärztinnenfrage“, also die Zulassung der Frauen zu den Universitäten, insbesondere zum Medizinstudium. Auch die „Ledigenfrage“ und die „Frauenberufsfrage“, betreffend die Berufstätigkeit unverheiratet gebliebener Frauen, bis hin zur „Stimmrechtsfrage“ über die Zulassung der Frauen zu Landtags- und

¹ Vgl. Frauenberuf. Zeitschrift für die Interessen der Frauenfrage, Weimarer Verlagsanstalt 1887-1892.

Reichstagswahlen u.v.a.m. fanden in der Zeitschrift ausführliche Beachtung. Dies alles geschah unter reger Beteiligung der Herausgeberin und Redakteurin Hedwig Kettler, deren angriffslustiger Stil durch eine zwingende Logik bestach, mit der sie die gängigen Vorurteile der Männer über Frauen scharfsinnig widerlegte. Durch rhetorische Zuspitzungen gelang es ihr, die oft unübersichtlich gewordene breite gesellschaftliche Debatte auf das Wesentliche zurückzuführen:

„Ich gehöre nicht zu jenen Vertretern der Frauenbewegung, welche sagen: wir haben in der Frauenfrage so und so viele selbständige Fragen: die Erziehungsfrage, die Ehefrage, die Erwerbsfrage u.s.w. Ich sage: wir haben in der Frauenfrage nur eine einzige Frage, nämlich die: ist die erwachsene Frau ein erwachsener Mensch, so gut wie der Mann, oder ist sie ein großes Kind“ (Kettler 1891, S. 2).

Aus dem Umfeld ihrer Zeitschrift ging im März 1888 der „Deutsche Frauenverein-Reform“ hervor, den Hedwig Kettler im Oktober 1891 in „Verein Frauenbildungs-Reform“ umbenannte. Mit dieser Gründung beabsichtigte sie ausdrücklich, über die Ziele der bestehenden Frauenbildungsvereine – deshalb der Zusatz „Reform“ – hinauszugehen. In zahlreichen Petitionen wandte sich der Verein an die Kultusministerien der Länder und den Deutschen Reichstag. Darin sprach sich Hedwig Kettler gegen einen Sonderweg „weiblicher Bildung“ zum Maturitätsexamen aus und bestand mit einer provokanten Schrift auf „Gleiche Bildung für Mann und Frau“ (1891):

„Diese Gleichheit in der Erziehung der beiden Geschlechter ist es, die wir erstreben, zum Wohle der Frau und damit zum Wohle

der Gesamtheit, zum Wohle der Gesamtheit [sic] und damit zum Wohle des Mannes. Wir halten diese Reform für notwendig, weil wir ihre Resultate für notwendig halten“ (ebd. 1891, S. 8).

Hedwig Kettler plädierte nachdrücklich für die Einrichtung von Mädchengymnasien. Einen gemeinsamen Unterricht beider Geschlechter (Koedukation) durch Integration der Mädchen in die bestehenden Knabengymnasien lehnte sie konsequenterweise ab.² Das war für sie eine prinzipielle Frage der Gleichbehandlung der Geschlechter und vor allem der Prüfstein ihrer Gleichwertigkeit, wie sie 1893 in ihrer bekanntesten Schrift „Das erste deutsche Mädchengymnasium“ begründete:

„Weil wir den Beweis von der Gleichwertigkeit der Intelligenz beider Geschlechter brauchen, um den Glauben an ihre Verschiedenheit zu vernichten – und damit den Glauben an das Recht des Mannes, die Frau wegen dieser Verschiedenheit zu bevormunden – darum brauchen wir das Mittel, das allein diesen Beweis zu erbringen vermag: darum brauchen wir gleiche Bildung für beide Geschlechter; darum brauchen wir gleiche Schulen für sie, – darum brauchen wir Mädchengymnasien“ (Kettler 1893, S. 7).

Noch im gleichen Jahr war es der beharrlichen Hedwig Kettler gelungen, in Karlsruhe das erste Mädchengymnasium in Deutschland einzurichten, dem allein bis 1900 mit ihrer Hilfe weitere in Hannover, Berlin, Köln, Breslau, Leipzig und Bremen folgten. Dennoch blieb sie mit ihren eigenständigen Positionen, die selbst viele Frauenrechtlerinnen als zu „radikal“

² Diesbezüglich zu korrigieren ist Kleinau 1996, S. 127.

empfanden, zu isoliert, um sich letztlich durchzusetzen. Dominierend war die gemäßigte Frauenbewegung, die sich 1865 im „Allgemeinen Deutschen Frauenverein“ (ADF) einen einflussreichen Dachverband geschaffen hatte. Dieser bevorzugte den oben erwähnten Weg, wie ihn Helen Lange gewiesen hatte, und der schließlich auf eine Integration der Mädchen in die Knabengymnasien hinauslief (Twellmann 1972, S. 109ff.).

Im Verlauf der 1880er Jahre war die bürgerliche Frauenbewegung in eine neue Phase der Politisierung eingetreten (Schaser 2006, S. 42ff.; Gerhard 2012, S. 53ff.). Dazu gehörte auch der 1895 in Berlin gegründete „Verein Frauenbildung– Frauenstudium“ (VFF), der im Jahr 1900 eine Filiale in Weimar eröffnete. Diese wurde bis zu ihrem Tod von der Schriftstellerin Natalie v. Milde (1850-1906) geleitet, die sich seit den 1880er Jahren für Frauenrechte eingesetzt hatte, in den 1890er Jahren noch zusammen mit Hedwig Kettler (Müller 2007, S. 104-107).³ Die Weimarer Ortsgruppe des VFF veranstaltete zahlreiche Vorträge, zu denen, wie ein zeitgenössischer Beobachter bemerkte, Hunderte von Damen, jung und alt, gepilgert seien. Am 11. Dezember 1902 eröffnete der Verein im Südflügel der Froriepschen Häuser (heute Stadtmuseum) ein „Lesezimmer für Frauen“, in dem 1913 schon 3.000 Bände Frauenliteratur und über 100 Frauenzeitschriften und -zeitingen auslagen und ausgeliehen werden konnten (Riederer 2010, S. 42f.). Nach dem Tod Natalie von Mildes übernahm Selma von Lengefeld (1863-1934) den Ver-

einsvorsitz und entfaltete weitreichende Aktivitäten. Bekannt wurde sie im Sommer 1906 mit ihrer Vortragsreihe „Kurse aus dem Gebiet der Frauenbewegung: Beteiligung deutscher Frauen an dem politischen, sozialen, religiösen und geistigen Leben ihrer Zeit“ (Riederer 2010, S. 38ff.). Als erste deutsche Frau, die Archivkunde studiert hatte und 1900 an der Universität Zürich in Geschichte promoviert worden war, besaß Selma von Lengefeld das Rüstzeug, auf wissenschaftlicher Grundlage über Herrscherinnen, Dichterinnen und weibliche Gelehrte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert vorzutragen. Zu ihrem großen Publikum zählten nachweislich Damen und Herren. Politisch eher dem gemäßigt-konservativen Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung angehörend, engagierte sich Selma von Lengefeld dennoch als eine der aktivsten Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht in Thüringen (Boblenz 2003). Im Namen verschiedener Frauenvereine sandte sie Petitionen an den Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar und Eisenach, in denen sie forderte, Frauen zunächst für das passive, später auch aktive Wahlrecht in der Gemeinde zuzulassen und perspektivisch für Landtags- und Reichstagswahlen. Dafür kämpfte sie Seite an Seite mit einer der bekanntesten Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung Gertrud Bäumer (1873-1954), die durch eine Promotion über den jungen Goethe mit Weimar verbunden war. Im Mai 1907 führte der VFF seine 9. Mitgliederversammlung in Weimar durch, auf der Bäumer über „Die nationale und politische Bildung der Frau“ als Bedingungen ihrer Mündigwerdung referierte.⁴

Um 1900 hatte sich Weimar zu einer beliebten Kongressstadt entwickelt und zog dabei nicht allein Vertreter aus Wissen-

³ Vom VFF in Gegnerschaft zu Hedwig Kettler spricht Christina Klausmann, *Politik und Kultur der Frauenbewegung im Kaiserreich. Das Beispiel Frankfurt am Main* (Geschichte und Geschlechter, Bd. 19), Frankfurt/New York 1997, S. 93.

⁴ Vgl. Weimarisches Zeitung vom 11. bis 14. Mai 1907.

schaft Wirtschaft an, sondern immer wieder auch Frauen. Im Sommer 1906 gründete sich hier, nicht etwa in der benachbarten Universitätsstadt Jena, was viel näher gelegen hätte, der „Verband der Vereine studierender Frauen Deutschlands“. Dieser hielt von 1911 bis 1913 sowie 1916 in der Klassikerstadt seine Jahresversammlungen ab, wobei man sich seitens einer „frauenfreundlichen“ Stadtspitze stets willkommen fühlte.⁵

Als die radikale Feministin Anita Augspurg (1857-1943) auf dem Weg zu einer Versammlung Ende Oktober 1902 am Weimarer Bahnhof von einem Polizisten als „sittlich verdächtige Weibsperson“ verhaftet wurde, stand eine johlende Menschenmenge auf ihrer Seite. Auf dem Weg zur Wache soll sich eher der übereifrige Wachtmeister als der Verhaftete gefühlt haben. Augspurgs öffentlicher Protest gegen die Verhaftung hatte ein parlamentarisches Nachspiel und löste im Deutschen Reichstag eine Debatte über sich häufende Fälle von Polizeiwillkür nicht nur gegen Frauen aus (Henke 2000, S 70).

Angesichts des Ausbleibens in Aussicht gestellter Zugeständnisse an die Frauen im neuen Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB gültig ab 1.1.1900) radikalisierten sich Teile der bürgerlichen Frauenbewegung, die insgesamt kaum noch mit einer Stimme sprach (Riedel 2008, S. 86ff. u. S. 139ff.; Wurms 1983, S. 58ff.). Auf der Weimarer Beiratskonferenz des „Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht“ (gegr. 1902) kam es Anfang Oktober 1912 zum Streit über den Umfang des zu erkämpfenden Frauenwahlrechts. Während der linke Flügel das uneingeschränkt gleiche Wahlrecht wie für Männer forderte, wollten sich viele Frauen zunächst mit einem eingeschränkten Wahlrecht begnügen, was die Linke

spöttisch als „Damenwahl“ ablehnte. In Weimar zerfiel die Stimmrechtsbewegung endgültig in einen linksdemokratischen „Deutschen Reichsverein für Frauenstimmrecht“ und eine nationalliberale „Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht“ (Leidinger 2008, S. 259f.). Gleichzeitig fand der 9. „Allgemeine Tag für deutsche Erziehung“ statt. Als ein Redner sich gegen die Einrichtung von Mädchengymnasien nach dem Vorbild der Knaben aussprach, und damit gegen eine gleichwertige Bildung beider Geschlechter, stieß seine Polemik durchaus auf Widerspruch.⁶

Die zahlreichen Aktivitäten emanzipatorisch-progressiver Frauenvereine und -verbände riefen prompt deren Gegner auf den Plan, die sich auch in Weimar zunehmend organisierten. Bereits Anfang 1901 unterhielt der 1899 in Kassel gegründete konservative Deutsch-Evangelische Frauenbund (DEF) hier eine Ortsgruppe, die einen gut besuchten Kinderhort betrieb (Günther 1996, S 124). Diese Frauen fühlten sich ungebrochen dem Ideal der Mütterlichkeit verpflichtet, von Abiturientinnen, Studentinnen oder gar Wählerinnen hielten sie nichts (Schaser 2000, S. 44). Andere glaubten, sich gegen die politisch immer mehr erstarkende Frauenbewegung aktiv zur Wehr setzen zu müssen. Konservative Kreise gründeten 1912 den „Deutschen Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“, dem der Weimarer Gymnasiallehrer Dr. Friedrich Sigismund (1861-1936) vorstand. Nach dessen Überzeugung führte die von den Frauen geforderte Gleichberechtigung zu nichts anderem als zu einem vollständigen Umsturz der Verhältnisse (Planert 1998, S. 121f.).

⁵ Vgl. Stadtarchiv Weimar, NA II-2-216

⁶ Vgl. Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 30. Sept. 1912.

Zum Bund der Antifeministen gehörten in Weimar – neben einigen adeligen Frauen – mehrere Kunstmaler, wie z. B. Paul Tübbecke (1848-1924) und Alexander v. Szpinger (1889-1969). Da die 1860 gegründete Weimarer Kunstschule als erste in Deutschland im Jahr 1902 Frauen als ordentliche Kunstschülerinnen zugelassen hatte, fühlten sich die Maler in ihrer künstlerischen Existenz offensichtlich bedroht. Mit dieser frauenfeindlichen Gründung war Weimar zu einem umkämpften Platz für und wider die bürgerliche Frauenbildungsbewegung geworden. Auch wenn die organisierten Antifeministen von Weimar aus offenbar wenig bewirkt haben, der Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 ließ viele Forderungen der Frauen verstummen. Auf seiner Weimarer „Kriegstagung“ im Juni 1916 legte der „Bund Deutscher Frauenvereine“ (BDF, gegr. 1894), der als Dachverband fast 300.000 Mitglieder vertrat, ein Bekenntnis zur Notwendigkeit des Krieges ab, dem alles andere unterzuordnen sei (Krüger 1916; Schaser 2000, S. 42; S. 78).

Nach der militärischen Niederlage Deutschlands kam es 1918 zur Novemberrevolution, die das Kaiserreich beendete und eine parlamentarische Republik schuf. An den ersten allgemeinen, freien, geheimen und direkten Wahlen am 19. Januar 1919 durften erstmals auch Frauen teilnehmen, deren Wahlbeteiligung alle Erwartungen übertraf und mit hohen 82 % der der Männer kaum nachstand (Büttner 2008, S. 106). Allerdings wählten die Frauen nach Jahrhunderten politischer Unmündigkeit überwiegend konservativ und fast ausschließlich Männer. In die am 6. Februar 1919 in Weimar zusammengetretene Verfassungsgebende Nationalversammlung waren von 423 Abgeordneten nur 41 weib-

liche (9,7 %) gewählt worden. Obwohl gemäßigter Parteien angehörig, brachten diese Frauen am 1. März 1919 einen überfraktionellen Antrag ein, der die alliierten Siegermächte aufforderte, die „Hungerblockade“ gegen das besiegte Deutschland aufzuheben und 800.000 Kriegsgefangene freizulassen (Riederer/Rost 2009, S. 80).

Überschaut man die in diesem kurzen Überblick vorgestellten Frauen und ihre hier nur angedeuteten emanzipatorischen Aktivitäten, so war Weimar zusammengenommen gewiss kein Zentrum der bürgerlichen Frauenbewegung, wie etwa Berlin und München, aber doch so etwas wie ein „traditionsbezogener Vorort der Frauenbewegung“ (Pöthe 2011, S. 10; Pfeiffer 2014, S. 16-21). Von hier aus waren Initiativen und Impulse ausgegangen, die in ihrem Umfang längst noch nicht erforscht und gewürdigt sind. Die Stadt selbst hatte sich ab 1900 von einem Hort exklusiver höherer Töchtererziehung zu einem Ort mit einem breiten Schulangebot zur Frauenbildung für Beruf und Studium entwickelt (Riederer 2010, S. 11ff.).

Als im Jahr 1910 verschiedene Zeitgenossen, Gelehrte, Schriftsteller und Künstler gefragt wurden, wie sie sich die Welt in hundert Jahren vorstellten, beantwortete die namhafte schwedische Reformpädagogin und Schriftstellerin Ellen Key (1849-1926) die Frage nach der Stellung der Frau. Sie begann ihre Antwort mit dem Satz: „In hundert Jahren sind alle großen Erfindungen der Neuzeit vervollkommenet, und ihre beiden großen Bewegungen – die Frauen- und die Arbeiterbewegung – haben ihre Ziele erreicht“ (Key 2010, S. 117).⁷

⁷ Zum Hintergrund vgl. vorzüglich Frevert 2000, S. 146-184.

Hierin irrte die kluge Frau, wie so viele mit ihr. Dass allerdings die Frauenbewegung um das Jahr 2010 noch nicht einmal erreicht haben würde, als Thema in den Geschichtslehrbüchern der Schulen angemessen Berücksichtigung zu finden, hätte die Lehrerin gewiss für unmöglich gehalten.

Literaturverzeichnis

- Albisetti, J.C. (1988/2007): *Mädchen- und Frauenbildung im 19. Jahrhundert*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Boblentz, F. (2003): *Dr. Selma von Lengefeld und das Frauenwahlrecht in Sachsen-Weimar-Eisenach 1918/19*. In: *Thüringer Landtag* (Hrsg.): „Jetzt endlich können die Frauen Abgeordnete werden!“ *Thüringer Parlamentarierinnen und ihre Politik*. Erfurt. S. 119-190.
- Büttner, U. (2008): *Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Gerhard, U. (2012): *Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789*. München: C.H.Beck.
- Günther, G. (1996): *Weimar. Eine Chronik*. Leipzig: Kiepenheuer.
- Günther, G./F. Huschke, W./Steiner, W. (Hrsg.) (1993): *Weimar-Lexikon zur Stadtgeschichte*. Weimar: Hermann Böhlhaus Nachf.
- Hausen, K. (1998): *Die Nicht-Einheit der Geschichte als historiographische Herausforderung. Zur historischen Relevanz und Anstößigkeit der Geschlechtergeschichte*. In: *Medick, H./Trepp, A.-C.* (Hrsg.): *Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte. Herausforderungen und Perspektiven*. Göttingen: Wallstein, S. 17-55.
- Henke, C. (2000): *Anita Augspurg*. Hamburg: Rowohlt.
- Karl, M. (2001): *Die Geschichte der Frauenbewegung*. Stuttgart: PapyRossa.
- Kemper, C./Heinsohn, K. (2012): *Geschlechtergeschichte*. In: *Bösch, F./Danyel, J.* (Hrsg.): *Zeitgeschichte – Konzepte und Methoden*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 329-351.
- Kettler, H. (1891): *Was ist Frauen-Emancipation?.* Weimar: Frauenberuf-Verlag.
- Kettler, H. (1891): *Gleiche Bildung für Mann und Frau*. Weimar: Frauenberuf-Verlag.
- Kettler, H. (1893): *Das erste deutsche Mädchen-gymnasium*. Weimar: Frauenberuf-Verlag.
- Klausmann, C. (1997): *Politik und Kultur der Frauenbewegung im Kaiserreich. Das Beispiel Frankfurt am Main* (Geschichte und Geschlechter, Bd. 19), Frankfurt M./New York: Campus.
- Kleinau, E. (1996): *Gleichheit oder Differenz? Theorien zur höheren Mädchenbildung*. In: *Dies./Opitz C.* (Hrsg.): *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung*. Frankfurt/M.: Campus.
- Kroll, R. (Hrsg.) (2002): *Metzlers Lexikon Gender Studies. Geschlechterforschung. Ansätze – Personen – Grundbegriffe*. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Krüger, E. (1916): *Die Kriegstagung des Bundes Deutscher Frauenvereine in Weimar vom 26.-29. Juni 1916*. In: *Reifensteiner Maidenzeitung*.
- Lange, H. (1930): *Die höhere Mädchenschule und ihre Bestimmung*. In: *Dies.: Kampfzeiten. Aufsätze und Reden aus vier Jahrzehnten*. Berlin: Herbig.
- Leidinger, C. (2008): *Keine Tochter aus gutem Hause. Johanna Elberskirchen (1864-1943)*. Konstanz: UVK.
- Ellen Key, E. (1910/2010): *Die Frau in hundert Jahren*. In: *Brehmer, A.* (Hrsg.): *Die Welt in 100 Jahren, Mit einem einführenden Essay „Zukunft von gestern“ von Georg Ruppelt*. Hildesheim: Olms, S. 117-122.
- Meiners, K. (1982): *Der besondere Weg, ein Weib zu werden. Über den Einfluß von Leitbildern auf die Entwicklung der höheren Mädchenbildung seit dem 17. Jahrhundert*. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Müller, U. (2007): *Die klugen Frauen von Weimar. Regentinnen, Salondamen, Schriftstellerinnen und Künstlerinnen von Anna Amalia bis Marianne Brandt*. München: Sandmann.
- Nöldeke, W. (1888): *Von Weimar bis Berlin. Bemerkungen zur Entwicklung des höheren Mädchenschulwesens in Deutschland*. Berlin: L. Oehmigkes Verlag.
- Nöldeke, W. (1897): *Von Weimar bis Weimar 1872 bis 1897. Festschrift zur Feier des*

- 25jährigen Bestehens des Deutschen Vereins für das höhere Mädchenschulwesen. Leipzig: Voigtländer.
- Planert, U. (1998): *Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Pfeiffer, Z.S. (2014): *Wir haben es gewagt. Um 1900 ist München ein Zentrum der bürgerlichen Frauenbewegung*. In: Voit, A. (Hrsg.): *Ab nach München! Künstlerinnen um 1900*. München: Süddeutsche Zeitung Edition, S. 16-21.
- Pöthe, A. (2011): *Fin de Siècle in Weimar. Moderne und Antimoderne 1885-1918*. Köln: Böhlau.
- Reder, D. A. (1998): *Frauenbewegung und Nation. Patriotische Frauenvereine in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert (1813-1830)*. Köln: SH-Verlag.
- Riedel, T.-J. (2008): *Gleiches Recht für Frau und Mann. Die bürgerliche Frauenbewegung und die Entstehung des BGB*. Köln: Böhlau.
- Riederer, J. (2004): *Zwischen Verein und Behörde. Das „Patriotische Institut der Frauenvereine“*. In: *Stiftung Weimarer Klassik und Kunstsammlungen (Hrsg.): „Ihre Kaiserliche Hoheit“*. Maria Pawlowna. Zarentochter am Weimarer Hof. Katalog zur Ausstellung im Schloßmuseum. München: Deutscher Kunstverlag, S. 105-108.
- Riederer, J. (2010): *Mädchenpensionate. Töchterheime. Frauenschulen. Wege weiblicher Bildung in Weimar 1850-1950*. Weimar: Stadtmuseum.
- Riederer, J./Rost, C. (2009): *Die Verfassunggebende Nationalversammlung in Weimar. Eine Chronik für die Stadt und die Republik*. In: Ulbricht, J.H. (Hrsg.): *Weimar 1919. Chancen einer Republik*. Köln: Böhlau, S. 73-99.
- Schaser, A. (2000): *Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft*. In: *L´homme-Schriften. Reihe zur Feministischen Geschichtswissenschaft*. Köln: Böhlau.
- Schaser, A. (2006): *Frauenbewegung in Deutschland 1848-1933*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Twellmann, M. (1972/1993): *Deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung 1843-1889*. Frankfurt/M.: Verlag Anton Hain.
- Völkel, U. (Hrsg.) (2009): *kleines lexikon [sic] Weimarer Persönlichkeiten*. Weimar: Weimarer Taschenbuch Verlag.
- Wurms, R. (1983): *Kein einzig Volk von Schwes-tern: Frauenbewegung 1889-1914*. In: Hervé, F. (Hrsg.): *Geschichte der deutschen Frauenbewegung*. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag, S. 41-83.

Weiterführende Literatur

- Frevort U., *Die Zukunft der Geschlechterordnung. Diagnosen und Erwartungen an der Jahrhundertwende*. In: Dies. (Hrsg.) *Das Neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900 (Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, SH 18)*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2000, S. 146-184.

Vortrag

Michael Siebenbrodt

„Warum Albert Einstein das Bauhaus förderte“. Das Bauhaus in Weimar – die erste Hochschule des Erfindens

Das Staatliche Bauhaus in Weimar wurde am 1. April 1919 von Walter Gropius als Zusammenschluss der ehemaligen Großherzoglich Sächsischen Kunsthochschule und der Großherzoglich Sächsischen Kunstgewerbeschule gegründet. Die Ortswechsel des Bauhauses 1925 nach Dessau und 1932 nach Berlin bis zur Schließung durch die Nationalsozialisten 1933 sowie die Direktorenwechsel 1928 zu Hannes Meyer und 1930 zu Ludwig Mies van der Rohe waren stets auch politisch motiviert und charakterisieren das Bauhaus als Kind der Weimarer Republik. In einem stetigen Diskussions- und Wandlungsprozess reagierte das Bauhaus auf die sozialökonomischen, kulturellen und politischen Entwicklungen seiner Zeit, aufbauend auf die europäischen Erneuerungsbewegungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Dabei gilt die erste Weltausstellung in London 1851 mit dem Kristallpalast von Joseph Paxton als einer der wichtigsten Bezugspunkte für die Bauhaus-Ideen, die Gropius ab 1919 umsetzte. Diese Weltausstellung rückte eine globalisierte und zunehmend industrialisierte Welt in das Blickfeld der Öffentlichkeit mit all ihren sozialen und kulturellen Problemen. Auf die sichtbaren Qualitätsverluste bei Alltagsprodukten beim Übergang von handwerklichen zu

maschinellen Produktionsmethoden mit oft ungelerten Arbeitskräften reagierte man mit einer europaweiten Ausbildungssoffensive, mit der Gründung von Muster-sammlungen, den heutigen Kunstgewerbemuseen, und Kunstgewerbeschulen. Den Anfang machte das South Kensington Museum 1852, das heutige Victoria & Albert Museum, mit angeschlossener National Art Training School, gefolgt von den Kunstgewerbemuseen in Wien 1863, Nürnberg 1869, Hamburg und Leipzig 1874. Zu den Protagonisten dieser Bewegung gehörten Gottfried Semper ebenso wie die Begründer der Arts and Crafts Bewegung John Ruskin und William Morris in England. Ein weiterer reformpädagogischer Traditionsstrang reicht in die Zeit der Aufklärung in das ausgehende 18. Jahrhundert zurück. Nicht nur Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827) und Friedrich Fröbel (1782-1852) engagierten sich für die kreativitätsfördernde, ganzheitliche Ausbildung von Jugendlichen. Auch Johann Wolfgang von Goethe gründete gemeinsam mit dem Verleger und Unternehmer Friedrich Justin Bertuch 1776 die Großherzogliche Freie Zeichenschule in Weimar. In ihr wurden Kinder und Jugendliche, Knaben und Mädchen, aber auch junge Handwerksburschen unentgeltlich künstlerisch geschult,

um Handwerk und Gewerbe zu fördern und durch gestalterische Qualität konkurrenzfähiger zu machen (Siebenbrodt 2012, S. 34-37).

Diesen Ansatz verfolgte auch die Reformbewegung des Jugendstils um 1900, die das Verhältnis von Kunst und Technik erneut diskutierte und in reformpädagogische Konzepte integrierte. Die Vereinigten Werkstätten für Kunst und Handwerk in München (1897), die Deutschen Werkstätten Hellerau (1899) und die Wiener Werkstätten (1903) vereinten engagierte Unternehmer und Künstler im Produktionsprozess. 1902 wurde die Debschitz-Schule (Lehr- und Versuchswerkstätten für angewandte und freie Kunst) in München, die Kunstgewerblichen Lehr- und Versuchswerkstätten der Kunstgewerbeschule Stuttgart und die Reimann-Schule in Berlin gegründet (vgl. Buchholz 2007). Diesen Ideen folgte auch Henry van de Velde, der 1902 vom Großherzog nach Weimar berufen wurde, um das Großherzogtum in Gestaltungsfragen zu beraten. Van de Velde eröffnete noch im selben Jahr sein privates Kunstgewerbliches Seminar mit Schüleratelier und Beratungsseminar, das so erfolgreich war, dass daraus 1907 die Großherzogliche Kunstgewerbeschule mit seinem Schulneubau hervorging. Wie in einem Designbüro wurden von jungen Handwerkern mitgebrachte Ideen und Entwürfe im Team weiter entwickelt und anschließend in den Betrieben produziert. Er etablierte eine moderne Entwurfs- und Gestaltungslehre jenseits akademischer Nachahmung von Musterbüchern oder Vorlagen und baute ab 1907 Werkstätten für Bucheinband, Keramik, Metall und Textil auf, die später teilweise vom Bauhaus übernommen werden konnten. Die Zusammenarbeit von Kunstschule und Kunstge-

werbeschule wurde von Beginn an vertraglich geregelt und zeitgleich auch das Frauenstudium an beiden Lehreinrichtungen eingeführt (Hüter 1967, S. 32f.).

Walter Gropius beteiligte sich seit 1910 an den Debatten im 1907 gegründeten Deutschen Werkbund, der Vereinigung von Künstlern, Architekten, Unternehmern und Sachverständigen zur „Veredelung der gewerblichen Arbeit im Zusammenwirken von Kunst, Industrie und Handwerk, durch Erziehung, Propaganda und geschlossene Stellungnahme zu einschlägigen Fragen“ (vgl. Campbell 1981). Im Arbeitsrat für Kunst und in der Novembergruppe diskutierte er mit anderen Künstlern und Intellektuellen 1918/19 in Berlin über notwendige Bildungsreformen nach der Novemberrevolution in der sich konstituierenden Weimarer Republik, von der Einheits- und Arbeitsschule für alle Kinder bis hin zur Kunstschulreform, aus der das Bauhausprogramm hervorging (Schlösser 1980; Steneberg 1987).

Gropius kannte all diese erfolgreichen Erziehungs- und Schulmodelle. So postulierte er im Bauhaus-Programm vom Frühjahr 1919 nicht nur die Einheit aller künstlerischen Disziplinen auf handwerklicher Basis, den Großen Bau, sondern realisierte die Chancengleichheit der Studierenden unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Religion, Weltanschauung, Vorbildung und sozialer Herkunft. Und er gab seiner Hochschule den Auftrag, alle Talente der Studierenden zu fördern. Neben der professionellen Ausbildung in den bildenden und angewandten Künsten bis zur Architektur wurde auch das breite Spektrum der darstellenden Künste über die Bühnenwerkstatt, Bauhausfeste und Bauhaus-Abende abgedeckt, die allen Bauhäuslern offen standen: Musik, Tanz, Theater, Performan-

ces (Schleper/Schlemmer 1988; Siebenbrodt 2011, S. 121-139).

Aus der Kunstgewerbeschule Henry van de Veldes übernahm Gropius das bewährte Werkstattprinzip als pädagogische Grundlage für seine neuartige Hochschule für Gestaltung. Bis 1922 dauerte der Aufbau der Werkstätten und die Besetzung der Lehrstellen mit Avantgardekünstlern als Formmeister auf der einen und versierten Handwerksmeistern mit Lehrbefähigung auf der anderen Seite. So bildeten Oskar Schlemmer und Josef Hartwig das Ausbildungsteam in der Bildhauerwerkstatt, Lyonel Feininger und Carl Zaubitzer in der druckgrafischen Werkstatt, Gerhard Marcks und Max Krehan in der Töpferei, Walter Gropius und Reinhold Weidensee in der Tischlerei, László Moholy-Nagy und Christian Dell in der Metallwerkstatt, Georg Muche und Helene Börner in der Textilwerkstatt oder Wassily Kandinsky und Heinrich Beberniss in der Wandmalereiwerkstatt. Dieses durchaus konfliktgeladene duale Ausbildungssystem zwischen Künstler und Handwerker förderte in besonderer Weise die Kreativität und Selbständigkeit der Studierenden, die zwischen den Auffassungen beider Lehrer ihre eigenen Positionen entwickeln mussten (Föhl/Siebenbrodt 1995, S. 144ff.).

Die Bauhaus-Werkstätten wurden ab 1922 unter dem Leitmotiv von Gropius „Kunst und Technik – eine neue Einheit“ zu „Laboratorien für die Industrie“ weiter entwickelt. Die Ausbildungswerkstätten wurden um Produktivwerkstätten ergänzt, nicht nur um in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Einnahmen für die Hochschule, Mitarbeiter und Studenten zu erwirtschaften, sondern auch um eine praxisnahe Ausbildung zu vermitteln (Gropius 1925, S. 5-8). Zu den zentralen pädagogischen Prinzi-

pien am Weimarer Bauhaus gehörte der pluralistische Ansatz, der nicht auf einen einheitlichen Bauhausstil, sondern auf die Herausbildung der individuellen Handschrift und Haltung jedes Studierenden ausgerichtet war. So konnte man am Bauhaus 1922 die Essentials der Gestaltung, Form und Farbe, als „subjektive Erkundungen“ von Avantgardekünstlern wie Johannes Itten, Paul Klee, Wassily Kandinsky und Oskar Schlemmer studieren, ergänzt um einen Kurs bei dem Studierenden Ludwig Hirschfeld-Mack. Zur gleichen Zeit führte Theo van Doesburg seinen De Stijl-Kurs in Weimar durch, an dem Lehrende und Studierende des Bauhauses teilnahmen (Svestka 1990, S. 29-33).¹ Diese Pluralität korrespondiert mit der Internationalität des Bauhauses mit seinem weltweiten Avantgarde-Netzwerk, mit zur Hälfte ausländischen Lehrkräften/Formmeistern und bis zu einem Drittel ausländischer Studierender (Dietsch 1990).² Die Lehrenden öffneten den Blick auf alle Weltreligionen und Weltkulturen, ebenso wie auf die aktuellen Strömungen in der bildenden Kunst vom französischen Kubismus über den deutschen Expressionismus, den italienischen Futurismus, den russischen Konstruktivismus, die Neue Sachlichkeit bis hin zu Dada oder naiver Kunst. Ein herausragendes Beispiel dafür sind die „Bauhaus-Drucke. Neue Europäische Graphik“, die unter der Leitung von Lyonel Feininger in fünf Mappen von 1921 bis 1923 durch die druckgrafische Werkstatt und die Buchbinderei Otto Dorfners unter Einbeziehung der Studenten hergestellt wurden, fast 60 Werke

¹ Darin Teilnehmerliste am De Stijl-Kurs mit 24 Unterschriften (RBK Niederländisches Amt für Bildende Kunst, van Moorsel Stiftung, Den Haag, Nr. 1217), S. 31.

² Dissertation an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, 1990.

von mehr als 50 Künstlern aus Frankreich, Italien, Russland und Deutschland (Weber 1999, S. 22-79). Unter der Federführung von Gropius und Moholy-Nagy wurden ab 1924 die Bauhausbücher vorbereitet, von deren mehr als 40 konzipierten Titeln bis 1929 immerhin 14 publiziert wurden, darunter Klees „Pädagogisches Skizzenbuch“, Piet Mondrians „Neue Gestaltung“, Theo van Doesburgs „Grundbegriffe der neuen gestaltenden Kunst“, Kasimir Malewitschs „Die gegenstandslose Welt“, Moholy-Nagys „Malerei, Photographie, Film“, Kandinskys „Punkt, Linie zu Fläche“ oder Ouds „Holländische Architektur“. Dagegen blieben „Futurismus“ von Marinetti und Prampolini, „Konstruktive Biologie“ von Schäfer, „Merz-Buch“ von Schwitters oder „Architektur“ von Le Corbusier unrealisiert (Brüning 1995, S. 115-139). Als drittes Beispiel soll die Internationale Architekturausstellung genannt werden, die durch Gropius im Rahmen der großen Bauhaus-Ausstellung im Sommer 1923 organisiert wurde und ihren Niederschlag im Bauhausbuch 1 „Internationale Architektur“ gefunden hat. Erstmals wurde damit die Architektur-Avantgarde von Frank Lloyd Wright, van de Velde und Berlage über Le Corbusier, Rietveld, Oud, junge sowjet-russische und tschechische Architekten bis zu Mies van der Rohe und Gropius im Überblick vorgestellt (Gropius 1925). Das gleiche Interesse galt am Bauhaus neuesten wissenschaftlichen, technologischen, soziologischen oder philosophischen Erkenntnissen im Sinne eines ganzheitlichen Bildungskonzeptes, die durch die Bauhaus-Abende oder Exkursionen vermittelt wurden (Siebenbrodt/Simon-Ritz 2011).³ Die Vision des Bauhauses von Chancengleichheit wäre Utopie geblieben, hätte Walter Gropius nicht von Beginn an ein

außerordentliches Sozialprogramm realisiert. Hunger und Wohnungsnot, fehlende Heiz- und Studienmaterialien sowie die Mittellosigkeit vieler Studenten stellten das Bauhaus nach dem Ende des Ersten Weltkrieges vor fast unlösbare Aufgaben. Erschwert wurde die Lage durch das Kultusministerium, das für das Staatliche Bauhaus Studiengebühren vorschrieb. So organisierte Gropius Spenden für Stipendien und Studiengeldfreistellen, vergab Freiateliers mit Schlafberechtigung an die begabtesten Studenten und initiierte einen Bauhausgarten, der für die Bauhaus-Kantine Kartoffeln, Gemüse und Obst produzierte (Aschenbach/Schirmer 2014). Gropius verkaufte sein Tafelsilber und die Bauhausmeister versteigerten eigene Kunstwerke, um Lehrmaterial für die Studenten zu erwerben. Bittbriefe an amerikanische Millionäre wie Henry Ford blieben dagegen unbeantwortet. Aber die wichtigste Einnahmequelle für die Studierenden wurden die Bauhaus-Werkstätten, in denen sie ihre Produkte für den Verkauf herstellen konnten. Hinzu kamen die Lizenzgebühren, an denen die Studierenden beteiligt wurden – Leistung machte sich bezahlt. Und schließlich ist die Solidarität der Studierenden untereinander zu erwähnen, die es trotz schwierigster Rahmenbedingungen sogar möglich machte, während des Studiums eigene Kinder aufzuziehen (Isaacs 1987; Neumann 1991). Dieser umfassende Bildungsansatz macht das Bauhaus für heutige Bildungsdebatten interessant als ein Konzept lebenslangen Lernens auf solider „handwerklicher“ Basis mit hoher Teamfähigkeit und Blick

³ Exkursionen führten die Bauhäusler unter anderen zu den Holzbauten des Sommerfeld-Konzerns in Berlin, zu den Firmen Carl Zeiss und Schott in Jena oder die Deutschen Werkstätten in Dresden-Hellerau.

für eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung ganz nach der Devise von Walter Gropius, Architekturen und Produkte zu entwickeln, die mit einem Minimum an Material, Energie und Arbeitszeit ein Maximum an Schönheit und Zweckerfüllung gewährleisten und für die breite Masse der Menschen erschwinglich sein sollen (Gropius 1925). Ökologische und soziale Kompetenz erscheinen zunehmend wichtiger in einer hochspezialisierten und arbeitsteiligen aber zugleich digital und praktisch vernetzten Welt.

Mit ihrer Mitgliedschaft im Kreis der Freunde des Bauhauses signalisierten zahlreiche Wissenschaftler und Künstler wie Albert Einstein, Marc Chagall, Arnold Schönberg oder Franz Werfel, dass dieses Bauhaus nicht nur eine kleine Avantgardeschule für Gestalter war, sondern der neue Typus einer modernen Hochschule in einer demokratisch verfassten Industriegesellschaft und globalisierten Welt.

Literaturverzeichnis

- Brüning, U. (Hrsg.) (1995): *Das A und O des Bauhauses*. Leipzig: Bauhaus-Archiv.
- Buchholz, K./Theinert, J. (2007): *Designlehren. Wege deutscher Gestaltungsbildung*. Stuttgart: Arnoldsche Verlagsanstalt.
- Dietzsch, F. (1990): *Die Studierenden am Bauhaus, Dissertation an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar*. Weimar: unveröffentlicht.
- Föhl, T./Siebenbrodt, M. (Hrsg.) (1995): *Kunstsammlungen zu Weimar. Bauhaus-Museum*. München: Dt. Kunstverlag.
- Gropius, W. (1925): *Grundsätze der Bauhausproduktion*. In: *Neue Arbeiten der Bauhaus-Werkstätten*. München: o. J.
- Gropius, W. (1925): *Internationale Architektur*. München: o. J.
- Hüter, K.-H. (1967): *Henry van de Velde. Sein Werk bis zum Ende seiner Tätigkeit in Deutschland*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Isaacs, R. (1987): *Walter Gropius. Der Mensch*

- und sein Werk*. Berlin: Ullstein.
- Joan Campbell, J. (1981): *Der Deutsche Werkbund 1907-1934*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Klaus Aschenbach, Heidemarie Schirmer (Hrsg.) (2014): *Wo die Kunst entstand. Die Atelierebauten der Weimarer Kunstschule*. Weimar: Bauhaus-Universitätsverlag.
- Neumann, E. (1991): *Bauhaus und Bauhäusler*. Köln: DuMont.
- Scheper, D. (1988): *Oskar Schlemmer – das Triadische Ballett und die Bauhausbühne*. Berlin: Akademie der Künste.
- Schlösser, M. (1980): *Arbeitsrat für Kunst 1918-1921*. Berlin: Akademie der Künste.
- Siebenbrodt, M.: *Jazzkapelle und Gesamtkunstwerk. Musik am Bauhaus in Weimar*. In: Seemaan, H. Th./Valk, T. (Hrsg.) (2011): *Überlötete Geschichten. Musikkultur in Weimar*. Göttingen: Wallstein, S. 121-141.
- Siebenbrodt, M./Simon-Ritz, F. (Hrsg.) (2011): *Die Bauhaus-Bibliothek. Versuch einer Rekonstruktion*, Weimar: Bauhaus-Universitätsverlag.
- Steneberg, E. (1987): *Arbeitsrat für Kunst. Düsseldorf: Marzona*.
- Svestka, J. (Hrsg.) (1990): *Andor Weininger. Vom Bauhaus zur konzeptuellen Kunst*. Düsseldorf: Hatje Cantz Verlag.
- Weber, K. (Hrsg.) (1999): *Punkt. Linie. Fläche. Druckgraphik am Bauhaus*. Berlin: G + H Verlag.

Historischer Stadtrundgang



Abb. 1: Axel Stefek während des Stadtrundgangs vor der ehem. Hochschule für Architektur und Bauwesen (heute Bauhaus-Universität), © Thomas Müller, Weimar

Sieben Orte des Widerstandes gegen die SED-Bevormundung: Ein Stadtrundgang durch Weimar

Die friedliche Revolution vom Herbst 1989 zählt in der deutschen Geschichte zu den ganz großen „Umbrüchen“ – und gehörte deshalb unbedingt in das Programm des Weimarer Geschichtsfestivals, das sich 2014 diesem Motto verschrieben hatte. Zum Verständnis der Vorgänge in der DDR vor einem Vierteljahrhundert ist nicht allein die Betrachtung des europäischen Kontextes, sondern auch der Blick zurück geboten. Wie entwickelten sich Widerstand und Opposition in dem 1949 gegründeten Staat, der niemals, wie sein Name verhiess, eine „Demokratische Republik“ gewesen ist?

Auch wenn heute Großstädte wie Leipzig als Ausgangspunkte der Revolution von 1989 gelten, war diese doch kein Ereignis mit örtlichen Zentren, sondern vielmehr eine in den urbanen Räumen beinahe flächendeckend auftretende Bewegung. Vergleichbares lässt sich für die vorausgegangenen Jahrzehnte feststellen: Zwar gab es „oppositionelle Sammelpunkte“, so in Weimars Nachbarstadt Jena, doch bestimmte Formen widerständigen Verhaltens traten vielerorts auf. Allein die Ausreisebewegung ist Beleg dafür. Beinahe überall, in den Städten und auf dem Land, gab es DDR-Bürger, die das Land dauerhaft verlassen wollten und einen entsprechenden Antrag stellten. Wenn ihre Beweggründe auch unterschiedlich waren – oft waren es gar keine politischen Motive,

den bevorstehenden Heimatverlust in Kauf zu nehmen – erklärten die „Antragsteller“ dem Staat doch eine Totalabsage.

Die massenhafte Fluchtbewegung in Richtung Westen hatte 1961 zum Bau der Mauer und zu einer Verhärtung der Fronten des Kalten Krieges geführt, gleichzeitig aber für einige Jahre – bis etwa 1968 nämlich, eine verhältnismäßig kurze Zeit also nur – auch zu einer (scheinbaren) Beruhigung der Systemkritiker. Die Möglichkeit, dem Land den Rücken zu kehren, schien nun für alle Zeiten verbaut. Erst mit dem „Prager Frühling“ sowie den Nachrichten vom Aufbruch der nachgewachsenen Generation im Westen wurden wieder Stimmen wahrnehmbar, die der SED-Politik etwas entgegenzusetzen wagten. Auch für die Stadt Weimar sind diese Tendenzen nachweisbar.

Artikulationsformen des Protests gegen die Bevormundung durch den Staat seit den frühen 1950er Jahren bis zur friedlichen Revolution 1989 sollten den Besuchern des Geschichtsfestivals vermittelt werden – das war das Anliegen der im Folgenden kurz skizzierten Veranstaltung. Dabei ging es nicht um die großen, immer wieder erzählten Geschichten wie die Ereignisse um den 17. Juni 1953 oder die Proteste nach der Biermann-Ausbürgerung im November 1976, sondern um Geschehnisse vor Ort, um Weimarer Zeitgeschichte.

Die Zielgruppe des Geschichtsfestivals sind historisch interessierte Laien. Um sie zu erreichen, wurde für die Vermittlung der Inhalte bewusst nicht die Form eines Referats oder Expertengesprächs, sondern das Medium „Stadtrundgang“ gewählt. Anders als in einer klassischen Stadtführung, etwa zu Themen wie „Architektur“ oder „Plätze und Denkmäler“, waren die hier darzustellenden Vorgänge allerdings nicht sichtbar. Deshalb wurde eine kleine Auswahl von Fotografien in einem für die Zuhörer gut erkennbaren sehr großen Format gezeigt. Es handelte sich dabei vornehmlich um Porträtaufnahmen der vorzustellenden Akteure. Ihnen sollten nicht nur mit Worten, sondern auch in Bildern „ein Gesicht gegeben“ werden.

1. Der „Einstimmigkeit“ etwas entgegensetzen

Der zweistündige Rundgang¹ begann am ehemaligen „Klub der Intelligenz“², dem Ort des Tribunals der Schriftsteller der Bezirke Erfurt und Gera, in dessen Verlauf der in Greiz lebende Lyriker Reiner Kunze am 29. Oktober 1976 aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen wurde. Die Legitimierung der zuvor im Zentralkomitee der SED gefassten Entscheidung, dem Verfasser des Prosabandes „Die wunderbaren Jahre“ nun ein endgültiges Berufsverbot zu erteilen, erfolgte offiziell einstimmig. Dennoch hatten zwei Anwesende ihre Hand gegen den Rauschmiss Kunzes erhoben: Der in Jena lebende Udo Scheer (der sehr viel später – nach dem Untergang der DDR – Reiner Kunzes Biograf wurde) und der Theologe Christoph Eisenhuth.

¹Ausführliche Quellennachweise zu den im Folgenden angerissenen Themenfinden sich in der Publikation Stefek 2014.

²Haus Schubertstraße 10, an der Ecke Hegelstraße.

Obwohl sie sich zunächst an der Abstimmung beteiligen sollten, wurden ihre Stimmen bei der Auszählung dann doch nicht gewertet. Denn jetzt hieß es, sie seien als Kandidaten des Verbandes noch gar nicht stimmberechtigt. Mit ihren Stimmen für Reiner Kunze hatten sie sich indessen die Möglichkeit verbaut, nun jemals in einem der staatlich kontrollierten Verlage etwas veröffentlichen zu dürfen. Nie wieder nahmen sie an einer Tagung des Schriftstellerverbandes teil.

2. Sprüche als Unmutsbekundung

„Neue Männer braucht das Land“ und „Macht aus dem Staat Gurkensalat“ – diese beiden Sprüche lasen Studenten und Mitarbeiter neben der Eingangstür des Hauptgebäudes der Hochschule für Architektur und Bauwesen, als sie in den Morgenstunden eines Oktobertages im Jahre 1983 das Haus betreten (Abb. 2).

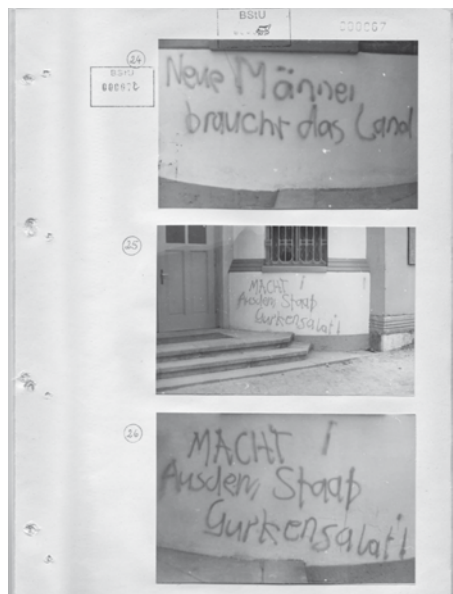


Abb. 2: Oppositionelle Graffiti, 1983 / Fotos der Kriminalpolizei

In der Nacht zuvor hatten sechs befreundete junge Leute heimlich im Weimarer Stadtgebiet Wortspielereien und Losungen als Graffiti an bröckelnde Fassaden angebracht. Es gab sehr genau zu benennende Ursachen für den Unmut, der sich in ihnen angestaut und der sie zu der spontanen Aktion verleitet hatte. So waren drei der Akteure zuvor von der Weimarer EOS³ „Friedrich Schiller“ verwiesen worden und konnten nun kein Abitur ablegen. Veranlassung dafür war u. a. die Rücknahme der Verpflichtungserklärungen für einen längeren Dienst in der Nationalen Volksarmee durch zwei der Beteiligten. Auch eine junge Frau war bei den Sprayern dabei, ebenfalls eine ehemalige Schülerin an dieser Schule. Sie hatte ihr Abitur ablegen dürfen, war unmittelbar danach aber aus den Massenorganisationen GST⁴ und DSF ausgetreten und durfte deshalb nun kein Studium aufnehmen. Die nicht langfristige geplanten, sondern eher spontanen Sprühereien brachten den Beteiligten Haftstrafen ein, die sie im Stasi-Gefängnis Erfurt verbringen mussten. Sie wurden für ihre politische Aktion kriminalisiert: Die Anklage lautete „mehrfaches Rowdytum“. Dass das Strafmaß „lediglich“ zwei bis sechs Monate betrug – oft genug waren verhängte Strafmaße für Aktionen mit politischer Motivation auch höher –, war dem Umstand geschuldet, dass drei der Angeklagten noch nicht einmal volljährig waren und der Staat sich offensichtlich scheute, beim üblichen Freikauf der politischen Häftlinge Minderjährige in die Bundesrepublik zu entlassen.

³EOS = Erweiterte Oberschule.

⁴GST = Gesellschaft für Sport und Technik, DSF = Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

3. Selbstbestimmt und eigensinnig

Der Frauenplan war in den 1970er Jahren ein beliebter Treffpunkt der entstehenden subkulturellen Jugendszene. Die von der Hippiebewegung inspirierten ostdeutschen „Blueser“ oder „Kunden“, wie sie sich selbst nannten, trafen sich regelmäßig zum Zwiebelmarkt in Weimar, nachdem die Stasi die Langhaarigen 1974 bewusst nach Weimar gelenkt hatte, um sie davon abzuhalten, das Bild der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der DDR in Berlin zu stören. Damit hatte sie ungewollt eine Art „Szenefestival“ ins Leben gerufen – eine Anekdote, die rückblickend beinahe schmunzeln lässt.

Bei der näheren Betrachtung von Einzelschicksalen – d. h. von Anhängern der sehr überschaubaren Weimarer Szene, die ohne kirchliche Schutzräume dem Zugriff der Behörden und Sicherheitsorgane beinahe wehrlos ausgeliefert waren – findet sich allerdings kein Grund zum Lachen. Die beiden Protagonisten der lokalen Szene Edeltraud Brose und Michael Steinhorst sind wegen ihres Dranges nach einem selbstbestimmten Leben und ihres trotzigen Eigensinns gegenüber den Behörden über Jahre von den Staatsorganen drangsaliert worden, waren zeitweise inhaftiert und wurden gezwungen, die Grenzen ihrer psychischen Belastbarkeit zu überschreiten. Steinhorst wurde dauerhaft psychisch krank. Brose verlor während einer Haftzeit ihr ungeborenes Kind. Nach dem Ende der für sie völlig unakzeptablen Bevormundung, gegen die sie alle inneren Reserven mobilisiert hatte, war Edeltraud Brose selbst am Ende ihrer Kräfte und sah keinen anderen Ausweg mehr als den, sich schließlich das Leben zu nehmen.

4. Kontakte nach Westberlin

Am Rathaus wurde im Rahmen des Stadtrundgangs an das Schicksal des Mitarbeiters der Stadtverwaltung Weimar Hans-Dietrich Kogel und an den Lehrer Gerhard Benkowitz erinnert, die 1955 in einem Schauprozess zum Tode verurteilt wurden. Ihnen war vorgeworfen worden, in Weimar eine Ortsgruppe der Westberliner „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ aufgebaut zu haben. Die in dem Schauprozess gefällten Urteile hatte der Staatschef Walter Ulbricht zuvor nicht nur persönlich abegesenet, sondern dabei die für Kogel vorgesehene Haftstrafe in ein Todesurteil umgewandelt. Die beiden Ehefrauen der beiden in Dresden Hingerichteten erhiel-

ten 12-jährige Haftstrafen. Noch bis heute wirken die falschen Behauptungen nach, die in der den Prozess begleitenden Propagandakampagne von der SED verbreitet wurden: Angeblich hätten die Angeklagten praktische Vorbereitungen zur Sprengung der Sechs-Bogen-Brücke, eines Eisenbahnviadukts in Weimar, getroffen. Tatsächlich hatten Benkowitz und Kogel lediglich Informationen nach Westberlin geliefert sowie dort gedrucktes Propagandamaterial in Weimar verteilt.



Abb. 3: Olof-Palme-Friedensmarsch 1987 / Foto und Kommentar des MfS

5. Grenzen des Erlaubten ausloten

Etwas weiter, in der Kaufstraße, wurde auch an den Olof-Palme-Friedensmarsch erinnert, der zu einer der bemerkenswertesten politischen Veranstaltungen im öffentlichen Raum in der Geschichte der DDR geriet.⁵

Etwa 350 Teilnehmer beteiligten sich am 19. September 1987 an der offiziell genehmigten Demonstration in Weimar, bei der Dutzende unzensurierte Transparente mitgeführt wurden. Untereinander vernetzte Mitglieder verschiedener Gruppierungen aus dem widerständig-oppositionellen Milieu der Städte Erfurt, Jena und Weimar loteten die Grenzen des Erlaubten aus: „Glasnost“, „Perestroika“ und Losungen der unabhängigen Friedensbewegung standen auf den selbstgemalten Spruchbändern und Plakaten. Ein eigenmächtiger Abstecher von der offiziellen Route zum Rathaus am Markt wurde, wie der gesamte 20 Kilometer lange Marsch, vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) fotografisch dokumentiert (Abb. 3).

6. Angst überwinden, öffentlich sprechen üben

Die Herderkirche war der Ort der ersten öffentlichkeitswirksamen politischen Kundgebung im Herbst 1989 in Weimar. Noch vor den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR hatte der Pfarrer Erich Kranz zu einem Gemeindeabend eingeladen, zu dem Tausende Menschen kamen – so viele, dass die Veranstaltung am folgenden Tag wiederholt wurde. Im nur vermeintlich geschützten Raum der Kirche artikulierten

am 4. Oktober 1989 erstmals Bürger ihren Unmut über die unerträglich gewordene gesellschaftliche Situation. Sie überwandten ihre Angst, traten an ein Mikrofon, Hunderte unterschrieben einen offenen Brief.

7. Jugendarbeit ohne erhobenen Zeigefinger

Im Gemeindehaus der Jakobskirche gab es für wenige Jahre in Weimar die „Offene Arbeit“, eine Form der evangelischen Jugendarbeit, die auch für junge Leute aus nicht-christlichen Familien Angebote unterbreitete. Der „Montagskreis“ wurde zum Experimentier- und Artikulationsraum für eine bunte Mischung unangepasster Schüler, Lehrlinge und Erwachsener bis etwa 30 Jahre. Er existierte lediglich von 1981 bis 1984, dann musste die Arbeit wegen schwerer Behinderungen durch den für das Ministerium für Staatssicherheit arbeitenden Superintendenten eingestellt werden.

Einen frühen Vorläufer evangelischer Jugendarbeit, in der nicht nur christliche Themen diskutiert worden waren, hatte es an der Jakobskirche Jahrzehnte zuvor schon einmal gegeben. Der Weimarer Pfarrer Martin Giersch hatte auch Naturwissenschaften und Germanistik studiert und war an gesellschaftlichen Fragen besonders interessiert. 1954 gründete er den „Sonnabendkreis“, außerdem leitete er die evangelische Studentengemeinde. Für sein Engagement wurde er hart bestraft: 1957 verhaftet, wurde er wegen angeblicher „Boykotthetze“ zu 14 Monaten Haft verurteilt. Als ihm nach der Entlassung von seinem Arbeitgeber nahegelegt wurde, in die Bundesrepublik zu gehen, sagte Giersch: „Nein, hier ist mein Platz. Ich

⁵ Die während und kurz nach einem Bonn-Besuch des DDR-Staatschefs Erich Honecker durchgeführte Veranstaltung sollte gegenüber dem westen ein pluralistisches Bild der DDR vermitteln.

bleibe hier!“ – Sehr viel später geriet eine weit verbreitete Fotografie mit dem Spruch „Wir bleiben hier“, auf einem Pappschild den ehernen Dichterheroen Goethe und Schiller um den Hals gehängt, zu einer Weimarer Bildikone der friedlichen Revolution 1989.

Schlussbemerkung

Die Besonnenheit der Unangepassten trug wesentlich zum friedlichen Verlauf des „Herbstes der brennenden Kerzen“ (Hanns Cibulka) bei. Die lange Vorgeschichte des wohl bedeutendsten Ereignisses der deutschen Nachkriegsgeschichte besteht aus vielen kleinen, oftmals tragisch endenden Geschichten, die teilweise noch immer unentdeckt zwischen hinterlassenen Aktendeckeln des Ministeriums für Staatssicherheit ruhen. Sie aufzuspüren und zu erzählen lohnt sich. Es geht darin um die Furchtlosigkeit, „Nein“ zu sagen, um Zivilcourage, „Bürgermut“. – Mehr als 50 Zuhörer, die meisten von ihnen aus Weimar, hörten am 8. November 2014 Begebenheiten aus der Klassikerstadt, die ihnen bislang größtenteils unbekannt waren.⁶

Literaturverzeichnis

Stefek, A. (2014): *Weimar unangepasst. Widerständiges Verhalten 1950–1989 (= Weimarer Schriften, Bd. 68)*. Weimar: Stadtmuseum.

Abbildungsnachweise

Abb. 2: BStU, MfS, BV Erfurt, AU 1463/84, Bd. 2, GA, S. 72.

Abb. 3: BStU, MfS, BV Erfurt, SA Abt. XX-33, S. 27

⁶ Einige der erwähnten Vorgänge wurden einer breiteren Weimarer Öffentlichkeit erstmalig mit der Ausstellung „Weimar unangepasst. Widerständiges Verhalten 1950–1989“ vorgestellt, die vom 26. September 2014 bis 1. Februar 2015 im Stadtmuseum Weimar gezeigt wurde. Das zur Ausstellung erschienene Buch (Stefek 2014) enthält viele weitere Beispiele widerständigen Verhaltens in Weimar.

Zeitzeugengespräch: Kann Kunst Mauern einreißen?

Ralf Finke

Zur Einführung: Motzki & Co. – Theater um Deutschland

Herbst/Winter 1992/93, rund drei Jahre nach dem Mauerfall. Während die Ostdeutschen weiter versuchen, sich in dem Durcheinander nach dem Mauerfall endlich zurecht zu finden, geht's für die meisten Westdeutschen weiter wie bisher. Nur wenige reisen in den Osten, nach „Dunkeldeutschland“. Die Euphorie der ersten drei Jahre ist vielerorts verschwunden. Arbeitslos, verschaukelt, desillusioniert. So lässt sich das Lebensgefühl mancher Ostdeutscher beschreiben. Je weiter die Bundesbürger in Richtung Westen leben, desto weniger bekommen sie von der Stimmung im Osten mit. Wenn es gut geht, sieht man noch die „Tagesschau“ und registriert im Vorbeigehen Informationen über das Geschehen im Osten. „Es reicht“, denken viele und wenden sich anderen, vorgeblich spannenderen oder weniger anstrengenden Themen zu. Was auf der Strecke bleibt, ist das Gefühl der Gemeinsamkeit. Zu viel ist verlorengegangen beim schleichenden Verlust der Identität oder bei der Schließung der Fabriken. Wo soll das hinführen? Um die Jahreswende 92/93 gibt es nur wenige Antworten. Im Osten wirkt die Treuhand, der Aufbau kommt nur mühsam voran. Der Westen wendet sich ab von den oft ungeliebten Verwandten, die große Euphorie ist verfliegen.

Zu dieser Zeit hofften nicht wenige auf den großen Roman, das aufrüttelnde Theaterstück oder den bewegenden großen Kinofilm, der die Menschen näher zusammen bringen wird. Doch das Warten war vergeblich.

In dieser Stimmung entstand die Idee zu dem 45-minütigen WDR-Feature „Motzki & Co. – Theater um Deutschland“. Ausgehend von der Fernsehserie „Motzki & Co.“ des Autoren Wolfgang Menge, der in den siebziger Jahren im Westen große Erfolge mit der Serie „Ein Herz und eine Seele“ gefeiert hatte, ging ich auf die Suche nach dem erwähnten Buch, Theaterstück oder Kinofilm. Gab es mehr als nur die Nörgler?

Günther Grass hatte soeben „Novemberland“ veröffentlicht und viel Kritik wegen seiner Vorhaltungen eingesteckt, Rolf Hochhuth schrieb „Wessis in Weimar“ und wurde der Simplifizierung verdächtigt. Ein Newcomer rüttelte am Gebälk der Etablierten: Christoph Schlingensiefel inszenierte an der Volksbühne sein erstes Theaterstück: „100 Jahre CDU - Spiel ohne Grenzen“. Ein junger Filmemacher aus dem Osten drängte ebenfalls nach vorn: Andreas Dresen. Er hatte gerade den Film „Stilles Land“ produziert. Monika Maron war in ihre Ost-Berliner Heimat zurückgekehrt

und veröffentlichte vieldiskutierte Artikel und Essays in dem Band „Nach Maßgabe meiner Begreifungskraft“.

Konstantin Wecker tourte wie immer durch den deutschsprachigen Raum und hatte natürlich auch das Wohl und Wehe der deutschen Wiedervereinigung für sich entdeckt, während der soeben gekürte neue Feuilletonchef der Süddeutschen Zeitung, Johannes Willms, sich Gedanken über das „Zusammenwachsen, was zusammen gehört“ machte. Wolfgang Menge sinnierte über den Misserfolg seiner Fernsehserie „Motzki & Co“.

Am interessantesten in dieser Zeit war für viele junge Deutsche – und nicht nur für die – das Geschehen in Berlin, dem neuen Zentrum der Jungen und Kreativen. In den Clubs und Theatern der Ostberliner Szeneviertel konnte endlich das gespielt und präsentiert werden, was Jahre zuvor – zumindest im Osten – noch mit Argusaugen beäugt wurde. In dieser Szene musizierten, parodierten, alberten und grübelten Künstler wie der Opernsänger, Schauspieler und Regisseur Nino Sandow oder das Musik- und Kabarett-Duo Wenzel & Mensching.

Und über all dem thronte DER Kritiker der alten Bundesrepublik, das Wohl und Wehe vieler großer Autorinnen und Autoren, der leidenschaftliche und oft auch zornige Liebhaber der deutschen Literatur: Marcel Reich-Ranicki.

Nachdem all die oben genannten Künstler und die Künstlerin von mir vernommen worden waren, reiste ich mit einem Rohschnitt des Films zu dem viel geliebten und oft gefürchteten Literaturpapst nach Frankfurt. In seiner Privatwohnung zeigte sich mir in dem gut zweistündigen Gespräch ein Literaturkritiker, der ganz anders war, als ich ihn aus dem Fernsehen

kannte: ein zuvorkommender, den leisen Tönen nachlauschender Mann, der keine Pose nötig hatte, um seinen Gedanken Nachdruck zu verleihen. Bis die Kamera lief. Da war er wieder, der furiose Wortakrobat, der mit seinem eigentümlich rollenden „R“ Bonmots und Tiraden in den Raum warf, der weder Tod noch Teufel zu fürchten schien, wenn es um seine große Liebe, die Literatur ging. Aber: Leider sagte er mir auch, dass er gar nicht auskunftsfähig sei, denn: „Ich bin zuständig für die Literatur der Vergangenheit und der Gegenwart. Für die Literatur, die kommen wird, sind die Zukunftsforscher zuständig. Zu denen gehöre ich nicht!“ Dafür redete er in dem Interview aber recht viel.

Immerhin erhielt ich noch die Auskunft, dass von Oper und Drama nichts zu erwarten ist, die eine sei seit über 40 Jahren tot und die andere in einer großen Krise und Kunst könne heute eh nichts mehr bewegen. Aha.

Fast zwanzig Jahre später. Manche der oben genannten Künstler sind mittlerweile verstorben: Literaturnobelpreisträger Günther Grass, Theatermacher Christoph Schlingensiefel, Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, Fernsehautor Wolfgang Menge.

Zwei aber lebten noch waren zu einem erneuten Gespräch bereit: Aus dem Schauspieler, Sänger und Regisseur Nino Sandow wurde Professor Nino Sandow, aus dem Musikclown, Schauspieler und Autor Steffen Mensching der Theaterintendant Steffen Mensching. Der eine lebt in Berlin, der andere arbeitet in Rudolstadt.

Im November 2014 sahen wir uns erstmals wieder, zum „Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte“. Verändert hatten sich Nino Sandow und Steffen Mensching

kaum, wir sind halt alle etwas älter geworden. Und auch beim Temperament gab's nur leichte Änderungen. Professor Sandow der ruhige, manchmal fast schon resignative Typ, Steffen Mensching hingegen das Stehaufmännchen, das immer in die Vollen geht.

Wir sahen gemeinsam mit dem Publikum den Film von 1993 nochmals an und stellten uns anschließend fast dieselben Fra-

gen: Gab es den großen künstlerischen Wurf zur 89er Wende, hat die Kunst in den Jahren danach etwas verändert? Es entspannt sich eine wortreiche, spannende Diskussion, die mit dem Reich-Ranickischen Brecht-Zitat hätte enden können: „Und so sehen wir betroffen / Den Vorhang zu und alle Fragen offen“.

Aber lesen Sie selbst.

Kann Kunst Mauern einreißen? Ein Gespräch mit Nino Sandow und Steffen Mensching¹

Finke: *Wir drei haben uns tatsächlich 21 Jahre lang nicht gesehen. Herr Mensching, wie war's denn in den vergangenen 21 Jahren?*

Mensching: Das ist gleich eine super erste Frage. Wenn man das so hört, 21 Jahre, erschreckend lange Zeit. Ich versuch für mich immer, die Zeit, die läuft, ein bisschen einzuschätzen. Die Nazis haben gerade mal 12 Jahre regiert und haben geschafft, in dieser Zeit die halbe Welt und ganze Völker zu unterjochen und umzubringen. 12 Jahre sind keine lange Zeit. 21 Jahre ist eigentlich in diesem Verhältnis ein relativ langer Zeitraum. Trotzdem ist das für mich alles nicht sehr weit weg, muss ich sagen. Und nicht, weil jetzt tagtäglich über die Medien diese Bilder wieder eingespielt werden. Es ist für mich noch ziemlich nah dran.

Finke: *Nino Sandow. Und bei Ihnen? Sie waren damals in der alternativen Szene am Prenzlauer Berg. Mittlerweile sind Sie Professor und haben viel erlebt, glaube ich.*

Sandow: Ja. Ich muss mich anschließen. Es ist alles nicht weit weg. Es schrumpft ja. Je älter man wird, da schrumpft das alles. Aus dem Film sind wir ja tatsächlich fast die wenigen Überlebenden. Dennoch

schrumpft es. Es ist gestern. Insofern: Man hat Lücken, Details verschwinden, na klar. Die Zeit schrumpft, je älter man wird, die wird dichter. Das ist mein Gefühl.

Finke: *Wenn ich das richtig beobachtet habe, haben Sie sehr gelacht, als Reich-Ranicki im Film sagte, die Oper sei tot seit Strauß. Ist sie so tot? Hat sie nichts mehr zeitigen können?*

Mensching: Das Schöne bei Reich-Ranicki ist ja immer, dass er so wunderbar apodiktische Urteile fällt und man ihm trotzdem nicht böse sein kann. Das ist ja mit anderen Leuten anders. Er antwortet ja mit seinem Nein immer schon, bevor die Frage richtig gestellt ist. Das heißt, er hat ganz klare Meinungen. Das war zu seinen Lebzeiten, fand ich, irritierend, weil er sehr ungerecht auch gegen Leute geurteilt hat. Aber es ist zumindest anregend in seiner Klarheit. Er hatte eine Meinung, die war oftmals nicht meine und was die Oper oder den vermeintlichen Tod der Oper angeht, kann man da sicherlich auch anderer Meinung sein, aber es ist zumindest erst mal ein Standpunkt, zu dem man irgendwie ein

¹ Besonderer Dank an Gesa Lienhop für die Transkription des Gesprächs.

Verhältnis aufbauen kann und sei es ein polemisches. Heute ist das alles so ausgewogen. Wie unsere politische Landschaft, so ist auch die Kulturlandschaft. Das Provokante und das Polemische, das vermisse ich heute oft. Und die Frage sollte man dann stellen: Warum ist das so? Was ist los mit diesem Land? War es 93 spannender? Offenbar.

Finke: *Wir sprechen ja heute noch über verschiedene Genres in der Kultur. Ich hab mal bei mir zu Hause im Bücherschrank geguckt, ich hab mal ein paar Sachen mitgebracht. Es gab in der Folgezeit von 1989 viele Versuche, die DDR-Zeit und die Wende literarisch zu verarbeiten. „Wessis in Weimar“ von Rolf Hochhuth ist ein Beispiel oder auch Thomas Brussigs „Helden wie wir“, und in diesem Jahr Lutz Seilers „Kruso.“ Immer hieß es, okay, das könnte der Roman sein. Aber wenn Sie zurückschauen: Haben Sie, Herr Sandow, irgendwas gelesen, wo Sie sagen: Mensch, das ist so mein Lebensgefühl gewesen und das gibt etwas wieder. Sie sind ja in der DDR groß geworden, haben dann die Wende bewusst miterlebt und danach sind Sie Ihren Weg gegangen. Gibt es etwas in der Literatur, wo Sie sagen: Da bin ich zuhaus, das ist meins?*

Sandow: Ich möchte vorher noch kurz zum ersten Punkt etwas sagen, denn ich unterrichte ja an einer Opernschule. Was soll ich jetzt auf die Frage mit der Oper sagen, ohne mich strafbar zu machen? Aber das ist egal. Ja, er hat Recht, ja.

Finke: *Die Oper ist tot?*

Sandow: Ich sage nicht, tot, aber er hat Recht mit seiner Kritik, dass vieles an und in der Oper sehr bedenklich ist. Das betrifft die Inhalte als auch die Inszenierung als auch das Karussell, auch die Regisseure und auch die Arbeit an der Musik selber. Zum zweiten Punkt:

Ich lese gar nicht so viel. Ich habe in letzter Zeit erst wieder angefangen zu lesen. Und ich suche dabei keine Bücher, die ‚mein‘ Leben reflektieren sollen. Wenn ich lese, dann hat das nichts mit meiner Geschichte und meiner Biographie zu tun.

Finke: *Es gibt ja literarische Stoffe, die dann auch im Film oder Theater umgesetzt wurden, wie zum Beispiel Uwe Tellkamps „Der Turm“. In der Oper passiert so etwas nicht?*

Sandow: Nicht in Formen und Maßen, wie sie es tun könnte.

Finke: *Aber woran liegt das? Fehlt es an Autoren, an Dramaturgen, fehlt es an Musik?*

Sandow: Die Krise des Theaters wird ja beklagt, seit es Theater gibt. Ich glaube, die Oper ist ein Laden geworden, der relativ phlegmatisch auf bestimmte Dinge reagiert. Es ist natürlich auch der museale Text, der der Oper zu Grunde liegt. Die Storys sind gut, aber der Text ist schwer verständlich, Und die Musik ist heute oft nicht mehr leicht zugänglich. Vielleicht braucht man für die Oper aber auch eine gewisse Art von Vorbildung, und da kommen wir sozusagen in den Bereich der Kindererziehung und Bildung. Man braucht für das Verständnis eines Figaros ein bisschen Kenntnis. Und das sind natürlich Mühen, die sich der schnellen Zeit noch relativ entziehen. Schließlich: es gibt heute ein übersubventioniertes Intendantenkarussell an den deutschen Theatern. Ich würde das alles halbieren und wenn die dann schreien, wir können kein Theater machen, würde ich sagen, okay, es gibt schon Leute, die das können

Finke: *Ja, einen Intendanten haben wir hier vorne sitzen. Was sagen Sie denn dazu, wenn das alles um die Hälfte gekürzt werden sollte?*

Mensching: Theater und Oper sind Kunst-

formen, wie übrigens der Film auch, die sich im Wesentlichen nicht selbst tragen. Ob eine Gesellschaft das will, Mittel für solche nicht profitablen Geschäfte und Betätigungen freizustellen oder nicht, darüber muss sich die Gesellschaft verständigen. Man kann das ablehnen, man fällt aber meiner Meinung nach dann in reine ökonomistische und, in Klammer: barbarische, Zustände zurück. Wenn man das will, kann man das haben. Für mich ist das eine Frage, was man sich unter Demokratie vorstellt. Aber da sind wir natürlich genau bei der Frage: Wie will man diese Gesellschaft strukturieren? Vor 1989 gab es ganz klare Feindbilder. Von diesen Feindbildern hat man auch in der alten Bundesrepublik gelebt. Es gab etwas, gegen das man sein konnte, nämlich gegen den verknöcherten, brutalen Stalinismus. Das war ein ganz klares Feindbild, es gab den Kalten Krieg, man hatte etwas, das man ablehnte. Das hat die Identität der alten Bundesrepublik stark bestimmt. Nur war das 1989 weg, und nun war die Frage: Was bestimmt die Identität dieses Landes neu? Was ist das neue Ziel? Vorher war es sozusagen die Abschaffung der deutschen Mauer, der deutschen Teilung, die Einheit des Vaterlandes sollte wieder hergestellt werden. Das war ein Ziel, ein gesellschaftliches Motiv. Aber was macht den Motor, die Motivation dieser Gesellschaft heute aus? Ich hab darauf keine Antwort, aber offenbar ist das ein Problem. Und darüber hat man sich nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik nicht auseinander gesetzt. Und wir sind 25 Jahre später nicht viel weiter. Wenn man sich die gestrige Debatte im Bundestag angesehen hat, sind wir eigentlich keinen Schritt weiter.² Es sind die alten Vorurteile, die vor sich hergetragen werden. Es ist der alte Topos, dass die Geschichte

– auch die der DDR und der deutschen Einheit – aus der Position der Sieger geschrieben wird. Das ist nicht unüblich, das ist nicht nur ein Aphorismus von Napoleon, sondern das ist wirklich eine alte Erkenntnis, die sich immer wieder bewahrheitet hat. Wo führt uns das hin als Gesellschaft?

Finke: *Wenn man Monika Maron zuhört, ist die doch in vielen Dingen ganz anderer Meinung, und ich glaube, wenn sie heute hier säße, würde sie auch sagen, dass Sie da etwas aufbauen, wo Sie, sagen wir mal, eine Befindlichkeit der ehemaligen DDR-Bürger verteidigen, die sie nicht für richtig hält.*

Mensching: Es geht ja nicht um Empfindlichkeiten von DDR-Bürgern, sondern es geht um die Frage: Was ist das Neue? Man hört heute oft: Es ist nicht nur die DDR untergegangen, sondern auch die alte Bundesrepublik ist nicht mehr. Das ist ja schön formuliert, das ist aber nicht die Wahrheit. Die Wahrheit des historischen Anschlusses 1990 besteht darin, dass die DDR sich per Paragraph 23 des Bundesgrundgesetzes an die Bundesrepublik angeschlossen hat. Es war keine Vereinigung, das ist sozusagen die Schönwetter-Definition. Die Realität sah anders aus. Sie sah verfassungsrechtlich anders aus und sie sah auch verfassungspraktisch anders aus. Ich breche überhaupt nicht den Stab und es bringt auch überhaupt nichts, dieses schwarzweiß-Bild weiter zu transportieren und zu pflegen, aber die Frage ist schon: Was ist von dem Einen in diese Gesamtkörperschaft neue Bundesrepublik eingeflossen? Und das muss man, glaube ich, sehr kritisch sehen.

² Wolf Biermann war am 7. November 2014 zur Jubiläumsfeier des Deutschen Bundestages eingeladen worden und nutzte die Gelegenheit für eine Polemik gegen die Partei Die Linke, die er als „Drachenbrut“ bezeichnete, und sich selbst als „Drachentöter.“

Sadow: Ja, wir würden uns jetzt aber wirklich streiten. Ich sehe das etwas anders als du, und sogar extrem anders. Wenn man aus einem Land und einer Zeit kommt, in der die Parolen sehr groß waren, und sie jetzt doch relativ bescheiden sind, finde ich, dass da ein Ansatz ist, der dennoch wieder spannend ist, weil er sich selber zurückschraubt auf ein Maß des eigenen Beobachtungsfeldes. Und da sollte Theater auch wieder hinschauen, auf die kleinen Beobachtungsfelder. Ich finde auch nicht, dass es so einfach ist, mit der Angliederung der DDR. Ich finde auch nicht, dass es hier um Sieger oder Nicht-Sieger geht. Ich finde es sehr problematisch, Geschichte auf Schlagwörter wie Sieger oder Besiegte zu reduzieren. Ich kann das persönlich gar nicht mehr so hören. Ich möchte Geschichten hören, die stimmen. Ich möchte Geschichten hören, die in ihren Punkten nachvollziehbar sind. Diese Pauschalisierungen halte ich für untauglich für Gespräche und auch für Denkweisen.

Mensching: Ja, okay. Es ging mir überhaupt nicht darum, dass ich nicht an Geschichten interessiert bin und dass das ein wichtiger Teil des kulturellen Betriebes ist. Aber wenn wir darüber reden, wie der Zustand der Kulturlandschaft oder der Kulturschaffenden 1993 gewesen ist, und was sich daraus entwickelt hat, bis hin zu der Frage, ob Kultur heute im Gegensatz zu 1989/93 in der Lage wäre, bestimmte versteinerte Strukturen aufzubrechen. Dann muss man schon die Frage stellen: Was ist aus den kulturellen Modellen und auch den zwei kulturelle Eliten geworden, die da aufeinander getroffen sind?

Die Schriftsteller sind sich nach 1989 plötzlich nicht mehr nur auf irgendwelchen Tagungen begegnet, im Ausland, beim PEN oder so, sondern sie sind wirklich in

Berlin, in Dresden, in München zusammengekommen. Die Musiker genauso, die Schiller-Gesellschaft, die Shakespeare-Gesellschaft, die ganz lange parallel existiert hat, der PEN, der lange parallel existiert hat zwischen Ost-PEN und West-PEN. Es war für den PEN letztendlich eine kluge Entscheidung, sich nicht so schnell zu vereinigen und zu sagen: „Ok, Friede, Freude, Eierkuchen, wir sind jetzt ein Club.“ Nein, es gab zwei Clubs,³ und die haben sich auseinandergesetzt mit ihrer eigenen Geschichte. Das ist dieser Institution PEN bekommen.

Die Frage ist die, und deswegen bin ich da polemisch: Wir können uns nun auf bestimmte Begriffe einigen, wie denn nun die DDR zu kategorisieren sei, ob's nun ein Unrechtsregime war oder ne Diktatur oder, oder... Da hat man nun eine Handvoll von Begriffen. Die Begriffe besagen meiner Meinung nach gar nichts. Das ist wie die Nadel mit dem Schmetterling, den man aufspießt und dann anschauen kann. Man erkennt nichts über die Eigenheit dieses Systems. So ein Begriff ist meiner Meinung nach kontraproduktiv, der wird immer ideologisch benutzt. Mich interessieren die realen Prozesse in diesem System DDR. Und da sind ja dann die Romane interessant, die wirklich versuchen, abzubilden, wie das Leben in dieser ganz konkreten deutschen Diktatur war, wie das abgelaufen ist. Welche Freiräume gab es, wie ist man mit der Repression umgegangen? So ein Totschlagargument oder Begriff, der interessiert mich nicht. Der interessiert mich auch heute nicht. Sondern ich will wissen und da ist man bei den kleinen Geschichten: Mit welcher List, mit welcher

³ Der Zusammenschluss der beiden PEN-Zentren erfolgte erst 1998.

Möglichkeit versuchen Menschen unter bestimmten Bedingungen, ihr Leben zu realisieren und ihr Maß von Freiheit auszuschöpfen?

Finke: *Sie sprachen unter anderem davon, dass es im Westen das Feindbild des Stalinismus gab. Ich bin im Westen groß geworden, ich hab das nicht so erlebt. Also, wir hatten ganz andere Probleme, wir sind ungefähr ähnlich alt, Sie sind Jahrgang 1958, ich bin Jahrgang 1960 ...*

Sandow: Ich meine auch. Als wir politisch sozialisiert wurden, da gab es plötzlich die Grünen, es gab plötzlich ein Bewusstsein, das stärker ausgeprägt war als in früheren Zeiten für die Umwelt, für Nachhaltigkeit und dergleichen mehr, also unser ...

Mensching: Aber Entschuldigung, da haben Sie mich missverstanden. Ich habe gesagt, wir lebten bis 1989 unter den Bedingungen des Kalten Krieges. Es gab das eine System und das andere System. Ich rede jetzt hier nicht von den Individuen in dem Land und deren politischen Überzeugungen oder Hoffnungen. Aber staatlicherseits, von den Systemen, haben sich beide Systeme gegen das andere abgegrenzt. Und da war für die alte Bundesrepublik und den gesamten ‚Westen‘ das östliche System ein Spiegel, an dem man sich gemessen hat, indem man seine eigenen Freiheitsmöglichkeiten auch ganz anders interpretiert hat. Es war aber auch, und das halte ich für eben doch vielleicht festhaltenswert, ein Konkurrent. Beispielsweise hinsichtlich sozialer Fragen oder der Emanzipation der Frauen. Dass man sagte, okay, in den östlichen Ländern gibt es diese Bedingungen für die Frauen, es gibt bestimmte soziale Rechte. Das hat die Gesellschaften des Westens natürlich geprägt und sich verändern lassen. Dass wir jetzt in einer solchen Welt leben, hängt

nicht nur mit Digitalisierung und Neoliberalismus zusammen, sondern es hängt meiner Meinung nach auch damit zusammen, dass dieses Pendant, dieser Konkurrent seit 1989 nicht mehr existiert.

Finke: *Sie mögen da in einigen Punkten Recht haben. Wir kommen in so eine Grundsatzdiskussion der Zeit vor 1989 und dann der Umbruch. Unsere Frage heute sollte sein, was ist danach entstanden, was kann die Kultur schaffen, was kann die Kunst und die Kultur machen? Ich habe den Eindruck, dass es nach der hochpolitisierten Wendezeit eine starke Entpolitisierung gab. Kann es sein, dass diese Vereinzelung auch dazu führt, dass die Menschen gar nicht so sehr daran interessiert sind, dass die Kunst, die Kultur ihnen etwas aufweist? Ich denke immer an „Deutschstunde“ von Siegfried Lenz: Es war ein Buch, als das 1968 kam, war das Hammer. Das war einfach ganz wichtig für die Westdeutschen, dass Siegfried Lenz dieses Buch schrieb, und diese Verarbeitung der Zeit vor und nach 1945. Gibt es heute noch ein Buch, mit dem sich so viele Menschen identifizieren können, oder eine Oper oder gibt es überhaupt diese Möglichkeit?*

Sandow: Nein! Ich hab das aus meiner eigenen Biographie lange Zeit mit Beunruhigung beobachtet und ich sage nein. Es gibt ja so viel Literatur, so viel Musik, so viele Bilder. Die Frage ist doch: Brauche ich heute einen Mann, der sich ein Ohr abschneidet, um ein großes Bild zu malen? Und ich sage: nein. Ich brauche auch keinen 76-jährigen Goethe, der entsetzt darüber ist, dass ihn ein 19-jähriges Mädchen abweist. Wenn man auf die Geschichte der Kunst und ihre Eckpfeiler guckt, haben die alle einen relativ hohen Preis. Im Sozialen, im Menschlichen. Wovon ich erst dachte, es sei Verflachung, ist vielleicht eher ein

Verschwinden des Egomatischen. Über die Jahrhunderte ist eine Menge Luft in die Kunst reingeblassen worden. Und da sollte man bescheidener sein und sagen: Es ist viel da, und den Preis für etwas Großartiges, auf das wir alle warten, wo auch so viel reingepumpt wird, den weiß ich gar nicht, ob ich den noch haben möchte. Oder den sehr brauche. Was ich natürlich brauche, ist ein waches und auch tätiges Auseinandersetzen mit dem, was uns umgibt. Ich spreche hier nicht davon, dass es mir egal ist oder am Arsch vorbei geht, wie die Welt eingerichtet ist und warum sie so eingerichtet ist. Das verlange ich auch von meinen Studenten. Aber was die Kunst selber betrifft, find ich die Luft, die sich gerade mal so ein bisschen mit „pfff“ rauslässt, ganz okay.

Finke: *Empfinden Sie das auch so, als Intendant in Rudolstadt, wenn Sie Programm machen?*

Mensching: Es ist relativ klar, dass die Kunst in Diktaturen eine andere Funktion hat. Wenn man sich heute die Geschichten über 1989 ansieht, dann besteht die Opposition im Wesentlichen aus der evangelischen Kirche. Aber ich glaube, die Künstler, auch die etablierten Künstler, haben einen gewissen Anteil an dieser Bewegung hin zu 1989 gehabt, einfach indem sie ein kritisches Bewusstsein pflegten. Da gehört Monika Maron genauso dazu wie Christoph Hein oder Christa Wolf.

Die Kirche hat vor allem in der Gemeinde gewirkt. Was die Radikalität ihrer Standpunkte angeht, ist, glaube ich, auch in den Künsten mehr da gewesen. Aber sie haben beide eins getan, sie haben die Leute im Land gehalten. Sie haben den Druck erhöht und potenziert. Das ist, glaube ich, wichtig, und das ist die Funktion von Kunst in Diktaturen, in solchen Situationen, wo

auch klare politische Fronten vorhanden sind. Da bezieht man ganz anders Stellung. In Zeiten, wo ökologischer Horror herrscht, wie in Bitterfeld, ist ein kleines Naturgedicht, das in anderen Zeiten völlig banal durchgehen würde, plötzlich ein explosives Stück Literatur. Da hat sich viel geändert, ganz klar. Ich glaube auch, dass die Kunst individueller, egozentrischer geworden ist. Die großen Fragen sind viel schwieriger zu stellen und dennoch geht es darum, Wachheit, auch kritisches Bewusstsein zu schaffen, andere Fragen zu stellen, als jene, die der Mainstream anbietet. Der Mainstream ist heute eben auch ein viel breiterer.

Finke: *Ist es vielleicht, wenn ich Ihnen so zuhöre, eigentlich eine naive Annahme, zu glauben, es könnte einen großen künstlerischen Entwurf geben, und alle sagen „Hurra, da isser und so war das und so geht es weiter“. Sind wir nach '89 vielleicht auch viel stärker noch in eine Individualisierung gegangen, von der ich überzeugt bin, dass es diesen Text, dieses Stück gar nicht mehr geben kann?*

Sandow: Ja, das denke ich und ich find's gut. Aber vielleicht kommt dieser Text ganz woanders her, vielleicht kommt der gar nicht aus Europa. Wenn er überhaupt kommt, dann kommt er nicht aus Europa. Dann kommt er irgendwo von den Rändern, von der Peripherie. Und ich weiß gar nicht, was ein großer Text ist. Das ist eine ganz schwierige Frage. Ich brauche keinen Text mehr, keinen großen Kunsttext. Ich finde, es ist genug da und der Text ist das, was wir daraus machen. Es ist das, wie wir ihn anfassen, wie wir ihn bewegen, wie wir ihn behaupten, dadurch wird er groß und nicht dadurch, dass er vor mir liegt.

Mensching: Da muss ich dann vielleicht doch einhaken. Ich sehne mich schon nach

einem großen Text. Vielleicht nicht nach einem, aber ich sehne mich schon nach Texten, die dieses Gefühl, dieses sehr schwierig zu fassende Gefühl dieser vergangenen Gegenwart irgendwie auf den Punkt bringen oder zumindest anreißen. Wir sind heute in unserer ganzen Lebensweise so auf die Aktualität, die Gegenwart, den Moment geworfen. Dass man das Lesen von Romanen ab einem bestimmten Alter einstellt, ist, glaub ich, nur ein Indiz dafür. Wann hat man denn Zeit für ein 500-Seiten-Buch? Ein solcher Roman wird dieser Text also nicht sein. Wir leben anders fixiert und sind anders. Vergangenheiten, spielen sie noch eine Rolle für uns? Hat die Gegenwart ein wirkliches, elementares Interesse an diesem Jubiläum? Reicht es hinein in unseren Alltag? Genauso in diesem Jahr: Ausstellungen zum Ersten Weltkrieg. Aber reicht der in unsere Erfahrungswelt hinein oder ist es etwas, was doch primär museal auf uns wirkt? Und Theater ist natürlich, ob nun gesungen oder gesprochen, darauf angewiesen, dass sich irgendetwas in mir bewegt, etwas, das mit meinem Leben hier und heute zu tun hat. Und wenn das nicht funktioniert, dann ist Theater tot.

Finke: Wechseln wir einmal das Genre. In den Neunziger Jahren hatte Steven Spielberg den Film „Schindlers Liste“ gemacht und da gab es damals eine riesen Diskussion. Kann man den Holocaust überhaupt darstellen? Darf man das in einem kommerziellen Film machen, der in die Kinos kommt? Und so weiter. Und dann gab es die These, man kann das nicht machen, und dann gab es die anderen, die sagten: „Pass mal auf, da gehen fünf Millionen Menschen rein und wenn nur zehn Prozent davon sich zwei Gedanken darüber machen, was sie da gesehen haben, hat man viel erreicht.“ Und deshalb ist der Preis des Kommerzes da ge-

rechtfertigt. Nun gab es zwei Filme zur DDR und 1989, die mir in Erinnerung geblieben sind. Einmal „Das Leben Der Anderen“ und „Der Turm“, die Fernsehverfilmung des Romans. Glauben Sie, Herr Mensching, dass dies stets die Sicht der Westdeutschen bestätigt? Aber glauben Sie, Nino Sandow, dass solche Filme helfen können, dass dort etwas zusammenkommt?

Sandow: Den „Turm“ kenn ich leider nicht, „Das Leben der Anderen“, oh, naja, das ist schon so ein Film, was soll ich dazu sagen?

Finke: Ja, erzählen Sie mal, der hat ja einen Oscar bekommen und viele andere Preise und alle hoch geehrt und hoch gerühmt. War das denn so richtig gut, was da gemacht wurde, oder hat das nur Vorurteile bestätigt? Nach dem Motto: Da die böse Stasi und wir im Westen hatten ja nichts damit am Hut.

Sandow: Das ist ein dummer Film, das ist einfach ein dummer Film und zwar nicht, weil er den Osten nicht richtig abbildet. Das muss Kunst gar nicht machen, es ist ja kein Dokumentarfilm. Sondern weil er ganz falsche Fragen aufwirft. Jetzt müsste man ins Detail. Ich erzähl mal lieber eine kleine Geschichte. Als ich für die Stasi geworben wurde, so ganz öffentlich wurde geworben, die fuhren mich in so nem großen Wagen durch die Gegend und sagten, ja, Sandow, unser Land ist in Gefahr und hätten Sie nicht Lust. Und da sagte ich, mit dem Land, ja naja klar, da muss man drüber reden und da sagten sie, weil ich mit Frank Havemann befreundet war, seit meiner Kindheit, also der Sohn von Robert Havemann, da sagten sie, ja könnten Sie uns nicht etwas über ihren Freund erzählen. Und da meinte ich, ja Frank, was wollen Sie denn da wissen? Naja, was er so macht und wo er so hingeht. Und da hab ich gesagt, nee, das mach ich nicht,

das war mein Freund. So ungefähr lief das. Hätten Sie mir gesagt, ich soll die Welt retten, ja, aber mit meinem Freund, das war mir nichts. Das war ein ganz persönlicher Grund. So naiv war's natürlich nicht, aber der Auslöser war ein persönlicher. Und wenn ich jetzt über Geschichte nachdenke oder die Stasi, dann komm' ich immer an diese Grenze: Mein Gott, wenn die und ihre Argumentation nicht so doof in diesem Wagen gewesen wären, dann wärest du wahrscheinlich in den Verein auch eingetreten. Oder hättest irgendwie mal irgendein Papier geschrieben. Das Problem dabei ist, dass natürlich die Kunst das Recht hat, diese Grenze nicht zeigen zu müssen und vielleicht auch nicht zu können, ich weiß es nicht. Aber wenn die Frage falsch gestellt wird „Wer war hier der Böse?“, denn das macht der Film, oder: „Wo war das Schlechte?“, dann wird mir ein bisschen übel. Wenn die Kunst solche Fragen stellt, „Wo war das Böse?“, das finde ich unlauter.

Mensching: Also Nino, ich habe vieles auch gar nicht gesehen, aber die Frage ist ja eine Frage nach Ästhetik. Natürlich hat Hollywood eine gewisse Ästhetik, ob das nun Spielberg ist, weil Sie „Schindlers Liste“ erwähnen. Ich hab, als ich vor einigen Jahren in Amerika war, eine Frau kennengelernt, die auf der Liste von Schindler an Platz sieben stand. Und mit der hab ich irgendwann mal über den Holocaust geredet und die hatte größte Bedenken gegen den Film, bevor sie ihn gesehen hat. Dann hat sie ihn gesehen und er hat sie überzeugt. Sie hatte viele Bedenken gegen den Film, gegen die Gaskammerszene, gegen das Hollywood-Strickmuster überhaupt, das da durchgeführt wurde. Und trotzdem hat sie ihn akzeptiert. Weil vor allen Dingen am Ende die alten Leute, die Überle-

benden in den Blick kommen. Das war für sie die wichtige Klammer, dass das in die Gegenwart hineinzielt.

Finke: *Ja, das war diese letzte Szene, als die Überlebenden in Jerusalem den Berg runterkommen.*

Mensching: Aber natürlich hat eine bestimmte Ästhetik inhaltliche Folgen. Tschechow sozusagen, dem würde man nie unterstellen, dass er in seinen Stücken so schwarzweiß argumentiert. Differenziertheit passt für so ein Hollywood-Strickmuster nicht. In „Das Leben der Anderen“ wird der Stasimann als positiver Held betrachtet, weil er am Ende die Kurve kriegt. Aber die Frage müsste man doch stellen: Ist das realistisch oder ist der Stasimann, der die Grenze geöffnet hat, plötzlich ein guter Stasi-Mann? Schabowski ist ein guter SED-Politiker gewesen, weil er diesen Zettel entfaltet hat? So ist es real passiert, aber was ist das für eine Argumentation? Er war ein Schuft! Und klar, Schalck-Golodkowski war auch ein Schuft und lebt unangetastet. Dieses zweierlei Maß, mit dem wir messen würden, ist ein großes Problem. Von der Kunst erwartet man eben nicht so einfache Antworten, sondern dass die Widersprüchlichkeit einer Biographie irgendwie abgebildet wird.

6. UNTERRICHTSPRAKTISCHER TRANSFER

Gastbeitrag

Elke Deparade

Wozu brauchen wir Erinnerung? Wie erreichen wir Schülerinnen und Schüler heute und fördern deren Nachdenken über Geschichte? Ein Beispiel aus der Arbeit in der gymnasialen Oberstufe

Historisch – politische „Umbrüche“, in denen die Welt am Scheideweg stand und in deren Folge grundlegende Veränderungen stattfanden, rücken in den Fokus der Betrachtung, wenn es um die Inhalte der Thüringer Lehrpläne für das Fach Geschichte geht.

Die Schüler¹ lernen Umbrüche und Zäsuren in der Geschichte kennen, zum Beispiel in den Lernbereichen „Welt- und Menschenbilder – eine neue Zeit bricht an“, „Auf dem Weg in die Moderne – Die Französische Revolution“, „Revolution und Reform als Varianten gesellschaftlicher Veränderungsprozesse“, „Demokratie und Diktatur“, „Reformversuche im Ostblock und Friedliche Revolution in der DDR“. Andererseits aber werden auch Kontinuitäten und Prozesse von langer Dauer analysiert. Sie erkennen, dass Umbrüche den Verlauf von Geschichte mitbestimmen, Grundlage für die Entstehung moderner bürgerlicher Gesellschaften in Europa sind und Auswirkungen bis in die Gegenwart haben. In die-

sem Zusammenhang nimmt Geschichtsunterricht historische Umbruchsituationen in den Blick, „[...] die – bezogen auf bestimmte historische Räume – zumeist mit tiefgreifenden Veränderungen in Politik, Gesellschaft und/oder Wirtschaft einhergingen und im Nachhinein zum Teil als „Wendepunkte“ oder „Epoche prägende“ Zäsuren in der Geschichte gedeutet werden.“ (Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2012, S. 40)

Die Entwicklung und Förderung des individuellen Geschichtsbewusstseins ist dabei zentrales Anliegen historischen Lernens.

Die historische Bildung ist gerichtet auf den **Erwerb**

– **von historischem Bewusstsein**

– **von Wissen**

– **von Empathie**

und auf

– die **Entwicklung einer demokratischen Grundhaltung**

– die **Förderung von Urteilsvermögen und Handlungskompetenz.**

Erinnern und Erinnerungskultur sind dabei ein wichtiger Teil historisch-politischer Bildung und damit auch Gegenstand des

¹Bezeichnung gilt in der Folge für beide Geschlechter.

schulischen Lernens (vgl. ebd. S. 2).

Wie gehen Schüler mit Vergangenheit um, wie wird heute an historische Umbrüche erinnert?

Der Umgang mit Erinnern kann nicht verordnet werden, jedoch muss Schule einen verantwortungsvollen Beitrag dazu leisten, Jugendliche nicht nur beim Erwerb historischer Kenntnisse sondern auch beim Nachdenken über Geschichte zu unterstützen.

Letzteres erfordert die Auseinandersetzung mit Formen individueller und kollektiver Erinnerung.

Der Lehrplan Geschichte für die Klassenstufe 10 formuliert hierzu das Ziel, dass der Schüler „mit der Beurteilung gesellschaftlicher Kontroversen um geschichtskulturelle Deutungsangebote [...] die Gegenwartsgebundenheit historischer Deutungen reflektieren und sich in der Teilhabe am öffentlichen Diskurs über Geschichte [...]“ (ebd. S. 25) üben soll.

Dass dies gelingen kann, zeigt die Reflexion einer Schülerin nach dem Besuch der Gedenkstunde des Thüringer Landtages anlässlich des 75. Jahrestages der Reichspogromnacht im Jahr 2013. Sie formuliert in einem Zeitungsartikel ihre Gedanken und Eindrücke:

„Ich bin zutiefst beeindruckt. In mir brodelte es vor Gefühlen. Die Worte springen mir aus dem Mund und ich wünschte, ich hätte einen Schwamm, um sie alle aufzufangen, denn meine Finger kommen diesem Gedankenfluss kaum nach. [...] Ich bin eine von 10 Schülerinnen und Schülern, die an diesem besonderen Gedenken teilnehmen dürfen. [...]

Es folgt eine musikalische Einstimmung, dem Anlass entsprechend auf jüdisch, und

die Ministerpräsidentin hält die erste Ansprache. Es werden die wichtigen Leute begrüßt und die Geschichte des 9. November erzählt [...].

Als nächstes spricht der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen und ich ringe auf meinem Stuhl um Fassung. Prof. Dr.-Ing. habil. Reinhard Schramm ist kein Mensch großer Worte. Er spricht weder mit lauter, geschwollener Stimme, noch aufrührerisch, aber er berührt mich zutiefst. Er beginnt von seiner eigenen Vergangenheit zu berichten, von seinem eigenen Leben, und Worte werden sichtbar, Geschichte wird lebendig. Als er sagt: „Wenn die Öfen in den Konzentrationslagern nur nicht so perfekt und schnell gearbeitet hätten, wäre mir vielleicht wenigstens meine Großmutter geblieben“, kämpfe ich mit den Tränen. Ich bin zutiefst mitgenommen und entsetzt von der authentischen Grausamkeit seiner Worte.

Als nächste Rednerin betritt Adriana Altaras die Bühne, eine Schauspielerin und Theaterregisseurin aus Berlin und ich freue mich wirklich auf ihre Ansprache, denn ihre Berufsbezeichnung ist eine erfrischende Abwechslung neben all den offiziellen Vertretern.

Frau Altaras füllt den Raum mit einer Energie, die ich auf einem Blatt Papier unmöglich wiedergeben kann, aber ihre Rede trifft mich, sie begeistert mich und ich bin nun wirklich froh, hier, neben den Anzügen, zu sitzen.

Mit ihrer mitreißenden Art beginnt sie das Thema um die Reichspogromnacht auf ihre ganz persönliche Art und Weise widerzuspiegeln. Sie spricht von Zerfall und Wiederaufbau, von Hass und Freundschaft, von Grenzen und Vereinigung.

Was macht ein Jude heute noch in Deutschland?

Ich muss gestehen, dass ich eigentlich keinen Juden persönlich kenne. Tote Juden, ja, oder Orthodoxe Juden, vielleicht auch noch reiche Juden, wie Frau Altaras es sagt, die kennt man, aber einen lebendigen Juden? Der ist mir zuvor noch nicht begegnet und ich glaube nicht, dass es den meisten anders ergeht.

Wir sitzen also hier, [...] um einem Ereignis zu gedenken, dass nur die Wenigsten von uns erlebt haben, aber das uns immer noch betrifft. [...] Gedenken ist nicht stilles Mitleid, es wird lebendig. Lachen erfüllt den Raum. Zum ersten Mal nimmt mir jemand die Angst, bei einem solchen Gedenktag zu lachen, zu hoffen.

Als Abschluss der Veranstaltung wird der Psalm 150 musikalisch vorgetragen, nein, vorgetragen ist nicht das passende Wort, denn er erfüllt den ganzen Raum. „Alles, was lebt, lobe den Herrn! Halleluja!“ heißt es in dem Psalm. Halleluja – dieses Wort liegt auf allen Lippen. Dieser Psalm strotzt nur so vor Hoffnung, Freude und Leben. Mit diesem Gefühl verlasse ich den Raum. [...]

Die Frage, was macht ein Jude heute in Deutschland, kann ich wohl kaum treffend beantworten, aber heute, an diesem besonderen Tag, bin ich sehr dankbar, dass er trotzdem da ist. Und: ich habe heute eine Jüdin kennengelernt, ich habe mit ihr gesprochen und ihr gesagt, wie beeindruckt ich von ihren Worten bin, das ist doch schon mal ein Anfang.“ (Kuhn 2013)

Resümierend schreibt sie ein Jahr nach dem Besuch der offiziellen Gedenkveranstaltung und einer Untersuchung der Rolle von Gedenktagen im Rahmen ihrer Seminarfacharbeit:

„Sicher zeigt nicht jeder Jugendliche und Schüler Engagement, wenn es um die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen geht, übrigens auch nicht jeder Erwachsene, dennoch beweist auch meine eigene Auseinandersetzung mit den Gedenktagen, dass eine intensive und tiefgründige Aufarbeitung, vor allem jedoch die Bildung einer eigenen Meinung auch von Schülern erwartet werden kann.“ (Kuhn/ Kim/ Vandreike 2014, S. 68)

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Auffassung der Literaturprofessorin Aleida Assmann. Erinnerung, so sagt sie, sei ein „dynamischer Prozess“ und nehme stets neue Formen an. Erinnern reduziert sich für sie nicht auf offizielle Akte von Funktionären und Politikern, die als Rituale zwar auch notwendig sind, sie vertraut eher der Vitalität zivilgesellschaftlicher Initiativen wie z. B. Geschichtsprojekten, die die jüngere Generation einbeziehen und einen aktiven Bezug zur Vergangenheit herstellen.

Sie hält es für ein „verbreitetes und hartnäckiges Missverständnis“, dass Erinnern eine rückwärtsgewandte Haltung sei, die an der Vergangenheit klebe und die Zukunft verstelle (vgl. Assmann 2013, S. 12ff.).

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder hat im Dezember 2014 Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule unter dem Titel „Erinnern für die Zukunft“ verabschiedet.

In diesem Papier heißt es: „Erinnerungskultur ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels vieler Akteure, Debatten und Traditionen. Erinnern ist für einzelne Menschen wie für Gruppen jeweils Grund-

lage einer Selbstvergewisserung und für auf die Zukunft bezogenes Handeln. Inhalt und Art des Erinnerens können sich im Laufe der Zeit verändern und müssen auf der Basis der Werteordnung der Menschenrechte und des Grundgesetzes immer wieder neu gestaltet werden.“ (Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder 2014, S. 2f.)

Gerade diese Feststellung wird durch die Worte der Schülerin, die eingangs zitiert wurde, untermauert.

Das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien in Bad Berka bietet im Rahmen seines Fortbildungsprogramms für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena, dem Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte e.V., der Universität Erfurt, der Stiftung Ettersberg, der Akademie Point Alpha in Geisa, dem Erinnerungsort Topf & Söhne und der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt, der Stiftung Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau Dora, den Thüringer Archiven, der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur u.a. Lehrkräften die Möglichkeit, inhaltliche und methodisch-didaktische Anregungen zur praktischen Unterrichtsarbeit zu erhalten und die Angebote historisch-politischer Bildung intensiv zu nutzen.

Einen hervorragenden Beitrag zur historisch-politischen Bildung kann auch das nun schon seit einigen Jahren stattfindende Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte leisten – eine Veranstaltung, die jeder Geschichtslehrer nutzen sollte, um sein eigenes Geschichtsbild zu erweitern

und aktuelle Positionen der Wissenschaft kennenzulernen, zu hinterfragen und zu diskutieren.

Die kompetenzorientierten Thüringer Lehrpläne ermöglichen in den verschiedenen Unterrichtsfächern vielfache An- und Verknüpfungspunkte, um im Rahmen einer schulinternen Lehr- und Lernplanung die Unterrichtsinhalte des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes gezielt abzustimmen, Redundanzen zu vermeiden und Synergieeffekte zu nutzen, einschließlich der Möglichkeit, an außerschulischen Lernorten zu arbeiten (vgl. ebd. S. 24).

Damit kann vernetztes Denken gefördert und eine reflektierte Urteilsbildung im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht erreicht werden.

Die Auseinandersetzung mit Demokratie und Diktatur sowie mit Kriegen, Friedenslösungen und deren Nachwirkungen ist der Schwerpunkt der Betrachtung der Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts im Unterricht.

Insbesondere das

Nachdenken über Geschichte bezogen auf

- Erinnerungskulturen in Europa (Gedenk- und Feiertage, Erinnerungsorte und Symbole)
- Diktaturerfahrungen – nach Möglichkeit Besuch eines außerschulischen Lernortes und/oder Zeitzeugenprojekt rückt dabei in den Fokus (vgl. ebd. S. 29).

In der **Klassenstufe 11/12** ist ein Schwerpunkt auf die Problematik des **Umgangs mit Geschichtskultur** gerichtet. Die beiden Begriffe **Erinnern und Gedenken** werden unter dem Blickwinkel von Re- und Dekonstruktion erörtert:

- Dekonstruktion von Gedenk- und Feiertagen europäischer Nachbarn
- Dekonstruktion nationaler Erinnerungen, Mythen und Legenden
- Rekonstruktion von Geschichte (z. B. Erstellen eines Denkmal-Entwurfs, Verfassen einer Rede anlässlich eines Jubiläums)
- Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nach 1945 und nach 1989. (vgl. ebd. S. 42)

„Ein gegenwartsbezogener Geschichtsunterricht macht auf unmittelbare (materielle und mentale) Spuren der Vergangenheit in der Lebenswelt des Schülers aufmerksam und thematisiert die Gegenwärtigkeit von Geschichte im gesellschaftlichen Diskurs.“ (ebd. S. 7)

Damit rücken insbesondere die didaktischen Prinzipien der **Problem- und Handlungsorientierung** in den Vordergrund.

„Ein **problemorientierter Geschichtsunterricht** präsentiert keine fertigen Ergebnisse und Deutungen, die von den Lernenden nur zu reproduzieren sind, sondern stellt ein Problem in den Mittelpunkt, das aus Gegenwartsfragen, Forschungskontroversen oder den jeweiligen epochenspezifischen Problemstellungen abgeleitet werden kann. Grundsätzlich gilt es, historische Themen und Sachverhalte so auszuwählen und zu formulieren, dass sie die Schüler anregen, selbstständig Fragen an Geschichte zu stellen, Hypothesen zu bilden und Strategien zur Bearbeitung des Gegenstandes zu entwickeln. Die daraus gewonnenen, begründeten historischen Einsichten können wiederum neue Fragen auslösen. Problemorientierung fordert und fördert somit entdeckendes und forschendes Lernen.

In einem **handlungsorientierten Geschichtsunterricht** im Sinne der Ausbildung und Förderung historischer Methodenkompetenz machen sich die Schüler in altersgemäßer Form mit Verfahren und Methoden historischer Erkenntnisgewinnung vertraut und wenden diese zunehmend selbstständig an. In schulischen und außerschulischen Lernsituationen erproben sie verschiedene, auch kreative Formen der Aneignung und Darstellung von Geschichte und reflektieren ihr Handeln.“ (ebd. S. 8)

Die zu Beginn dieses Beitrages erwähnte Teilnahme von Schülern an der Gedenkveranstaltung ergab, dass sich einige von ihnen weiterführend in einer Seminarfacharbeit mit dem Thema *„Eine vergleichend analytische Betrachtung von Bildungspolitik und Erinnerungskultur in Bezug auf den Nationalsozialismus im geteilten Deutschland mit Blick auf die heutige Entwicklung“* beschäftigten.

In der gymnasialen Oberstufe besteht die Möglichkeit, in Seminarfacharbeiten wissenschaftliche Vorkenntnisse und Fähigkeiten nachzuweisen und diese in einem Kolloquium zu präsentieren (vgl. Deparade 2013, S. 4).

Die vorgelegte Arbeit zeigt sehr gut, dass Schüler in der Lage sind, den Themen „Umbrüche in der Geschichte“ und „Erinnerungskultur“ in ihrem Bewusstsein einen Platz zu geben.

In der Einleitung zitieren sie den Historiker Prof. Martin Sabrow mit den Worten: *„Wir leben in der Ära der historischen Aufarbeitung und der Erinnerungskultur.“* (Sabrow 2013, S. 22)

Den Schülern gelingt gerade unter diesem Blickwinkel eine beispielhafte Auseinandersetzung mit der Bildungspolitik im geteilten Deutschland zwischen 1945 und 1989 sowie mit den gegenwärtigen Schwerpunkten. Dabei wird der Umgang mit der Thematik „Nationalsozialismus“ in den Kontext der politischen Systeme gestellt und verglichen.

An dieser Stelle wird deutlich, wie wichtig es ist, Verständnis für Umbruchsprozesse in der Gesellschaft zu entwickeln, um Veränderungen politischer Systeme begreifbar zu machen.

Grundsätzliche Fragen, die die Schüler sich im Rahmen ihrer wissenschaftspropädeutischen Arbeit stellen, sind:

- Welche Bildungsinhalte stehen im Fokus des jeweiligen politischen Systems?
- Welche didaktisch-methodischen Überlegungen spielen bei der Umsetzung der Bildungsinhalte eine Rolle?
- Welche Rolle spielten Gedenktage in den verschiedenen politischen Systemen?
- Was soll in der jeweiligen Gesellschaft erinnert werden?

Die vorgestellte Analyse macht deutlich, wie anspruchsvoll es für Schüler ist, ein inhaltlich und politisch-ideologisch differenziertes Bild verschiedener Gesellschaften zu erfassen und einen Vergleich zu erarbeiten.

Aus ihrem eigenen Erleben mit Bezug auf schulische Bildung heute, reflektieren die Schüler drei Besuche von Gedenkstätten und untersuchen deren Wirkung.

Resümierend stellen sie fest, [...] dass dieses Projekt viel mehr als eine reine Bildungsveranstaltung [...] war. Sie haben über die Vergangenheit nachgedacht, mit eigenen Augen gesehen, wie es in einem menschenverachtenden System zugeht

und gefühlt, was in ihnen selbst vorgeht, wenn sie sich auf diese Art und Weise mit der Geschichte ihres Landes auseinandersetzen.

„Während der drei Projektstage konnte man spüren, dass es mehr als eine ‚gewöhnliche‘ Schulbildung war. Allerdings ist hierbei unbedingt zu erwähnen, dass die Verantwortung der Lehrer bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Projekte sehr groß ist. Da der Lehrplan meist Ausflüge empfiehlt, aber nicht vorschreibt, ist es jedem Lehrer freigestellt, ob und wie er solche Exkursionen plant.“ (Kuhn/ Kim/ Vandreike 2014, S. 43)

Diesen Worten ist nicht viel hinzuzusetzen, vielleicht aber die Aufforderung an die Lehrkräfte, sich sowohl bei der Vorbereitung und Durchführung des eigenen Unterrichts, der Planung von Besuchen außerschulischer Lernorte und deren Nachbereitung, immer wieder bewusst zu machen, welche Verantwortung in unseren Händen liegt, Jugendliche an die Geschichte heranzuführen und in ihnen Interesse an Vergangenheit zu wecken, um die Gegenwart zu verstehen.

Die benannten Schüler haben die Möglichkeit genutzt, ihre Seminarfacharbeit zum 12. Schülerwettbewerb der Stiftung Ettersberg im Seminarfach „Diktaturerfahrung und demokratische Umbrüche in Deutschland und Europa“ einzureichen und erhielten für ihre Leistung den 2. Preis.



Abb 1: Auszeichnung der Arbeiten zum 12. Schülerwettbewerb, © Stiftung Ettersberg 2015 | Holger John

Literaturverzeichnis

Assmann, Aleida (2013): *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention.* München: C. H. Beck.

Deprade, Elke (2013): *Methodenlernen in der gymnasialen Oberstufe. Prozess – Produkt – Präsentation.* Bamberg: Buchner.

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (2014): „Erinnern für die Zukunft“. *Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule.*

Kuhn, Lara; Kim, Jane; Vandreike, Leon (2014): *Eine vergleichend analytische Betrachtung von Bildungspolitik und Erinnerungskultur in Bezug auf den Nationalsozialismus im geteilten Deutschland mit Blick auf die heutige Entwicklung. Seminarfacharbeit am Goethegymnasium Weimar.*

Sabrow, Martin (2013): *Warum Geschichte so fasziniert. Ein Zwischenruf.* In: *Spurensuchen.* Körber-Stiftung Hamburg.

Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre: <http://www.bildungsplan.uni-jena.de/Bildungsplan/Inhalt.html>

Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (2012): *Thüringer Lehrpläne für die Regelschule, Lehrplan für den Erwerb des Haupt- und des Realschulabschlusses Geschichte,*

Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (2012): *Lehrplan für den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife Geschichte.*

Thüringer Kultusministerium (2009): *Ziele und inhaltliche Orientierungen für die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe im Fach Geschichte.*

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Rafael Biermann ist Professor für Internationale Beziehungen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

James D. Bindenagel war 1989 leitender Diplomat der US-Botschaft in der DDR und hat zurzeit die Henry-Kissinger-Professur für Internationale Beziehungen und Völkerrecht an der Universität Bonn inne.

Andreas Braune ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

André Brodacz ist Professor für Politische Theorie an der Universität Erfurt.

Marcin Chorązki ist Mitarbeiter für Historische Bildung am Institut für Nationale Erinnerung in Krakau.

Elke Deparade ist Geschichtslehrerin in Weimar und zuständig für das Fach Geschichte am Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillm).

Sebastian Dorsch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Forschungsprojekt „Kulturelle Zeiträume einer atlantischen Metropole: São Paulo 1867-1930“ an der Universität Erfurt.

Michael Dreyer ist Professor für politische Theorie und Ideengeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Ralf Finke ist Journalist und Leiter der Stabsstelle Kommunikation und Protokoll sowie Pressesprecher der Stadt Weimar.

Etienne François ist emeritierter Professor für Geschichte an der Université Paris I (Panthéon-Sorbonne) und am Frankreichzentrum der FU Berlin

Alexander Gallus ist Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Chemnitz.

Franka Günther ist Leiterin des Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte und arbeitet als freie Kulturmanagerin und Übersetzerin/Dolmetscherin.

Tytus Jaskułowski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden.

Sven Keller ist Kurator und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München.

Fritz von Klinggräff ist Journalist, Autor und war langjähriger Pressesprecher des Oberbürgermeisters von Weimar.

Claudia Kraft ist Professorin für Europäische Zeitgeschichte nach 1945 an der Universität Siegen.

Barbara Lambauer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsstelle Sorbonne-Identités, Relations Internationales et Civilisations de l'Europe (SIRICE) in Paris.

Jean-Louis Leprêtre war von 1983 bis 1988 französischer Kulturattaché in der DDR und zuständig für das Französische Kulturzentrum in Ost-Berlin.

Kirill Levinson ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Nationalen Forschungsuniversität Higher School of Economics in Moskau.

Steffen Mensching ist Schriftsteller, Schauspieler und Regisseur und leitet als Intendant und Geschäftsführer das Theater Rudolstadt.

Erhart Neubert ist Theologe, Autor und gehörte 1989 zu den Gründern des „Demokratischen Aufbruchs“.

Philipp Neumann-Thein ist persönlicher Referent des Stiftungsdirektors und Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

Éva Pusztai wurde 1925 in Ungarn geboren und überlebte das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau und das Außenlager von Buchenwald bei Allendorf. Erst nach 1990 begann sie, öffentlich über ihre Erinnerungen zu sprechen und zu schreiben.

Susanne Rau ist Professorin für Geschichte und Kulturen der Räume in der Neuzeit an der Universität Erfurt.

Jens Riederer ist Leiter des Stadtarchivs der Stadt Weimar.

Veit Rosenberger ist Professor für Alte Geschichte an der Universität Erfurt.

Martin Sabrow ist Co-Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam und Professor für Neueste und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Nino Sandow ist Opernsänger, Schauspieler und Regisseur. Er studierte Operngesang in der DDR und ist heute an seiner Ausbildungsstätte – der Hochschule für

Musik Hanns Eisler in Berlin – Professor für Szenischen Unterricht.

Jutta Scherrer ist Studiendirektorin an der École de Hautes Études en Sciences Sociales (EHESS) in Paris.

Sabine Schmolinsky ist Professorin für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Erfurt.

Thomas Serrier ist Gastprofessor an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und Maître de Conférences am Institut d’Études Européennes der Université Paris 8 Vincennes - Saint Denis.

Michael Siebenbrodt ist Mitarbeiter der Klassik Stiftung Weimar und Kustos des Bauhaus-Museums Weimar.

Axel Stefek ist Mitarbeiter des Stadtarchivs Weimar und war Kurator der Ausstellung „Weimar unangepasst. Widerständiges Verhalten 1950–1989“ im Stadtmuseum Weimar.

Joëlle Timsit ist französische Diplomatin außer Dienst und war von 1986 bis 1990 französische Botschafterin in der DDR.

Raphael Utz ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des Imre Kertész Kolleg der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Justus H. Ulbricht ist Kulturhistoriker, Autor und in der Erwachsenenbildung tätig, unter anderem für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.

Maksym Yakovlyev ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Nationalen Universität Mohyla Akademie in Kiew.

